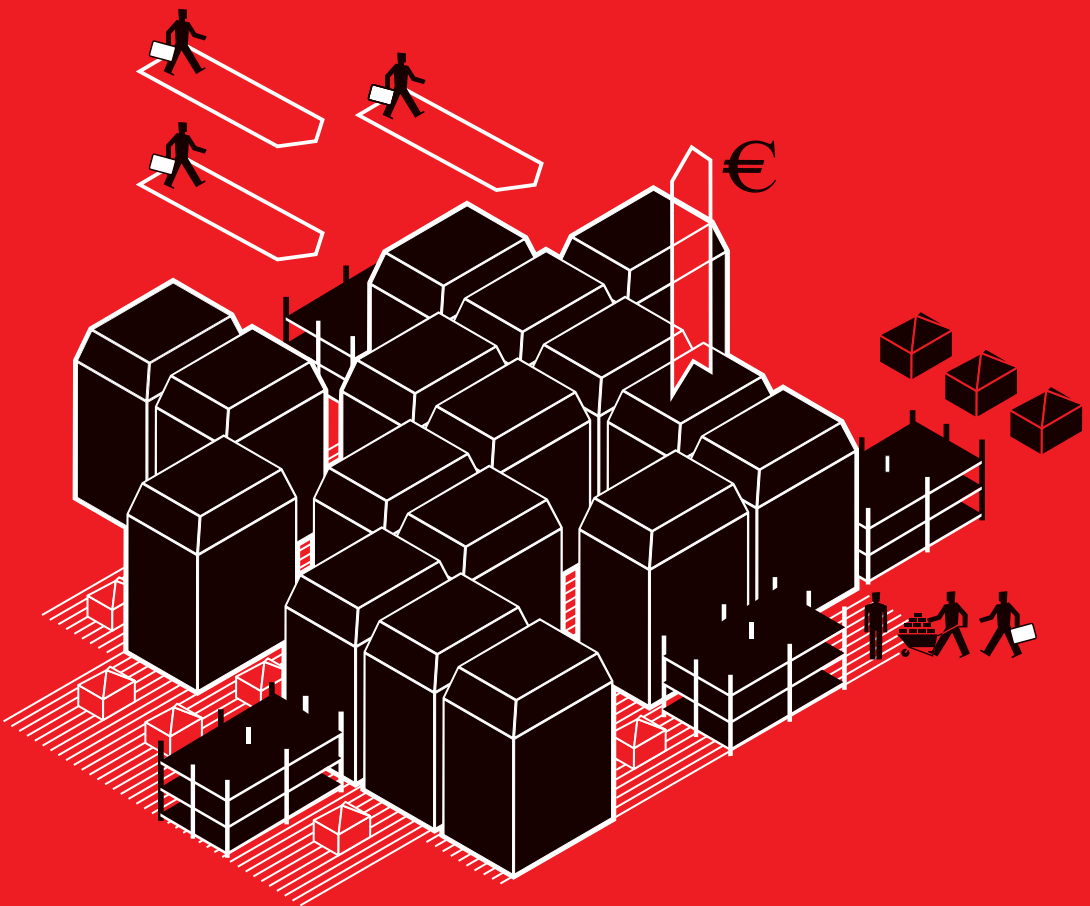


Prishtina is Everywhere

Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise

Kai Vöckler
mit Archis Interventions



Prishtina is Everywhere
Turbo-Urbanismus
als Resultat einer Krise

Kai Vöckler
mit Archis Interventions

parthasverlag

Unterstützt durch



ERSTE Stiftung



- Kai Vöckler
7 »Ai je mirë – Wie geht's«. Eine persönliche Einleitung
Kai Vöckler
27 Exkurs zur Geschichte

Untersuchung

- Kai Vöckler
35 Turbo-Urbanismus in Prishtina
Interview mit Visar Geci
56 »Dieses Chaos in Prishtina erstickt alles...«

- 64 **KOSOVO** 86 **PRISHTINA** 108 **Turbo**
Landschaft **bauen** **STYLE**

Projekt

- Kai Vöckler
129 Archis Interventions in Prishtina
Interview mit Florina Jerliu und Ilir Gjinolli
136 »In Prishtina geht es um Hoffnung!«
142 Archis Interventions in Prishtina – Workshop Dezember 2006

Diskurs

- Kai Vöckler
167 Staatsloser Urbanismus und »Gutes Regieren«
Thilo Fuchs, Wilfried Hackenbroich und Kai Vöckler
173 Planen in verunsicherten Städten – Ausblick auf eine urbanistische Postkonfliktstrategie
Caroline Arnulf
179 Verlassen und leben lassen
Kai Vöckler und Irmgard Zerr
185 Translokaler Urbanismus – Die Diaspora als Stadtentwickler
Srdjan Jovanović Weiss
198 Mehr als eine störende Architektur
Lilet Breddels und Arjen Oosterman
207 Archis Interventions – Mehr als eine neue Vorgehensweise
Luise Donschen, Interview mit Ali Sekiraqa und Bajram Bajrami
214 »...der Wille unseres Vaters«
220 Biografien



D a n k s a g u n g Das vorliegende Buch ist das Ergebnis eines Projekts, welches durch den unermüdlichen Einsatz von Visar Geci und Florina Jerliu nicht möglich gewesen wäre, ihnen gilt daher besonderer Dank. Viele Kollegen haben das Projekt unterstützt, die nicht alle genannt werden können, aber ich möchte besonders Ilir Gjinolli, Vlora Navakazi, Mentor Haziri ebenso wie Thilo Fuchs und Wilfried Hackenbroich für ihr persönliches Engagement danken. Ohne die Unterstützung durch Archis mit Ole Bouman, Lilet Breddels und Arjen Oosterman wäre das Projekt in dieser Form nicht durchführbar gewesen. Die finanzielle Unterstützung der ERSTE Stiftung hat die Publikation ermöglicht, mein persönlicher Dank gilt Christine Böhler und Knut Neumayer. Dr. Erhard Busek danke ich für sein Vertrauen in unser Vorhaben und seine Unterstützung. Dr. Kristin Feireiss war mit ihrer Begeisterung für das Projekt und ihrem Rat eine wichtige Hilfe. Die Gastfreundschaft der Familie von Dr. Sabri Pllana als auch von Prof. Dr. Tefik Basha, seiner Frau Prof. Dr. Sabile Kecmezi-Basha sowie Arta und Agon Basha wird mir in bleibender Erinnerung bleiben. Baton Arifi, der uns sein Architekturbüro immer wieder zur Verfügung gestellt hat, ist ebenfalls zu danken.

Z u r S c h r e i b w e i s e Die Schreibweise von kosovarischen Ortsnamen folgt der albanischen Bezeichnung, also Prishtina (serb. Priština). Damit wird der historischen Realität Rechnung getragen, dass im Kosovo 90 Prozent der Bevölkerung albanisch spricht. Ausgenommen wird die Schreibweise des Kosovo (alb. Kosova), hier wird der international gebräuchliche Name verwendet. Albanische und serbische Eigennamen werden in der international üblichen, vereinfachten Schreibweise wiedergegeben (also »Milosevic« statt »Milošević«).



»A je mirë – Wie geht's«. Eine persönliche Einleitung

Im April 2005 fand an der Technischen Universität Graz eine von Ernst Hubeli und Grigor Doytchinov und dem Institut für Städtebau ausgerichtete Konferenz zu den Veränderungen in den osteuropäischen Städten seit der Auflösung des sozialistischen Gesellschaftssystems statt. Es war eine der interessantesten Konferenzen, an der ich in den vergangenen Jahren teilnehmen konnte, präsentierten hier doch die Stadtarchitekten und Direktoren der Stadtplanungsämter privaten Investoren weitgehend ausgelieferten Stadtumbau in Osteuropa, eine Auswirkung postsozialistischer Transformation, die in vielerlei Hinsicht vorwegzunehmen schien, was den westeuropäischen Städten bei einer fortschreitenden Deregulierung noch bevorsteht.¹ Besondere Beachtung fand der Vortrag zu Prishtina von Ilir Gjinolli (damals noch Direktor des Institute for Spatial Planning im Kosovo), da Prishtina sich nicht nur in einer Transformationsphase hin zur Marktwirtschaft befand, sondern auch in einer Postkonflikt-situation mit seinen typischen Begleiterscheinungen. Für die meisten Konferenzteilnehmer (mich eingeschlossen) hatte zwar seit 1999, dem Einmarsch von der NATO geleiteten KFOR-Truppen im Kosovo, Prishtina seinen Ort auf der mentalen Landkarte gefunden, allerdings wusste ich wie die meisten anderen so gut wie nichts über die dortige Situation. Mein

persönliches Interesse wurde noch gesteigert, als in der Kaffeepause Photos aus Prishtina gezeigt wurden, die zwei kosovo-albanische Studenten der Architekturfakultät zusammengestellt hatten und die bei den Fakultätsangehörigen als »Skandal-CD« bekannt war. Die fotografierten Gebäude und Baustrukturen waren beeindruckend, eine unregelmäßige, alle mir bekannten Maßstäbe überschreitende Bautätigkeit schien die Stadt nach dem Einmarsch der NATO-Truppen förmlich gesprengt zu haben. Und auch beim ersten Augenschein war mir klar, dass es sich um eine besondere Form sogenannter »informeller« Siedlungstätigkeit handeln musste. Im Gespräch mit den beiden Studenten – Visar Geci und Gezim Kastrati – wurde mein erster Eindruck bestätigt: an dieser Bautätigkeit waren weite Kreise der kosovo-albanischen Gesellschaft beteiligt, vom Landmigranten bis hin zu Ministern der provisorischen Selbstregierung, von den aus der EU oder der Schweiz repatriierten albanischen Flüchtlingen bis hin zu alteingesessenen Familien. Besonders frustrierend war aus architektonischer und planerischer Sicht, dass die existierende Stadtstruktur weitgehend zerstört, die professionelle Expertise von den Bauherren praktisch nicht in Anspruch genommen wurde und die politischen Verantwortlichen, die UN-Verwaltung und die provisorische Regierung tatenlos dem Treiben zuschauten. Mein Interesse war geweckt, und spontan bot ich an im Sommer nach Prishtina zu kommen, um mir die Entwicklung eingehender

¹ Bedauerlicherweise ist die Konferenz nicht dokumentiert. Vgl. zu diesem Thema auch Regina Bittner, Wilfried Hackenbroich, Kai Vöckler (Hg.), *Transiträume/Transit Spaces*. Berlin 2006.

anzuschauen – ein Vorhaben, das sofort auf große Begeisterung stieß. Zu diesem Zeitpunkt dachte ich an einen Artikel für ein Architekturmagazin und schlug vor, dass wir eine entsprechende Analyse gemeinsam machen könnten. Ich würde auf diese Weise etwas über Prishtina und den Kosovo lernen und dafür meine Erfahrungen in der Untersuchung städtischer Phänomene einbringen. In der Folge blieb ich dann per E-Mail mit Visar Geci in Kontakt, der mir versicherte, dass er alle wichtigen Informationen besorgen und mich in Prishtina mit »allen wichtigen Leuten, auch mit dem Präsidenten« bekannt machen würde – letzteres habe ich zwar nicht wirklich geglaubt, aber ich sollte mich täuschen.

Meine bis dahin gesammelten Flugmeilen reichten für einen Freiflug mit Austrian Airlines nach Prishtina, und so buchte ich den Flug und fand mich im August 2005 in der Wartezone des Flughafens Wien zusammen mit kosovo-albanischen Großfamilien, uniformierten Angehörigen der KFOR (Kosovo Forces) aus den verschiedensten Ländern dieser Welt und den üblichen im Politikgeschäft tätigen Anzugträgern wieder. Was es heißt, in ein von der UN verwaltetes Land einzureisen, wurde mir erst klar, als ich die von der im Kosovo eingesetzten Interimsverwaltung der Vereinten Nationen ausgestellten UNMIK-Pässe der Kosovo-Albaner bei der Passkontrolle sah und in Prishtina auf dem Flugfeld österreichischen Grenzschützern begegnete, ein indischer KFOR-Angehöriger meinen Pass kontrollierte und ich bei der Gepäckausgabe auf italienische Carabinieri stieß, die hier die Aufsicht führten. Vor dem Flughafen begrüßte mich ein Panzerspähwagen der KFOR und ich wurde herzlich von Visar Geci und Gezim Kastrati inmitten einer auf ihre Familienangehörigen wartenden Menge in Empfang genommen.

Schon die Fahrt in die Stadt zeigte eindrucksvoll die rasanten Veränderungen in den vergangenen Jahren seit der Beendigung des Krieges. Links und rechts standen auf den Äckern halbfertige Häuser, entlang der Straße reihten sich die kleinen Kioske, dahinter die Geschäfte in den neuerrichteten Gebäuden,

deren Obergeschosse zumeist bewohnt wurden, dazwischen Baustofflager und Tankstellen, und kurz vor Prishtina dann rechterhand die Betonwälle des UN-Compounds. Umso näher wir Prishtina kamen, umso mehr nahm der Verkehr und die Bebauungsdichte zu. Am Stadtrand tauchte der jugoslawische Geschosswohnungsbau am Straßenrand auf, der um ein bis zwei nichtgeplante weitere Geschosse nach oben erweitert worden war. Von einer der Fassaden hing ein riesiges Poster mit dem lächelnden und winkenden Bill Clinton, der den Ankommenden willkommen hieß – nach ihm wurde auch der Boulevard benannt, der vom Flughafen in die Stadt führt. Auf der Strassenseite gegenüber fand sich ein Imbisswagen mit der Aufschrift »Döner Bill Clinton« und überall wehten Fahnen der USA, Großbritanniens, Deutschlands und der NATO, gelegentlich auch der EU, die die enge Verbundenheit der kosovo-albanischen Bevölkerungsmehrheit mit den KFOR-Truppen bekundeten. Die ganze Stadt schien sich in einem Zustand permanenter Veränderung zu befinden, allerorten waren Baustellen zu sehen, fanden Abbrüche statt und standen halbfertige Stahlbetonkonstruktionen herum. Jede freie Ecke war noch mit einem kleinen Geschäft zugebaut worden, meistens eine einfache Stahlkonstruktion mit Metallwänden. Die Stadt schien aus allen Nähten zu platzen. Vieles schien nicht fertig oder eben nur improvisiert zu sein. In noch nicht fertiggestellten Häusern, in denen die Obergeschosse als Stahlbetonskelett auftrugen, wurden die unteren Geschosse bereits genutzt, blau- oder grünverspiegelte Glasfassaden verwiesen auf Büroräume und Geschäfte, von den unverputzten Balkonen der darüberliegenden Geschosse hing die Wäsche zum Trocknen aus: man hatte sich bereits im Provisorium eingerichtet. Und je näher dem Zentrum, umso unvermittelter prallten die Gegensätze aufeinander – Moscheen mit den neuerrichteten Glaspalästen der Banken und Unternehmen, Bauten der jugoslawischen Moderne mit den in den letzten Jahren schnell hochgezogenen, mehrgeschossigen Wohn- und Bürobauten, dazwischen duckten sich vereinzelt noch die traditionellen albanischen,

9 eingeschossig-quadratischen Wohnhäuser. Ein riesiges Durcheinander, das eine beeindruckende Energie ausstrahlte.

Die Untersuchung dieses eindrucksvollen aber auch verstörenden Phänomens begann damit, dass mich Visar Geci vormittags abholte, und wir tagsüber systematisch Stadtteil für Stadtteil durchwanderten, ich zahlreiche Fotos aufnahm und wir uns zugleich über die unterschiedlichen Erscheinungsformen auseinandersetzten. Zwischenzeitlich nahmen wir Kontakt zu verschiedenen Architekten auf, besuchten das Stadtplanungsamt sowie unterschiedliche internationale Organisationen (z. B. UN-HABITAT) und sammelten soviel wie möglich an Informationen über die Entwicklung der vergangenen Jahre. Bei unseren Streifzügen durch die Stadt war es Visar Gecis tiefgründiger Humor, der zum Verständnis selbst der absonderlichsten Ausformungen beitrug – die Ergebnisse der Untersuchung sind im ersten Teil der Publikation dokumentiert. Erst mit der Zeit begann ich durch ihn vermittelt die dahinterliegenden Kräfte dieses unregulierten Bauens zu verstehen, wie unter ungeklärten Rechtsbedingungen und ökonomisch unsicheren Lebensverhältnissen die albanischen Bewohner Prishtinas mit großem Optimismus angesichts der veränderten politischen Lage begonnen hatten, ihre Zukunft zu gestalten. Ein typisches Beispiel sind die am Rand der Stadt auf den Ackerflächen befindlichen Hausgruppen, die zwischen zwei und acht identische Häuser umfassen. Ich dachte zunächst, dass es sich hier um eine kostenreduzierende Maßnahme handelt, dass durch die Typisierung die Bauabläufe vereinfacht werden und damit schneller und kostengünstiger durchgeführt werden können – was im Interesse der meisten Investoren ist. Nur dass hier der Investor die Familie ist, und die Anzahl der Häuser mit der Anzahl der Brüder identisch ist. Damit kein Neid in der Familie aufkommt, bekommen alle das gleiche Haus (wobei das des Ältesten zuerst fertiggestellt wird). Die Schwestern spielen dabei keine Rolle, da diese durch die Familien der Ehemänner versorgt sind. Unverheiratete Schwestern sind anscheinend nicht vorgesehen. Auch spielt die Kostenreduktion keine Rolle – im Gegenteil: es wurde offenkundig gebaut, was die ersparten Mittel hergaben und die im Ausland arbeitenden Familienangehörigen in der Lage waren zu überweisen. Was mich ungemein an mein

Elternhaus erinnerte. Für meinen Vater war (und ist) das eigene Haus Inbegriff des Wohlstands aber auch von Sicherheit. Bei der Flucht aus der DDR 1948 konnte seine Familie von ihren Besitztümern nur mitnehmen, was in den Koffern Platz fand. Entsprechend war mein Zuhause auch angelegt – selbst für eine fünfköpfige Familie ist es völlig überdimensioniert. Insofern konnte ich gut nachvollziehen, warum gerade das eigene Haus oder die eigene Wohnung diesen enormen Stellenwert in ungesicherten Situationen einnimmt, auch wenn es ökonomisch eher unsinnig ist.

Obwohl sich mir der gesellschaftlich-kulturelle Kontext in Prishtina nur bedingt erschloss, stellte ich doch im Lauf der Zeit fest, dass ich mich in immer stärkerem Maße persönlich angesprochen fühlte. Mein Aufenthalt in Prishtina sollte daher auch ganz anders verlaufen, als ich ursprünglich annahm. Was ich zunächst als eine beruflich zwar hochinteressante, aber doch eher aus privatem Interesse entstandene Untersuchung eines städtischen Entwicklungsphänomens sah, der ich aus der distanzierten Perspektive des Besuchers begegnen wollte, wurde sehr schnell zu einer persönlichen Herausforderung. Das lag vor allem daran, dass ich schnell feststellen musste, dass eine distanzierte Betrachtung nicht möglich war, denn innerhalb kürzester Zeit war ich tatsächlich mit Architekten, Planern und anderen kosovarischen Intellektuellen zusammengebracht worden, die mir ihre Unterstützung versicherten und zugleich ihre Bestürzung über die städtische Entwicklung zum Ausdruck brachten. Abendfüllende Diskussionen über die Frage, was man tun könnte, sollten folgen. Dies war auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit der UN-Verwaltung, der man (zu Recht) anlastete, noch nicht einmal die wesentlichsten Standards des Planungs- und Baurechts durchzusetzen. Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Versagens der internationalen Verwaltung richtete sich unausgesprochen der Appell an mich, über eine Veränderung dieses Zustands mit nachzudenken. Dabei wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass endlich einmal über Architektur und Stadtplanung und nicht über die politischen Verhältnisse geredet werden sollte. Was schlicht unmöglich ist, wie mir schnell klar wurde. So sehr ich die kosovarischen Kollegen verstand, die ihr fachliches Wissen zum Wohl ihrer Stadt einbringen

wollten, dies war nicht zu haben ohne die politischen Begleitumstände einzubeziehen. Das Dilemma begann bereits damit, dass es sich um ein Problem handelte, das nahezu ausschließlich die kosovo-albanische Bevölkerungsmehrheit betraf. Denn nur diese war am Baugeschehen beteiligt (mit Ausnahme der sozial Schwachen, die es sich nicht leisten konnten). Die durch gewaltsame Vertreibungen und weitgehend unfreiwilliger Auswanderung nach 1999 marginalisierten Minderheiten der Kosovo-Serben, Roma, Ashkali und »Ägypter«, die 2005 noch etwa zehn Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten, hatten kein Interesse, in dieser Situation in Gebäude zu investieren. Beschäftigte man sich also mit der aktuellen Stadtentwicklung und entwickelte Lösungsstrategien, waren diese hauptsächlich an die Kosovo-Albaner adressiert und schlossen von vornherein die Minderheiten aus. Das entsprach zwar den realen Verhältnissen, und war insofern auch gar nicht anders machbar, bestätigte aber zugleich ungewollt die neuen Machtverhältnisse. Dass sich diese Frage nicht ausklammern ließ, wird spätestens deutlich, wenn es um die Eigentumsverhältnisse ging – oftmals herrschten unklare Besitzverhältnisse, die Ausdruck der wechselseitigen Unterdrückung und Vertreibung in den vorangegangenen Jahrzehnten war. Aus diesem Grund ist der Untersuchung auch ein Abriss des politischen Hintergrunds des Konflikts zwischen Serben und Albanern beigelegt, um dem Leser ein besseres Verständnis des historischen Kontexts zu ermöglichen.

H i n z u kommt, dass die Frage nach der Durchsetzung von relevanten Planungszielen und notwendigen Baustandards immer auch eine politische Frage ist, die die aktuelle Lage im Kosovo zu berücksichtigen hat. Vor dem Hintergrund einer alle Lebensbereiche regulierenden UN-Verwaltung, eines undurchschaubaren Geflechts internationaler Organisationen, die im Kosovo agierten, den untereinander zerstrittenen lokalen Politiker und einer provisorischen Regierung mit eingeschränkten Befugnissen stellte sich die Frage, wo und in welchen Strukturen überhaupt Fachwissen eingebracht

werden kann. Denn in den internationalen Organisationen wie UN-HABITAT ebenso wie in den neu aufgebauten städtischen und nationalen Institutionen saßen qualifizierte Kollegen. Hier wie dort schob man gerne die Verantwortung der jeweils anderen Seite zu, und ansonsten wurde weiter wie gehabt an Plänen gearbeitet. Offensichtlich war hier weitgehend noch ein traditionelles Planungsverständnis wirksam, das auf die Durchsetzung von Planungszielen durch entsprechende institutionelle Organe von oben herab setzte – das betraf nicht nur die lokalen Planer, auch die internationalen Organisationen und von ihnen beauftragte Planungsbüros konzipierten auf diese Weise ihre Planungen. Der damalige Direktor des Stadtplanungsamt, Lulzim Nixha, antwortete allen Ernstes auf meine Frage, was er zukünftig mit den illegalen Bauten machen wolle, dass er diese abreißen würde – es handelte sich um etwa 75 Prozent der bestehenden Stadtstruktur, die neu- oder umgebaut wurde. Dies war natürlich nicht ernstzunehmen und entsprach der alten sozialistischen Tradition des »double speak«; eben das zu sagen, was opportun war und gleichzeitig zu verstehen zu geben, dass es noch eine andere Wirklichkeit gibt. Diese andere Wirklichkeit war bestimmt durch die Aktivitäten einer Baumafia, deren Interessen sich mit den privaten Häuslebauern weitgehend deckten und die engstens mit führenden lokalen Politikern verbunden ist. Kurz gesagt: es war zu diesem Zeitpunkt zu erwarten, dass weder von den städtischen noch von den quasi-staatlichen oder den internationalen Institutionen ernsthafte Veränderungen ausgehen würden. Ebenso war es zunächst kaum vorstellbar, dass es innerhalb dieser Strukturen tatsächlich möglich wäre, eine fachlich qualifizierte Strategie durchzusetzen. Andererseits wäre ohne die Unterstützung der verantwortlichen politischen Kräfte eine jede Initiative weitgehend wirkungslos. Ein wichtiges Signal war daher das Treffen mit Ibrahim Rugova, dem kosovarischen Präsidenten. Bereits nach einer Woche in Prishtina hatte zu meiner (und auch vieler kosovarischer Kollegen) Verblüffung Visar Geci einen Besuchstermin beim Präsidenten ermöglicht. In einem

11 etwa halbstündigen Treffen schilderten wir unser Anliegen: dass es für die zukünftige Entwicklung der Stadt wesentlich sei die schlimmsten Missstände zu beseitigen, den Entwicklungsprozess im Sinne des Gemeinwohls zu strukturieren,



aber auch den zahlreichen privaten Investoren eine Perspektive anzubieten, wie es zu einer Legalisierung kommen kann. Rugova formulierte sein Missbehagen am gegenwärtigen Zustand und drückte seine Bereitschaft aus, unser Vorhaben zu unterstützen. Dies war sehr ermutigend, da Rugova sicherlich der einflussreichste Politiker im Kosovo war – bedauerlicherweise konnten wir die angebotene Unterstützung nicht wirklich nutzen, da sein überraschender Tod ein halbes Jahr später dies verhinderte.

Nach einer Woche in Prishtina, vielen neuen Kontakten und Gesprächen sowie einer bereits immer umfassender werdenden Dokumentation, zeichnete sich immer deutlicher ab, dass das planerische und architektonische Fachwissen nicht von den privaten Investoren – seien es Familienverbände oder Geschäftsleute – in Anspruch genommen oder aber ausschliesslich entsprechend des Eigeninteresses eingekauft wird. Es konnte aber auch nicht in den vorhandenen institutionellen Strukturen wirksam werden, denn das traditionelle Vertrauen auf den »Masterplan«, der dann alles ordnen würde, war angesichts der fortgeschrittenen und fortschreitenden Bautätigkeit und den problematischen politischen Verhältnissen mehr als fragwürdig. Offensichtlich fehlte hier eine dritte Kraft, die zwischen der öffentlichen Hand und den privaten Interessen vermitteln konnte, die gleichzeitig aber unabhängig sein musste und sich auch als ernstzunehmender Vertreter der Zivilgesellschaft gegenüber der UN-Verwaltung hätte positionieren können. Eine wichtige Rolle hätte aus meiner Sicht der Berufsverband der Architekten spielen können.

Florina Jerliu, die Präsidentin der Association of Architects of Kosova, versuchte mit ihrer zusammen mit Kollegen in Selbstinitiative gegründeten Organisation den kosovarischen Architekten eine Stimme zu verleihen. Sie liess mich aber wissen, dass die Interessengegensätze innerhalb der Architektenschaft zu gross sind, als dass hier mit einer klaren Positionierung zu rechnen wäre. In einer abendlichen Diskussion schlug ich dann vor, dass man doch eine Nichtregierungsorganisation für Urbanismus gründen könne, schliesslich gäbe es für so ziemlich jedes Problem auf dieser Welt eine NGO, nur interessanterweise für die städtische Entwicklung nicht.² Diese könnte eine Rolle als Mediator zwischen der städtischen Verwaltung und den Privaten übernehmen und auf diese Weise versuchen, ihre Expertise einzubringen. Diese Idee wurde heftig diskutiert und am nächsten Morgen rief mich Florina Jerliu an und meinte nur kurz und knapp: Lass es uns versuchen! Daraufhin gründeten Florina Jerliu, Vlora Navakazi, Visar Geci und ich also eine NGO. Das einzige Problem war, dass keiner von uns eine Ahnung hatte, was eigentlich eine NGO ist. Eine Bürgerinitiative? So etwas wie ein deutscher Verein? Eine Stiftung? Eine Vereinigung ohne bindende Rechtsform? Ich sollte lernen, dass eine NGO keine Rechtsform hat und alles von einem gewinnorientierten Einzelunternehmen bis hin zu einer gemeinnützigen Stiftung sein kann – nur sollte sie nicht allzu stark mit staatlichen Stellen assoziiert sein.³

Aber viel wichtiger als diese formalen Fragen war, wie denn die lokale NGO vorgehen sollte. Dazu diskutierten wir unterschiedliche

2 Es finden sich allerdings auf lokaler Ebene durchaus urbanistische Initiativen, beispielsweise Co-PLAN in Tirana, EXPEDITIO in Kotor oder Platforma 9,81 in Zagreb. Daneben gibt es eine Reihe internationaler, von Architekten und Planern geleiteter NGOs, die sich auf die Katastrophenhilfe spezialisiert haben und eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen. Allerdings gibt es keine mir bekannte NGO, die sich mit der langfristigen urbanistischen Entwicklung in Postkonfliktsituationen auseinandersetzt, mit Ausnahme der in Australien gegründeten »Architects Without Frontiers«. Aber auch diese reduzieren – bei aller Sympathie mit ihrer Arbeit – die komplexe, soziale, kulturelle, ökonomische und politische Situation zu stark auf den architektonisch-planerischen Aspekt. Vgl. Esther Charlesworth, Architects Without Frontiers. War, Reconstruction And Design Responsibility. Oxford [u. a.], 2006.

3 Zahlreiche sogenannte NGOs sind aber faktisch aufs Engste mit den staatlichen Strukturen ihrer Heimatländer verbunden (beispielsweise die deutsche GTZ – Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mit dem BMZ – Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), so dass selbst dieses Kriterium nur bedingt richtig ist.

Strategien; so wurde ein »Advisory Board« ins Spiel gebracht, der sich aus unabhängigen lokalen Architekten und Planern sowie Vertretern der Stadtverwaltung zusammensetzen könnte – als ein Gremium, welches den privaten Bauherrn bei der Legalisierung oder aber bei der Bauantragsstellung (die es faktisch bis dahin nicht gab) beraten könnte. Sofort tauchten eine Reihe von Fragen auf: wie motiviert man Vertreter der Stadtverwaltung an einem solchen Vorhaben teilzunehmen? Wie kann die Unabhängigkeit der Mitglieder garantiert und Interessenkonflikte ausgeschlossen werden? Wie kann das Verfahren transparent bleiben, so dass Korruption verhindert wird (eines der grössten Probleme)? Wie wird vermieden dass die Stadtverwaltung nicht versucht, ihre Verantwortlichkeiten abzuwälzen? Und überhaupt – wovon werden die beteiligten freischaffenden Architekten und Planer bezahlt? Die an diesem Beispiel auftauchenden Fragen sollten dann auch für die Projektdurchführung zentral werden – wie im zweiten Teil dokumentiert und diskutiert wird. Wichtig erschien, dass es eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der Stadt gibt. Wir waren davon überzeugt, dass erst wenn ein öffentliches Bewusstsein für die Probleme entstanden war und eine für alle Bewohner nachvollziehbare öffentliche Diskussion stattfand, ein entsprechender öffentlicher Druck auf die verantwortlichen internationalen und lokalen Politiker entstehen würde. Die Zeichen sechs Jahre nach Ende des Krieges und dem Ausbrechen des Baubooms schienen günstig – langsam verflüchtigte sich die Euphorie über die neugewonnene Freiheit und im persönlichen Gespräch äusserten sich viele Bewohner betroffen über die entstandene Situation. Die Haltung der meisten, mit denen ich sprach, war ambivalent. Einerseits war man froh, den Freiraum nutzen zu können, um seine eigenen Interessen durchzusetzen, andererseits wurden die Probleme so offensichtlich, dass es jedem klar war, dass in irgendeiner Form ein Weg gefunden werden musste, der für alle akzeptabel war. Immer wieder hörte ich von den zahlreich aus dem Exil zurückgekommenen Kosovo-Albanern, dass es wie in Deutschland sein



sollte – für mich eine verblüffende Erfahrung, jammert doch in Deutschland die Architektenschaft ständig über den Regulationseifer des deutschen Staates. Gleichzeitig war klar, dass ein hochdifferenziertes Regulationsystem, wie es sich in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert ausgebildet hatte – und das sich entsprechend den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen immer wieder transformiert hat –, sich nicht einfach auf die Verhältnisse in Prishtina übertragen lässt. Hier herrschte eine komplexe, andere Form der Regulation, die sich aus traditionellen, familien- und clanorientierten sowie modernen, durch die sozialistische Vergangenheit geprägten Elementen zusammensetzte, und die sich jetzt neu unter den veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen formierte. Hier konnte unser Projekt ansetzen, indem es versuchte, neue Formen der gesellschaftlichen Verhandlung eines alle betreffenden Problems einzubringen. Nur wie? Entscheidend erschien eine öffentliche Diskussion, die nur über die entsprechenden Kommunikationsmedien möglich war – Zeitungen, aber vor allem Radio und Fernsehen. Hier bot sich ein Glücksfall an, denn Visar Geci war nicht nur Architekt, sondern auch ein TV-Star. Seine im Sommer ausgestrahlte »Cocktail-Show« brach alle Zuschauerrekorde. Visar Geci vermittelte nicht nur die Kunst des Cocktailmixen (die er als Student in Graz erlernt hatte), sondern nutzte das Fernsehformat als Politsatiresendung. Der zuständige Redakteur des privaten Fernsehsenders KTV (Kohavision) versicherte mir, dass Visar Geci zu jedem Thema wann auch immer Sendezeit bekäme.

13 Eine Chance, die wir unbedingt nutzen wollten. Schon zu diesem Zeitpunkt war mehr als deutlich, dass die bekannten Formen der Vermittlung von architektonischen und stadtplanerischen Inhalten nicht ausreichten, egal ob es sich dabei überhaupt um für die Situation relevante Vorschläge handelte – genau das musste nun herausgefunden werden. Aus meiner Sicht war das nur möglich, indem eine direkte Rückkopplung mit der kosovarischen Gesellschaft über eine öffentliche Auseinandersetzung hergestellt wurde. Entscheidend war, dafür die richtige Form zu finden. Das herauszufinden war in erster Linie Sache der kosovarischen Kollegen. Als Fremder verblieb ich in der Position des Aussenstehenden, der es sich erlaubte, auch scheinbar naive Vorschläge zu machen, die dann in der Diskussion qualifiziert werden konnten.

In der Folge diskutierten wir noch weitere Strategien, die sich unabhängig von der medialen Vermittlung mit der Einbeziehung der Stadtverwaltung und Stadtpolitik einerseits und den Betroffenen andererseits auseinandersetzte, sich aber auch mit den architektonischen und planerischen Problemen der Qualifizierung der bereits entstandenen Bauten beschäftigte. Letztendlich wurde uns bewusst, dass zunächst einmal eine Bestandsaufnahme notwendig war, um überhaupt handlungsfähig zu sein. Daher war der erste Schritt die existierenden Informationen, seien es bereits entwickelte Bebauungspläne (regulatory plans), Untersuchungen von anderen Institutionen und Organisationen, beispielsweise der Wasserwerke, zu illegalen Anschlüssen an die Wasserversorgung, oder Verordnungen der UNMIK einzusammeln und auf dieser Grundlage zu einer Bestandsaufnahme zu kommen. Da die kosovarischen Kollegen in ihrer beruflichen Praxis oftmals an diesen Untersuchungen und Plänen beteiligt waren, war die Beschaffung der notwendigen Informationen kein Problem. Problematisch war dagegen, wie diese Arbeit geleistet werden kann. Es war klar, dass es dazu einer finanziellen Unterstützung bedarf, um dieses Projekt zu ermöglichen – schon der erste Schritt einer Bestandsaufnahme der Situation, der Identifizierung von Problemen und der Entwicklung von Lösungsstrategien (die dann auch noch auszuarbeiten sind) und nicht zuletzt die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge würde einen erheblichen

Arbeitsaufwand bedeuten, den weder die kosovarischen Kollegen noch ich »nebenbei« erledigen könnten. Nichtsdestotrotz waren wir voller Zuversicht, dass es uns gelingen würde, die notwendige Unterstützung für unser Vorhaben zu finden.

Mit dem festen Willen, zukünftig an diesem hochinteressanten Problem der Stadtentwicklung in Postkonfliktsituationen zu arbeiten, kehrte ich nach Berlin zurück. Neben der Frage, wie eine solche neugegründete NGO überhaupt arbeitsfähig wird, war auch wesentlich, wie diese ihre Arbeit organisiert – also wie fachliches Wissen aktiviert und eingesetzt werden kann. Entscheidend war hier, wie die Gespräche mit den kosovarischen Kollegen gezeigt hatten, die Verknüpfung von internationalem und lokalem Wissen. Gerade der Beitrag von außen wurde positiv bewertet, da dies dem ganzen Unterfangen auch eine notwendige Überparteilichkeit gab. Dass ein solches Vorhaben in Prishtina argwöhnisch beäugt würde, war klar, ebenso dass sich für die beteiligten lokalen Architekten und Planer Interessenkonflikte ergeben würden. Die »Internationalisierung« bot aber die Chance, zu einer von lokalpolitischen Befindlichkeiten unabhängigen Diskussion und Bewertung zu kommen. Die Chance dazu bot sich durch das holländische Architekturmagazin »Volume«. Diese, aus der Zeitschrift »Archis« hervorgegangene, in englischer Sprache international vertriebene Publikation hatte sich in den vergangenen Jahren explizit mit urbanistischen Fragestellungen weltweit auseinandergesetzt. Als »Editorial Consultant« hatte ich dies aufmerksam verfolgt und auch mitgestaltet. Eine wichtige Überlegung war, wie sich die weltweit verteilten Abonnenten in den Diskussionsprozess einbeziehen lassen. Dazu hatte Archis eine Serie von »Events« durchgeführt, die bereits an unterschiedlichen Orten mit den dortigen lokalen Lesern, Abonnenten und anderen Interessierten eine Intervention an einem öffentlichen Ort zu einem vorher abgestimmten Thema vornahm.⁴ Dies zielte zunächst auf die Kommunikation vor Ort mit der eigenen Leserschaft, um mit dieser in einen engeren Kontakt zu treten. Dies sollte dazu dienen, einerseits das Netzwerk der Archis-Leser zu aktivieren, aber auch diese zu ermutigen, die Plattform der international vertriebenen und rezipierten Zeitschrift stärker zu nutzen.

4 Vgl. www.archis.org

Daran knüpfte sich eine Diskussion innerhalb der Redaktion an, diese Struktur auch zu nutzen, um lokal zu intervenieren, falls von den lokalen Kollegen ein entsprechendes Interesse formuliert würde. Dabei könnten diese wiederum auf das Archis-Netzwerk zurückgreifen und hätten die Möglichkeit sich mit Architekten, Planern, Stadttheoretikern und anderen an Stadtentwicklungen interessierten Lesern des Magazins auszutauschen. Es bot sich an, das Projekt einer neugegründeten lokalen NGO in Prishtina mit dem Archis-Netzwerk zu verknüpfen. Der Vorschlag stieß bei Ole Bouman, zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur des Architekturmagazins, auf großes Interesse. Es hatte sich gleichzeitig ergeben, dass sich eine Gruppe libanesischer Architekten aus Beirut an die Redaktion mit der Bitte gewandt hatte, sie bei ihrer Initiative zu unterstützen.⁵ Ich folg daraufhin im September 2005 nach Amsterdam, und diskutierte mit Ole Bouman die Möglichkeiten einer solchen Initiative. Darauf folgte die Gründung von »Archis Interventions« als einer Nichtregierungsorganisation, die Teil des Archis-Netzwerks ist. »Archis Interventions/ Prishtina« würde als lokale, eigenständige Agentur das Projekt zusammen mit »Archis Interventions/ Berlin« entwickeln. Wir kamen überein, dass das Prishtina-Projekt und das Beirut-Projekt die beiden ersten Projekte sein sollten.

Es war sehr ermutigend, mit dem Archis-Netzwerk im Hintergrund weiter arbeiten zu können. Trotzdem blieb die entscheidende Frage ungeklärt: Wie können wir überhaupt arbeitsfähig werden? Wovon finanziert sich eine Nichtregierungsorganisation? Über Spendenaufrufe würde das in unserem Fall kaum möglich sein – entsprechend war deutlich, dass wir auf die von privaten, halbstaatlichen, staatlichen und überstaatlichen Organisationen bereitgestellten Hilfsgelder angewiesen sind. Ich musste lernen, dass diese einer eigenen Förderlogik folgen – naiverweise glaubte ich, dass unsere Initiative ein wichtiges, nicht nur für Prishtina, sondern überhaupt für

Postkonfliktsituationen relevantes, Problem behandelt und daher förderungswürdig sei, nicht zuletzt weil es faktisch nur wenige Initiativen gab, die sich mit diesem Problem auseinandersetzten und konkrete Vorschläge für eine Lösung anboten. Tatsächlich spielte das keine Rolle. Vielmehr musste das geförderte Projekt zu dem jeweiligen thematischen Schwerpunkt der Förderorganisation passen: seien es die Genderproblematik oder der Minderheitenschutz, die Bildung, das Problem der Eigentumsrechte etc. Dass die Stadt der Kulminationspunkt all dieser Probleme ist und in ihrer Entwicklung sich alle Konflikte und Fortschritte abbilden, war schwer zu vermitteln. Dies führte zu der absurden Situation, dass es nach etwa einem Jahr intensiver Gespräche und Antragstellungen nicht möglich war, eine auch nur minimale finanzielle Unterstützung zu bekommen – trotz wohlwollender Worte. Erst Ende 2006 war es uns gelungen, eine bescheidene Unterstützung zur Durchführung eines Workshops in Prishtina von der Kulturstiftung einer österreichischen Bank (ERSTE Stiftung) und einer europäischen Kulturstiftung (European Cultural Foundation) zu erhalten. Die angereisten deutschen und holländischen ebenso wie die kosovarischen Teilnehmer des Workshops arbeiteten für äußerst bescheidene Honorare, die Durchführung war nur möglich durch die kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten durch ein lokales Architekturbüro und die Unterbringung der angereisten Teilnehmer in privaten Unterkünften. Trotz dieser Widrigkeiten sollte der Workshop im Dezember 2006 einen Wendepunkt bedeuten: in einer intensiven, von morgens 9 Uhr bis spät in die Nacht andauernden fünftägigen Zusammenarbeit wurde die Grundlage für die weitere Arbeit gelegt, wie sie im zweiten Teil dokumentiert ist.

Die Ergebnisse wurden Anfang 2007 ausgearbeitet und im Frühjahr in Volume 11 (Archis 1/2007) »Cities Unbuilt« publiziert. Die Reaktionen erfolgten schnell – lokal wurde durch die kosovarische Tageszeitung »Express« in zwei Artikeln auf die Initiative aufmerksam gemacht.⁶ Außerdem erfolgte

⁵ Beide Projekte – in Beirut wie in Prishtina – sind dokumentiert in Volume 11, »Cities Unbuilt«, Archis 1/2007.

15 eine Einladung durch das Europäische Forum Alpbach, die Ergebnisse in einer Ausstellung und in einem Vortrag einem internationalen Fachpublikum zu präsentieren.⁷ Auf Anregung des EU-Koordinators des Stability Pact For South Eastern Europe, Erhard Busek, wurde unser Ansatz einer unabhängig agierenden, den Verhandlungsprozess zwischen privaten Investoren und der städtischen Verwaltung vermittelnden Organisation im Rahmen einer Tagung zur Legalisierung informeller Siedlungen präsentiert.⁸ Danach erfolgte eine Einladung zu einer Konferenz des NALAS-Netzwerks der lokalen Stadtverwaltungen in Südosteuropa.⁹ Das Interesse an unserem Vorhaben war sehr motivierend, löste aber das strukturelle Problem, überhaupt arbeitsfähig zu werden, nicht. Im August 2007 hatten Florina Jerliu und ich zu zahlreichen internationalen Organisationen in Prishtina Kontakt aufgenommen und etwa ein Dutzend Anträge auf finanzielle Unterstützung gestellt (die bis heute – Mai 2008 – diskutiert werden). Ein kleiner Erfolg war, dass die Liaison Offices von Frankreich und Deutschland (so die Bezeichnung der Aussenstellen der Botschaften), eine Kulturinitiative zur Zukunft der Städte am Beispiel von Prishtina, Berlin und Paris in die Wege leitete, die aus Workshops bestanden, deren Ergebnisse dann im Dezember 2007 öffentlich präsentiert wurden.¹⁰ Der Vergleich dieser Städte erscheint absurd, aber es ließen sich trotzdem relevante Fragestellungen ableiten. Am Beispiel Berlin stellte sich beispielsweise die Frage, warum die alliierten Besatzungsstreitkräfte 1945 von Beginn an die Durchsetzung elementarster rechtlicher Prinzipien verfolgten, während dies im Kosovo nach 1999 nur eingeschränkt der Fall war. Florina Jerliu und Ilir Gjinolli hatten mit ihren Studenten eine Präsentation ausgearbeitet, die die Ergebnisse des Workshops vom Dezember 2006 zum Ausgangspunkt nahm.

6 Express, 23. u. 29. Juni 2007.

7 Europäisches Forum Alpbach, Architekturgespräche, 17./18. August 2007. Die Dokumentation ist als Download verfügbar: www.archis.org

8 5th Regional Vienna Declaration Meeting, Ministry for Economic Development Montenegro, UN-Habitat, Stability Pact for South Eastern Europe, Podgorica, 22./23. Oktober 2007

9 NALAS – Network of Associations of Local Authorities of South-East Europe, Konferenz in Bukarest, 13./14. Dezember 2007

10 City of the Future – Future of the City, Prishtina – Berlin – Paris. Franco-German Project on Architecture and Urban Planning. Präsentation am 7. Dezember 2007 im Modelarium der Universität Prishtina.

Auf der Grundlage dieser Analyse hatten die Studenten die Aufgabe, ausgewählte Quartiere zu analysieren und entsprechend Szenarien zu entwickeln, die zeigen sollten, wie sich die Gebiete weiter entwickeln, wenn es keine Beschränkung gibt oder aber tatsächlich das Baurecht durchgesetzt würde. Beide Lösungen waren nicht akzeptabel beziehungsweise nicht durchsetzbar, wie unmittelbar deutlich wurde. Die Präsentation wurde von einigen hundert Besuchern verfolgt, darunter Vertretern der Stadtverwaltung, des Bauministeriums, aber auch der internationalen Organisationen, wie UN-HABITAT. Bedeutsam war aber der Besuch des Kandidaten für die Wahl zum Bürgermeister, Dr. Isa Mustafa, der sich am letzten Tag seines Wahlkampfs die Zeit nahm, sich von den Studenten die problematischen Aspekte der zukünftigen Stadtentwicklung erklären zu lassen. Nach seiner Wahl zum Bürgermeister nahm er Kontakt zu Florina Jerliu auf, die im Januar 2008 zu seiner persönlichen Beraterin in Fragen der Stadtentwicklung ernannt wurde.

D a m i t hatte sich Anfang 2008 eine Konstellation ergeben, die es dringend erforderlich machte, die Umsetzung der entwickelten Strategien voran zu treiben. Die Bereitschaft der lokalen Politik und Verwaltung zu kooperieren, stellte eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der entwickelten Lösungsstrategien dar. Auch war in der Zwischenzeit eine öffentliche Debatte um den Umgang mit den »illegal« entstandenen Bauten entstanden – das Thema hatte bereits im Bürgermeisterwahlkampf eine zentrale Rolle gespielt. Während diese Publikation ausgearbeitet wurde, arbeiteten wir an der Umsetzung, und soweit dies möglich war, ist dies ebenfalls im Projektteil dokumentiert.

M i t d e m anschließenden dritten Teil wird der Frage nachgegangen, was sich aus dem Prishtinaprojekt lernen lässt? Darauf verweist der Buchtitel »Prishtina is Everywhere« – der darauf hinweist, dass es, bei allen spezifischen Besonderheiten der Entwicklung in Prishtina nach 1999, strukturelle Merkmale gibt, die sich verallgemeinern und vergleichen lassen. Einerseits ist die Entwicklung in Prishtina prototypisch für Entwicklungen in Postkonflikt-situationen, andererseits zeigt sich hier aber auch eine neue Form der gesellschaftlichen Regulation von Stadtentwicklung, in der lokale

und internationale, institutionalisierte und »informelle« Kräfte aufeinandertreffen. Hier zeigt sich unmittelbar, dass Architektur und Stadtplanung immer auch politisch ist. Und dass die zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere die entsprechend qualifizierten Fachleute, in Fragen der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle in diesem Beziehungsgefüge spielen. Die Gründung von Archis Interventions ist daher auch der Versuch, politisch zu intervenieren und lokalen Architekten, Planern und anderen unabhängigen urbanistischen Initiativen ein internationales Forum zu bieten und diese bei ihren Vorhaben zu unterstützen. Die vorliegende Publikation versucht die Ergebnisse und die Erkenntnisse aus dem Prishtina-Projekt zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass es sich hier weder um eine wissenschaftliche Forschung noch um eine konkrete Planung handelt, die von entsprechenden Institutionen und Auftraggebern veranlasst wurde – sondern um eine aus einer privaten Initiative heraus entstandene Aktivität, die von einer Handvoll von Personen größtenteils neben ihrer beruflichen Tätigkeit vorangetrieben wurde.

Das Ende dieser Aktivität ist noch nicht abzusehen und es gilt sicherlich auch, das weitere Vorgehen stärker zu professionalisieren. Die bereits erreichten Ziele – eine lokale Debatte über die Zukunft der Stadt angestoßen, bei der Verwaltung wie bei den Entscheidungsträgern eine Auseinandersetzung über das weitere Vorgehen bewirkt und international die

Aufmerksamkeit auf die Probleme städtischer Entwicklung in Postkonfliktsituationen gelenkt zu haben – begründen die Dokumentation und Diskussion des Projekts. Prishtina zeigt auch, und in diesem Sinne ist es »überall«, dass die Stadt der Ort der Reterritorialisierung der politischen Kräfte ist. In seiner physischen Struktur bildet sich das gesellschaftliche Beziehungsgefüge ab – ein Spannungsfeld von einerseits »informeller« Planung, die von Netzwerken aus Familienverbänden, Freunden und Geschäftspartnern getragen wird und andererseits der politisch-administrativen Planung. Und beide sind auf ihre Weise »internationalisiert«, da sie nicht unabhängig von der UN-Verwaltung und den supra-staatlichen Nichtregierungsorganisationen oder den »informellen« Netzwerken der Diaspora agieren. Gerade die urbane Krise, die Prishtina nach 1999 kennzeichnet, kann auch als Ausdruck eines noch nicht abgeschlossenen gesellschaftlichen Verhandlungsprozesses gesehen werden, der seine Form der Regulierung (die sich in der Stadt fortlaufend materialisiert) noch finden muss. Dies eröffnet für Architekten, Planer und Urbanisten die Möglichkeit, ihre Position in diesem Spannungsfeld zu reflektieren und über neue Formen der Vermittlung architektonischer und planerischer Inhalte nachzudenken. Das bedeutet aber auch, die Inhalte und die Methodik der Planung zu befragen und die eigene Sichtweise, den »point of view«, zu überprüfen. In diesem Sinne gibt es noch viel zu diskutieren.







← Der improvisierte Basar vor der Sporthalle, der 2006 aufgelöst wurde.

← »Keine Verhandlungen! Selbstbestimmung«. Albanische Graffitis gegen die UN-Verwaltung finden sich überall in Prishtina, hier in einem Wohnviertel.

↑ Blick auf Prishtina.

↓ Das Hauptquartier der UN-Verwaltung im Zentrum von Prishtina, im Hintergrund das Grand Hotel aus jugoslawischer Zeit.





↑ Die Nationalbibliothek, die 1982 errichtet wurde und die Neubauprüfung einer serbisch-orthodoxen Kirche, die nicht benutzt wird. Beide befinden sich zwischen Universitätsgebäuden auf einer Brachfläche im Zentrum der Stadt.

↓ Nach den Terroranschlägen in London wurde in ganz Prishtina auf Plakaten die tiefe Verbundenheit der Kosovo-Albaner mit Großbritannien zum Ausdruck gebracht. Die Briten, die Kontingente der KFOR-Truppen stellen, werden als Befreier gesehen.

→ Gesicherter UN-Compound am Rand der Stadt.

→ KFOR-Patrouille in Caglavica, einer serbischen Enklave am Rand der Stadt. Nach den Ausschreitungen 2004 mit ihren zahlreichen Toten und Verletzten und den Verwüstungen durch albanische Randalierer haben die meisten Serben dort ihre Grundstücke verkauft und sind aus dem Kosovo weggezogen. Die hohen Gewinnmargen aus Grundstücksverkäufen waren ein zusätzlicher Beweggrund.









↑ Der typische Geschosswohnungsbau aus jugoslawischer Zeit, der jetzt privatisiert und um Auf- und Anbauten erweitert wurde.

↓ Die große Begeisterung für die USA und die NATO, die als Befreier gesehen werden, wird überall zum Ausdruck gebracht.







← »Haus zu verkaufen« ← Der Wohnungsmangel bot in der Nachkriegszeit den Eigentümern von Grundstücken die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Bauunternehmern ihre alten Häuser abzureißen und durch mehrgeschossige, großvolumige Gebäude zu ersetzen, die dann verkauft oder vermietet wurden. ↓ Die Gewinne im Immobiliensektor sind außerordentlich hoch und haben Prishtina in eine Baustelle verwandelt.

↑ Blick auf Prishtina. Im Vordergrund die nach Kriegsende neuerrichteten Villen.





Exkurs zur Geschichte

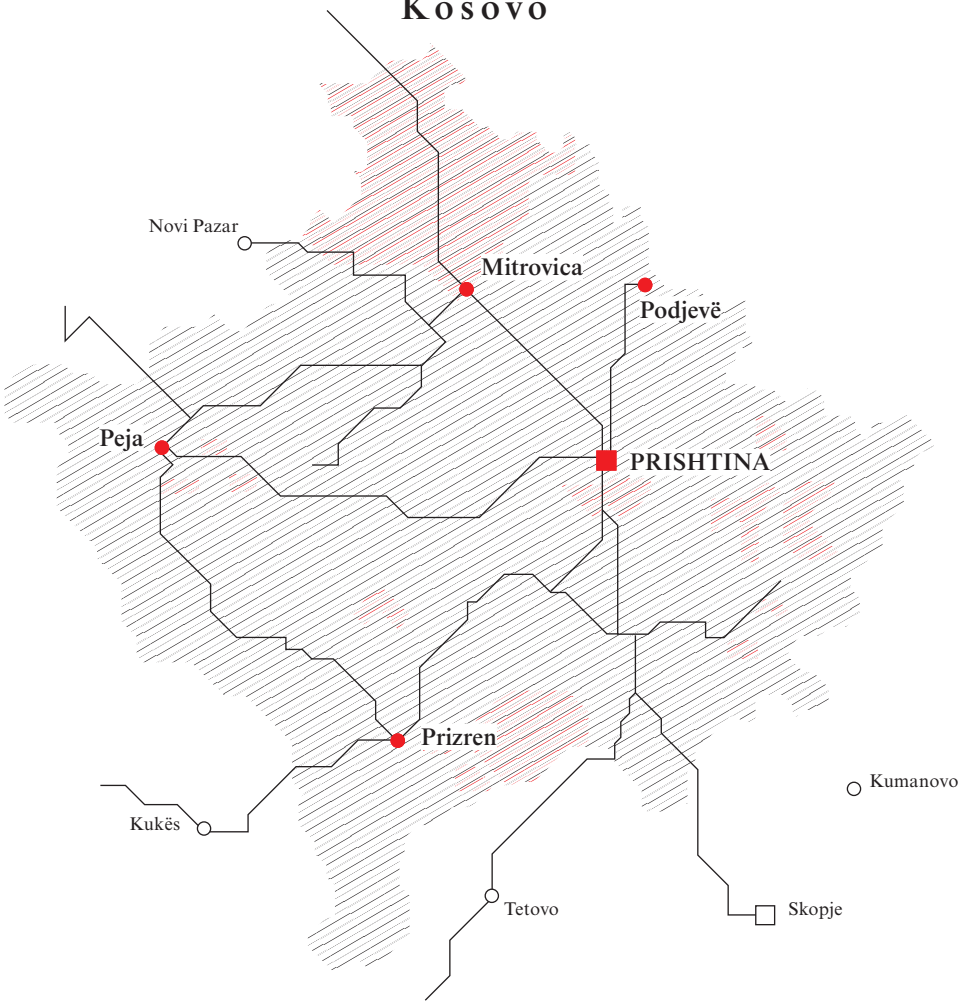
In der internationalen Öffentlichkeit hat sich der Einmarsch der von der NATO geleiteten, international zusammengesetzten KFOR-Truppen in den Kosovo in das Gedächtnis eingepreßt. Mit den Streitkräften strömten die in den Monaten zuvor von serbischem Militär und Freischärlern vertriebenen Kosovo-Albaner, etwa 900 000 Flüchtlinge, wieder zurück in ihre Heimat. Zugleich flüchteten viele Kosovo-Serben, einerseits aufgrund von Racheaktionen der Kosovo-Albaner, andererseits weil sie unter den veränderten politischen Bedingungen keine Zukunft mehr für sich im Kosovo erkennen konnten – unmittelbar nach dem Einmarsch der KFOR verließen bis zu hunderttausend Serben den Kosovo.¹ Obwohl diese Zahlen umstritten sind und erstaunlich divergieren können, sind sie symptomatisch für die Geschichte gegenseitiger Unterdrückung und Vertreibung, die wesentlich von der jeweiligen internationalen politischen Situation beeinflusst war, ohne dass diese von den beiden Volksgruppen wesentlich hätte beeinflusst werden können. Um die Situation im Kosovo – und damit auch in Prishtina – nach 1999 zu verstehen, ist es notwendig, den geschichtlichen Hintergrund zu kennen, der zwei Volksgruppen in einen erbitterten, durch Gewalterfahrung auf beiden Seiten geprägten Streit (und Krieg) um die

gleiche Region Südosteuropas geführt hat. Der Hintergrund ist, dass sowohl Serben als auch Albaner den Kosovo als Geburtsstätte ihrer nationalen Identität begreifen. Beide Seiten greifen dabei auf bestimmte historische Ereignisse oder Zusammenhänge zurück, die mit dem Aufkommen des Nationalstaats im 19. Jahrhundert entsprechend zu Gründungsmythen geformt werden, um den Erstanspruch auf das Territorium zu begründen. So berufen sich die Albaner auf eine Abstammung von den antiken Illyrern aus dem Raum Kosovo. Zwar zeigt die albanische Sprache Gemeinsamkeiten mit der illyrischen, aber die Volksgruppe wird erst im 12. Jahrhundert als solche erwähnt und der räumliche Ursprung selbst bleibt umstritten. Die Serben wiederum sehen im »Kosovo« den eigentlichen Geburtsort des mittelalterlichen serbischen Staates und bestreiten eine Besiedelung durch die albanischen Stämme zu dieser Zeit. Hinzu kommt die schicksalsträchtige Niederlage in der Schlacht gegen die Türken 1389 auf dem »Kosovo polje« (Amselfeld), die sich tief ins nationale Gedächtnis Serbiens eingegraben hat.² Es handelt sich um eine wechselvolle, komplizierte Siedlungsgeschichte, die mit starken Wanderungsbewegungen verknüpft ist und die entweder die slawischen oder die albanischen

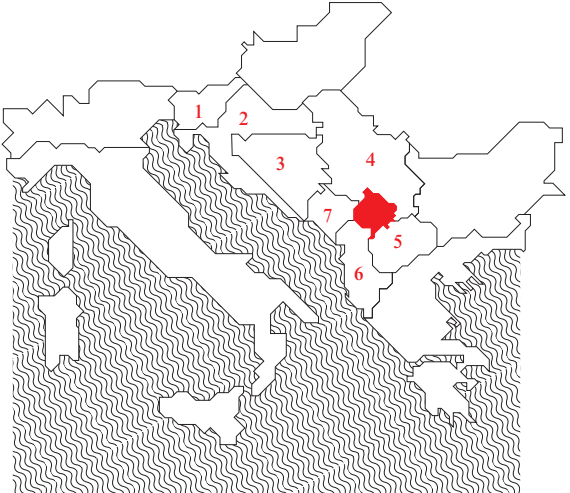
1 Je nach Quelle divergieren die Zahlen der vor dem Einmarsch der KFOR-Truppen geflüchteten Kosovo-Albaner zwischen 500 000 bis 1 Million und der nach dem Einmarsch geflüchteten und ausgewanderten Kosovo-Serben zwischen 17 000–170 000.

2 Vgl. Michael W. Weithmann, *Balkan Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident*. Graz [u.a.], 1995; Noel Malcolm, *Kosovo. A short history*. London 1998; Bernhard Chiari, Agilolf Kefbelring (Hg.), *Wegweiser zur Geschichte. Kosovo*. Paderborn [u.a.] 2006.

Kosovo



 Serbische Enklaven



- 1 Slowenien
- 2 Kroatien
- 3 Bosnien-Herzegowina
- 4 Serbien
- 5 Mazedonien
- 6 Albanien
- 7 Montenegro

29 Stämme zur dominierenden Mehrheit werden ließ. Wobei fehlende Quellen und unklare ethnische Zuordnungen eine objektive Darstellung erschweren.³ Ohne hier im Detail auf die komplexe Geschichte eingehen zu können, ist doch festzuhalten, dass seit Beginn des 20. Jahrhunderts grundsätzlich ein stetiger Anstieg des Anteils der Albaner an der Bevölkerung des Kosovo festzustellen ist.⁴ Zwar kehrte sich diese Entwicklung vorübergehend um, wie beispielsweise durch die vom jugoslawischen Königreich betriebene, gezielte Politik einer »Serbisierung« des Kosovo zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, die durch eine Landreform zuungunsten der albanischen Großgrundbesitzer und mit staatlicher Unterstützung Serben im Kosovo ansiedelte. Die gleichzeitige starke Repression durch die serbischen Machthaber erzwang eine hohe Auswanderung von Albanern und konnte den Bevölkerungsanteil der Serben zwischen 1919 und 1928 von 24 auf 38 Prozent steigern. Die Folge war allerdings, dass es im Zweiten Weltkrieg unter der italienischen bzw. deutschen Besatzung wiederum zur gewaltsamen Vertreibung der neuangesiedelten Serben durch die Albaner kam. In der Nachkriegszeit sollte sich der Auswanderungsdruck auf die Albaner im Kosovo wieder verstärken. Obwohl drittstärkste Volksgruppe Jugoslawiens, erhielten sie nicht den Status einer Republik und sahen sich massiven Repressalien durch die Geheimpolizei unter Leitung des jugoslawischen Innenministers Rankovic zwischen 1948 bis zu dessen Ablösung 1966 ausgesetzt, was in der Folge zu einer starken Abwanderung (ohne Möglichkeit der Rückkehr) vornehmlich in die Türkei führte. Trotzdem sollte der Anteil der albanischen Bevölkerung weiterhin auf Grund der hohen Geburtenrate weiter steigen. Trotz des Kurswechsels der Belgrader Führung unter Tito nach 1966, der dem Kosovo einen Autonomiestatus 1974 und damit immerhin das

Mitspracherecht auf Bundesebene zubilligte, führte dies nicht zu einer Befriedung der Situation. Vielmehr setzte jetzt eine starke Albanisierung der Provinz ein, die wiederum von den Serben im Kosovo als Unterdrückung empfunden wurde. Inwieweit bei der nun folgenden Abwanderung von Kosovo-Serben tatsächlich Druck ausgeübt wurde oder diese vielmehr aus ökonomischen Gründen die vernachlässigte und wirtschaftlich sehr schwache, durch niedrige Produktivität, Korruption und Cliquenwirtschaft geprägte Provinz verließen, ist schwer zu beurteilen. Faktisch sank der serbische Anteil an der Bevölkerung in dem Zeitraum von 1970 bis 1980 von 18 auf 13 Prozent ab.

Ein Jahr nach Titos Tod (1981) kam es in der Folge eines kosovo-albanischen Studentenaufstands gegen die schlechten Lebensbedingungen und ökonomischen Perspektiven erneut zu Repressalien und Schikanen gegen die albanische Mehrheitsbevölkerung durch die serbisch dominierte Zentralregierung. Trotzdem hielt die Abwanderung von Serben aus dem Kosovo an. Die Situation sollte sich für die Kosovo-Albaner weiterhin verschlechtern – in dem Maße in dem Slobodan Milosevic in Belgrad politisch an Einfluss gewann, sollten die Rechte der Kosovo-Albaner beschnitten und die staatliche Repressionspolitik zunehmen. Mit der Verhängung des Ausnahmezustands 1989 wurde eine Apartheidspolitik gegenüber den Albanern durchgesetzt, die diese faktisch von allen öffentlichen Institutionen sowie maßgeblichen wirtschaftlichen Branchen verbannte, ihre Sprache verbot und sie dazu zwang illegale Strukturen, beispielsweise im Bildungssektor, aufzubauen. Dies gipfelte in der Bildung eines »Schattenstaats«. Von den Kosovo-Albanern wurde 1990 symbolhaft die Unabhängigkeit erklärt und eine eigene Regierung unter der Führung von Ibrahim Rugova gebildet, die sich eine eigene Verfassung gab, die in einem geheimen Referendum 1991 angenommen wurde. Es wurden sogar (ohne Behinderung durch die serbischen Machthaber) 1992 Wahlen durchgeführt, die die separatistische »Demokratische Liga« und die Präsidentschaft Rugovas bestätigte. Damit war eine absurde Situation entstanden: die Serben hatten einen Staat ohne Bevölkerung (abgesehen von der geringfügigen serbischen Minderheit), die Albaner bildeten eine Bevölkerung ohne Staat. Zwar

3 Ethnische Gebilde entstehen in komplexen und langwierigen Prozessen und sind auch nicht abgeschlossen, wie die Geschichte ebenfalls zeigt.

4 Für diesen nur die wesentlichen Aspekte erfassenden Überblick wurden neben der in Anmerkung 2 genannten Darstellungen folgende Quellen verwendet: Wolfgang Petritsch, Robert Pichler, Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden. Klagenfurt [u. a.] 2005; Denisa Kostovicova, Kosovo. The politics of identity and space, London, New York 2005; Beate Kellermann, Das Kosovo zwischen Standard und Status – vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie, Stuttgart 2006; Sylvia Irene Schmitt, Krisenherd Balkan – Eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft, Hamburg 2005.

kontrollierten die serbischen Machthaber das Territorium und alle staatlichen Institutionen, aber nicht die Bevölkerungsmehrheit, die wiederum auf die illegalen, pseudostaatlichen Netzwerke angewiesen war. Diese umfassten nicht nur Schulen und Universitäten, sondern auch ein eigenes Gesundheitssystem und eine funktionierende Verwaltung dieser Strukturen. Finanziert wurden diese von einem eigens eingerichteten Steuersystem, das auch die in der Diaspora lebenden Kosovo-Albaner einbezog. In den 1990er Jahren verließen etwa 400 000 zumeist junge männliche Albaner die Provinz, die als Flüchtlinge in den westeuropäischen Ländern geduldet wurden (davon allein 200 000 in Deutschland).⁵ Sie ließen drei Prozent ihres Nettoverdienst über eigens eingerichtete Fonds und »informelle« Netze dem Quasi-Staat zukommen. Wichtig ist, dass sich die traditionellen, auf Verwandtschaft und Familie basierenden sozialen Netzwerke mit staatsähnlichen, aber eben »informellen« Strukturen verbanden. Gewissermaßen wurden traditionelle Formen der Selbstorganisation, wie sie sich in den ländlichen Milieus ausgebildet hatten und die durch ein tiefes Misstrauen gegenüber jeglichen staatlichen Strukturen gekennzeichnet sind, »modernisiert«, ohne dass es aber zur Auflösung dieser komplexen auf Verwandtschaftsbeziehungen basierenden Netzwerke kam.

Bemerkenswert ist, dass der Widerstand zu diesem Zeitpunkt gewaltlos war – man setzte hier auch vor dem Hintergrund der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina und der zerfallenden Einheit Jugoslawiens mit seinen neuen Staatsgründungen auf eine Internationalisierung des Konflikts. Gekennzeichnet war die kosovo-albanische Politik durch eine systematische Verweigerung der Legitimität der serbischen Institutionen in der Hoffnung, damit international das Ziel

eines eigenen Staates durchsetzen zu können.⁶ Diese Hoffnung wurde spätestens bei der Konferenz zur Beendigung des Bosnienkriegs in Dayton 1995 enttäuscht, da die internationale Gemeinschaft das Anliegen der Kosovo-Albaner schlicht ignorierte und als innere Angelegenheit des jugoslawischen Rumpfstaats betrachtete. Dies sollte sehr schnell zu einer Radikalisierung einzelner kosovo-albanischer Gruppen führen, die in die Gründung der kosovarischen Befreiungsarmee (UCK) mündete. Deren vereinzelten militärischen Aktionen ab etwa 1997 gegen serbische Miliz und Streitkräfte führten entsprechend zu Vergeltungsmaßnahmen. Obwohl die UCK zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, sich auf eine offene militärische Auseinandersetzung mit den serbischen Streitkräften einzulassen, provozierte sie serbische Reaktionen, die erst jetzt die erwünschte internationale, durch die Medien vermittelte Aufmerksamkeit versprach. Der Konflikt schaukelte sich auf diese Weise immer weiter hoch, und es lässt sich nicht entscheiden, ob es nicht möglicherweise sogar Teil der Politik der UCK-Führer war, zivile Opfer der serbischen Vergeltungsmaßnahmen in Kauf zu nehmen, um eine internationale Intervention wie in Bosnien-Herzegowina zu provozieren. Trotz intensiver Bemühungen verschiedener internationaler Organisationen und Institutionen verschärfte sich der Konflikt weiterhin, der sich ab 1998 zu einer durchgängigen militärischen Auseinandersetzung veränderte und jetzt von einer sich immer weiter verschlechternden Situation der Zivilbevölkerung geprägt war. Die UCK, die den hochgerüsteten serbisch-jugoslawischen Militärs und Paramilitärs wenig entgegen zu setzen hatte, verliess sich auf die

5 Die Kosovo-Albaner erhielten in allen westeuropäischen Staaten problemlos den Asylantenstatus oder die Aufenthaltsgeldung, was sie gegenüber den Serben in eine vorteilhafte Position brachte. Zudem war die Deutsche Mark die »harte Zweitwährung« in dem von Inflation und UN-Embargo betroffenen Jugoslawien, was die Albaner mit ihren Auslandsnetzwerken wiederum bevorteilte.

6 Autoren wie der Publizist und Historiker Tim Judah gehen in ihrer Interpretation der Ereignisse sogar soweit, dass die kosovo-albanische Führung mit ihrer Boykotthaltung bei den Wahlen 1992 bewusst die radikalen nationalistischen Kräfte um Milosevic stärkten. Sie hatten kein Interesse, dass möglicherweise ein liberaler serbischer Politiker wie der Oppositionsführer Milan Panic durch die albanischen Stimmen an die Macht käme, weil dann ihr politisches Anliegen eines eigenen Staates nur durch die Änderung der Grenzen möglich wäre – wozu die internationale Staatengemeinschaft zu diesem Zeitpunkt nicht bereit war. Vgl. Tim Judah, *Kosovo. War and Revenge*, New Haven, London 2002.

31 bewährte Partisanentaktik des »hit and run«, die serbischen Militärs setzten auf die Mittel der »Terroristenbekämpfung« und vertrieben systematisch Kosovo-Albaner aus ihren Dörfern. Das starke Anschwellen der Flüchtlingsströme wiederum veranlasste die internationale Politik zum Handeln. In der Folge setzte ein hektischer Prozess von Verhandlungen ein. Hatte die internationale Gemeinschaft und mit ihr die NATO erst mit der Androhung der militärischen Intervention die Konfliktparteien zu Verhandlungen bewegen können, war sie nach der Ablehnung des Ergebnisses der Konferenz von Rambouillet im März 1999 durch die serbische Seite in Zugzwang geraten – eine Rückführung der kosovo-albanischen Flüchtlinge schien nur durch militärische Aktionen gegen die serbischen Machthaber möglich. Sie sollten durch gezielte Luftschläge zum Einlenken gebracht werden. Tatsächlich provozierten die Luftschläge, die zu zahlreichen zivilen Opfern auf serbischer Seite führten, noch härtere Gegenmaßnahmen im Kosovo und zwangen noch mehr Menschen zur Flucht. Damit war der eigentliche Grund für die Intervention sogar noch verstärkt worden. Zudem waren die Begleitumstände der NATO-Intervention höchst umstritten.⁷ Offensichtlich wurden gezielt

7 Vgl. Noam Chomsky, *Der Neue Militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo*, Zürich 2000.

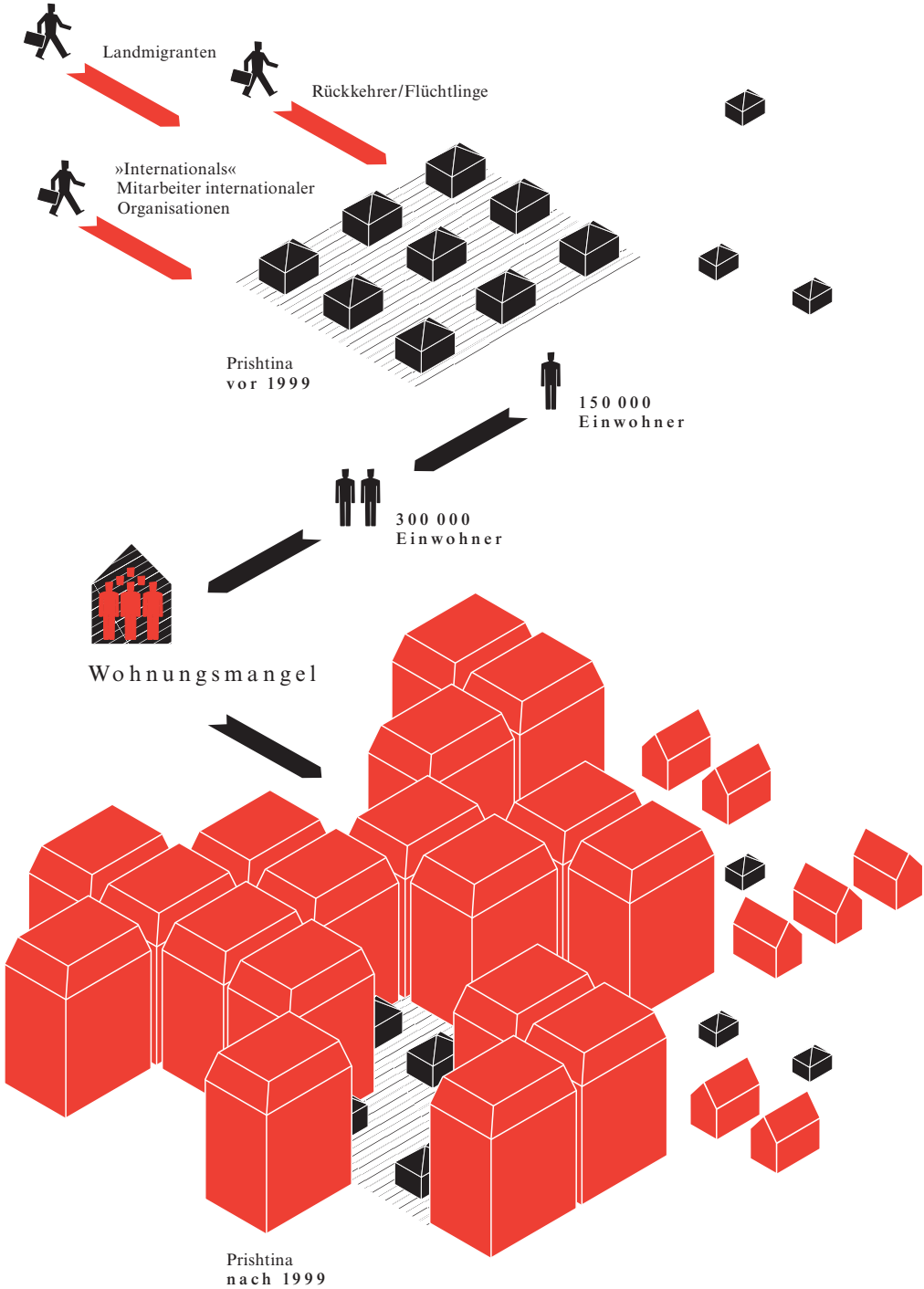
Falschinformationen eingesetzt, um die westeuropäische Öffentlichkeit für eine militärische Lösung zu gewinnen – beispielsweise durch den deutschen Außenminister Joschka Fischer mit seiner Behauptung eines »Hufeisenplans« der serbischen Führung, für den es bis heute keine Beweise gibt. Da die Bombardierungen nicht das gewünschte Ergebnis brachten, mussten (nach langen Vorbereitungen, die das Flüchtlingselend verlängerten und weiteren Gewalttaten im Kosovo Raum gaben) im Sommer 1999 die KFOR-Truppen im Kosovo einmarschieren. Während sie von den Kosovo-Albanern als Befreier empfangen wurden, flüchteten Zehntausende von Serben mit den abziehenden jugoslawischen Truppen aus Angst vor Racheakten. Zu Recht, wie sich herausstellen sollte – es kam zu zahlreichen Übergriffen gegenüber den Kosovo-Serben, aber auch anderen Minderheiten, die der Kollaboration verdächtigt wurden. In den folgenden Jahren sollten sich diese weitgehend in Enklaven zurückziehen oder auswandern, da es auch ökonomisch kaum eine Perspektive für sie gab. Unabhängig von den Vorstellungen und Absichten der internationalen Politik hatte sich das Rad der Geschichte zugunsten der Kosovo-Albaner gedreht. Der eigene Staat schien in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Untersuchung

mit Visar Geci

Turbo-Urbanismus

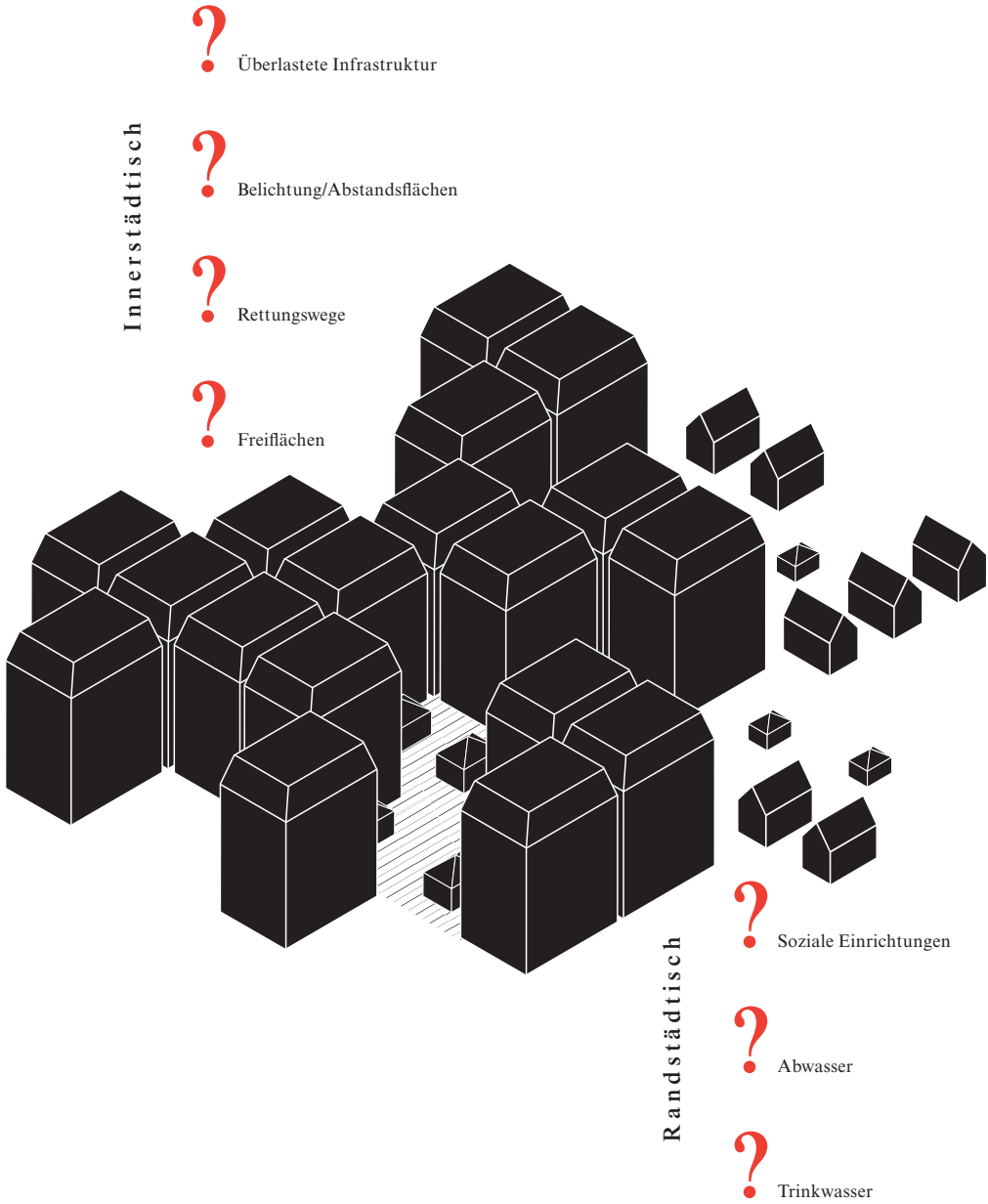
Stadtentwicklung in Postkonfliktsituationen



Turbo-Urbanismus in Prishtina

Als 1999 die von der NATO geführten Truppen der KFOR (Kosovo Force) im Krieg zwischen den serbischen Streitkräften und der kosovo-albanischen Befreiungsarmee (UCK) intervenierte und den Krieg beendete, fand sie in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik eine durch die seit 1990 anhaltende Repression des Milosevic-Regimes weitgehend vom gesellschaftlichen Leben isolierte albanische Bevölkerungsmehrheit vor. Der Einmarsch der internationalen Truppe stellte daher für die Kosovo-Albaner eine Befreiung dar, die sich wesentlich in einer sofort sprunghaft ansteigenden Bautätigkeit ausdrückte. Die Minderheit der Kosovo-Serben, sowie der Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter, die zusammen noch etwa 10 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten, waren von dieser Entwicklung weitgehend ausgeschlossen beziehungsweise hatten kein Interesse an immobilien Investitionen in die Zukunft. Das war Folge der Einschüchterung durch zahlreiche Übergriffe seitens der albanischen Bevölkerung, die parallel zum Einmarsch der KFOR stattfanden und zur Vertreibung und Auswanderung von großen Teilen der Kosovo-Serben und Roma (und anderen kleinen ethnischen Gruppen, die der Kollaboration mit den Serben verdächtigt wurden) führte. Die verbliebenen Kosovo-Serben empfanden die NATO-Intervention als feindlichen Akt und misstrauten nicht nur dem Experiment eines völlig neuartigen Friedensmandats der Vereinten Nationen, sondern auch den gegebenen Sicherheitsgarantien. Die von albanischen Randalierern ausgelöst und auf den gesamten Kosovo Märzunruhen im Jahr 2004 mit Toten und Verletzten auf serbischer Seite und schweren Beschädigungen von serbischen Kultureinrichtungen, bei der die UN-Polizei und die KFOR weitgehend versagte, sollten ihnen recht geben. Vor diesem Hintergrund bestand für diesen Teil der kosovarischen Bevölkerung kein Interesse an baulichen Aktivitäten.

Ungesteuerte Stadtentwicklung



37 **C h a r a k t e r i s t i s c h** für Postkonfliktsituationen ist die schnell wachsende Stadtbevölkerung. Sie resultiert einerseits aus dem Zuzug von Migranten aus dem ländlichen Raum, die in den Städten neue Zukunftsperspektiven sehen, aber auch durch die Repatriierung der Flüchtlinge aus den Gastländern. Deutschland beispielsweise entzog unverzüglich den Kosovo-Albanern den Asylanten- oder Duldungsstatus und schickte sie in ihre Heimat zurück. Dadurch stieg der Anteil nicht in Prishtina sozialisierter Bewohner beträchtlich, die ihren Platz im städtischen Leben erst finden mussten – was in der Folge zu Konflikten führen sollte. Durch die sprunghaft angestiegene Bevölkerung entsteht ein großer Wohnraumbedarf, der wiederum unter unklaren Rechtsbedingungen, nur schwach oder gar nicht funktionierenden staatlichen Strukturen starke Bauaktivitäten auslöst. Um diese Entwicklung am Beispiel von Prishtina hinsichtlich ihrer Probleme aber auch Potenziale besser zu verstehen, ist es notwendig zu analysieren, unter welchen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sie sich vollzieht. Auf diese Weise soll deutlich werden, wer überhaupt an einer solchen Entwicklung erfolgreich partizipieren kann, aber auch wie sie sich strukturiert, um die Möglichkeiten von Planung in dieser fragilen und durch das Aufeinanderprallen unterschiedlichster Interessen stark umkämpften Periode der Stadtentwicklung besser zu verstehen. Denn hier treffen informelle lokale Beziehungsnetzwerke auf sich transformierende oder erst im Aufbau befindliche staatliche Strukturen und auf eine internationale Verwaltung, die ebenfalls mit einem undurchschaubaren Geflecht von semistaatlichen, lokalen wie internationalen Organisationen verflochten ist. Ein labiles Gefüge, dessen unbeständige Kräfteverhältnisse einer problematischen, konfliktreichen städtischen Entwicklung Vorschub leistete und zu einer urbanen Krise geführt hat.

»Unmikistan« – Die UN-Verwaltung und die lokale Bevölkerung

Die Kosovo-Krise und die sich abzeichnende militärische Intervention bewog im März 1999 die internationale Staatengemeinschaft zu dem Entschluss, den Kosovo vorübergehend unter internationale Verwaltung zu stellen, um einerseits eine kosovarische Administration aufzubauen, die dann in die Selbstverwaltung übergehen sollte, und andererseits zu einer Lösung der Statusfrage zu kommen.¹ Unmittelbar nach dem Einmarsch der KFOR-Truppen wurde die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo, kurz UNMIK (United Nations Interim Administration Mission In Kosovo) genannt, dann auch eingerichtet. Sie hatte die Aufgabe, ein Territorium zu verwalten, in dem es keine Polizei, kein Justizwesen und faktisch keine funktionierenden staatlichen Institutionen mehr gab. Dabei entfiel auf die Vereinten Nationen die Aufgabe, Polizei, Justiz und

1 Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrats.

die Verwaltung neu aufzubauen, während die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für die Demokratisierung und Errichtung rechtsstaatlicher Institutionen verantwortlich war und die EU (Europäische Union) für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung. Daneben wurde zielgerichtet am Aufbau einer provisorischen Selbstverwaltung (Provisional Institutions of Self-Government – PISG) gearbeitet, der nach den Wahlen 2002 mit Ausnahme des Polizei- und Justizwesens weitgehende Kompetenzen übertragen wurden. Allerdings kontrollierte die UNMIK weiterhin das Vorgehen der provisorischen Selbstverwaltung, wobei dem Leiter der Mission, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Special Representative of the Secretary-General – SRSG) weitgehende Vollmachten zustanden: er konnte eigene Verordnungen mit Gesetzescharakter erlassen (UNMIK Regulations), aber auch gegen Beschlüsse der PISG sein Veto einlegen. Die UNMIK beeinflusst bis heute (2008) praktisch den gesamten Lebensbereich der Einwohner.²

Dabei wurde die UN-Verwaltung auch von dem Glauben geleitet, dass sie selbst ein positives Vorbild abgibt – was von der lokalen Bevölkerung durchaus anders gesehen wird. Wurde die KFOR als Befreier wahrgenommen, so sah man in der UN-Verwaltung nur ein Hindernis in dem von allen Kosovo-Albanern geteilten Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit. Außerdem wurde kritisch beobachtet, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der für Hilfeleistungen bereitgestellten Gelder in die Ausstattung der internationalen Organisationen und in die selbst für westeuropäische Verhältnisse extrem hohen Gehälter der internationalen Mitarbeiter flossen. Besonders problematisch sollte sich aber die UNMIK-Verordnung 2000/47 erweisen, die faktisch den KFOR-Angehörigen und den internationalen Mitarbeitern der UN-Verwaltung Immunität gewährte und eine gerichtliche Verfolgung nur mit persönlicher Zustimmung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zuließ.³ Damit wurde der kriminellen Energie einiger UNMIK-Mitarbeiter die Tür geöffnet und die publik gewordenen Skandale um Veruntreuung von Geldern und Korruption ohne strafrechtliche Verfolgung (!) diskreditierten die UN-Verwaltung in den Augen der kosovarischen Bevölkerung nachhaltig.⁴ Es ist nicht nachvollziehbar, warum eine internationale Organisation, die vollumfänglich die Staatsgewalt in einem Gebiet ausübt, sich mit einer

2 Vgl. Beate Kellermann, *Das Kosovo zwischen Standard und Status – vom bewaffneten Konflikt in die unsichere Demokratie*, Stuttgart 2006; Bernhard Chiari, Agilolf Keßelring (Hg.), *Wegweiser zur Geschichte, Kosovo*, Paderborn [u.a.] 2006.

3 UNMIK Regulation 2000/47 on the Status, Privileges and Immunities of KFOR and UNMIK and their Personnel in Kosovo (18. August 2000).

4 Eine detaillierte Beschreibung findet sich in: Maciej Zaremba, *Wir kamen, sahen und versagten*. Süddeutsche Zeitung Magazin, Nr. 34, 24. August 2007.

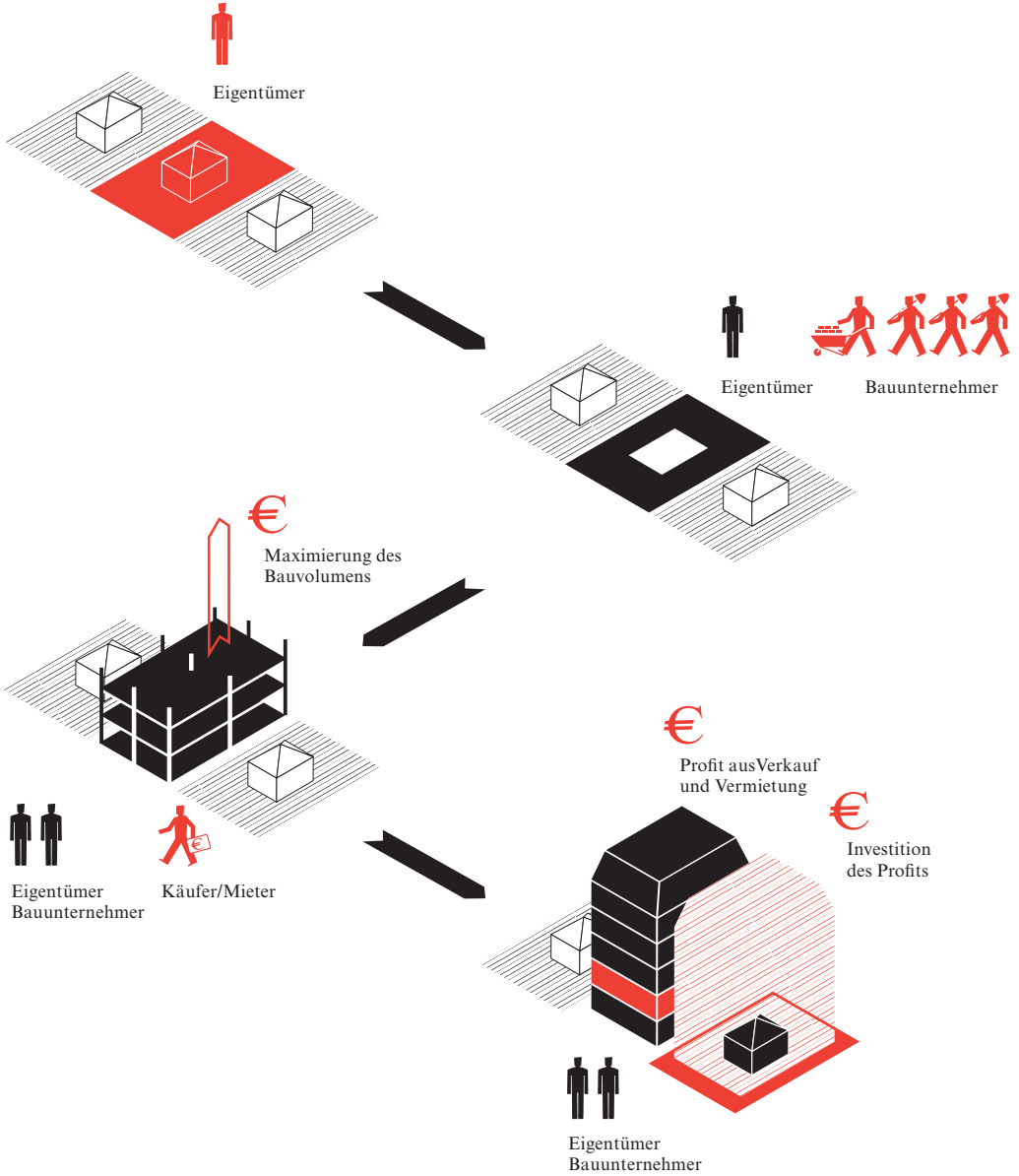
39 größeren Immunität ausstattet, als ein demokratischer Staat dies tut.⁵ Von einer gewissen Naivität scheint auch die Vorstellung der UN-Verwaltung getragen zu sein, dass der Aufbau von institutionellen Strukturen von selbst zu einer tragfähigen Selbstverwaltung und funktionierenden Demokratie führt. Hier traf sie auf lokale, durch Clanchefs, ehemalige militärische Kommandanten und Parteiführer gesteuerte informelle Beziehungs- und Verantwortungsnetzwerke, die ihre Leistungsfähigkeit in den vorhergehenden Jahrzehnten bereits bewiesen hatten. Die untereinander bis hin zur Gewaltanwendung zerstrittenen lokalen politischen Kräfte waren sich in einem einig: dass die Einführung der Demokratie die Übernahme der politischen Verantwortung ermöglicht und damit die schnelle Unabhängigkeit erreicht werden kann.⁶ Positiv zu sehen ist, dass eine weitgehende Stabilität erreicht wurde. Dass der Aufbau von institutionellen Strukturen notwendig ist, sei unbestritten, dass dieser aber alleine nicht ausreicht, zeigt sich insbesondere am Beispiel der Stadtentwicklung. Der technokratische Ansatz, dass eine formal in Funktion gesetzte Institution, wie ein Stadtplanungsamt, sozusagen »von selbst« die Antworten auf die noch offenen und alle Bewohner angehenden Fragen hinsichtlich der städtischen Entwicklung findet, blendet die spezifischen Machtverhältnisse und Interessengegensätze aus, mit denen sich die Verwaltung auseinandersetzen hat. Und sie übersieht, dass auch eine administrative Planung sich nicht unabhängig von den Normen und Werten, an denen sich die Handelnden orientieren, durchsetzen lässt. Mit dem »Stakeholder«-Ansatz versuchen die zuständigen UN-Abteilungen wie UN-HABITAT (United Nations Human Settlements Programm), die Vorgehensweise und die Methodik selbst zu beeinflussen. Dieser soll alle, die von einer Stadtentwicklungsmaßnahme betroffen sind oder aber ein Interesse daran verfolgen, durch ein moderiertes Verfahren einbeziehen, um so einen Konsens über die durchzuführenden Maßnahmen zu erreichen. Allerdings ist dieses zeitlich sehr aufwendige Verfahren in Prishtina nie wirklich durchgeführt worden. Auch stellt sich die Frage, ob dieser sehr formalistische Ansatz nicht stärker an den spezifischen kulturellen Kontext angepasst werden müsste. Das Stadtplanungsamt wiederum verfolgte die klassische Form der »top down«-Planung, mit wenig überzeugenden Ergebnissen, wie sich zeigen sollte.

Der Bauboom Die massive Präsenz der »Internationals«, deren »Headquarters« in Prishtina lokalisiert sind, hat sich problematisch auf die Stadtentwicklung ausgewirkt. Die Mieten explodierten, da die finanziell gut ausgestatteten Hilfsorganisationen und ihre Mitarbeiter jeden Preis zahlen

5 So das Fazit der Analyse von Julia Tielsch. In: dies., UN-Verwaltung und Menschenrechte. Die internationale Zivilverwaltung im Kosovo, Frankfurt/Main [u.a.] 2006.

6 Vgl. Helmut Kramer, Vedran Dzihic, Die Kosovo-Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft? Wien 2006.

Profitmaximierung im Bausektor



41 konnten. Oftmals auch in neu und ohne Baugenehmigung errichteten Gebäuden untergebracht, entstand um die internationalen Organisationen herum eine entsprechende Serviceindustrie. Überall schossen die Cafes und Restaurants aus dem Boden. Dies wurde in den ersten beiden Jahren nach dem Krieg durch einen rasanten Wirtschaftsaufschwung begünstigt, der sich allerdings auf die Zuwendungen der internationalen Geber und der kosovo-albanischen Diaspora stützte. Danach sank die Wachstumsrate beträchtlich. Der Kosovo hat heute eines der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen Südosteuropas und gilt als eines der wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Gebiete in der Region. Die Arbeitslosenquote beträgt über 40 Prozent. Große Teile der Bevölkerung überleben durch Gelegenheitsarbeiten oder sind gezwungen, sich an illegalen Praktiken der gut organisierten kriminellen Netzwerke, wie z.B. Schmuggel, zu beteiligen. Ganze Familienverbände überleben durch die Geldsendungen der legal oder illegal im Ausland lebenden Familienmitglieder.⁷ So leben derzeit etwa 400 000 Kosovo-Albaner in Deutschland, der Schweiz und Österreich – ein Fünftel der kosovarischen Gesamtbevölkerung.⁸ Nach Schätzungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft machten 2002 die Geldüberweisungen von Verwandten aus dem Ausland etwa 50 Prozent des Einkommens der Haushalte aus.⁹ Der nur schwer zu ermittelnde Umfang dieser Geldüberweisungen dürfte aber in etwa dem Gesamthaushalt der provisorischen Regierung des Kosovo entsprechen. Dadurch übt die Diaspora auf die Entwicklung des Kosovo einen außerordentlich hohen Einfluß aus. Auch wenn sich dieser Geldfluss mittlerweile abgeschwächt hat, stellt er dennoch einen bedeutenden Faktor dar.

Investiert wurde hauptsächlich im Bausektor. Grund war der erhöhte Wohnraumbedarf der in die Stadt strömenden Landmigranten und der aus dem Ausland zurückkehrenden Flüchtlinge, verstärkt noch durch den Bedarf an Büro- und Wohnraum für die internationalen Organisationen und ihre Mitarbeiter. Das erlaubte allen, die in irgendeiner Weise am Baugeschehen partizipieren konnten, sehr schnell hohe Gewinne zu erzielen. Investoren, die über die nötigen Geldmittel verfügten, Eigentümer von Gebäuden oder von Grund und Boden und auch Bauunternehmer, die über Materialien, Arbeitskräfte und das nötige Wissen verfügten, wollten am Boom im Bau- und Immobiliensektor teilhaben. Daneben finden sich aber auch familienbasierte Investitionen – so haben die kosovo-albanischen Familien in der Milosevic-Ära hohe Sparguthaben im Ausland angelegt, die jetzt in Häuser für die Familie investiert werden – oftmals große, zwei- bis dreigeschossige Einfamilienhäuser, die im Familienverbund am Rand der

7 Ebd., S.123 ff.

8 Andere Schätzungen gehen sogar von bis zu 700 000 Kosovo-Albaner aus. Die Schätzungen sind deshalb so schwierig, weil hierin auch die zahlreichen Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben und daher nicht registriert sind, mitgerechnet werden. Siehe dazu auch die Ausführungen des Autors zur »Diaspora als Stadtentwickler« im dritten Teil.

9 Economic Strategy and Project Identification Group (ESPIG), Toward a Kosovo Development Plan. The state of the Kosovo economy and possible ways forward. August 2004.

Stadt auf Agrarflächen errichtet werden. Ausgeschlossen vom Bauboom waren alle, die nicht über Vermögenswerte verfügten oder genügend Geldmittel über Familiennetzwerke mobilisieren konnten. Die entstandenen Siedlungsstrukturen sind nicht nur von Migranten, sondern auch von den Alteingesessenen errichtet worden. Alle Schichten der Gesellschaft sind beteiligt, mit Ausnahme der sozial Schwachen. Was fehlt, ist ein sozialer Wohnungsbau (von einigen Pilotprojekten abgesehen). Entsprechend stark ist der Druck auf die sozial schwachen Gesellschaftsschichten, ihre Probleme irgendwie individuell zu lösen.¹⁰

Das Versagen der administrativen Planung

Diese Bautätigkeiten erfolgen in Prishtina unreguliert. Zwar existieren formal noch die zu jugoslawischen Zeiten zwischen 1967–1990 entwickelten Bebauungspläne (regulatory plans), aber niemand beachtet sie – eine Folge der ungeklärten Zuständigkeiten zwischen internationaler und lokaler Verwaltung. Bis 2005 war es nicht möglich, überhaupt eine Baugenehmigung zu erhalten, weil der Stadtverwaltung die dafür notwendigen Planungsunterlagen mit rechtlich bindendem Charakter fehlten, beziehungsweise sie die alten Pläne aus jugoslawischer Zeit als ungenügend erachtete. Da kein Bauantrag gestellt werden konnte, entfiel auch ein wichtiger Grund, überhaupt einen Architekten einzubeziehen. Hinzu kamen die zahlreichen ungeklärten Eigentumsfragen. Die fehlende Zugriffsmöglichkeit auf die Katasterunterlagen, die im Zuge der Kriege auseinandergesetzt oder zerstört oder entfernt worden waren, führten zu einer großen Rechtsunsicherheit in Eigentumsfragen. Viele Immobilien wurden von mehreren Parteien beansprucht. Zahlreiche verlassene Wohnungen und Häuser wurden besetzt, oder es wurde Land – auch das der Kommune – okkupiert. Der EU-Fortschrittsbericht konstatierte 2005, dass im Hinblick auf Eigentumsfragen eine Atmosphäre der Gesetzlosigkeit und Straffreiheit herrscht.¹¹ Um die auf den Konflikt zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern zurückgehenden Eigentumsansprüche zu verhandeln, hat die UN-Verwaltung zwei internationale, gerichtsähnliche Behörden mit ausschließender Rechtssprechung eingesetzt. Diese hatten bis 2005 die Hälfte der eingebrachten Fälle entschieden. Damit war aber der grundsätzliche Zustand der Rechtsunsicherheit auf Grund unvollständiger oder fehlender Daten noch nicht behoben. Der Aufbau eines Katasters für Prishtina ist heute (2008) immer noch nicht abgeschlossen.

¹⁰ Vgl. Institute for Spatial Planning, Kosovo Profile. Prishtina, Juni 2004.

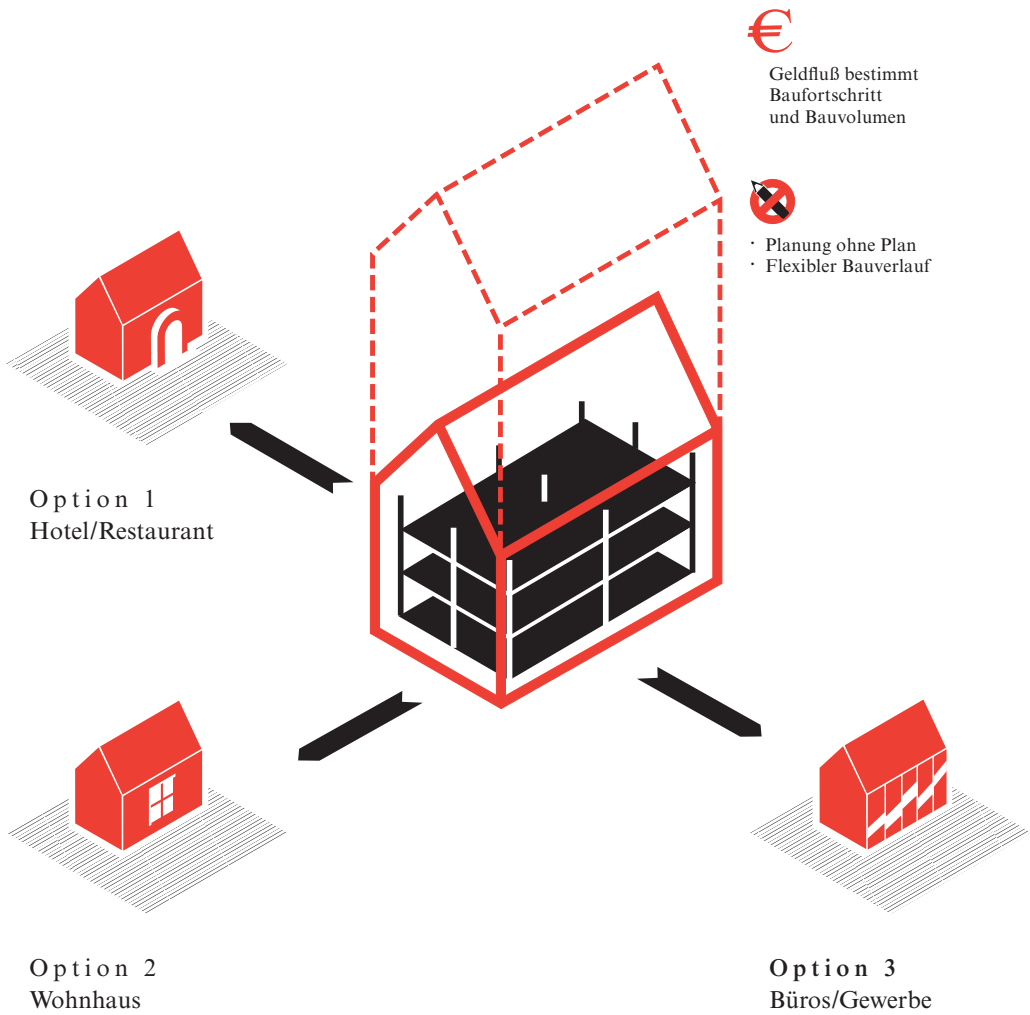
¹¹ Europäische Kommission, Kosovo (gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen) Fortschrittsbericht 2005. Brüssel, 9. November 2005. Vgl. Tielsch, a. a. O.

43 Davon der UN-Verwaltung erst die lokalen institutionellen Strukturen aufgebaut werden mussten und wesentliche rechtsverbindliche Daten nach wie vor fehlen, Planungsunterlagen entweder von der Entwicklung überholt wurden oder noch nicht vollständig vorliegen, war das Resultat der ausbleibenden staatlichen Regulierung eine ungeplante, nur durch ökonomische Faktoren und private Interessen bestimmte Stadtentwicklung. Mit dem Ergebnis, dass jetzt ca. 75 Prozent der Stadtstruktur durch Neubauten überformt sind bzw. zahlreiche informelle Siedlungen am Stadtrand entstanden – bemerkenswerterweise eine Zerstörung Prishtinas nach dem Krieg, das selbst kaum unter Kriegsschäden zu leiden hatte. Öffentliche Belange spielten keine Rolle. Laut Auskunft des Stadtplanungsamts 2005 entstehen täglich zehn neue Bauten. Daneben verwahrlosen öffentliche Plätze und Parkanlagen, die Strassen sind in einem schlechten Zustand. Die Stromversorgung bricht regelmäßig zusammen, was nicht nur Folge der unzureichenden Wartung, sondern auch der zahlreichen illegalen Stromentnahmen ist. Ebenso ist die Abwasserversorgung auf Grund der zahlreichen illegalen Neuanschlüsse überlastet. Die historische Altstadt mit ihren typischen, eingeschossigen quadratischen Häusern wurde durch mehrgeschossige Hochhäuser – zumeist Bürogebäude, Hotels und Geschäftshäuser mit den typischen blauen Glasfassaden – überformt. Selbst unter Denkmalschutz stehende Gebäude verschwanden über Nacht. Damit wurde eine bereits zu jugoslawischen Zeiten vorgenommene Neustrukturierung der Stadt fortgesetzt. Wie der überdachte Basar, das Herz der Stadt, wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche religiöse Bauten, darunter eine Moschee, die bedeutendste katholische Kirche und die Synagoge, ein alter Hamam und viele ottomanische Bauten abgerissen und durch neue Gebäude im Stadtzentrum ersetzt. Im Gegensatz zu anderen Städten der Region – wie Sarajewo oder Skopje – wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, das historische Erbe zu bewahren.¹² Diese Entwicklung setzte sich nach 1999 unheilvoll fort – nur jetzt nicht staatlich geplant, sondern durch eine völlig unregulierte Marktwirtschaft vorangetrieben. Kollektiv wurde weiter am Gedächtnisverlust gearbeitet.

Im September 2000 versuchte der Direktor des Stadtplanungsamts, Rexhep Luci, der Zerstörung der Stadt Einhalt zu gebieten und ließ durch Studenten illegale Bauten dokumentieren, woraufhin er erschossen wurde. Der Mord wurde nie aufgeklärt. Zwar erließ die UN-Verwaltung als Reaktion auf den Mord eine Verordnung zur Regulierung der Bautätigkeiten (UNMIK Regulation 2000/53), in der insbesondere die Durchsetzung von Bauvorschriften durch die lokale Verwaltung gefordert wurde. Illegale Bautätigkeiten zu verhindern beziehungsweise die Bauvorschriften durchzusetzen, war aber nicht möglich, weil einerseits die personelle Ausstattung zur Feststellung entsprechender Vorgänge mangelhaft war

¹² Vgl. European Stability Initiative (ESI), A future for Prishtina's past. 8. Juni 2006. www.esiweb.org

Multifunktionsarchitektur



45 (es gab für ganz Prishtina nur drei Bauinspektoren), andererseits niemand bereit oder in der Lage war, diese durchzusetzen. Die lokale kosovarische Polizei war erst im Aufbau begriffen und die UN-Polizei und die KFOR hielten sich, von einigen vereinzelt Aktionen abgesehen, zurück, um nicht den Unmut der lokalen Bevölkerung auf sich zu ziehen. Denn letztendlich waren nahezu alle gesellschaftlichen Kreise am Baugeschehen beteiligt. Das Angebot der TMK, des kosovarischen Schutzkorps, einer hauptsächlich von ehemaligen UCK-Kämpfern geleiteten »Katastrophenschutzorganisation«, gegen das illegale Bauen einzuschreiten, wurde ebenfalls nicht angenommen – keinesfalls wollte man dieser Polizeiaufgaben übertragen. Neben dem Problem der Durchsetzbarkeit blieb aber auch die Frage offen, was man eigentlich durchsetzen wolle. Hier gab es die Ausrede, dass erst einmal die entsprechenden Planungsgrundlagen als rechtliche Basis geschaffen werden müssten. Angesichts des Bedarfs an bald zur Verfügung stehendem Wohnraum und des ökonomischen Drucks durch die Gewinnaussichten im Bau-sektor, war jedem klar, dass diese Entwicklung weder verlangsamt noch verhindert werden konnte.¹³ Aber die Verantwortlichen der lokalen und internationalen Administrationen wichen jeder flexiblen und pragmatischen Lösung aus.

Planung des Utopischen Stattdessen hat die Stadtverwaltung 2004 einen »Urban Strategic Plan 2020« vorgelegt, der unter Beratung deutscher Planungsbüros in vier Monaten erstellt wurde und jetzt die Grundlage für alle weiteren Bebauungspläne bildet. Hier wird eine verblüffende urbane Vision auf der Basis wenig vertrauenswürdiger Daten erstellt. Wie die European Stability Initiative (ESI) in einer Studie nachwies, kann von der angenommenen Bevölkerungszahl von über einer halben Million keine Rede sein.¹⁴ Tatsächlich ergibt sich aus Berechnungen der an die Wasserversorgung angeschlossenen Haushalte und der durchschnittlichen Haushaltsgröße eher eine Bevölkerungszahl von 200 000–250 000 Einwohnern, was im Vergleich zum letzten Zensus von 1981 immer noch eine Verdoppelung bedeutet. Der Plan geht zudem von einer anhaltenden Zuwanderung aus und schlägt große Stadterweiterungen mit Apartmenthäusern und großformatigen Straßeninfrastrukturen vor. Woher das Geld für diese Maßnahmen kommen soll, vermag das Stadtplanungsamt nicht zu erklären. Hier vertraut man anscheinend in alter sozialistischer Tradition auf Zahlungen der Europäischen Union und den internationalen Gebernationen und in albanischer Tradition auf die Finanztransfers der Diaspora.¹⁵ Prinzipiell ist gegen eine Zukunftsvision nichts einzuwenden, kann diese doch als Leitbild dienen. Dazu muss sie aber glaubwürdig sein und auf realistischen Annahmen beruhen.

13 »Not doing anything is definitely not an option.« Institute for Spatial Planning, Kosovo Profile. Prishtina, Juni 2004, S. 18.

14 Vgl. European Stability Initiative (ESI), Utopian Visions. Governance failures in Kosovo's capital. 8. Juni 2006. www.esiweb.org

15 Vgl. den Kommentar von Michael Martens, Prishtina, ein balkanischer Vorort von Utopia. Franfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juni 2006.

Hybridhäuser

Typ 1
Randstädtisch

Typ 2
Innerstädtisch

a-

a-Neubau

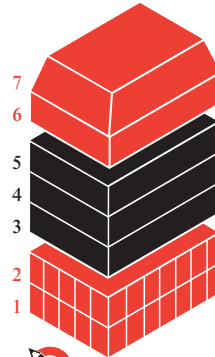


Wohnen
Handel
Gewerbe
Restaurants

Verstecktes
Wohnen

Wohnen

Büroflächen
Handel



- Planung ohne Plan
- Flexibler Bauverlauf
- Maximierung des Bauvolumens

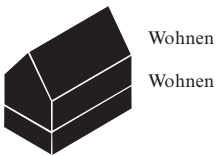
b-



Wohnen
Tankstelle
Autowerkstatt
Autowäsche

b-Erweiterung des Bestehenden

c-



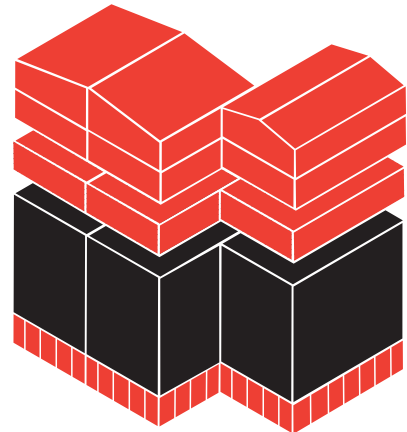
Wohnen
Wohnen

Dacherweiterung
nach 1999 (illegal)

Dacherweiterung
vor 1999 (legal)

Privatisierter sozialer
Wohnungsbau
(Kommunalgebäude)

Nach 1999
Umwandlung in
Gewerbeflächen

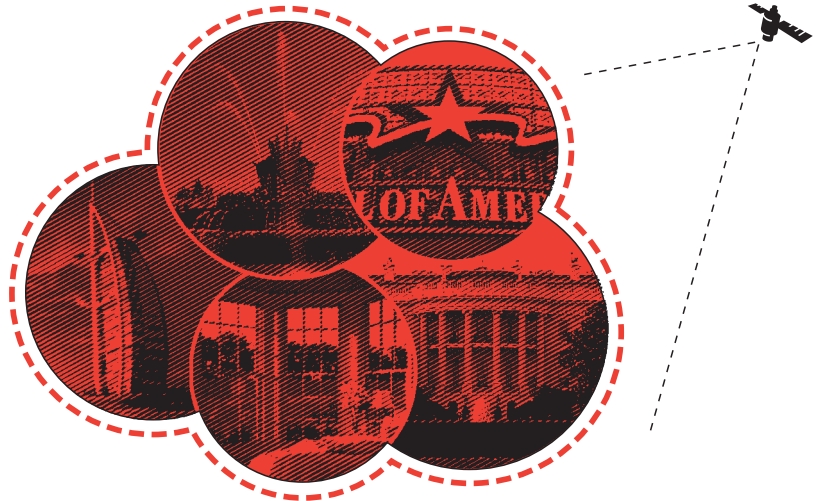


47 Gravierend ist, dass sich der »Strategic Plan« in keiner Weise mit den entstandenen Problemen auseinandersetzt: Dass große Teile des alten Prishtina zerstört und wesentliche Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden, Infrastrukturen – insbesondere Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung – entweder fehlen oder überlastet sind, und dass aus der unregulierten Bautätigkeit soziale Probleme resultieren, die bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt haben. Hier hat der »Strategic Plan« keine Strategien zu bieten. Die entstandene Situation zu analysieren und Konzepte der Qualifizierung statt megalomaner Visionen zu entwickeln, wurde offensichtlich nicht in Betracht gezogen.

Planung ohne Plan Dieser hier beschriebene, scheinbar spontan entstehende, unkontrollierte Urbanismus, hatte seine Form der Selbstregulation erst zu finden. Diese ist wesentlich von den jeweiligen Partikularinteressen bestimmt, die im Baugeschehen aufeinandertreffen. Wobei die Summe all dieser unterschiedlichen individuellen Interessen und der daraus folgenden Aktivitäten nicht zwangsläufig dem Gesamtinteresse dient – wie die völlige Vernachlässigung der öffentlichen Belange zeigt. Bezogen auf die neuentstandenen Baustrukturen finden sich allerdings keine wirklich bedrohlichen Probleme, wenn man von bestimmten elementaren Sicherheitsmängeln absieht. Diese Beispiele, wie das Verbauen von Feuerwehrzufahrten, das Heraustrennen von tragenden Wänden in Erdgeschoss um Geschäftsräume einzurichten oder die Überbauung von Gebäuden mit zusätzlichen Stockwerken ohne statische Prüfung, sind ernstzunehmend, aber nicht die Regel. Die negativen Folgen zeigen sich vielmehr in den originär staatlichen Aufgabenfeldern: der Versorgung mit einer funktionierenden technischen und sozialen Infrastruktur und der Bereitstellung beziehungsweise Bewahrung öffentlichen Raums.

Diese spezifische Form städtischer Entwicklung basiert auf traditionellen, durch Familie und Herkunft bestimmten sozialen Netzwerken, auf Clanstrukturen und Familienverbänden, aber nur teilweise auf Nachbarschaftsinitiativen. Bestimmend sind die partikulären Interessen, die eher zu Konflikten mit den Nachbarn führen. Es handelt sich um parastaatliche Strukturen, die durch die historische Erfahrung weitgehender staatlicher Unterdrückung geprägt sind und in einem distanzierten Verhältnis zu staatlichen Instanzen stehen. In ihnen spielt das Gewohnheitsrecht eine große Rolle, aber wie das Beispiel Prishtina zeigt, regelt dies nur unzureichend die Entwicklung. Der sprunghafte Anstieg der Bevölkerung und das rasante Tempo des Bauprozesses verhinderte offensichtlich eine Ausdifferenzierung der selbstregulierenden Verfahren und bewirkte zahlreiche Konflikte. Zudem sind die Beteiligten mit einer neuartigen, bisher unbekanntem Situation konfrontiert und können nicht auf tradierte Verhaltens- und Verhandlungsmuster zurückgreifen. Trotz großer Flüchtlingsströme in die Stadt,

Turbo-Architektur



International Style



Internationaler
Baustoffhandel



Planung ohne Plan



Turbo-Architektur

49 hoher Arbeitslosigkeit und schlechter wirtschaftlicher Situation sind aber keine Elendsquartiere entstanden, wie sie aus außereuropäischen Ländern bekannt sind. Bemerkenswert ist auch, dass diese Entwicklung nahezu alle Einkommensgruppen erfasst, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist. Dabei lassen sich grundsätzlich zwei Hauptakteure identifizieren: einerseits Investoren, die über die finanziellen Mittel verfügen, Grundstücke und Häuser aufzukaufen und zu entwickeln, und andererseits Bodenbesitzer und Besitzer kleiner Häuser, denen eben diese Geldmittel fehlen, um ihr Eigentum zu verwerten, und die daher auf andere Akteure angewiesen sind. Letztere, die bei weitem den grössten Anteil der am Baugeschehen Beteiligten darstellen, agieren daher meistens zusammen mit einem kleinen Bauunternehmer vor Ort und den zukünftigen Käufern von Wohnungen. Diese für den südosteuropäischen Raum typische Organisationsform basiert auf einem Interessenausgleich – der lokale Bauunternehmer, der über Arbeitskräfte, Material und ein mehr oder minder großes Fachwissen verfügt, bebaut das vom Eigentümer überlassene Grundstück mit einem mehrgeschossigen Gebäude, wobei anschließend das Gebäude zwischen dem Eigentümer und dem Bauunternehmer aufgeteilt und nicht selbstgenutzte Gebäudeeinheiten vermietet oder verkauft werden.¹⁶ Handelt es sich um ein größeres Bauvorhaben, werden auch vorab schon Gebäudeteile verkauft, um den Bau zu finanzieren. Auch gibt es die Variante, dass der Baufortschritt mit der Veräußerung noch zu errichtender Wohneinheiten einhergeht. Bereits bestehende, oftmals kleinere Gebäude werden abgerissen, um einen für die Beteiligten größtmöglichen Profit zu ermöglichen. Architekten werden nicht einbezogen, allenfalls ein Bauingenieur. Allerdings verfolgen alle Beteiligten einen gemeinsamen Plan, insofern ist diese Vorgehensweise keineswegs »spontan« oder »wild«. Bei den über entsprechende finanzielle Mittel verfügenden Investoren lassen sich wiederum drei unterschiedliche Gruppen feststellen. Dies sind zunächst nichtlokale, ausländische Investoren, die aber auf Grund der bestehenden Rechtsunsicherheit nur vereinzelt anzutreffen sind und wenig Anteil an der Entwicklung haben. Die zweite Gruppe sind lokale Investoren, die über die finanziellen Mittel und die entsprechenden politischen Verbindungen verfügen, um sich sicher genug zu fühlen, im Bausektor größere Investitionen vorzunehmen. Diese Gruppe trägt den größten Anteil bei den neuerrichteten Gewerbebauten. Architekten werden hier mit einbezogen, um eine den eigenen Vorstellungen entsprechende Qualität – sprich: Signalwirkung – zu sichern. Auch erfordert dieser Gebäudetypus auf Grund seiner höheren Komplexität ein hohes Maß an Fachwissen. Die letzte Gruppe sind die Familienverbände und privat organisierten Bauinitiativen, die bisher nicht erschlossene Grundstücke (zumeist Agrarflächen) am Rand der Stadt aufkaufen und dort Wohnhäuser errichten.

16 Wie das Beispiel der Millionenmetropole Athen zeigt. Vgl. Sotiris Choutiris, Elisabeth Heidenreich, Detlev Ipsen, Von der Wildnis zum urbanen Raum. Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel Athen, Frankfurt/Main 1993.

Entsprechend lassen sich drei wesentliche Entwicklungsrichtungen unterscheiden. Erstens die Stadterweiterung ins Umland, die in privater Eigeninitiative auf zumeist vorher agrarisch genutzten Flächen Wohnhäuser errichtet. Dabei handelt es sich entweder um familienbasierte Aktivitäten, oder ein Grundstückseigentümer parzelliert sein Gelände und entwickelt zusammen mit den Käufern die Grundstücke. Diese weitgehend unerschlossenen randstädtischen Entwicklungsgebiete verfügen nur über einen (oftmals illegalen) Stromanschluss, die Wasserversorgung erfolgt über Brunnen und die Abwässer werden über Sickergruben abgeleitet. Gekennzeichnet sind sie durch eine minimale Dichte, es handelt sich um freistehende Wohnhäuser. Kommerzielle Nutzungen finden sich nur in der Nähe von Hauptstraßen. Anders dagegen die innerstädtische Nutzung. Da hier der Boden nur begrenzt in Form bereits bestehender, meist kleinteiliger Parzellen genutzt werden kann, zudem die Lage auf Grund der infrastrukturellen Anbindung weitaus attraktiver ist, wird hier eine intensive Bodennutzung angestrebt. Das bedeutet, dass die Bauvolumen maximiert werden. Sie reichen bis an die Grundstücksgrenzen und werden bis zu einer Höhe getrieben, die noch ohne Aufzüge zu bewältigen ist – was bis zu acht Stockwerke umfassen kann. Eine Mischnutzung ist ebenfalls üblich, meistens befinden sich im Erdgeschoss Verkaufsräume und die darüber liegenden Geschosse werden je nach Nachfrage als Büro- oder Wohnräume genutzt. Oftmals ist bei Baubeginn noch nicht klar, welche Nutzung die Räume hinterher haben sollen. Neben der Strategie der Überwältigung durch die Maximierung des Bauvolumens wird aber auch eine Strategie der Täuschung verfolgt, denn allen ist bewusst, dass die vorgenommenen Baumaßnahmen in Konflikt mit den aus jugoslawischen Zeiten bestehenden Bauvorschriften und Plänen stehen, auch wenn diese nicht angewendet werden. Da von einer zukünftigen staatlich-administrativen Reaktion auszugehen ist, werden mögliche Restriktionen bei einer Legalisierung antizipiert und entsprechend versucht, diese durch Täuschungsmanöver zu unterlaufen. Beispielsweise werden die obersten Geschosse leicht angeschrägt und mit Dachziegeln eingefasst, um die offensichtliche Überschreitung einer zulässigen Bauhöhe als »Dach« zu tarnen. Als dritte Entwicklungsrichtung sind unterschiedliche Formen der Erweiterung bestehender Gebäude festzustellen, zumeist bei kommunalen Wohnbauten. Dies sind An- und Aufbauten zu Wohnzwecken, die nur ebenerdig auch gewerbliche Nutzungen haben können. Die nahezu lückenlose Erweiterung der Dächer um ein- bis dreigeschossige Aufbauten wird mit dem Eigentümer des obersten Geschosses verhandelt, der die Dachfläche als Teil seiner Wohnung sieht. Dies ist eine Folge

51 der Privatisierung des vormaligen »sozialistischen Volkseigentums« im Zuge der postsozialistischen Transformation zur Marktökonomie, die zwar viele Wohneigentümer geschaffen, aber das Verhältnis zwischen Privat- und Gemeinschaftseigentum am Gebäude nur unzureichend geregelt hat. Entsprechend kommt es zu Konflikten mit den Wohneigentümern in den darunterliegenden Stockwerken, insbesondere wenn diese nicht finanziell am Verkauf beteiligt werden oder aber Sicherheitsbedenken auf Grund der überlasteten Statik des Gebäudes haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine unkontrollierte Stadtentwicklung den Grundbesitzern eine optimale Verwertung ihrer Grundstücke im innerstädtischen Bereich erlaubt. Allerdings geraten die Einzelinteressen deutlich in Konflikt miteinander – wie die zugebauten Fenster und Balkone von Nachbarhäusern zeigen. Faktisch findet langfristig eine Entwertung statt, da sich mit jeder Baumaßnahme die Gesamtsituation verschlechtert: Frei- und Verkehrsflächen werden drastisch reduziert, die technische Infrastruktur – Wasser- und Stromversorgung, Abwasserentsorgung – ist überlastet und soziale Einrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, sind nicht ausreichend vorhanden.¹⁷ Zwar schafft diese Form der Selbstregulierung eine hohe Flexibilität der Nutzung, diese ist aber eher zufällig und findet eben gerade deswegen problematische räumliche, weil nicht geplante und reflektierte, Rahmenbedingungen vor. Hervorzuheben ist, dass es unter diesen Umständen für kleinteilige Wirtschaftseinheiten aus Bodenbesitzern und Bauunternehmen einfacher ist, sich ökonomisch erfolgreich im Immobiliensektor zu behaupten. Diese werden aber deutlich dominiert von den finanziell stärkeren und mit politisch einflussreichen Netzwerken verbundenen Investorengruppen. Während sich Erstere auf den »Ernstfall« der Legalisierung und die Auseinandersetzung mit der staatlichen Verwaltung vorbereiten müssen, haben sich Letztere bereits über entsprechende »Verbindungen« zu den staatlichen Stellen abgesichert und werden keine Restriktionen befürchten müssen. Entsprechend haben die privaten Eigeninitiativen bei einer zukünftigen Legalisierung eine weitaus schlechtere Verhandlungsposition. Letztendlich zeigen die Beispiele, dass eine gesellschaftliche Selbstregulierung an ihre Grenzen stößt, wenn die gesamtgesellschaftlichen Aspekte nicht berücksichtigt werden. Sie erfasst den städtischen Gesamttraum nicht, mit all den daraus folgenden Problemen, wie der unbefriedigenden infrastrukturellen Anbindung und Versorgung.

17 Zu den hier diskutierten positiven und negativen Aspekten deregulierter Stadtentwicklung vgl. Sotiris Choutiris, Elisabeth Heidenreich, Detlev Ipsen, Eine Stadt baut sich selber. Formen der Selbstregulation in der Stadtentwicklung. Das Beispiel Athen. In: Ursula von Petz, Klaus M. Schmals (Hg.), Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 60, Dortmund 1992.

Turbo-Architektur Daneben findet sich aber noch ein anderer, für das Verständnis dieses Phänomens bedeutender Aspekt: der spezifische Stil dieser Bauten signalisiert, dass man Teil einer international verbreiteten Stadtkultur ist. Diese ist geprägt durch die Medien, insbesondere des Fernsehens, in denen das »Gute Leben« und dem ihm entsprechende Bauformen präfiguriert werden. »Pejton«, eines der Altstadtquartiere Prishtinas mit seinen typischen eingeschossigen Häusern, das auf Grund seiner zentralen Lage weitgehend durch mehrgeschossige, voluminöse Büro- und Geschäftshäuser, Cafés und Restaurants überformt wurde, wird in der Bevölkerung »Pejton Place« genannt – nach der US-amerikanischen Fernsehserie »Peyton Place«. Mit der Imitation der medial vermittelten Bauformen wird symbolisch Modernität demonstriert, zugleich aber die moderne Architektur abgelehnt, da diese auch für das sozialistische Jugoslawien und eine vergangene historische Epoche steht. Die neue »Turbo-Architektur« (Srdjan Jovanovic Weiss), die sich im gesamten westlichen Balkan findet, verweist mit ihrem Stilmischmasch auf eine »Tradition«, nur dass diese Tradition nicht mehr aus dem eigenen Land stammt.¹⁸ Gerade die Ablehnung der eigenen Tradition ist der Ausweis von Internationalität und Weltläufigkeit. Keinesfalls finden sich Bezüge zur traditionellen, regionalen Architektur. Die verwendeten Versatzstücke historisierend anmutender Dekorelemente werden in den lokalen Baumärkten gefunden, wohin sie durch die Distributionsnetze internationaler Handelsketten gelangen. Diese werden dann mit spezifisch lokalen Bauweisen vermischt, die oftmals wiederum bei Nachbarn gesehene Ausdrucksformen imitieren. Charakteristisch dafür ist die Vorliebe für blau- oder grünverspiegelte Fenster und geschwungene Fassaden. Auf diese Weise entsteht eine Architektur im viktorianisch-klassizistisch-orientalisch-amerikanischen Freistil, die sich selbstverständlich moderner Bauweisen, wie der tragenden Stahlbetonkonstruktion, bedient. Sein Pendant findet die »Turbo-Architektur« im beliebten »Turbo-Folk«, einem Mix von traditioneller Volksmusik und Schlagern mit internationalem Rock, Pop und Techno. Genauso verworren wie der Charakter dieser in ganz Südosteuropa verbreiteten Musikrichtung ist die Architektursprache. Symbolisch drückt sich in ihr die Sehnsucht aus, ein Teil Europas zu sein. Die massenhafte Verbreitung nahezu identischer Stilelemente führt zu keiner Vielfalt, sondern zu

¹⁸ »Turbo-Architektur ist global, weil sie die Moderne ablehnt und sich auf Formen einlässt, die vor der Moderne lagen oder auf sie folgen. Turbo-Architektur neigt, bewusst oder unbewusst, zu orientalischen Formen und präsentiert sie als authentisches Erbe.« Srdjan Jovanovic Weiss, Was war oder was ist Turbo-Kultur? In: StadtBauwelt 163, Bauwelt 36/2004, S. 57.

53 einer Vereinheitlichung des Stadtbilds. In ihm drückt sich die Abgrenzung zur traditionellen ländlichen Architektur aus und bezeugt den sozialen Aufstieg der aus den ländlichen Gebieten Hinzugezogenen. Die Stadt ist hier bereits als Idee wirksam, bevor sie sich materialisiert.¹⁹ In ihr ist die Hoffnung auf Teilhabe an einer modernen, europäischen Kultur inkorporiert – die Stadt vermag das Lokale mit der Welt zu verbinden. Sie ist eine Idee, die durch die universale Bilder- und Zeichenwelt vermittelt wird und hier ihre Form findet.

Turbo-Urbanismus Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes »Turbo« als Beschleunigung und Steigerung findet in der »Turbo-Kultur« mit seinen Übertreibungen und Exzessen, seiner weitgehenden Regellosigkeit in der Verwendung und Vermischung von regionalen wie global verfügbaren Versatzstücken seine Entsprechung.²⁰ Gerade die symbolische Bedeutung des Regellosen verweist auf den eigentlich informellen Charakter dieser kulturellen Ausdrucksform. Das Informelle, scheinbar Regellose (die Regeln sind nicht kanonisiert), wird durch die Stadt und ihre Architektur symbolisch in Beziehung zum Globalen gesetzt. Unausgesprochen verweist die Architektursprache auf ein weltweit zu beobachtendes Phänomen: die Informalisierung des städtischen Raums als Folge eines neoliberal entfesselten Kapitalismus.²¹ Die unter dem Schlagwort »Turbo-Kapitalismus« (Edward Luttwak) zusammengefasste Entwicklung ist charakterisiert durch eine rein auf Effizienz und Profitmaximierung im globalen Maßstab ausgerichtete kapitalistische Wirtschaftsweise, die mit dem Abbau staatlicher Regelungen bis hin zum völligen Verzicht staatlicher Steuerung einhergeht.²² Dieser Deregulation entspricht das Entstehen der »Informalität«, insbesondere im Arbeitssektor, der sich den neuen Verhältnissen anzupassen versucht.²³

Auch in Prishtina versammelt sich die neue Weltordnung. Mit der Transformation der vormals sozialistischen Planwirtschaft in eine Marktökonomie wurden nach 1999 durch die internationale Verwaltung neoliberale Wirtschaftsprinzipien durchgesetzt, die auf schwache formelle Strukturen, nämlich den sich erst im Aufbau befindlichen staatlichen Institutionen, trafen. Dominiert wird die Wirtschaft bis heute von weitgehend informellen Strukturen lokaler Investoren (bedingt durch die bestehende Rechtsunsicherheit gibt es nur wenige ausländische Investitionen). Begleiterscheinung dieser weitgehend deregulierten Situation ist die Informalisierung des Stadtraums. Der »Turbo-Urbanismus« nach 1999 mit

19 Dies ist nicht nur in Prishtina der Fall.
Vgl. Sotiris Choutiris, Elisabeth Heidenreich,
Detlev Ipsen, Eine Stadt baut sich selber. A. a. O.
20 Vgl. Srdjan Jovanovic Weiss. A. a. O.
21 Vgl. Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf,
Die Informalisierung des städtischen Raums.
[www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/
Aktuelles/informal.pdf](http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/altvater/Aktuelles/informal.pdf)

22 Vgl. Edward Luttwak, Turbokapitalismus.
Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Hamburg,
Wien 1999.
23 Der Begriff des »informellen« Sektors tauchte
erstmalig in den 1970er Jahren auf, um die »Schatten-
wirtschaft« in den Ländern des Südens zu beschreiben.
Er bezeichnet einen wirtschaftlichen Bereich,
in dem allgemein gültiges Recht nicht wirksam ist.

seiner mehr schlecht als recht funktionierenden Selbstregulierung ist in diesem Sinne nicht nur ein Phänomen eines beschleunigten und in seinen Ausformungen exzessiven Städtebaus auf Grund fehlender staatlicher Regulierung, sondern auch das Ergebnis der spezifischen ökonomischen Situation – nur der Bausektor bot für die meisten Kosovaren eine Möglichkeit Einkünfte zu erzielen. Eine nachträgliche Regulierung, die beispielweise die Baunormen durchsetzen wollte, wäre gezwungen in Verhandlung mit den privaten Bauherren zu treten. Aber diese Verhandlung ist auch eine Auseinandersetzung der kosovarischen Gesellschaft mit sich selbst über die Zukunft der Stadt. Letztendlich wird der außerordentlich große Umfang des Baugeschehens und die Beteiligung nahezu aller gesellschaftlichen Gruppen an ihm eine »Beseitigung« des illegalen Zustands kaum möglich machen. Stattdessen werden Richtlinien für die Legalisierung zu erarbeiten sein, die in einen Interessenausgleich münden müssen, der wiederum zu verhandeln und in allgemein gültige, formelle und rechtlich bindende Regeln zu überführen ist.

E n t s c h e i d e n d bei der Beurteilung dieser Situation ist aber der Blickwinkel, wie das Verhältnis von »formellen« zu »informellen« Strukturen und Verfahren bewertet wird. Unbestreitbar zeigen die zahlreichen Probleme, dass eine staatliche Regulation im Sinne des Gemeinwohls nötig ist. Entsprechend könnten jetzt Kassandrarufoe ausgestoßen werden, die Prishtina nur als ein Beispiel konsequenter Deregulierung sehen und vor einer Entwicklung warnen, die beispielsweise den nordeuropäischen Städten bei fortschreitender Zurücknahme kommunaler Steuerungsmechanismen und einer nur an wirtschaftlichen Interessen sich orientierenden Praxis sogenannter Public-Private-Partnerships blühen könnte. Vorschnell wird dabei der Standpunkt der planenden Verwaltung übernommen. Das Beispiel Prishtina zeigt, dass ein ungesteuerter und ungehemmter Städtebau das Resultat einer politischen und gesellschaftlichen Krise ist, wie sie für Postkonfliktsituationen typisch ist.²⁴ Die negativen Aspekte sind nicht nur dem Versagen der internationalen und der lokalen Verwaltung und der sie leitenden Politiker anzulasten. Stadtentwicklung ist auch ein gesellschaftlicher Prozess. Sein Ergebnis resultiert aus den unterschiedlichen Intentionen aller am Prozess beteiligten Gruppen und Individuen sowie der Machtausstattung, die deren Einfluss und ökonomischen Erfolg begründet. Die Situation in Prishtina lässt sich nicht mit Entwicklungen in westeuropäischen Städten vergleichen. Wird dort die Stadtentwicklung wesentlich durch ökonomische Interessen und kommunale Planung in einem hochformalisierten Rahmen strukturiert, wird sie in Prishtina

24 Vgl. dazu den Beitrag von Wilfried Hackenbroich, Thilo Fuchs und dem Autor in diesem Band.

55 weitgehend von Familienverbänden getragen und ist durch Klientelwirtschaft geprägt. In diesem Sinne handelt es sich um einen eigenen Typus der Verstärkung, in dem alle Beziehungen, ob Marktbeziehungen oder Gesetze, dem Familiensystem angepasst werden.²⁵ Dabei werden auch ökonomische Interessen verfolgt, aber im Vordergrund steht die Absicherung des Familienhaushalts durch den Immobilienbesitz. In diesem Rahmen sind eigene Werte, Normen und die mit ihnen verbundenen Regulationsformen wirksam, die sich nicht einfach verallgemeinern lassen. Daher ist es notwendig, über eine neue Kombination von staatlicher und gesellschaftlicher Regulation nachzudenken, die die Basis für eine erfolgreiche Nachregulierung des Prozesses bildet. Dies ist eine Verhandlungssituation, die eine eigene Form finden muss. Entsprechend sind Strategien notwendig, die nicht autokratische oder bürokratische Lösungen anstreben, sondern die sich direkt an die kosovo-albanische Gesellschaft wenden – die sich selbst über die Zukunft ihres Gemeinwesens verständigen muss.

25 Vgl. Sotiris Choutiris, Elisabeth Heidenreich, Detlev Ipsen, Von der Wildnis zum urbanen Raum. A. a. O., S. 49f. Der Kosovo wird durch eine der ältesten und konservativsten gesellschaftlichen Institutionen getragen: dem traditionellen, patriarchalischen Mehrfamilienhaushalt. Vgl. ESI (European Stability Initiative), Das gekappte Rettungsseil. Auswanderung, Familien und die Zukunft des Kosovos. 18. September 2006. www.esiweb.org.

»Dieses Chaos in Prishtina erstickt alles...«

KAI VÖCKLER Visar, du bist Architekt, wie siehst du die Architektur, die in Prishtina nach 1999 entstanden ist?

VISAR GECI Die Architektur nach 1999 ist eine »improvisierte« Architektur, da nur wenige Materialien zur Verfügung standen, und es auch kaum qualifizierte Handwerker gab. Architekten spielten keine Rolle, und Baugenehmigungen waren nicht zu bekommen – niemand kümmerte sich um die Bedürfnisse der Menschen. In einer solchen Lage wird jeder zum Architekten... Die neuen Bebauungspläne fragen nicht nach den Gründen, warum die Menschen so gebaut haben, und fragen auch nicht danach, wer eigentlich die Verantwortung für diese Entwicklung trägt. Und berücksichtigen auch nicht, dass es größtenteils Laien sind, die hier gebaut haben. Die Generation, die die Verantwortung für die Bebauungspläne trägt, hat vor 1999 wenig Erfahrung sammeln können im Umgang mit diesem Phänomen. Sie ist zudem noch im kommunistischen Geist ausgebildet worden, und das auch in einer Phase der starken Unterdrückung der kosovo-albanischen Bevölkerung, und daher fehlt ihr auch die praktische Erfahrung. All das führte zu dem Chaos, das wir heute in Prishtina haben.

Nach dem Krieg wurde von den Leuten die Idee der »Freiheit« falsch verstanden, in dem Sinne, dass sie dachten, sie hätten völlig freie Hand zu tun, was sie wollen, dass sie jetzt alles selber bestimmen können. Die Kosovo-Albaner wurden lange Zeit unterdrückt und nach Ende

des Krieges sehnten sie sich danach, endlich ihre »Freiheit« auszuleben. Das springt ins Auge, dieses dominante Verlangen nach Freiheit.

KAI VÖCKLER Es ist wichtig zu verstehen, wie diese Architektur entsteht. Kannst du kurz beschreiben, wer mit wem und wie ein Grundstück entwickelt? Gibt es einen Plan? Woran erkenne ich, ob es ein Wohnhaus oder ein Geschäftshaus ist? Oftmals gibt es unterschiedliche Nutzungen in einem Gebäude – wie kommt es dazu?

VISAR GECI Eigentlich sind alle beteiligt, von Familien, die sich ein Dach über den Kopf bauen wollen bis zu Geschäftsleuten, die Räume für ihre Geschäfte brauchen. Viele Familien lebten früher mit ihren kleinen Kindern in viel zu kleinen Wohnungen zusammen, in Junggesellenwohnungen (Garconnieres) beispielsweise. Als die Kinder dann erwachsen waren, wollten sie eine eigene Wohnung – das hat den Wohnungsbedarf stark erhöht. Hinzu kommt, dass, bedingt durch die Unterdrückung während der Milosevic-Ära und den Krieg, viele Kosovo-Albaner gezwungen waren, ins Ausland zu gehen. Nach Kriegsende kehrte ein großer Teil in die Heimat zurück und wollte sich ein neues Leben aufbauen, und das hieß, eine eigene Wohnung finden oder ein Haus bauen oder kaufen. Oder sie wollten wenigstens in der Urlaubszeit zu Besuch kommen und ein Haus haben, wo sie und ihre Familie zuhause sind. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerungszahl und damit die Nachfrage nach Wohnungen

57 und Häusern immer stärker anstieg, aber es war nicht möglich, eine Baugenehmigung zu bekommen! Es ist verständlich, dass niemand in einer solchen Situation die Geduld aufbringt, abzuwarten, bis die Verantwortlichen in der Verwaltung endlich ihre Arbeit tun. Es ist keinem Menschen zuzumuten, sich mit der Ehefrau, den Kindern und den Eltern eine winzige Wohnung teilen zu müssen. Und wenn man sich lieben will, muss man ein Hotelzimmer mieten oder ins Grüne fahren... Jeder hat das Recht auf eine eigene Privatsphäre. Deswegen haben die Leute angefangen, sich größere Wohnungen zu kaufen oder zu bauen.

Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum es so lange gedauert hat, die nötigen Planungsgrundlagen zu schaffen. Man hätte viel schneller reagieren können, und um die wichtigsten Entwicklungszonen, wie Wohn- und Gewerbegebiete, zu definieren, braucht man nicht Jahre. Das bedeutet, dass es sich in der Verwaltung entweder um Dummköpfe oder um Spitzbuben handelt. Und es ist auffällig, dass diejenigen, die in der Abteilung für die Baugenehmigungen zuständig sind, plötzlich zu Wohlstand gekommen sind. Das funktioniert so: Da es eine grosse Nachfrage nach Wohnungen gab, wollten viele entsprechend ein Geschäft machen. Anfangs haben sie sich noch an die Bauverwaltung gewandt. Diese machte den Investoren zur Auflage, bestimmte Architekten oder Bauingenieure einzubeziehen, sonst würde es keine Genehmigung geben. Warum wohl? Weil diejenigen, die in den Ämtern saßen und die Genehmigung erteilten, sich mit diesen Architekten und Bauingenieuren das Geschäft teilten. Letztendlich wurden sowieso keine Baugenehmigungen erteilt, sondern nur sogenannte »Renovierungsgenehmigungen«. Da keine Baugenehmigung erteilt worden war, verfügte man also über ein Drohmittel gegenüber dem Investor. Man ließ ihn mit dem Bau beginnen, und versicherte ihm, dass es keine Bauinspektion geben würde... aber dann »entdeckte« plötzlich ein anderer Bauinspektor den ungenehmigten Bau und kassierte eine »Gebühr«. Wenn der Investor bereits den größten Teil des Gebäudes fertiggestellt hatte, hatte er keine Wahl und bezahlte lieber nochmal ein paar tausend Euro. Deswegen gab es keine Baugenehmigungen. Das macht es für den Staat natürlich einfach, wenn die Bürger alles selbst in die Hand nehmen und er nichts tun muss, außer

abzukassieren. Die Menschen hier haben den Willen und die Kraft alles selber zu machen. Andere Staaten würden sich glücklich schätzen, eine so willensstarke Bevölkerung zu haben, und würden diese unterstützen, statt in eine Art »Streik« zu treten. Viele Investoren im Kosovo haben eine Baugenehmigung für Büro- und Gewerbebauten beantragt. Sie verfügten über die Geldmittel, hatten ein hohes Interesse im Kosovo zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, aber aus den oben beschriebenen Gründen erteilten die Behörden keine Baugenehmigung. Aber die Leute haben das durchschaut.

Trotz dieser Schwierigkeiten und der fehlenden Baugenehmigung haben viele Investoren trotzdem mit dem Bauen begonnen und die örtlichen Behörden links liegen gelassen. Da sie aber keine Architekten sind, und meinten, sie bräuchten jetzt auch keine Architekten mehr, um die Genehmigung zu bekommen, haben sie gebaut wie sie wollten.

Meistens funktioniert es so, dass der Investor mit dem Grundstückseigentümer zusammenarbeitet. Die beiden treffen dann eine Vereinbarung, zerstören das bestehende Gebäude – meistens ein altes, eingeschossiges albanisches Haus – und errichten ein acht- oder neungeschossiges Gebäude. Die Abstandsflächen werden nicht eingehalten, ebenso nicht die Bauhöhe, denn der Investor will so viel Quadratmeter Nutzfläche wie möglich schaffen, um diese dann teuer verkaufen zu können. Etwa 20–30 Prozent des fertiggestellten Gebäudes verbleibt bei dem Grundstückseigentümer, die dieser selbst nutzen oder verkaufen kann.

Viele Wohnbezirke Prishtinas waren durch ein- bis zweigeschossige Häuser geprägt, jetzt finden sich hier sieben- bis neungeschossige Gebäude. Die Baugrenze ist mit der Grundstücksgrenze identisch. Das bringt viele Probleme mit sich, beispielsweise mit der Wasserversorgung, die jetzt überlastet ist, ebenso wie die Abwasserentsorgung – eine Folge der Überbauung mit viel zu großen Häusern.

Ich bin der Meinung, dass man den Willen der Menschen respektieren muss, und wenn sie in Wohnungen und Häuser, in Fabriken und Geschäfte investieren, sollte man mit ihnen einen guten Kompromiss aushandeln, der für alle und für die Stadt gut ist. Das ist nicht so schwer.

In der Architektur drückt sich auch die Lebensart der Kosovo-Albaner aus. Ein typisches

Beispiel sind die »Brüder-Häuser«! Wenn man im Kosovo mehrere gleich aussehende Häuser nebeneinander findet, dann weiß man genau, wieviele Brüder es in der Familie gibt – beispielsweise fünf Häuser = fünf Brüder. Bei den meisten Albanern ist es so, dass der Älteste in der Familie, das ist meistens der Vater, das Geld von allen Familienmitgliedern erhält und verwaltet. Er entscheidet, was, wo, und wann gekauft oder was gebaut wird. Wann die Zeit gekommen ist, für die Familie Häuser zu bauen, entscheidet der Vater. Alle Häuser müssen auf einem Grundstück stehen, damit die Familie zusammen bleibt. Und alle Häuser müssen gleich sein. Warum? Damit es keinen Neid in der Familie gibt. Und der Vater zeigt damit auch, dass er alle gleichermaßen liebt. Es gibt viele solche Beispiele – ich untersuche sie zur Zeit und hoffe die Ergebnisse bald veröffentlichen zu können.

Was ist der Unterschied zwischen einem Geschäfts- und einem Wohnhaus? In den meisten Fällen ist das zu Baubeginn noch gar nicht klar. Zunächst ist wichtig, die Wände und das Dach zu errichten; dann wird in der Zeitung annonciert, dass das Haus für VERSCHIEDENE TÄTIGKEITEN zur Miete oder zum Verkauf steht. Oftmals werden solche Gebäude für unterschiedlichste Zwecke benutzt, wobei es nur ein Prinzip gibt: »IRGENDETWAS MUSS VERKAUFT WERDEN, IRGENDETWAS MUSS KLAPPEN.« Ich nenne das die »ALL IN ONE-Architektur«. Ich habe mal einen Besitzer eines gerade fertiggestellten neunstöckigen Rohbaus im Zentrum von Prishtina dabei beobachtet, wie er vor seinem fast fertigen Haus stand und es betrachtete. Ich bin auf ihn zugegangen und habe ihn gefragt, was er hier baut. Er antwortete, dass er das nicht wüsste, aber es würde etwas Wunderschönes und Wichtiges werden, ich würde schon sehen. Auf meine Frage, was es denn Wichtiges wird, ob ein Büro oder ein Lager oder ein Kindergarten, antwortete er: Ich weiß selber nicht, bin mir aber sicher, dass es schön wird.

Wenn man mit dem Bauen beginnt, hat man keinen präzisen Plan. Zunächst wird die Baugrube ausgehoben, erst dann entscheidet

man, wo die Wände stehen sollen, wieviel Stockwerke errichtet werden, wo die Fenster- und Türöffnungen hinkommen, wo die Haustür sein soll... Oftmals werden die Entscheidungen von den Bauhandwerkern getroffen, da diese die meiste Erfahrung haben. Ich nenne das eine »LAST MINUTE INSPIRATION-Planung«. Das Dach wird erst gebaut, wenn das Geld ausgeht. Aber Neid spielt auch eine große Rolle... Mein Nachbar hat ein Haus mit sieben Stockwerken, dann baue ich eins mit neun, um ihn zu übertreffen! Ich verstehe das nicht... Um zu verstehen, was hier in Prishtina geschieht, sollten Psychologen mal eine Untersuchung machen.

Und was die Qualität angeht, die verwendeten Materialien... – da braucht man sich nicht zu wundern, denn es gibt ja keine Regeln und keine staatliche Kontrolle. Jeder versucht so billig wie möglich zu bauen und benutzt minderwertige, weil kostengünstige Materialien, mit dem einzigen Ziel, soviel Profit wie möglich zu machen.

KAI VÖCKLER Woher kommt die Vorliebe für wellige Fassaden, Säuleneingänge etc., die ja nicht albanische Tradition sind? Woher kommen die Materialien? Woher haben die Leute die Ideen?

VISAR GECI In den welligen Fassaden, den Säuleneingängen, der Kombination unterschiedlichster Stile in einem Haus drückt sich die Sehnsucht nach Kreativität aus. Es soll schön sein, und die Leute sehen in einem Haus eher eine Skulptur, nicht eine Architektur im Sinne der Komposition und Organisation von Räumen. Und da es keine für alle verbindlichen Regeln gibt, versucht jeder möglichst »kreativ« zu sein, um seine Träume zu verwirklichen. Wer kein Architekt oder Sachverständiger ist, dem fällt es schwer, ein Raumgefühl zu entwickeln und das mit einer Skizze oder in einem Plan festzuhalten... so zeichnen die Leute dann »kreative« wellige Linien, die für sie auf dem Papier wunderschön aussehen, und merken erst, wenn sie eingezogen sind, wie unpraktisch wellige Wände zum Wohnen sind. Ich bin als Architekt nicht der Meinung, dass das nur eine Geschmacksfrage ist.

59 **KAI VÖCKLER** Du bist ein bekannter Fernsehstar im Kosovo. Das ist etwas ungewöhnlich für einen Architekten. Wie kam es dazu?

VISAR GECI Ich bin in erster Linie Architekt, das mit dem Fernsehen kam erst später. Ich glaube, dass es für einen guten Architekten nichts Ungewöhnliches gibt – denn die Architektur umfasst doch alles im Leben, und daher können Architekten auch alles (lacht). Ich habe vor ein paar Jahren eine Disco-Cocktailbar in Prishtina eröffnet, um mein Studium in Graz zu finanzieren. Ein Fernsehteam des privaten Senders KTV kam zu uns ins Lokal und fragte mich, ob ich Lust hätte auf eine eigene Sendung, wo ich den Leuten Cocktailmixen zeige. Das hieß, während des Sommers dreimal wöchentlich einen neuen Cocktail im Fernsehen vorstellen. Ich habe das gratis gemacht, aber durfte dafür Werbung für meine Bar machen. Das Cocktailmixen im Fernsehen habe ich dazu benutzt, die Politiker und andere »wichtige« Personen zu piesacken. Dabei habe ich immer die Situation in Prishtina und im Kosovo und seine Anomalien kommentiert. Nach kurzer Zeit waren die Zuschauer gar nicht mehr an dem Cocktailrezept interessiert, sondern wer mein nächstes Opfer sein wird. Ich habe das auch benutzt, um über das illegale Bauen zu sprechen, und wie es damit weitergeht... Das hat meiner Meinung nach einen Einfluss auf die öffentliche Meinung gehabt, hat die Leute zum Nachdenken gebracht. Obwohl ich

sehr kritisch war, fanden viele es trotzdem gut, vielleicht wegen der Art und Weise, wie ich es gemacht habe, die wohl sympathisch gewirkt hat. Aber vielleicht waren sie auch meiner Meinung und haben sich nur nicht getraut es auszusprechen.

KAI VÖCKLER Wie denkst du, kann man bei den Menschen ein Verständnis für gute Architektur erreichen? Wie sollte man die Probleme kommunizieren? Welche Rolle können dabei die Medien, insbesondere das Fernsehen spielen?

VISAR GECI Die Medien sind sehr wichtig, wer sie kontrolliert kann einen Krieg auslösen oder beenden! Durch die Medien kann viel bewirkt werden, auch was die Frage des illegalen Bauens betrifft. Ich will da etwas machen, aber brauche dafür professionelle Unterstützung. Das ist, was uns fehlt im Kosovo: Professionalität. Es wird zuviel improvisiert. Und wir bräuchten einen »Napoleon« in der politischen Szene, der einen Planer wie Hausmann die Probleme anpacken lässt... Ich bin auf der Suche nach einem kosovarischen Held, der uns unterstützt. Denn der schwierigste Teil kommt noch, wenn wir nicht nur über die Probleme reden, sondern sie auch lösen wollen. Dieses Chaos in Prishtina erstickt alles, es gibt kaum noch Raum für eine vernünftige Entwicklung. Die Konsequenzen springen ins Auge, die Stadt hat keine Zukunft so. Es braucht eine große politische Kraft oder ein Mega-Erdbeben, um die bestehende Situation zu ändern.







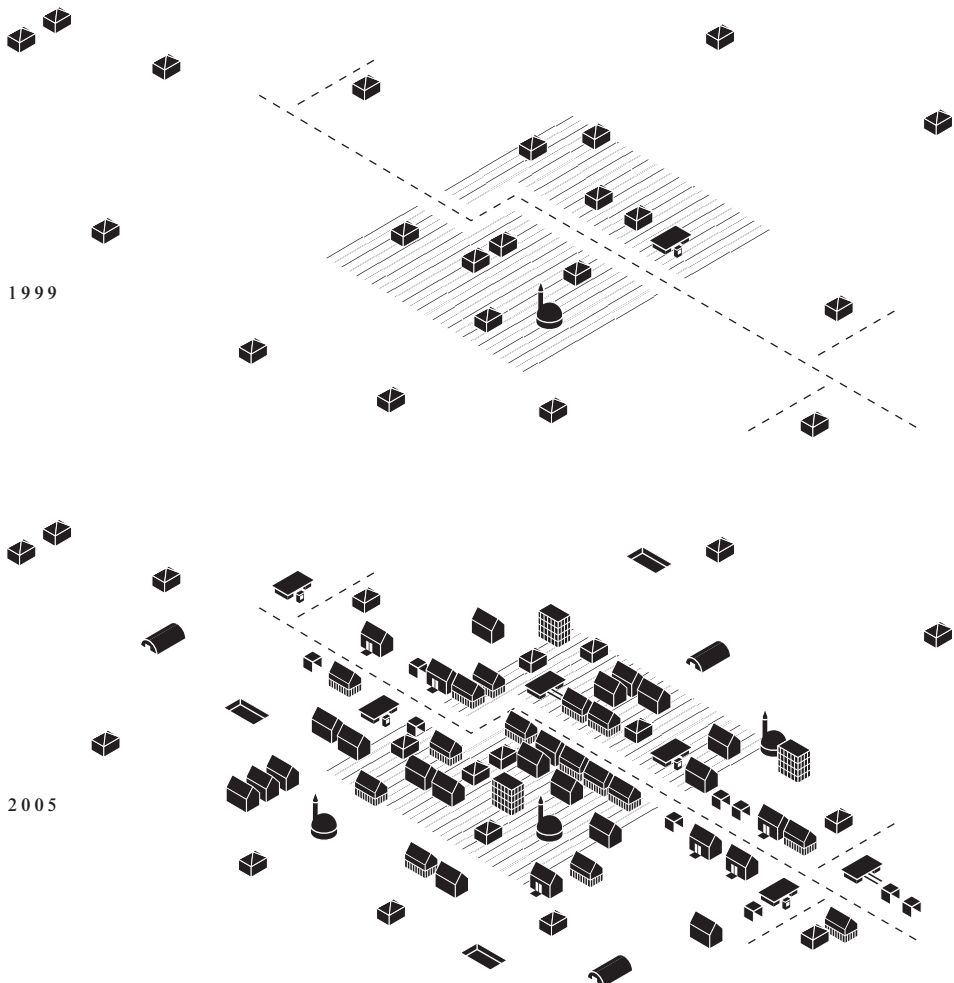


KOSOVO

L a n d s c h a f t

Das neue Freiheitsgefühl führte bei den Kosovo-Albanern zu Handel und Wandel – in den Städten und entlang der Verkehrswege. Alle möglichen Geschäftsideen wurden erprobt, wie sich eindrücklich bei der Autofahrt von Prishtina nach Skopje ins benachbarte Mazedonien zeigt. Aber nicht nur das Geschäft, auch die familiären, religiösen und geistigen Bedürfnisse fanden einen unmittelbaren baulichen Ausdruck, der die kosovarische Landschaft nach 1999 nachhaltig prägte. Zuallererst schossen überall entlang der Straßen, in der Stadt und außerhalb von ihr, die kleinen **Straßenläden** hervor – die einfachste Weise ein Geschäft zu betreiben. Sie ließen sich schnell auf- und wieder abbauen, passten sich jeder Situation an, bis sie dann 2005 verboten und fortgeräumt wurden. Gleichzeitig entstanden die verkehrsbezogenen Dienstleistungen, beispielsweise waren **Tankstellen** eine zukunftssträchtige Investition in einer ausgeprägten Autokultur. Folgt man den Ausführungen der kosovarischen Raumplaner, gibt es im Kosovo 670 Kilometer asphaltierte Straße, etwa 250 000 Autos und 2 500 Tankstellen – das sind alle 278 Meter eine Tankstelle für etwa 100 Autos. Damit dürfte das Kosovo die höchste Tankstellendichte der Welt haben. Überboten wird dies nur noch von der Anzahl der **Autowäschereien**, die allerdings eher das Resultat schlechter Straßenverhältnisse sind. Aber auch das Amüsement sollte nicht zu kurz kommen. Neben den Restaurants und **Supermärkten** waren es vornehmlich die neu eröffneten **Hotels**, in denen neue Verdienstmöglichkeiten gesehen wurden. Zu nennen sind hier auch die zahlreichen Stundenhotels, die zumeist von Liebespaaren, aber auch von verheirateten Paaren aufgesucht werden, die endlich einmal Ruhe vor der Familie haben wollen. 2003 kamen die überdachten **Fußballplätze** in Mode, die auf Ackerflächen längs der Überlandstraßen

65 errichtet wurden. Waren diese für die Sommersaison bereits Wochen vorher ausgebucht, sind sie jetzt eher mäßig besucht. 2004 war dann das Jahr der **Swimming Pools** 🏊, die wild in die Landschaft hineingebaut wurden – zumeist nur ein Betonbecken, das angestrichen wurde. Tankwagen pumpten ihn voll Wasser, und für eine Saison war der Badebetrieb hergestellt. Parallel dazu bauten alle, die es sich leisten konnten, Häuser. Die arabischen Länder investierten in die vielen neuen **Moscheen** 🕌 – gelegentlich gab es auch Geld für Schulen und Kindergärten (zumeist gleich mit Betraum). Und die europäischen Länder witterten ihre Chance im kinderreichen Kosovo und errichteten Ableger ihrer Universitäten, außerdem entstanden seit 2005 zahlreiche **Privatuniversitäten** 🏢. Die Landschaft des Kosovo wurde zum ökonomischen Spielfeld, in dem sich die Schleifspuren der Kapitalbewegungen in Form von Transportwegen, Einkaufszentren, Eigenheimen und Lagerhallen materialisierten, und die zugleich die Hoffnung auf Wohlstand und Fortschritt symbolisierten. Die etwa zwei Millionen Kosovaren mussten individuell entscheiden, wie sie unter den neuen Umständen ihr Auskommen finden – unabhängig von der augenblicklichen politischen Lage.











































PRISHTINA bauen

Prishtina wird neu gebaut – auf den Ackerflächen außerhalb, aber auch innerhalb der Stadtgrenzen. Jedermann versuchte sich daran zu beteiligen, und wer dazu die Möglichkeit hat, tut dies. Am Rand der Stadt errichteten die Familien ihre Wohnhäuser, Häuser für die Brüder. Im Kosovo sind die Familienbande noch stark. Man teilt untereinander, und der Vater bestimmt, was für die Familie gut ist. Wenn gebaut wird, erhalten alle (männlichen) Familienmitglieder das Gleiche. Daher haben alle Brüder das gleiche Haus, damit es keinen Streit gibt. Das Haus vom ältesten Bruder wird immer zuerst fertiggestellt. Zumeist wird der Hausbau durch die Brüder finanziert, die in den westeuropäischen Ländern arbeiten und das notwendige Geld nach Hause schicken. In der Stadt dagegen versuchen alle aus dem Grundstück und dem Bauprojekt herauszuholen, was geht, um ein Höchstmaß an Profit zu erzielen. Eine Maximierung des Bauvolumens ist das oberste Ziel: »Jeder für sich und allein gegen alle« ist die Maxime. Konflikte mit den Nachbarn, eklatante Sicherheitsmängel und das Ignorieren der gemeinschaftlichen Interessen sind die Folge. Daneben finden sich die vielfältigen Formen der Erweiterung bestehender Räume, die zerlegt und erweitert werden, um neue Nutzungen zu schaffen. Dabei entstehen auch veritable zwei- bis dreigeschossige Wohnhäuser, die sich auf den Dächern ehemaliger Kommunalbauten befinden. Diese Form des Urbanismus ist geprägt durch die unsicheren politischen Verhältnisse und der Unbestimmtheit der Entwicklung.











































Turbo

S T Y L E

Die neue Architektur im »Turbo-Style« symbolisiert mit ihrem Stilmischmasch Internationalität und Weltläufigkeit. Keinesfalls finden sich Bezüge zur traditionellen, regionalen Architektur. Die verwendeten Versatzstücke historisierend anmutender Dekorelemente werden in den lokalen Baumärkten gefunden, wohin sie durch die Distributionsnetze internationaler Handelsketten gelangen. Sie werden dann neu kombiniert, wobei oftmals bei den Nachbarn gesehene imitiert werden. Auf diese Weise entsteht eine Architektur im viktorianisch-klassizistisch-orientalistisch-amerikanischen Freistil, die sich selbstverständlich moderner Bauweisen, wie der tragenden Stahlbetonkonstruktion, bedient. Ihre Vorbilder finden sich in den Fernsehserien, die die Vorstellung des »Guten Lebens« prägen. Nicht von ungefähr wird eines der Stadtquartiere in Prishtina mit dem Namen »Pejton« aufgrund seiner zahlreichen Cafes und voluminösen Neubauten auch »Pejton Place« – nach der US-amerikanischen Fernsehserie »Peyton Place« – genannt. Mit der Imitation der medial vermittelten Bauformen wird symbolisch Modernität demonstriert, zugleich aber die moderne Architektur abgelehnt, da diese auch für das sozialistische Jugoslawien und eine vergangene historische Epoche steht. Bei den Geschäftsbauten setzt man dagegen auf die blau- und grünverspiegelten, anonymen Glasfassaden im »Dubai Style«, die Prosperität und Teilhabe am globalen Geschäftsverkehr signalisieren.































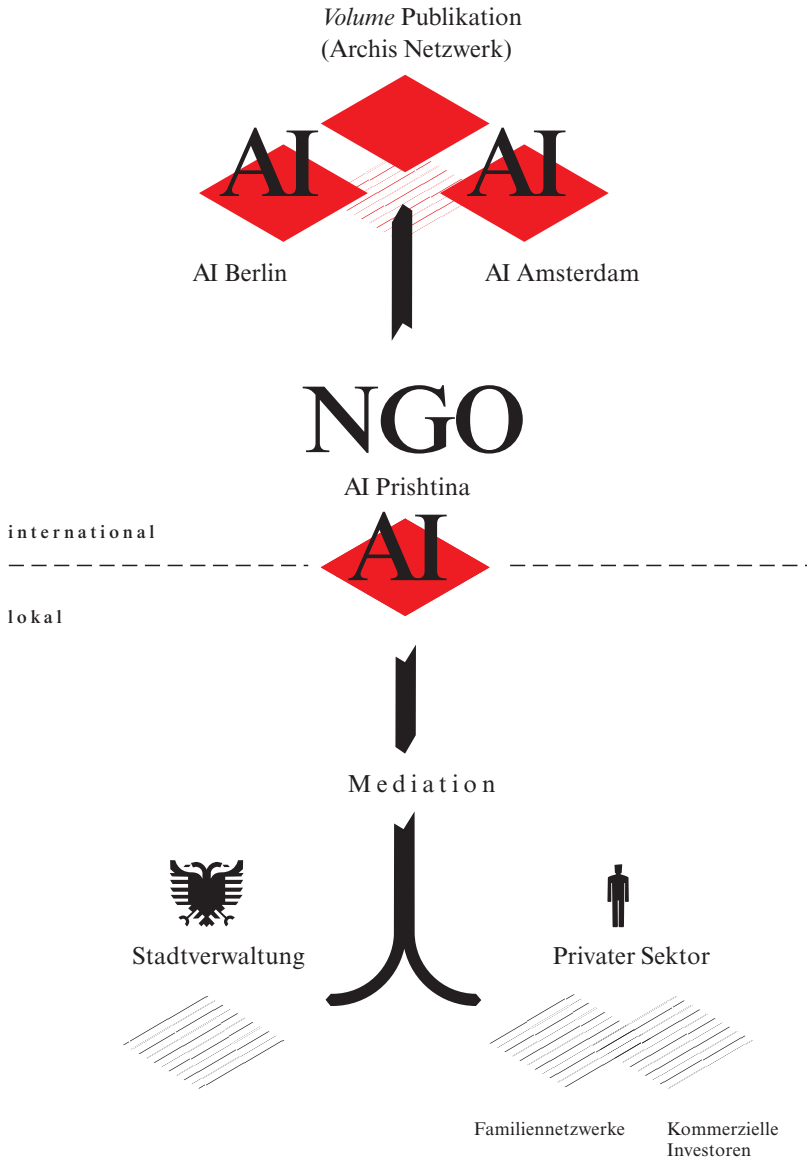




Projekt

mit Archis Interventions

Archis Interventions



Archis Interventions in Prishtina

Mit der Gründung von Archis Interventions/ Prishtina als lokaler NGO (Nichtregierungsorganisation) im August 2005 wurde der Ansatz verfolgt, durch eine unabhängige Initiative in den Stadtentwicklungsprozess zu intervenieren und zwischen den staatlich-öffentlichen Institutionen und den privaten Akteuren zu vermitteln.¹ Dies erschien vor dem Hintergrund der Untätigkeit der internationalen und der lokalen Verwaltung die richtige Strategie, in den andauernden Prozess der Umstrukturierung der Stadt einzugreifen. Ziel war, durch die Bereitstellung von Fachwissen eine Qualifizierung der Entwicklung aber auch der bereits entstandenen Baustrukturen zu erreichen. Dies sollte den privaten Bauherren zu Gute kommen, die größtenteils – auch aus Kostengründen – ihre Bauvorhaben ohne Architekten durchführten. Da es bei diesen ein hohes Interesse an einer Legalisierung der bestehenden Situation gibt, konnte grundsätzlich von einer Bereitschaft ausgegangen werden, an einem solchen Prozess teilzunehmen. Entscheidend ist, dass die lokale Initiative unabhängig ist und bleibt – um als Mediator akzeptiert zu werden und zwischen den staatlichen und privaten Akteuren vermitteln zu können.

Ausgangssituation – Warum »informell«? Wie bereits im vorhergehenden Kapitel dargelegt, wurde die »informelle« Siedlungsaktivität in Prishtina wesentlich durch die veränderte politische Situation (Nachkonfliktsituation mit veränderten Machtverhältnissen) verursacht, der bei den Kosovo-Albanern zu einer regen Bautätigkeit führte. Hinzu kamen die starken Migrantenflüsse (auch auf Grund der veränderten Asylpolitik der Gastländer, wie beispielsweise Deutschland), die eine große Nachfrage nach Wohnraum auslösten, und die mit der Bereitstellung desselben verknüpften Gewinnperspektiven in einer ökonomisch prekären Situation. Zugleich bestand nur ein unzulängliches beziehungsweise unvollständiges rechtliches Rahmenwerk. Außerdem vermochten die schwachen, sich erst im Aufbau befindenden staatlichen Institutionen, angesichts einer unklaren politischen Verantwortung, Gesetze und Vorschriften nicht oder nur unzureichend durchzusetzen. Hinzu kommt die gravierende Korruption bei den zuständigen Stellen, für die dieser Zustand der Rechtsunsicherheit sogar von Vorteil war.² Daher konnten Bautätigkeiten nur »informell« sein. Die Folge der mangelhaften Arbeit der zuständigen Verwaltung sind offensichtlich: Sicherheitsmängel, Unterversorgung mit sozialer Infrastruktur

1 Archis Interventions/Prishtina wurde am 7. September 2006 als NGO beim Ministry of Public Services/ Government of Kosova (Provisional Institutions of Self Government) registriert.

2 Vgl. das Interview mit Visar Geci in diesem Band. Die dort beschriebene Form der Korruption ist dem Autor von zahlreichen Betroffenen bestätigt worden.

(Schulen, Kindergärten) und öffentlichen Räumen (Grünflächen, Parkanlagen) sowie fehlende oder überlastete technische Infrastruktur (insbesondere die Abwasserentsorgung).³

Warum legalisieren?

Warum qualifizieren? Für die privaten Bauherren stellt die Legalisierung Rechtssicherheit her und bietet perspektivisch die Möglichkeit der Integration in den Immobiliensektor. Dies gilt für alle Akteure, seien es Familienverbände, Interessengruppen oder Immobilienentwickler, denn mit der Legalisierung erfährt das Grundstück und das errichtete Gebäude eine wesentliche Wertsteigerung. Für die Kommune wiederum besteht ein Interesse an der Legalisierung, um entsprechend Steuern erheben zu können, aus denen wiederum infrastrukturelle Maßnahmen finanziert werden können. Den Prozess der Legalisierung mit einer Qualifizierung der bestehenden Situation zu verbinden, ist durchaus im Interesse aller Beteiligten, auch wenn diese davon oft erst überzeugt werden müssen. Dies betrifft vorrangig die Beseitigung von Sicherheitsmängeln und die Anbindung an die technische Infrastruktur (beziehungsweise eine verbesserte Versorgung), aber auch langfristig die Versorgung mit sozialen Einrichtungen und bei den Stadterweiterungen auch die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Darüber hinaus geht es bei der Legalisierung aber auch darum, die Rechte der Einwohner gegenüber der Verwaltung zu stärken. Daher bedarf es eines allgemein verbindlichen, rechtlichen Rahmenwerks (»Richtlinien«) bei der Durchführung. Zugleich ist aber auch die Verwaltung herausgefordert, flexiblere und kürzere Entscheidungsprozesse zu entwickeln.

Planung des Unbestimmten und die Rolle des Experten Das offensichtliche Versagen der Stadtverwaltung und der für die Stadtentwicklung mitverantwortlichen internationalen Organisationen lässt sich auf ein problematisches Verständnis von Planung und der Rolle des Experten zurückführen. Unbestreitbar sind Pläne erforderlich, die die städtische Entwicklung strukturieren und regulieren. Allerdings findet sich in dem traditionellen »Top Down«-Ansatz einer hierarchisch strukturierten Planung – vom strategischen Masterplan über die Zuordnung der Flächennutzungen hin zu den regulierenden Bebauungsplänen – bereits eine Reihe von problematischen Aspekten, die kaum angemessen berücksichtigt werden. Hauptproblem ist das äußerst langwierige, meist mehrjährige Verfahren, dessen Resultat von der Realität bereits überholt ist. Auch wird die Stadt als eine kohärente Form, als ein zu gestaltendes Objekt betrachtet – dass die Stadt eine aktive, sich beständig verändernde Form hat, wird ausgeblendet. Dass die Planung Ziele verfolgt und regulierend in die Stadtentwicklung eingreift, ist zwar notwendig, aber dabei handelt es sich um einen andauernden Prozess, der wiederum eine flexible Anpassung an sich verändernde Umstände verlangt. Das ist die Paradoxie der Stadtplanung: einerseits schreibt sie fest und fixiert, andererseits aber muss sie flexibel sein. Entsprechend sollte eine Planung sich das Unbestimmte des Kommenden vergegenwärtigen, und dies kann nur geschehen, indem sie die Planung selbst als einen Prozess betrachtet. Sie muss sich vergegenwärtigen, dass die Stadt nicht nur eine gebaute Form ist, oder sich auf eine Ansammlung von Funktionen und Dingen reduzieren lässt, sondern das Produkt von Handlungen unterschiedlicher Akteure ist (zu denen die öffentliche Verwaltung gehört), die wiederum von Normen und Werten geleitet sind, an denen sich diese orientieren. Insofern ist die administrative Planung herausgefordert, eine den spezifischen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen entsprechende Kooperationsform mit den unterschiedlichen privaten Akteuren zu entwickeln.

3 Ich beziehe mich hier in der Diskussion um Ursachen und Folgen von informeller Siedlungstätigkeit auf Mathias Ellger, *The Vienna Declaration and its Implications on Integrating Informal Settlements into Urban Tissue*, Vortragsmanuskript, NALAS-Konferenz, Bukarest, 13. Dezember 2007.

131 In diesem Sinne ist Planung immer auch politisch. Zwar gründet Planung auf dem Wissen des Experten um die Probleme und Perspektiven der städtischen Entwicklung, aber dieses Wissen ist nicht »objektiv«, da auch hier bestimmte Werte handlungsleitend sind. Daher ist der Planer auch gezwungen, sich nicht nur mit den lebensweltlichen Aspekten der Stadtentwicklung auseinanderzusetzen, sondern auch sein Selbstverständnis zu befragen. Denn allzu gerne mystifizieren Architekten wie auch Stadtplaner ihre Expertenrolle. Sei es diejenige des »Pathologen«, der die unerwünschten Aspekte der Entwicklung als quasi-naturhafte »Auswüchse« am »Stadtorganismus« diagnostiziert und heilend eingreift. Oder die Rolle des »Pädagogen«, der erst den Menschen den richtigen Weg zu weisen versteht. Oder auch diejenige des »Alleskönners«, der meint, mit Hilfe der Architektur (oder des Plans) alle gesellschaftlichen Probleme lösen zu können. Sehr viel sinnvoller erscheint ein Selbstverständnis als »Mediator«, der sich der bestehenden Machtverhältnisse aber auch der sozialen und wirtschaftlichen Aspekte bewusst ist, zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen vermittelt und dabei sein Fachwissen einbringt. Diese »Mediation« sollte aber nicht passiv sein, sondern aktiv mit Lösungsvorschlägen und Zukunftsszenarien in den Stadtentwicklungsprozess intervenieren, um eine öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen.

Analyse – Das Phänomen

begreifbar machen Die Wahrnehmung der »informellen« Bautätigkeiten als »illegaler« und »wilder« Aktivitäten von Seiten der Verantwortlichen und der meisten lokalen Architekten und Planer hat den Blick verstellt für die Ursachen und die dahinterliegenden Interessen. Mit der ablehnenden Haltung ging eine eigenartige Ratlosigkeit einher. Nicht wenige Gesprächspartner charakterisierten das Phänomen als »typisch albanisch« und waren der Meinung, dass sich dagegen nichts machen ließe. Umso wichtiger erscheint es, das Phänomen begreifbar zu machen. Der im Dezember 2006 durchgeführte Workshop, zu dem Vertreter der Stadtverwaltung, des Ministeriums und verschiedener internationalen Organisationen eingeladen waren, konzentrierte sich auf die Auswertung der vorhandenen Unterlagen und Untersuchungen, um zu einer

Bestandsaufnahme zu kommen.⁴ Tatsächlich waren ausreichend Informationen vorhanden, um das Ausmaß aber auch die unterschiedlichen Akteure identifizieren zu können. Beispielsweise lag eine Kartierung der Wasserwerke vor, die sämtliche illegalen Anschlüsse verzeichnete – die mit roten Kreisen markierten Anschlussstellen überzogen die Karte von Prishtina und erinnerten an einen Krankheitsbefall. Ein eindrückliches Bild für das schiere Ausmaß des Problems. Eine Assoziation, die aufgegriffen wurde, um eine Karte von Prishtina zu zeichnen, die entsprechend eindrücklich die Größenordnung und damit auch die Bedeutung des Problems unmittelbar vor Augen führt. Die ausgearbeitete »Urban Pathology Map« zielte einerseits auf eine eindrückliche und leicht verständliche Darstellung des Problems, andererseits sollte es aber durch eine Klassifizierung in Prototypen auch handhabbar werden. Eine Kennzeichnung des Phänomens als »pathologisch« und damit als »krankhaft« ist zwar problematisch, diese Bedenken wurden aber aus strategischen Gründen zurückgestellt. In der Folge sollte sich dies auch als richtig erweisen – die Karte erzielte in der Veröffentlichung sofort eine durchschlagende Wirkung und bewirkte eine öffentliche Diskussion.⁵ Über das eindrückliche Bild war es auch möglich, eine genauere Einordnung der unterschiedlichen Erscheinungsformen an ausgewählten Beispielen vorzunehmen (siehe die folgende Workshopdokumentation). Dazu wurden einerseits unterschiedliche Informationen gebündelt, die sich im Wesentlichen aus Orten, Typologien und Akteuren zusammensetzten und diese in Beziehung mit der Eigentumsform, dem Sicherheitsstandard und der infrastrukturellen Anbindung setzten. Daraus ließen sich Prototypen ableiten, die zwar durchaus auch Mischformen aufweisen konnten, aber repräsentativ für die vier wichtigsten Erscheinungsformen waren.

Wichtigstes Unterscheidungsmerkmal war, ob sich die Bautätigkeit außerhalb oder innerhalb der Stadt vollzog. Generell ließ sich für die Baustrukturen außerhalb der Stadt

4 Prishtina Workshop, 27. November–2. Dezember 2006. Die Teilnehmerliste befindet sich im Anhang. Die Ergebnisse wurden publiziert in Volume 11 »Cities Unbuilt«, Archis 1/2007.

5 Die kosovarische Tageszeitung »Express« übernahm beispielsweise den Titel für eine Artikelserie. Vgl. Express, 23. u. 29. Juni 2007.

sagen, dass diese nur eine geringe Dichte aufwiesen und meistens auf früheren Agrarflächen (und in Ausnahmefällen auf illegal okkupiertem städtischen Grund) errichtet wurden. Die infrastrukturelle Anbindung ist schlecht, aber es gibt keine Sicherheitsmängel und zumeist auch keine Konflikte mit Nachbarn. Entsprechend ist hier die Einbindung in die Stadt das vorrangige Ziel, was auch von den Eigentümern angestrebt wird. Mit der Anbindung an die technische und soziale Infrastruktur ist für die Bewohner nicht nur eine Verbesserung der Lebensumstände verbunden, sondern auch eine Aufwertung ihrer Grundstücke. Damit werden aber langfristig auch Verdichtungsprozesse in Gang gesetzt, die wiederum im Interesse der Kommune sind, weil so die Kosten der infrastrukturellen Anbindung sinken, ganz davon abgesehen, dass mit der Legalisierung Bauvorschriften durchgesetzt und Steuern erhoben werden können.

In n e r h a l b der Stadt sollten die Probleme sehr viel gravierender sein. Zunächst musste zwischen den Hauserweiterungen und Neubauten auf innerstädtischen Grundstücken unterschieden werden. Bei den »Parasiten«, den Hauserweiterungen handelte es sich um Anbauten, zumeist ein- bis dreigeschossige Dachaufbauten, oder aber um Eingriffe im Erdgeschoss, um Geschäftsflächen zu schaffen. Diese Maßnahmen waren durch gravierende Sicherheitsmängel gekennzeichnet: Dachaufbauten fanden ohne statische Prüfung statt, stellenweise ließ sich mit bloßem Auge die Überlastung der Wände erkennen. Auch wurden in attraktiven innerstädtischen Lagen Erdgeschosswohnungen zu Verkaufsräumen umgewandelt, wobei oftmals auch mehrere Wohnungen zusammengelegt und tragende Wände herausgeschnitten wurden. Dies führte zu Konflikten mit den Nachbarn, weil meistens nur der Eigentümer der Wohnung beziehungsweise der Dachgeschosswohnung mit der dazugehörenden Fläche davon profitierte.

Für die Neubauten auf Grundstücken galt gleichermaßen, dass diese auf maximale Bebauung zielten, sowohl was die Ausnutzung der Grundstückfläche als auch das Bauvolumen

selbst anging. Obwohl allen die aus der jugoslawischen Zeit noch existierenden Bebauungspläne sowie die entsprechenden Bauvorschriften bekannt waren, wurden diese mehr oder minder stark ignoriert. Diese Maximierungsstrategie, die auf einen größtmöglichen Profit zielte, führte dann auch zu großen Problemen. So wurden Nachbarn die Fenster und Balkone verbaut, oder wer nicht rechtzeitig selbst anfang zu bauen, sah sich mit seinem traditionell eingeschossigen Haus plötzlich links und rechts an der Grundstücksgrenze mit bis zu achtgeschossigen Wohnbauten umgeben. Diese verschatteten nicht nur sein Grundstück, sondern verhinderten zugleich ein gleichartiges Bauvorhaben auf seinem Grundstück – da die Abstandsflächen nicht eingehalten wurden, hätte dann keine der Wohnungen noch ausreichend Licht. Auch wurde öffentlicher Raum okkupiert, oftmals der Bürgersteig mit überbaut. In der Folge führte das in den Altstadtquartieren dazu, dass plötzlich Straßen so verengt wurden, dass sie nur noch einspurig befahrbar waren. Ebenso wurden oft Rettungswege ignoriert mit den daraus resultierenden Sicherheitsproblemen. Wichtig in dieser Gruppe war die Unterscheidung der Akteure – ob es sich um Bewohner handelte, die ihr eigenes Grundstück entwickelten und dort auch weiterhin wohnten, oder ob es sich um eine ausschließlich an Profit orientierte Entwicklungsmaßnahme handelte. Mit der Klassifizierung in vier Prototypen wurde das Phänomen begreifbarer, so dass die Lösungsstrategien besser angepasst werden können. Nicht nur, dass die Problemlagen unterschiedlich sind, auch die Interessen der Akteure differieren. Für einen zukünftigen Verhandlungsprozess, der auf eine Legalisierung und Qualifizierung abzielt, ist aber eine differenzierte Auseinandersetzung anhand der konkreten Situation unabdingbar.

Die Kombination von Planungs- und Kommunikationsstrategien

Die im Workshop entwickelten Strategien zielen grundsätzlich darauf ab, eine öffentliche Aufmerksamkeit für die mit dem unregulierten Stadtwachstum einhergehenden Probleme zu schaffen. Daher sind Kommunikationsstrategien, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechen, entscheidend. Dabei spielen Fernsehen, Radio und Zeitungen eine wesentliche Rolle. Neben Berichten und Diskussionen wurde auch über andere Formate nachgedacht, wie beispielsweise einer Fernsehshow, die mit satirischen Mitteln das Thema in die Öffentlichkeit bringt. Gerade die Einbeziehung von Fernsehstars und anderen Prominenten kann einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. Damit lässt sich eine öffentliche Debatte herstellen, aber entscheidend ist, gleichzeitig auch Lösungsvorschläge anzubieten. Diese wiederum müssen einerseits in den laufenden Prozess intervenieren. Wesentlich erschien hier die Ausarbeitung eines Handbuchs (»Manual«), das die wichtigsten zu beachtenden Prinzipien in Bezug auf Sicherheit und soziale Verträglichkeit für Laien verständlich darstellt. Andererseits müssen auch Lösungsstrategien bei der Legalisierung und Qualifizierung »informeller« Bauten angeboten werden. Dazu erschien die Einrichtung eines unabhängigen Beratungsgremiums aus Fachleuten (»Advisory Board«) das richtige Instrument, das dabei auch eine wichtige Vermittlungsrolle zwischen der Stadtverwaltung und den privaten Bauherren übernehmen kann. Wie ein solches Gremium installiert werden kann, und wie es arbeitsfähig wird, ist dann selbst noch Gegenstand eines Aushandlungsprozesses. Dazu müssen die lokalen Verantwortlichen einbezogen werden. Darüber hinaus haben natürlich Modellprojekte immer auch einen Vorbildcharakter. Diese lassen sich aber nur langfristig entwickeln und auch nur in Zusammenarbeit mit der städtischen Politik und Verwaltung. Durch die Bündelung von Kommunikationsstrategien mit der Bereitstellung von Fachwissen sollte beabsichtigt werden, die Bewohner dazu zu bringen, selbst aktiv zu werden und ihre Interessen öffentlich zu artikulieren (was in der Folge auch geschehen ist). Dies richtete sich auch an die intellektuelle städtische Elite, die sich zu der Entwicklung

bisher ausgeschwiegen hatte. Nicht zuletzt erschien die Einbeziehung der Universität und der Studenten ebenso wichtig wie der Informations- und Erfahrungsaustausch mit Kollegen aus der Region.⁶

Zukunftsszenarien als Kommunikationsinstrument

Die Durchführung eines Workshops mit Architekturstudenten im darauffolgenden Jahr bot die Möglichkeit, die identifizierten Problemfelder zu vertiefen und zugleich die Zukunftsperspektive der Stadt zum Thema zu machen.⁷ Anhand der vier Prototypen wurden vier ausgewählte Stadtquartiere von den Studenten genauer untersucht und die seit 1999 stattgefundenen Entwicklungen in Form von dreidimensionalen Zeichnungen nachverfolgt. Die Aufgabe bestand darin, die dabei auftretenden Entwicklungsmuster anhand anschaulicher Zukunftsszenarien weiter zu verfolgen, um zu zeigen, was langfristig passiert, wenn weiterhin so gehandelt wird. Dadurch wurden nicht nur die bereits bestehenden Probleme deutlich gemacht, sondern auch die noch anstehenden Konflikte vor Augen geführt. Parallel dazu lautete die Aufgabe, zu zeigen, was passieren würde, wenn das neu ausgearbeitete, zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft getretene Baugesetz angewendet werden würde, beziehungsweise die bereits bestehenden Bebauungspläne mit ihren Vorgaben zur Anwendung kämen. Das Ergebnis war ebenso unrealistisch – unmittelbar war klar, dass es zu einem Kompromiss kommen müsse. Wie dieser aussehen könnte, war den Studenten auch zur Aufgabe gestellt, wobei offensichtlich war, dass dies nicht einfach entworfen werden kann, sondern das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses ist. Allerdings kann eine realistische Einschätzung wünschenswerter Qualifizierung durchaus orientierend wirken. Mit Hilfe von »Worst Case-« und »Best Case-« Szenarien in Form von anschaulichen dreidimensionalen Skizzen die Notwendigkeit

6 Eine wichtige Unterstützung war die Teilnahme der Kollegen von Co-PLAN aus Tirana, die bereits große Erfahrung mit der Legalisierung und Qualifizierung von informellen Siedlungen haben. Vgl. www.co-plan.org.

7 Der Workshop war Teil des Projekts »City of the Future – Future of the City. Prishtina – Berlin – Paris. Franco-German Project on Architecture and Urban Planning«. Die Ergebnisse wurden öffentlich am 7. Dezember 2007 im Modelarium der Universität Prishtina präsentiert.

einer Intervention vor Augen zu führen, sollte sich als außerordentlich erfolgreich erweisen. Es wurde den privaten Akteuren deutlich gemacht, dass eine Regulation notwendig und auch im eigenen Interesse ist, zugleich aber auch den Verantwortlichen vor Augen geführt, dass eine autokratische Lösung unrealistisch ist.

Die Nachregulierung: Richtlinien, Öffentlichkeitskampagne, Institutionalisierung von Verhandlungsprozessen, Modellprojekt Da selbst der »informativen« Siedlungstätigkeit eine – wenngleich nur die Partikularinteressen umfassende – Planung zugrunde liegt, muss ein Konzept der städtischen Entwicklung die Interessen dieser Bauherren berücksichtigen und mit ihnen eine Form der Kooperation entwickeln, die einen Konsens ermöglicht. Je besser es nun gelingt, auf diese Weise Interessengruppen zu aktivieren und zu unterstützen, desto mehr stärkt das die Rechte des Einzelnen und der Zivilgesellschaft insgesamt. In diesem Sinne sollte Archis Interventions eine wichtige Rolle als unabhängige Initiative spielen.

Der Schlüssel dazu ist Kommunikation. Einerseits die Kommunikation über die Probleme, also die Stimulierung einer öffentlichen Debatte mit Hilfe der lokalen Medien. Aber auch die Kommunikation zwischen den Akteuren, den privaten Eigentümern und der städtischen Verwaltung, muss erst hergestellt werden. Eine Öffentlichkeitskampagne hat nur dann eine nachhaltige Wirkung, wenn sie zugleich mit einem Kommunikationsangebot verknüpft ist, das es den privaten Eigentümern ermöglicht, mit der städtischen Verwaltung über die Legalisierung zu verhandeln und zugleich der Verwaltung die Möglichkeit bietet, auf diesem Wege die gesamtstädtischen Interessen durchzusetzen. Dies ist kein einfacher Prozess, denn vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation in Prishtina mit einer exorbitant hohen Arbeitslosigkeit und einem demografischen Wachstum der Stadt werden sich die Verteilungskämpfe auf dem Immobiliensektor sogar noch intensivieren. Insofern ist

es notwendig, ein Verhandlungssystem aufzubauen, das die funktionalen gesamtstädtischen Interessen mit den spezifischen lebensweltlichen Interessen der privaten Akteure abstimmt. Eine Form der Institutionalisierung war die Einrichtung eines Beratungsgremiums (»Advisory Board«), über dessen Funktion und Zusammensetzung mit der städtischen Politik und Verwaltung zum Zeitpunkt der Abfassung des Textes (Mai 2008) diskutiert wurde. Entscheidend ist, dass dieses Gremium von beiden Seiten akzeptiert wird, also auch den entsprechenden politischen Rückhalt hat. Daher ist eine Beteiligung der Verwaltung innerhalb des Gremiums ein wichtiger Garant einer erfolgreichen Vermittlungstätigkeit. Außerdem müssen die Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Entwicklung von »Richtlinien« bei der Legalisierung, die allgemein verbindlich sind. Diese müssen sich auf die wesentlichen Aspekte (beispielsweise der Sicherheit) beschränken und genügend Platz für Kompromisslösungen bieten, gleichzeitig aber den Interpretationspielraum deutlich eingrenzen. Auch diese lassen sich nur in Zusammenarbeit mit der Verwaltung entwickeln. Sie sind in einer Form der Öffentlichkeit zu kommunizieren, die sie auch für Laien verständlich und nachvollziehbar macht. Nicht zuletzt ist aber ausschlaggebend, ein Modellprojekt zu initiieren, das vor Augen führt, wie es über ein derartiges Verfahren zu einer Verbesserung der Gesamtsituation und einem weitgehenden Interessenausgleich kommen kann. Dabei ist aber zu vergegenwärtigen, dass es gravierende Probleme zu lösen gibt, die auch entgegen den Interessen des Einzelnen (oder einer Interessengruppe) durchzusetzen sind. Dies vermögen aber nur starke staatliche Institutionen, die den entsprechenden politischen Rückhalt haben. Das ist nur möglich, wenn sich die öffentliche Meinung dieser Probleme bewusst ist und akzeptiert, dass sie im Interesse des Gemeinwohls beseitigt werden. Hier spielt die öffentliche Kommunikation des fachlichen Wissens eine Schlüsselrolle.

Das Beispiel Prishtina zeigt angesichts der Hilflosigkeit der städtischen Verwaltung, dass der vorherrschende Planungsbegriff zu hinterfragen ist. Mit dem Abschied vom traditionellen Modell staatlicher Planung sind neue Kooperationsformen und Aushandlungsprozesse zwischen privaten Akteuren und den staatlichen Institutionen zu entwickeln. Um die Interessen der privaten Akteure, auf denen die Bautätigkeiten gründen, zu berücksichtigen, muss die Planung strategisch vorgehen. Nicht »Masterpläne«, die die komplexe Überlagerung von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen flächendeckend behandeln wollen (»comprehensive planning«), sind dabei entscheidend, sondern prozessual angelegte, partizipative und damit auf Kommunikation beruhende Formen des Planens (»collaborative planning«).⁸ Für solch eine flexible Planung ist entscheidend, dass sie neue Kooperationsformen zulässt. Allerdings sollten diese Kooperationsformen transparent bleiben, gerade das an marktwirtschaftliche Planungsstrategien angelehnte, in den westeuropäischen Städten seit den 1990er Jahren praktizierte Modell des »Public-Private-Partnership« ist im Kontext einer traditionellen Klientelwirtschaft (mit seinen Abhängigkeiten und seinen undurchsichtigen Entscheidungsprozessen) durchaus problematisch. Die Einbeziehung privater Akteure aus der Wirtschaft in den Planungsprozess für die Stadtentwicklung ist von großer Bedeutung. Sie muss jedoch so transparent sein, dass sie eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit ermöglicht. Daher ist das Engagement von zivilgesellschaftlichen Kräften zu fördern und als wichtiges Korrektiv in die Planungspraxis einzubeziehen. Öffentlichkeitskampagnen sollten auch aktive Partizipation stimulieren und Möglichkeiten zur Mitarbeit anbieten. Die Etablierung oder Unterstützung von unabhängigen urbanistischen Initiativen kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Um sichtbare und auf diese Weise symbolisch wirksame Erfolge für alle beteiligten Akteure zu erreichen, ist eine Praxis der »kleinen Schritte« ausschlaggebend. Die Planung (und mit ihr die Nachregulierung) sollte flexibel bleiben und in Stufen gegliedert sein, die kurzfristig realisierbar und bezahlbar sind. Entscheidend ist dabei aber eine übergreifende Strategie, die sich sowohl der Bedingungen als auch der Mittel zur Erreichung eines Ziels bewusst ist. Eine strategische Planung braucht daher Leitbilder (»visions«), die auf verlässlichen Fakten basieren. Da sie unter Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen entwickelt und öffentlich diskutiert werden, stiften sie einen Konsens und können handlungsleitend sein. Dies sind keine utopischen Planungen, sondern realistische Ziele, die langfristig erreicht werden können. Entsprechend sollten diese Leitbilder an Schlüsselprojekte gekoppelt werden, die umsetzbar sind. Diese für die zeitgenössische Planungspraxis geläufige Methodik ist dem spezifischen gesellschaftlich-politischen Kontext anzupassen. Auch in diesem Zusammenhang kann eine lokale urbanistische Initiative von Fachleuten – wie Archis Interventions in Prishtina – eine wichtige Rolle spielen, indem sie in den Stadtentwicklungsprozess interveniert und eine andere Planungspraxis etabliert.

8 Vgl. Manfred Kühn, *Strategische Planung*. In: Phillip Oswalt (Hg.), *Schrumpfende Städte*. Band 2, *Handlungskonzepte*, Ostfildern-Ruit 2005. Vgl. auch: Heidede Becker, Johann Jessen, Robert Sander (Hg.), *Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa*, Stuttgart [u. a.] 1998.

In Prishtina geht es um Hoffnung!

KAI VÖCKLER Wie war die Situation in Prishtina seit 1999 und wie haben sich die Dinge seitdem positiv und auch negativ verändert?

ILIR GJINOLLI Die Situation in Prishtina während der 1990er Jahre war von einer begrenzten städtebaulichen Entwicklung gekennzeichnet, die meist ungeplant am Stadtrand vorkam. Albanische Architekten und Planer hatten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten innerhalb der regulären Verfahren in der Stadt zu arbeiten. Sogar Serben waren wegen dieser Umstände nicht oft involviert.

FLORINA JERLIU Inmitten der Notfälle nach dem Krieg 1999 und direkt nach dem Beginn des Einsatzes der UN-Mission im Kosovo, gab es das Verlangen, den Wiederaufbau des Landes voranzutreiben. Auch wenn sich tausende Familien im gesamten Kosovo, deren Häuser während des Krieges bis auf die Grundmauern zerstört worden waren, eher schnell erholten, suchten viele unmittelbar nach dem Krieg Unterkünfte in der Hauptstadt Prishtina. Prishtina bedeutete nicht nur neue Häuser für sie, sondern auch die Hoffnung auf Arbeitsplätze. Die Migration in Richtung Prishtina wurde anfänglich als eine vorläufige Notwendigkeit betrachtet, aber erst jetzt scheinen sich alle darüber einig, dass diese Übergangssituation das Gesicht von Prishtina permanent verändert hat. Diese Situation hatte offensichtlich einen privaten Bauboom ausgelöst. Viele begannen zu bauen, um dann weiter zu vermieten – speziell an Büros der Internationalen Gemeinschaft,

deren Bedarf während dieser Zeit zunahm, andere bauten für ihre Familien und auch in deren ökonomischen Interesse und andere wiederum, um ihren Lebensstil zu verbessern ... Es mag einem so vorkommen, als ob alle bauten, wo immer sie konnten und was auch immer sich erträumen ließ. Auf diese Weise ruinierten sie das Stadtgefüge in Prishtina. Diese Form des Bauens ist seitdem zur Hauptsorge der öffentlichen Institutionen und der Bürger in Prishtina geworden. Ein positiver Aspekt ist, dass dieser lang anhaltende Prozess der Auflösung der gebauten Struktur abgelöst wird von einem Verlangen nach Qualität und mehr Freiraum zwischen den Gebäuden.

KAI VÖCKLER Was war die Rolle der Architekten und Planer in dieser Entwicklung?

FLORINA JERLIU Direkt nach dem ersten Boom der durch Bauaktivitäten entstandenen Unregelmäßigkeiten, gab es nur wenige Stimmen, die sich gegen diesen Trend erhoben haben. Insbesondere die Architekten waren entschlossen, eine neue Basis für die aktive Beteiligung bei der Planung und Gestaltung der Zukunft ihrer Städte mit aufzubauen und zu festigen. Sie standen zur Verfügung, wo auch immer die nationalen und internationalen Institutionen Handlungsbedarf sahen. Aber Vorrang vor der Stadtplanung hatte die nationale Frage, dies war begleitet von einem gelegentlich UN-konformen Verhalten der Investoren im Bausektor. Es gab nur eine unzuverlässige Kommunalverwaltung mit einem

137 spürbaren Mangel an Professionalität und Durchsetzungswillen – es wurde eher geplant, als dass die Stadtentwicklung bewältigt wurde, auch fehlte es oft an einem »Monitoring« (als einer beobachtenden Kontrollfunktion). Die Konsequenz daraus war, dass die über Nacht entstandenen Baufirmen weder Vorschriften noch Architekten benötigten, um ihre Geschäfte auszuführen, für die es normalerweise Verfahrensweisen brauchte, denen sie sich nicht bereit waren zu unterwerfen. Demzufolge ging es für freie Architekten mehr ums Überleben als um den Aufbau eines Geschäfts durch Kleinaufträge, auch wenn sie diese ausführten. Sie wurden dadurch angreifbar und unterlagen nicht selten der Anpassung an den generellen Trend.

ILIR GJINOLLI Es gab eine Menge positiver als auch negativer Chancen seit 1999. Beispielsweise gab es mehr Möglichkeiten das fachliche Wissen einzubringen, die allerdings nicht oft genutzt wurden. Es stellte sich heraus, dass wir Architekten nicht fähig waren, uns selbst in einem ordentlichen Interessenverband zu organisieren, um durch unser Fachwissen zum Aufbauprozess und der Entwicklung des Kosovo beizutragen. Lokale Architekten waren durchaus für größere Bauprojekte zuständig – ein ständiger Lernprozess. Aber es waren zu viele Architekten in illegale Bauaktivitäten und Korruption verwickelt. Um sich Aufträge zu sichern, scheiterten viele Architekten daran, den rechtlichen Verfahrensweisen zu folgen. Einige von ihnen waren zu eng mit verschiedenen Interessengruppen und Bauunternehmern verbunden, die für die Verbreitung illegaler Bauten verantwortlich sind. Die neue Gesetzgebung sieht bisher keine Sanktionen für diejenigen vor, die in illegale Bauaktivitäten verstrickt sind.

KAI VÖCKLER Florina – als die Architektenvereinigung des Kosovo gegründet wurde: Von wem wurde sie gegründet? Aus welchem Grund wurde sie gegründet? Was wird ihre Funktion in der Zukunft sein?

FLORINA JERLIU Die jüngsten Bemühungen, die Architekturausbildung und die Institutionalisierung des Berufsstandes zu reformieren, waren entscheidend für die Gemeinschaft der Architekten und Planer. Generell existieren professionelle Vereinigungen im Kosovo seit Jahrzehnten, doch ihre Beschäftigung in Übergangszeiten besteht meist nur aus Neudefinition und innerer Reorganisation. In diesem Kontext gab es große Anstrengungen

der Architektenvereinigung des Kosovo (Association of Architects of Kosova), den eigenen Einfluss zu stärken und auf die Bauordnung, speziell die Arbeit der Architekten betreffend, einzuwirken. Das ist noch nicht abgeschlossen, deshalb gibt es immer noch genug Raum für »Regelwidrigkeiten«. Gleichzeitig wächst das öffentliche Bewusstsein, das allmählich nicht mehr das städtische Umfeld ignoriert, sondern sich damit auseinandersetzt. Hier ergibt sich die Möglichkeit für ein Bündnis mit der Architektenvereinigung – die ursprünglich gegen die weitere, unkontrolliert städtische Verdichtung arbeitete, bis dieser Trend beendet sein wird. Letztendlich müssen wir dieses Ziel gemeinsam verfolgen und auf ein nachhaltiges städtisches Umfeld hinarbeiten, denn dies sollte nicht nur die exklusive Aufgabe einzelner Architekten des Kosovo sein und ausschließlich durch ihren Willen bestimmt werden!

KAI VÖCKLER Ilir, du warst der Direktor des Instituts für Raumordnung im Kosovo. Warum hast du diesen Posten aufgegeben? Was ist aus deiner Sicht die Aufgabe für unabhängig arbeitende Architekten und Planer in Bezug auf die Stadtentwicklung?

ILIR GJINOLLI Ich war der Gründer und Direktor des Instituts für Raumordnung von 2003 bis 2006. Es handelt sich um eine spezielle Abteilung des MESP (Ministerium für Umwelt und Raumordnung im Kosovo), die für den Raumordnungsplan des Kosovo und die Raumordnungspläne einzelner Gebiete verantwortlich ist. Ich kündigte, um meine Studien für eine Promotion zu beginnen.

Architekten und Planer sollten eine Baukultur entwickeln, die verbesserte Lebensbedingungen in den Städten und in den ländlichen Gebieten schafft. Wenn sie in Bauvorhaben involviert sind, ist es notwendig, dass sie informelle Entwicklungen und illegales Bauen verhindern.

KAI VÖCKLER Warum hat weder die UNMIK (Interimsverwaltung der Vereinten Nationen) noch das Stadtplanungsamt in den Prozess eingegriffen? Was wurde bis jetzt getan und was sind aus deiner Sicht die größten Probleme mit dieser Planungsauffassung?

ILIR GJINOLLI Gleich nach dem Krieg gab es eine Initiative der kosovarischen Architekten zusammen mit der UNMIK, illegale Bauten zu verhindern. Ich kann es nicht belegen, aber ich glaube, dass es politische Gründe waren,

warum illegale Bautätigkeiten nicht verhindert wurden. Niemand von der UNMIK und den internationalen Organisationen war daran interessiert, noch mehr Probleme mit den von dem Krieg traumatisierten Menschen herbeizuführen.

FLORINA JERLIU In diesem größeren Zusammenhang und in den gemeinsamen Bemühungen das Land zu regieren, waren Verantwortlichkeiten zwischen der UNMIK und der Regierung des Kosovo nicht geregelt, was viele Fehlentwicklungen erklärt. Während die einen versuchten zu regieren und den Grad der Demokratisierung des Kosovo herauszufinden, versuchten die anderen zu verwalten und mit eingeschränktem Personal und begrenzten Kompetenzen zu demokratisieren! Für beide stand die Gesetzgebung an erster Stelle, obwohl es nicht genügend Geldmittel zur Durchführung und ungeklärte Verantwortlichkeiten bei der Einführung der Gesetze gab.

In diesem Kontext war das illegale Bauen nur einer von vielen nationalen Problemen, wie die der Energieversorgung, der Privatisierung oder die der geteilten Stadt Mitrovica.

ILIR GJINOLLI Die Entwicklung der Bebauungspläne übernimmt langsam informelle Entwicklungen, auch wenn es noch viel zu tun gibt. Die allgemeine Haltung ist, dass die Pläne sehr schwer umzusetzen sind. Dies hat verschiedene Gründe, wie die unvollendete Gesetzgebung, im besonderen die Baugesetze, die Gesetze zur Enteignung, dem Mangel an öffentlichem Land für die Stadtentwicklung und die zu geringen kommunalen Budgets. Ein anderer Grund ist, dass die meisten Pläne einen Prozess durchliefen, der die lokalen Akteure nicht miteinbezogen hatte. Somit können die Einwohner nicht verstehen, worum es geht, was sie bekommen sollen und was sie vielleicht verlieren.

KAI VÖCKLER Was sind die Hauptaufgaben für die zukünftige Entwicklung der Stadt? Was sind die größten Herausforderungen? Wo liegen die Hindernisse?

ILIR GJINOLLI Die Hauptaufgabe für die zukünftige Entwicklung ist das Delegieren der Entscheidungen über die Stadtentwicklung an unabhängige, professionelle Gremien in der

Stadt, die eine realistische Vision für eine bessere Zukunft der Stadt und ihre Einwohner entwickeln. Die größten Herausforderungen sind: Geringe personelle Kapazitäten für Planung und Entwicklung, schwache wirtschaftliche Entwicklung und zu kleine kommunale Budgets

Die Herausforderungen reichen vom Mangel an Fachleuten über die unvollendete Gesetzgebung, die langsame Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo als grundlegende Bedingung für Investitionen, bis hin zu dem geringen Interesse der Bevölkerung, Verwaltungsvorgänge und Baugenehmigungen zu akzeptieren.

FLORINA JERLIU Bezüglich der Fehlentwicklungen in der Stadt würden in jedem Fall die Gerichte des Kosovo und die Polizei, obwohl sie sich noch im Aufbau befinden, bei einer Kooperation und gegenseitigen Unterstützung eine große Hilfe für die Verwaltung in Prishtina bedeuten. Doch bisher ist man weit davon entfernt, alle benötigten Akteure in Einklang gegen »städtebauliche Verbrechen« zu bringen. Wir sind gerade ein unabhängiges Land geworden und es wird seine Zeit brauchen, das zu erschaffen und zu konsolidieren, was es benötigt, ein vollwertiges Land zu werden. Inzwischen bemühen wir uns Sicherheit, zu gewährleisten und ein geschütztes Lebensumfeld zu bieten, wie wir es traditionell hatten. Wir beginnen mit kleinen Schritten unsere Umgebung zu verbessern und setzen unsere Organisationsfähigkeiten dafür ein; wobei es in Prishtina hauptsächlich um ein gutes Management geht.

KAI VÖCKLER Was können wir von Prishtina lernen?

ILIR GJINOLLI Die Lehre, die wir aus Prishtina ziehen können, ist, dass wenn wir nicht rechtzeitig die Entwicklungen voraussehen, ungeplante Entwicklungen Situationen hervorrufen, in denen wir mit Illegalität und den daraus folgenden Problemen umgehen müssen. Die Stadtverwaltung sollte den gesamten Wiederaufbauprozess selbständig lenken und versuchen, mit geplanten Stadtentwicklungen illegale Bauten zu verhindern.

FLORINA JERLIU In Prishtina geht es um Hoffnung!







Der internationale Workshop in Pristina im Dezember 2006 und der darauffolgende Studentenworkshop im Dezember 2007.

↓ Der Bürgermeisterkandidat und spätere Bürgermeister von Pristina, Dr. Isa Mustafa, lässt sich von den Studenten die problematischen Aspekte der Stadtentwicklung erklären.



Dokumentation des Prishtina Workshops im Dezember 2006

Prishtina ist ein Beispiel für eine Stadt im Wandel, die enormen Herausforderungen gegenübersteht: der Transformation der ehemals sozialistischen zu einer marktwirtschaftlichen Ökonomie und der Neuerfindung der Stadt nach einer langen Periode der Unterdrückung und kriegerischen Auseinandersetzung. Sie repräsentiert die Schwierigkeiten des Wandlungsprozesses, der in Städten des gesamten Balkan und anderen Teilen der Welt beobachtet werden kann. Typisch ist das Versagen der öffentlichen Verwaltung und eine fehlende oder ungenügende Durchsetzung der Gesetze. Hinzu kommt eine tief greifende Vertrauenskrise öffentlichen Ausmaßes. An diesem Punkt greift Archis Interventions ein, um Strategien in Zusammenarbeit mit internationalen Experten vor Ort zu erarbeiten und wichtige Themen der zukünftigen städtischen Entwicklung in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, sowie zwischen der kommunalen Verwaltung und den privaten Akteuren zu vermitteln. Die lokale Nichtregierungsorganisation wird von Archis Interventions internationaler Expertise und durch den Informationsaustausch bei der Entwicklung nachhaltiger Lösungsstrategien unterstützt.

A n a l y s e Notwendige Baustandards konnten bisher in Prishtinas Aufbauprozess nicht umgesetzt werden, außerdem fehlt es am öffentlichen Bewusstsein für das fundamentale Problem der sich ausbreitenden illegalen Siedlungstätigkeit. Das Projekt entwickelt Lösungsstrategien, um die privaten Entwickler bei der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften zu unterstützen. Auf diese Weise sollen die gesamtstädtische Entwicklung verbessert und die Gemeinschaftsinteressen in den Bauprozess eingebracht werden. Archis Interventions in Prishtina wird als lokale, unabhängige und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation mit professionellem Sachverstand zu diesem Prozess beitragen. Das im Dezember 2006 ausgearbeitete, strategische Konzept soll zwischen 2007 und 2008 umgesetzt werden. Der Workshop entwickelte zuerst eine Analyse der derzeitigen Situation in Prishtina, indem verschiedene Formen der illegalen Bauaktivitäten, die fast 75 Prozent der Stadt und ihrer Umgebung umstrukturiert haben, identifiziert wurden. Diese Gebäudestrukturen wurden in verschiedenen Prototypen kategorisiert, die unterschiedliche Probleme, Rahmenbedingungen und Akteure repräsentieren.

Karte städtischer Problemzonen (Urban Pathology Map)

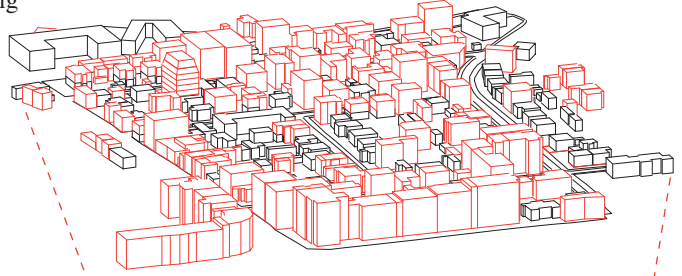
Die Karte zeigt, wo sich die Problemzonen der unkontrollierten städtischen Bauaktivitäten in der Hauptstadt Prishtina entwickelt haben. Sie identifiziert und lokalisiert Areale illegaler Ansiedlungen und setzt sie sowohl im städtischen wie im architektonischen Maßstab in Beziehung zueinander, um sie als Problemzonen kenntlich zu machen. Diese »Auswüchse« werden im Allgemeinen als (schlechte) Angelegenheit von Ländern im Wandel gesehen. Prishtina ist einer dieser Fälle. Das Ziel der Karte ist es, illegale Ansiedlungen typologisch zu gruppieren, um die Symptome kenntlich zu machen. In den letzten Jahren hat die unkontrollierte städtische Entwicklung in Prishtina sowohl großen Schaden an den existierenden Gebäudestrukturen angerichtet als auch zu einem großen Flächenverbrauch am Rand der Stadt geführt. Um die Tendenzen derzeitiger Bauaktivitäten nachzuvollziehen, werden diese mit dem neu entwickelten städtischen Bebauungsplan abgeglichen. Dies wird auch im Geltungsbereich des Strategieplans für Prishtina umgesetzt, für den noch keine Regulation vorgesehen ist. Bauvorgänge dieser Art haben gezeigt, dass disperse Siedlungsstrukturen am Rand der Städte sich auch ohne Bebauungsplan zu dichten Vororten entwickeln. Diese Form der Verdichtung hat bereits im innerstädtischen Bereich stattgefunden und zeigt, wie sich unkontrollierte Bauaktivitäten gegenseitig

verstärken. Die Karte städtischer Problemzonen soll zusätzlich als ein Leitfaden für zukünftige Eingriffe dienen. Anhand von Fallstudien im städtischen Maßstab wird die Karte potentielle Gebiete für die Umsetzung späterer Modellprojekte identifizieren. Indem die Karte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, können die Bewohner ein Bewusstsein für die Probleme im städtischen und architektonischen Ausmaß entwickeln, die sie in der Mehrheit selbst herbeigeführt haben.

144 **Fallstudien:**
Identifizierung der Typologien

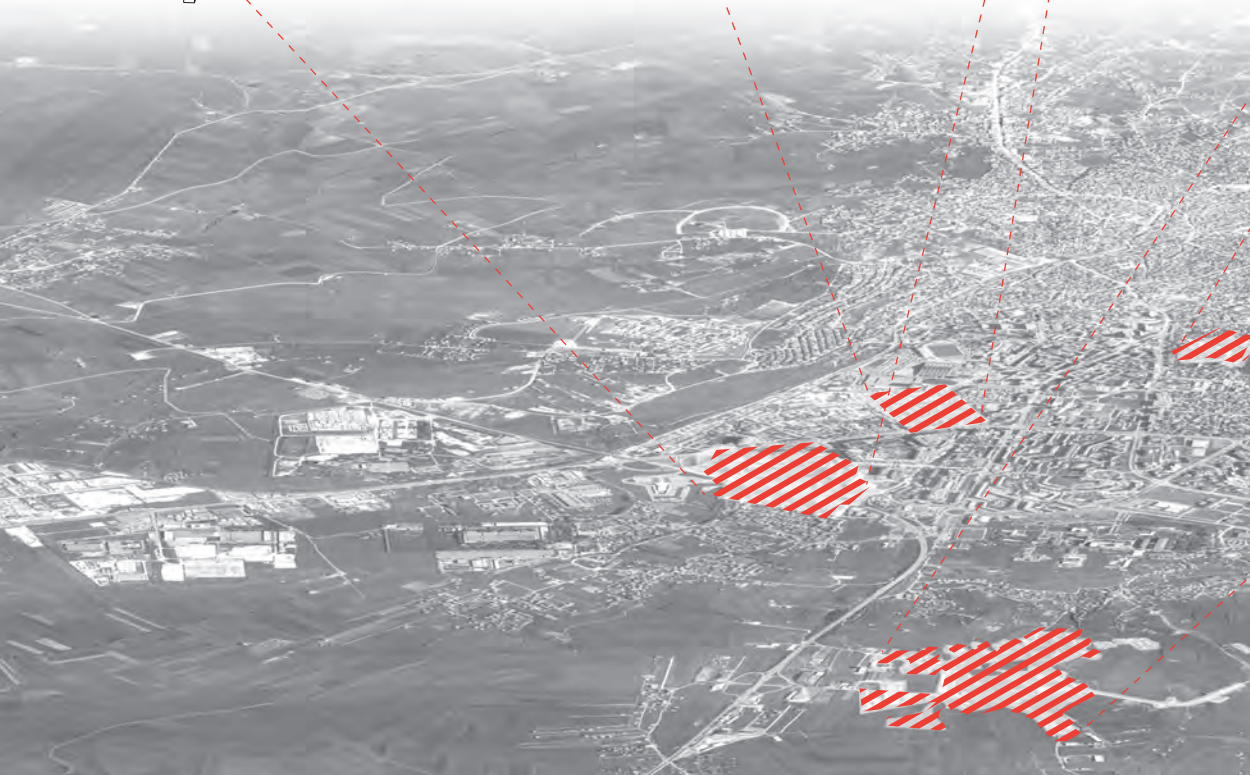
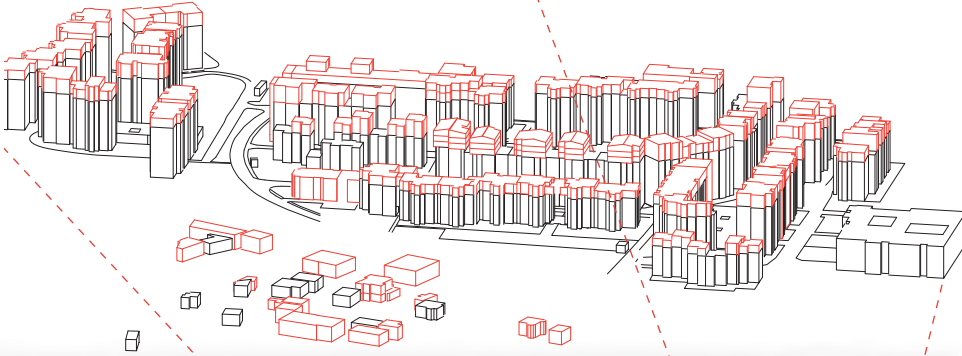
Prototyp 2
Städtische Verdichtung

2

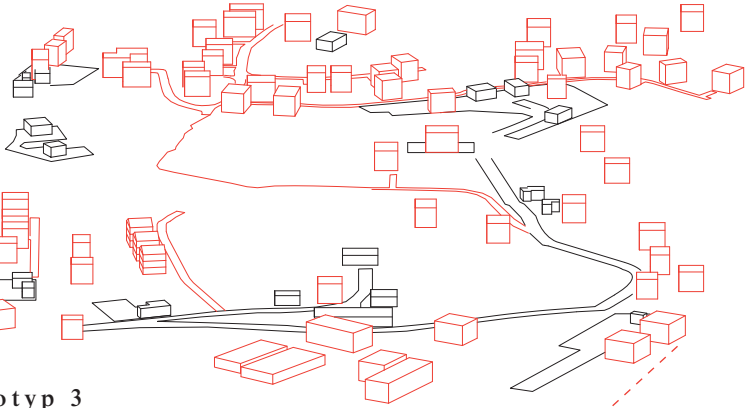


Prototyp 4
Städtische Verdichtung

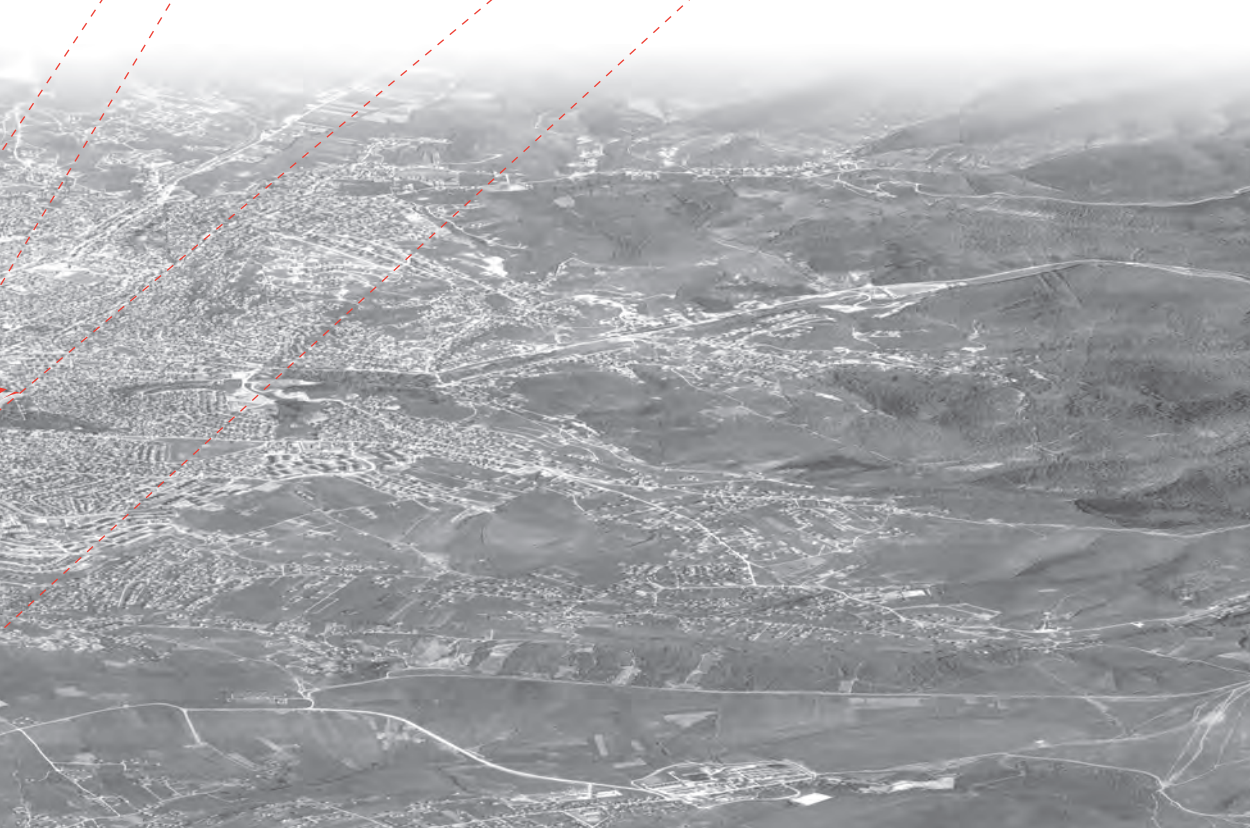
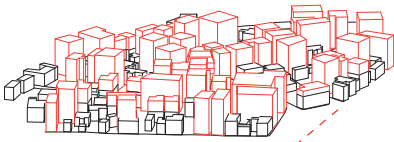
4

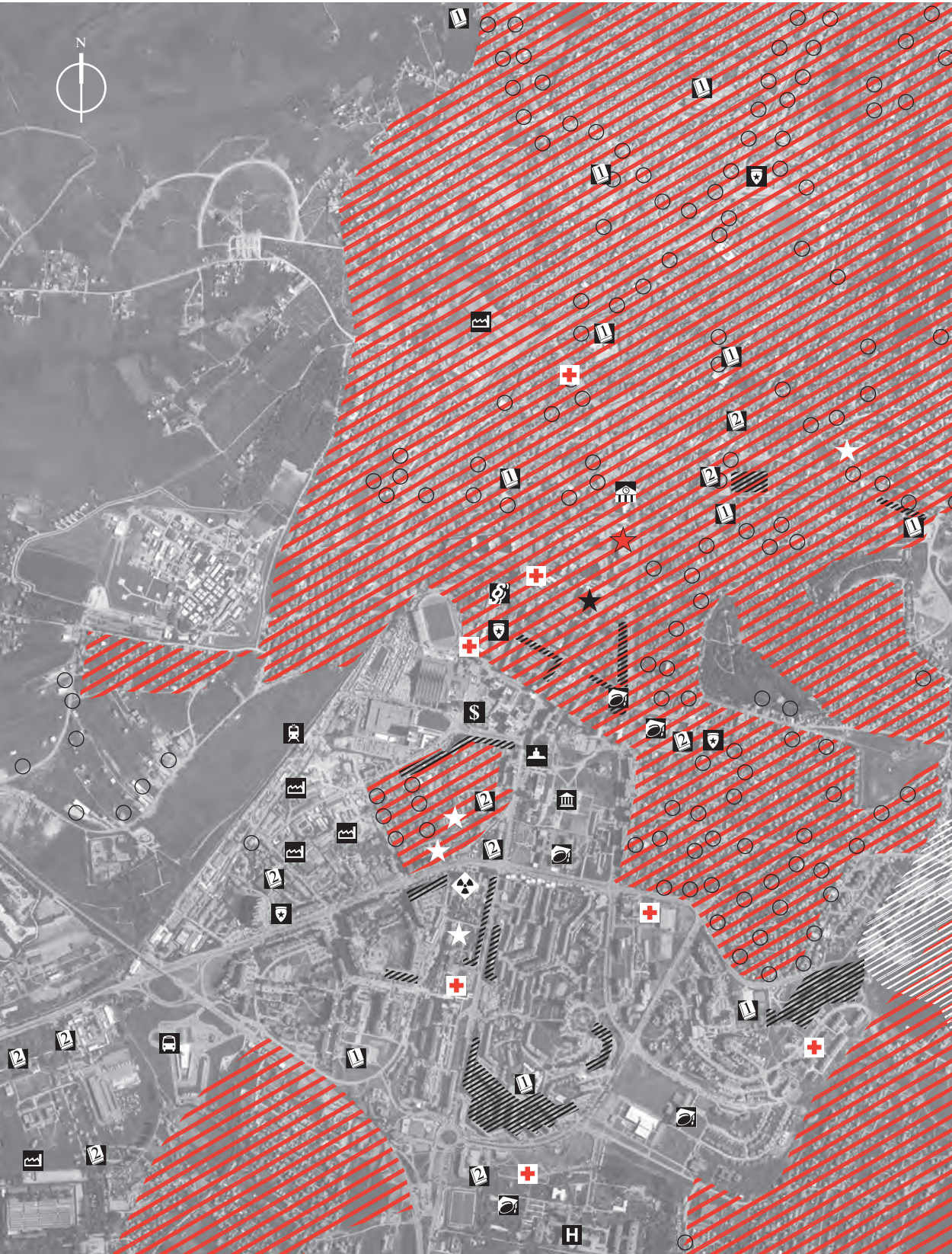


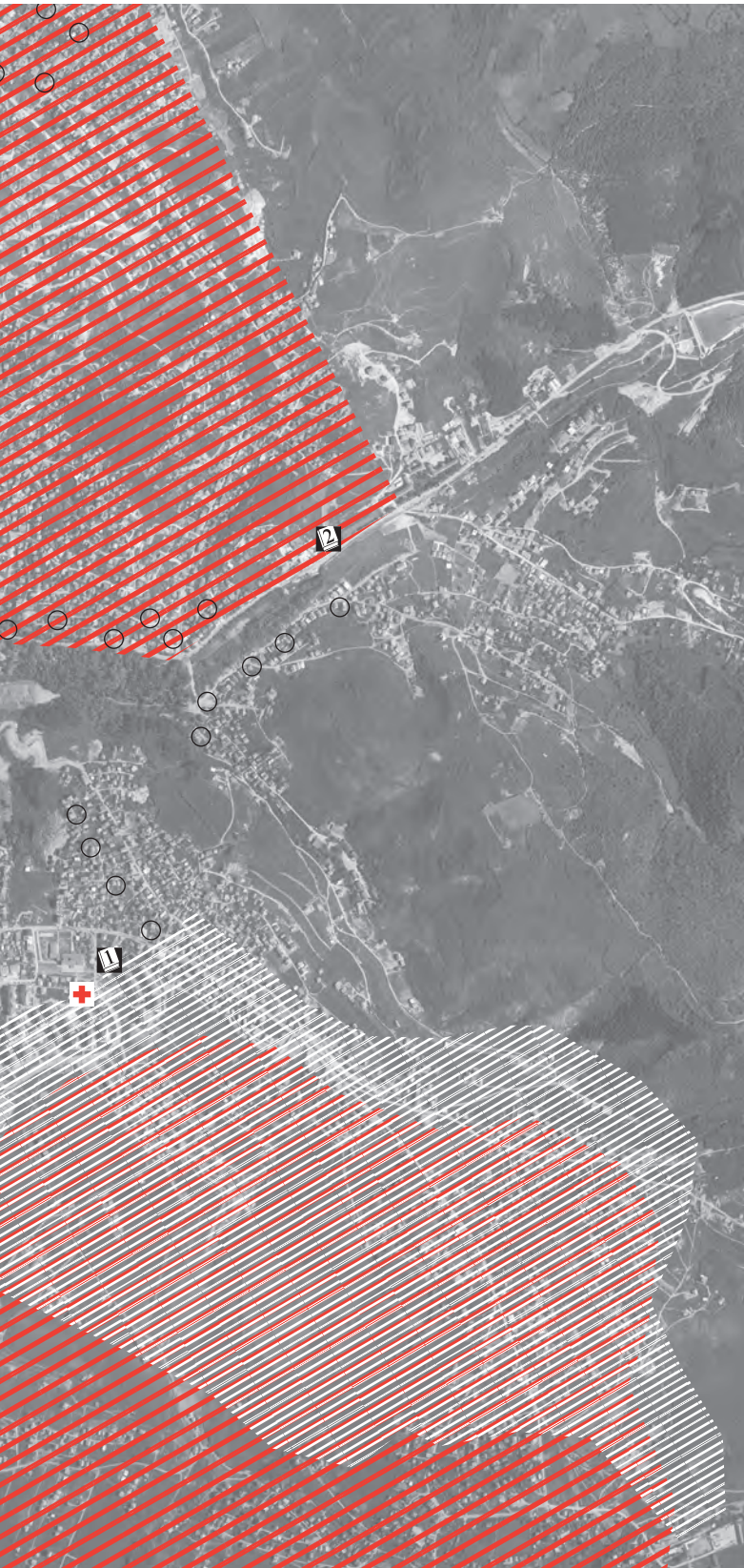
Prototyp 1
Städtische Erweiterung











Prototyp 3
Städtische Verdichtung







-  Prototyp 1
Einfamilienhaus, Vorortlage
-  Prototyp 2
Selbstgenutzte, maximierte Gebäude
innerhalb der Stadt
-  Prototyp 3
Nicht für den Eigenbedarf
entwickelte und maximierte Gebäude
(Mietwohnungen, Gewerbeimmobilien)
-  Prototyp 4
Stadtparasiten (Erweiterungsbauten,
Anbauten, Dachterweiterungen)
-  1
Grundschule
-  2
Schule
-  Universitätsgebäude
-  H
Universitätsklinik
-  Rektorat der Universität
-  Nationalbibliothek
-  Stadtverwaltung
-  Regierung des Kosovo
-  Parlament des Kosovo
-  Ministerium in illegalem Gebäude
-  Gerichtshof
-  Polizei
-  Kosovarische Energiewerke
-  Ambulanz
-  Busbahnhof
-  Bahnhof
-  Industriegebiet
-  Nationalbank



Einfamilienhäuser für die eigene Nutzung, Vorortlage. Individuelle, familienbasierte Planung. Die Eigentümer sind Teil der Kommune.

Rechtliche Situation/

Eigentümerstatus Keine Auseinandersetzungen über Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden; die Eigentümer des Gebäudes besitzen das Land. Das Land ist im Allgemeinen im Besitz des Bauherrn oder wurde gekauft (Grundbucheintrag). Der Bauantrag ist in der Regel nicht gestellt oder bewilligt. Bisher kannten sich die Nachbarn und befragten einander, bevor das Land verkauft wurde – eine verschwindende Tradition.

Sicherheit Die Baukonstruktionen basieren auf Schätzungen und Erfahrungen, aber nicht auf Berechnungen. Die strukturellen Elemente sind gewöhnlich überdimensioniert und die Ausführung erfolgt durch lokale Baufirmen. Fluchtwege im Brandfall sind noch vorhanden.

Infrastruktur Die Abwasserentsorgung wird individuell geregelt. Einige Haushalte sind illegal an das öffentlichen Abwassernetz angebunden. Einige Wohnviertel haben sich bereits gemeinsam bei dem öffentlichen Abwassernetzwerk angemeldet. Der Zugang zu den Grundstücken führt über ungedeckte Straßen. Es existiert keine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Es fehlt generell an Gemeinschaftseinrichtungen, deshalb steigt die Zahl der privat organisierten Einrichtungen.

Akteure Privatpersonen

Wachstum Der Strategieplan für Prishtina (Urban Development Plan) sieht hier Apartmenthäuser mit mindestens 4–10 Stockwerken vor. Die Ansiedlung von Einfamilienhäusern ist nicht vorgesehen.

AUFGABEN

Architektonischer Maßstab

Verbesserungen Legalisierung der illegalen Gebäude durch Vergabe von Baugenehmigungen. Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur und/oder Anpassung an die gängigen Vorschriften (Bebauungsplan).

Umsetzung Bewusstsein für die architektonische Gestaltung, die Ästhetik und die damit einhergehenden funktionalen Notwendigkeiten schaffen.

Städtischer Maßstab

Verbesserungen Entwicklung der kollektiv genutzten Infrastruktur wie Wasser, Abwasserentsorgung, Straßenbau und soziale Einrichtungen.

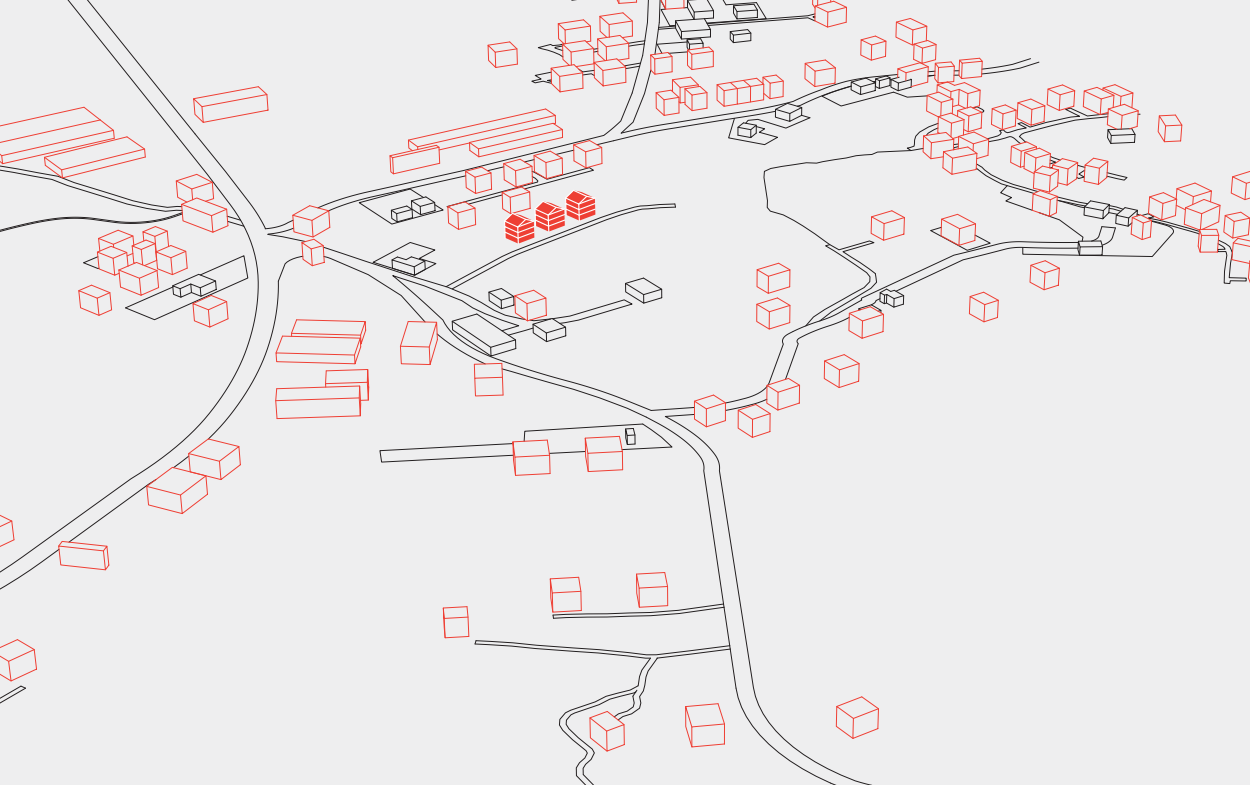
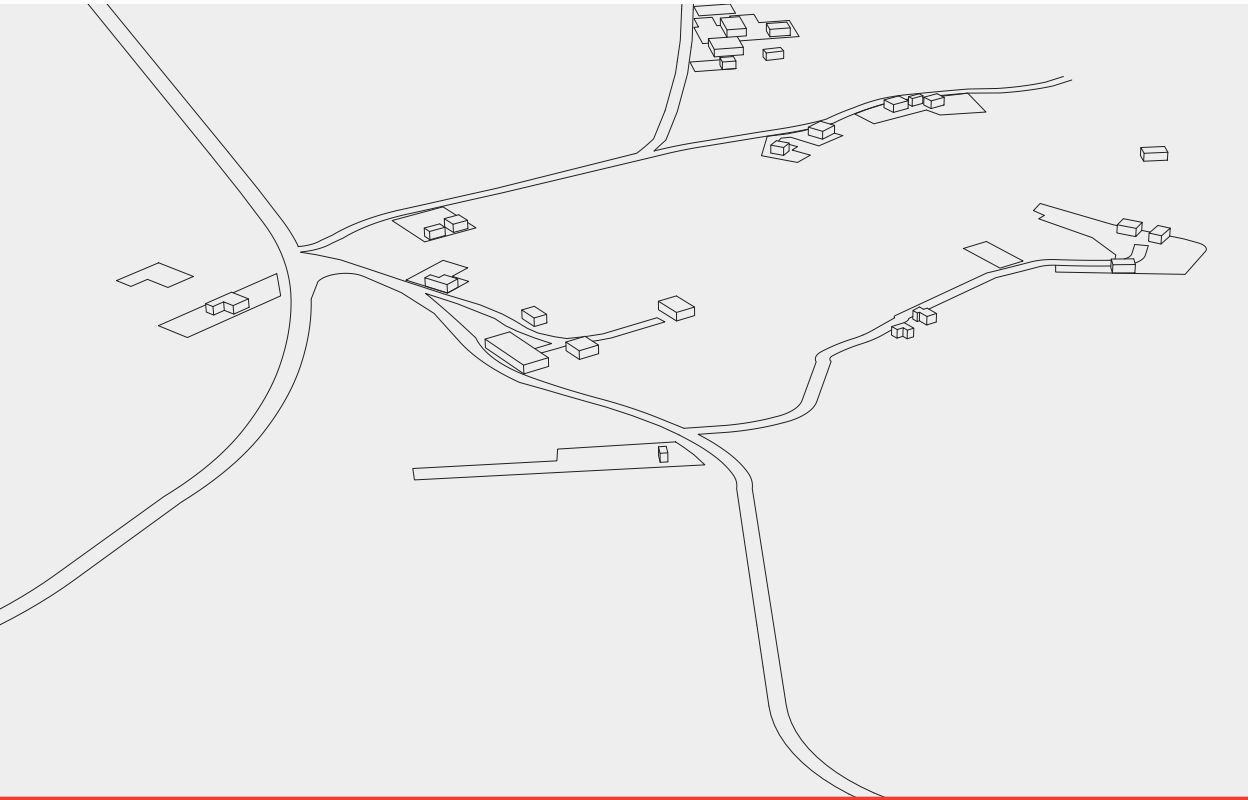
Umsetzung Die Entwicklung neuer Planungen für die Wohnviertel unterstützen. Die Bewohner zur Teilnahme am Planungsprozess motivieren. Verbesserungen der bestehenden Situation im nachbarschaftlichen Maßstab durchführen. Nachhaltige Umgestaltungsprozesse initiieren. Bewusstsein für die architektonische Gestaltung, die Ästhetik und die damit einhergehenden funktionalen Notwendigkeiten schaffen.



Basierend auf dem »Strategieplan 2003–2020 für Prishtina«, dem einzigen offiziellen Plan im städtischen Maßstab:

- kein Bebauungsplan wurde bisher ausgearbeitet
- Infrastruktur ist nicht vorhanden





Städtische Verdichtung



Selbstgenutzte, maximierte Gebäude innerhalb der Stadt. Private Entwicklungen durch Eigentümer, die Teil der Nachbarschaft sind.

Rechtliche Situation/

Eigentümerstatus Keine Auseinandersetzungen über Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden; die Eigentümer des Gebäudes besitzen das Land. In vielen Fällen wurde eine Genehmigung für ein Einfamilienhaus mit Erdgeschoss, 1. Stock und Dach erteilt, aber das Gebäude übersteigt die genehmigte Nutzfläche und die Geschossanzahl. Die meisten Landeigentümer arbeiten mit einem Investor zusammen, um ein neues Gebäude zu errichten, an dem jeder anteilig aufgrund seiner Einlagen eine Beteiligung erhält.

Sicherheit Die tragende Konstruktion weist aufgrund der Verwendung billiger beziehungsweise qualitativ schlechter Materialien Sicherheitsmängel auf. Der Brandschutz ist durch fehlende oder blockierte Rettungswege bzw. durch unzureichende Brandwände oder zu geringem Abstand zu Nachbargebäuden eingeschränkt.

Infrastruktur Durch die großflächige Überbauung sind das Abwasser- und Elektrizitätssystem überlastet. Durch die hohe Dichte ist auch die Müllentsorgung nicht mehr ausreichend. Energieeffizienz wurde nicht beachtet; die Dämmung von Gebäuden ist kaum vorhanden. Die Reste der bestehenden sozialen Infrastruktur sind überlastet. Die meist legalen Verbindungen zum Wassernetzwerk, der Kanalisation und dem Stromnetz überlasten existierende Kapazitäten durch ein zu hohes Nutzungsaufkommen.

Akteure Familien, Investoren und Projektentwickler.

Wachstum Die Nachfrage nach diesem Gebäudetyp wächst ständig.

AUFGABEN

Architektonischer Maßstab

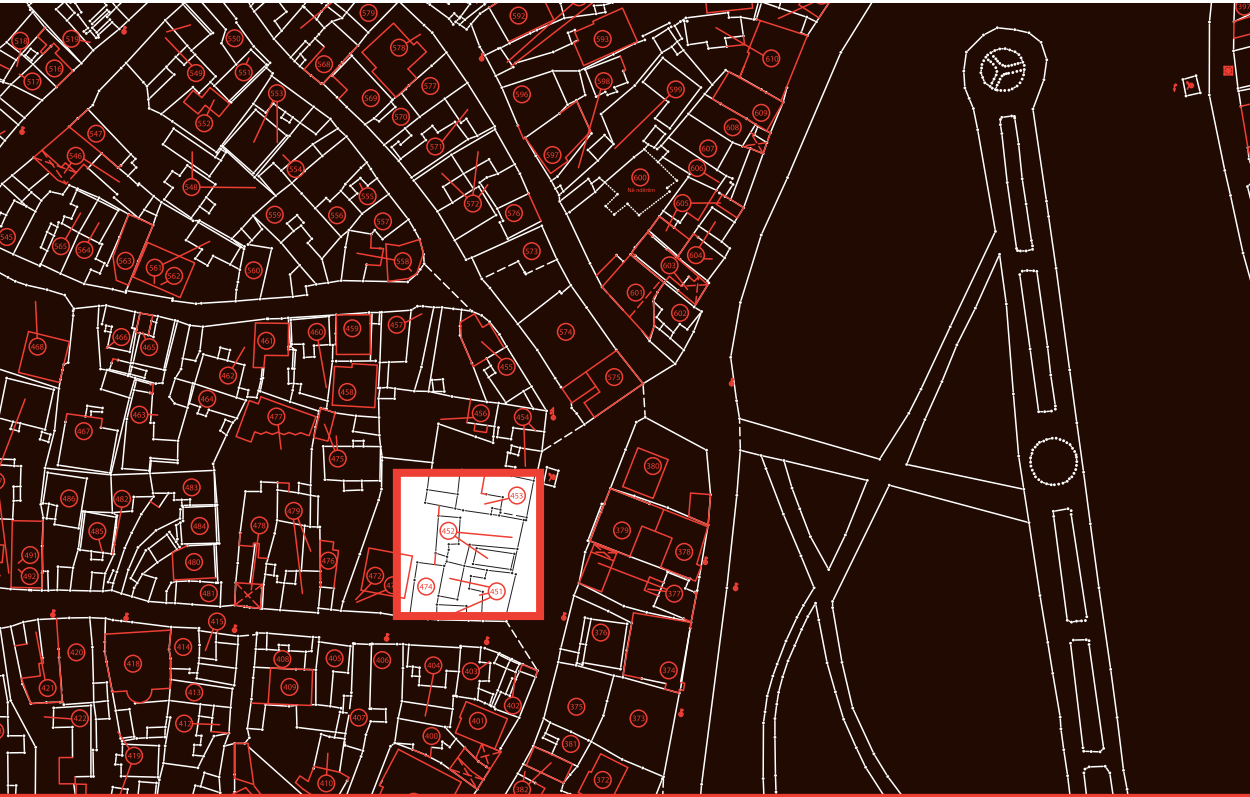
Verbesserungen Die Sicherheit der Baukonstruktion soll verbessert werden, im Besonderen der Zustand des Fundaments. Legalisierung und/oder Erneuerung der illegalen Bauten und Einholung von Baugenehmigungen, insbesondere in Bezug auf Brandschutz, Fluchtwege, Gebäudezugang, Parkplätze, Sicherheits- und Hygienebestimmungen sowie Energieeffizienz.

Umsetzung Unterstützung des Legalisierungs- und Umgestaltungsprozesses, um die Gebäude an den Bebauungsplan anzugleichen.

Städtischer Maßstab

Verbesserungen Extreme bauliche Verdichtungen müssen angepasst werden. Negative Auswirkungen, wie die verbaute Aussicht von Nachbarn oder Tageslichtmangel, sind zu verändern. Die sozialen Komponenten sind zu verhandeln, um Konflikte zu vermeiden. Verbesserungen werden sich auch auf das städtische Umfeld positiv auswirken.

Umsetzung Der Öffentlichkeit soll ein Bewusstsein für Sicherheit, Hygiene und Standards der Energieeffizienz vermittelt werden. Ein Konsens über die Anpassungen von Gebäudegrößen und den Abständen zwischen Gebäuden ist zu erarbeiten. Die Eigentümerinteressen sind in Erfahrung zu bringen, um beratend über die Konsequenzen der Maximierung von Bauvolumen aufzuklären. Ein beratendes Gremium zur Verhinderung zukünftiger Fehler in der Stadtplanung und zum Schutz der städtischen Gebäudesubstanz sowie historischer Gebäude soll gebildet werden.



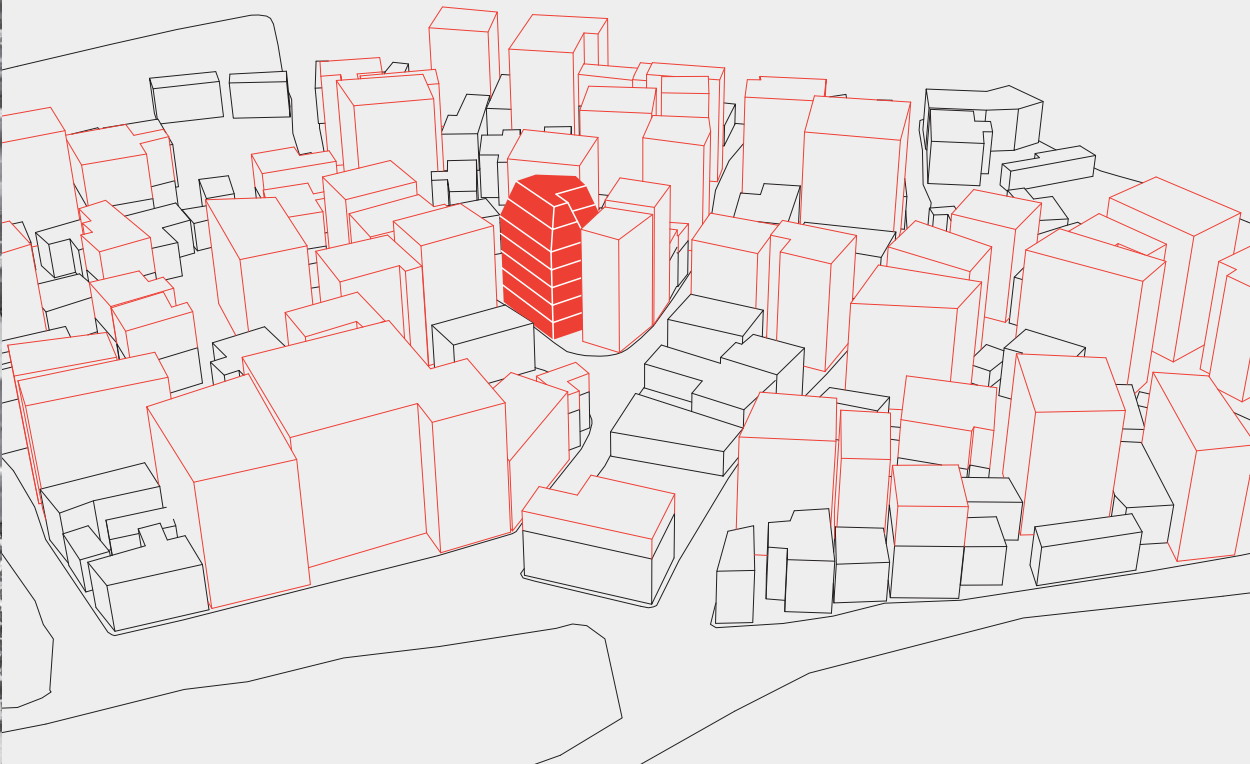
Städtischer Bebauungsplan »Dodona« (2004)

- Maximal drei bis vier Geschosse. Tatsächlich bis zu sieben Geschosse
- Bebauung der Grundstücksfläche max. 60%. Tatsächlich vollständige Bebauung der Grundstücksfläche





- Bebauungstyp D1 (Abstandsflächen zwischen Gebäuden mind. 3 Meter).
Tatsächlich werden Mindestabstände nicht eingehalten



154 Prototyp 3 Städtische Verdichtung



Nicht für den Eigenbedarf entwickelte und **maximierte Gebäude** (Mietwohnungen, Gewerbeimmobilien). Investoren, die nicht für den eigenen Bedarf bauen und Projektentwickler, die nicht Teil der Nachbarschaft sind.

Rechtliche Situation/

Eigentümerstatus Seit kurzem beginnen Projektentwickler Land rein profitorientiert zu kaufen und zu bebauen. Die Wohnungen werden verkauft oder vermietet. In einigen Fällen werden die Wohnungen vor der Fertigstellung der Gebäude verkauft, um den Bau zu finanzieren. Status der Baugenehmigung: Die meisten Projekte dieses Typs haben eine Baugenehmigung und richten sich nach den öffentlichen Bebauungsplänen, überschreiten aber die Vorgaben.

Sicherheit Die tragende Konstruktion weist aufgrund der Verwendung billiger beziehungsweise qualitativ schlechter Materialien Sicherheitsmängel auf. Der Brandschutz ist durch fehlende oder blockierte Rettungswege bzw. durch unzureichende Brandwände oder zu geringem Abstand zu Nachbargebäuden eingeschränkt.

Infrastruktur Durch die großflächige Überbauung sind das Abwasser- und Elektrizitätssystem überlastet. Die Verantwortung hierfür liegt bei der Stadtverwaltung. Durch die hohe Dichte ist auch die Müllentsorgung nicht mehr ausreichend. Die Energieeffizienz wurde nicht beachtet; eine Dämmung der Gebäude ist kaum vorhanden. Die Reste der bestehenden sozialen Infrastruktur sind überlastet. Die meist legalen Verbindungen zum Wassernetzwerk, der Kanalisation und dem Stromnetz überlasten existierende Kapazitäten durch ein zu hohes Nutzungsaufkommen.

Akteure Investoren und Projektentwickler.

Wachstum Die Nachfrage nach der Entwicklung dieses Gebäudetyps wächst ständig.

AUFGABEN

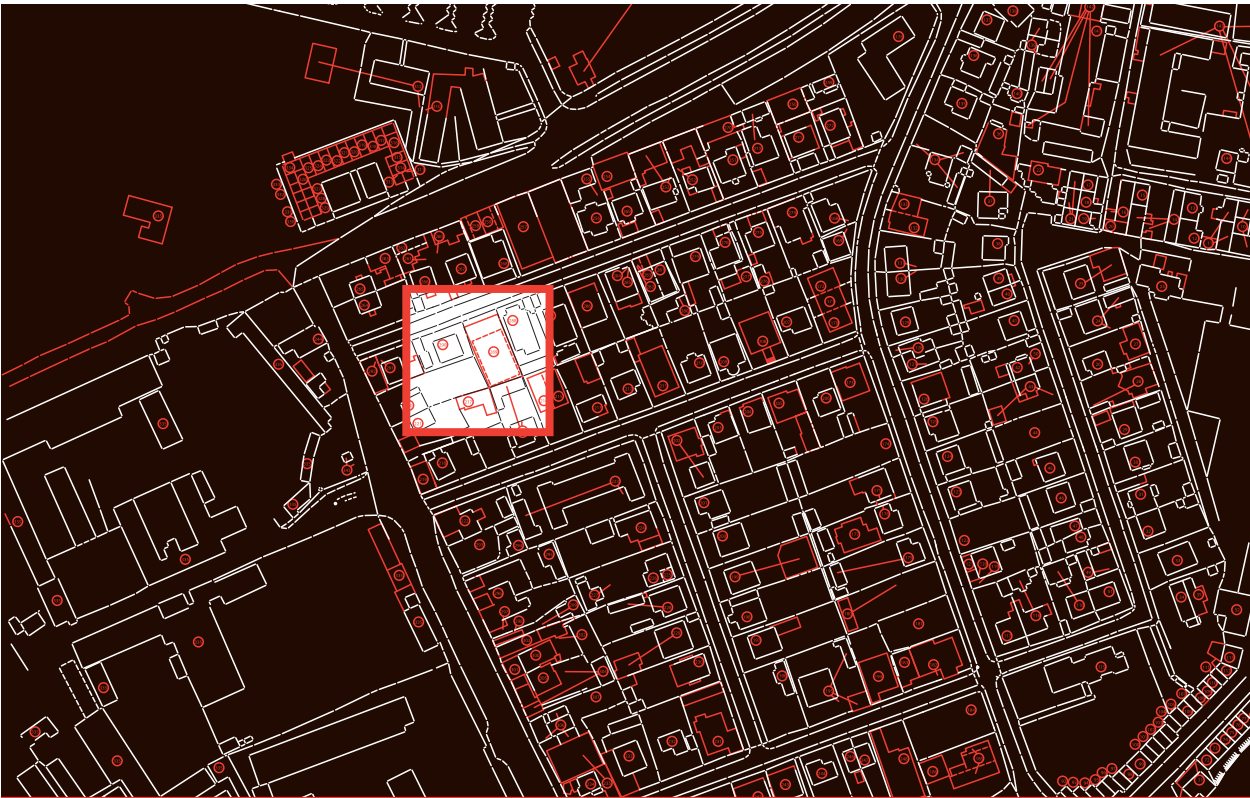
Architektonischer Maßstab

Verbesserungen Reduktion der Gebäudegrößen. Fußgängerwege und notwendige Abstände zwischen den Gebäuden sollen wieder hergestellt werden.

Umsetzung Das öffentliche Bewusstsein für die negativen Auswirkungen dieser Form von Architektur soll geschärft werden. Durch Informationen sollen Nutzer in die Lage versetzt werden, eine kritischere Haltung zu Baukonstruktionen zu entwickeln, so dass die Durchsetzung baulicher Standards möglich wird.

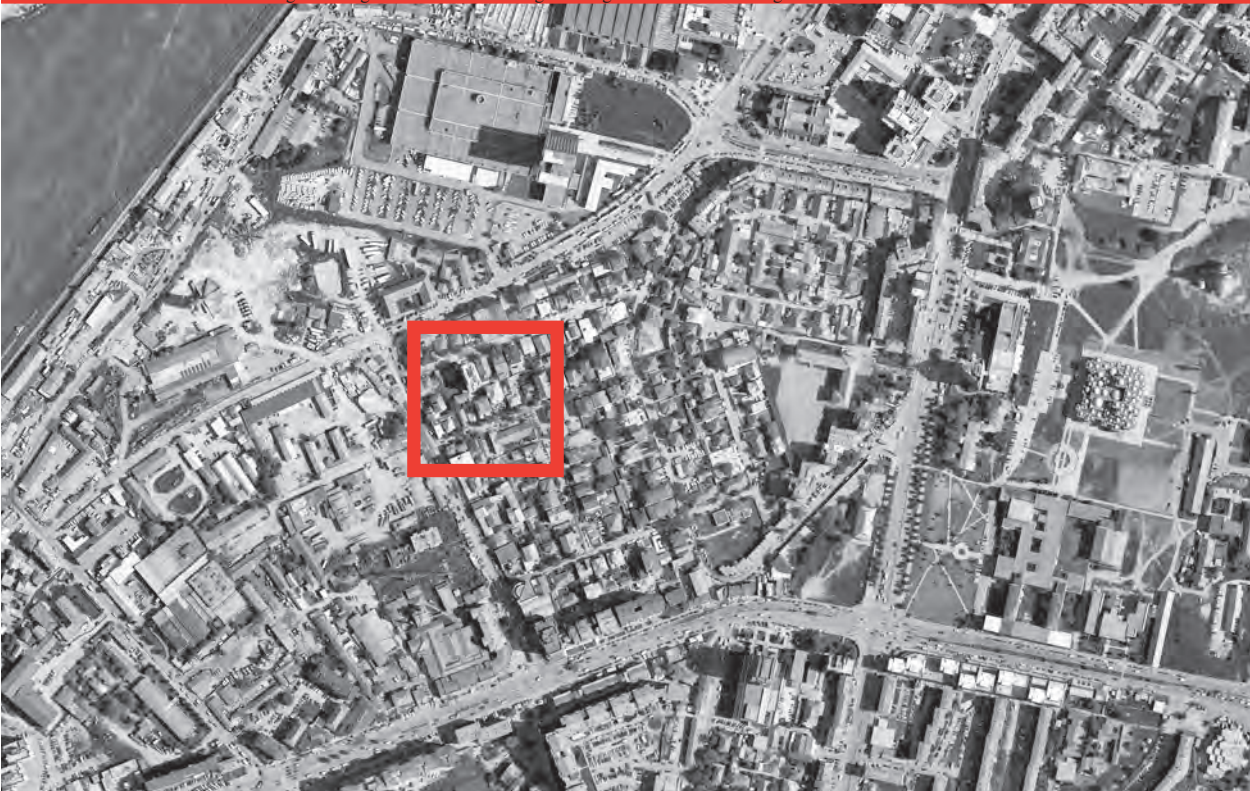
Städtischer Maßstab

Umsetzung Standardwohnungen mit gestaltungsgebundenen Organisationsprinzipien sollen entwickelt werden.



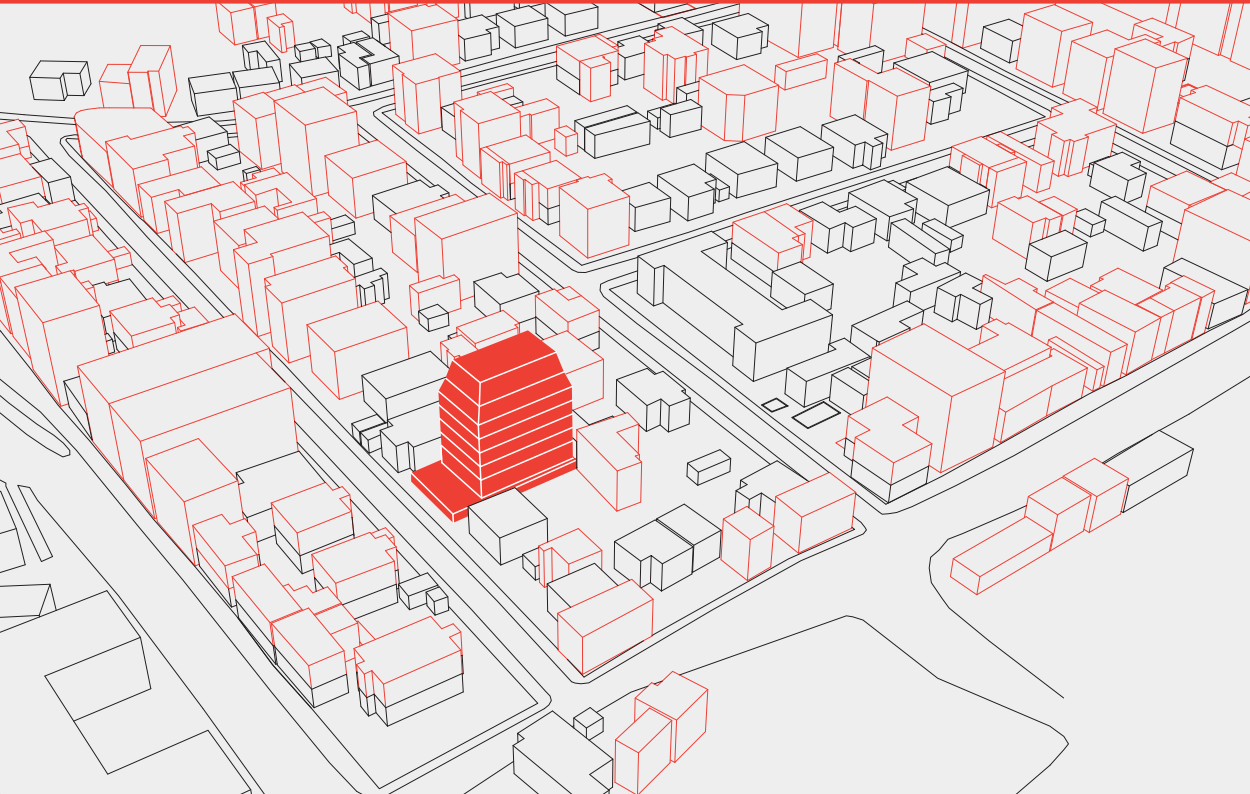
Bebauungsplan aus dem Jahr 1978

- Dieser Stadtteil war für individuelles Wohnen vorgesehen mit maximal zwei Geschossen.
Tatsächlich mehrgeschossiger Wohnbau mit integrierten gewerblichen Nutzungen





- Bebauung der Grundstücksfläche max. 60%. Tatsächlich vollständige Bebauung der Grundstücksfläche
- Mindestabstand zwischen Gebäuden mind. 2,5 bis 3 Meter. Tatsächlich werden Mindestabstände nicht eingehalten



Städtische Verdichtung



Stadtparasiten (Erweiterungsbauten, Anbauten, Dach-erweiterungen, Einschnitte in Gebäude und Gebäude auf Dächern). Private Bauten, bei denen die Eigentümer Mitglieder der Nachbarschaft sind.

Rechtliche Situation/

Eigentümerstatus Dach-erweiterungen sind oft nur halb legal, die Vorgaben der Genehmigung werden überschritten. Die Stadtverwaltung unterstützt den Umbau von Flach- zu Satteldächern, deshalb ist das Anheben des Daches um ein Stockwerk gestattet. Dennoch erhöhen viele Eigentümer ihre Dächer um zwei, drei oder sogar vier Geschosse. Oft werden sogar ganze Häuser auf den Dächern der privatisierten, ehemals kommunalen Gebäude errichtet. Die Eigentümer kaufen einzelne Wohnungen, das Dach ist Gemeinschaftseigentum. Notwendige Dachreparaturen veranlassen die Bewohner der Obergeschosse oftmals, das Dach in Eigeninitiative auszubauen, dem Rest der Wohnungseigentümer bleiben so die Renovierungskosten erspart. Kleine, individuelle und versteckte Erweiterungen innerhalb der Wohnbauten sind meist illegal und ohne Genehmigung durchgeführt, häufig sind sie auch nicht mit anderen Eigentümern koordiniert worden. Renovierungen im Erdgeschossbereich werden meist mit Genehmigungen zur Nutzungsänderung errichtet, aber häufig werden nachträglich tragende, konstruktive Elemente reduziert oder modifiziert, um weitere, nicht genehmigte Freiflächen zu schaffen. Keller-geschosse werden zumeist für unterschiedliche Zwecke genutzt und die Eigentumsverhältnisse sind umstritten.

Sicherheit Ernsthafte Sicherheitsprobleme entstehen durch die strukturellen Veränderungen in Keller- und Erdgeschossen, beispielsweise durch den Abriss tragender Wände. Die Sicherheitsrisiken werden dadurch erhöht, dass zusätzlich Lasten durch Dach-

erweiterungen hinzukommen. Auch wenn Betonstützen auf dem existierenden Gebäude errichtet werden, haben diese Dach-erweiterungen keine vertikale Verbindung zu den tragenden Wänden. Die meisten Gebäude, die nicht älter als 20 Jahre sind, können die zusätzliche Last von zwei Stockwerken bei Dach-erweiterungen tragen, aber auch das wird oftmals überschritten. Fluchtwege sind durch die Anbindung an existierende Rettungswege sichergestellt.

Infrastruktur Abgesehen von einigen unprofessionellen Verbindungen zum bestehenden Abwassersystem gibt es nur vereinzelt hygienische Probleme. Häufig beantragen Eigentümer den Anschluss und bekommen eine legale Anbindung. Die Bewilligung der Anschlüsse wird gewährt, auch wenn die Gebäude-erweiterungen ohne Genehmigung errichtet wurden. Zugang zu den Erweiterungsbauten gibt es über die vorhandenen Wege.

Akteure Meistens Familien oder private Wohnungseigentümer. Für die Erdgeschoss-erweiterungen werden Läden gekauft und von Privatpersonen angemietet. Kellergeschosse werden von Privatpersonen genutzt.

Wachstum Die Entwicklung wird wahrscheinlich anhalten, bis alle Flachdächer umgewandelt oder erweitert sind. Erdgeschosse und Keller werden vermehrt gewerblich genutzt.

A U F G A B E N

Architektonischer Maßstab

Verbesserungen Bei der Umgestaltung der Gebäudemüssen strukturelle Sicherheitsrisiken behoben werden. Legalisierung und/oder Sanierung der illegalen Strukturen und Einholung von Baugenehmigungen, insbesondere mit Bezug auf Fluchtwege, Zugang und Sicherheit.

Umsetzung Vermittlung des Fachwissens über angemessene Baumaterialien, technische Standards und funktionale Notwendigkeiten.

Städtischer Maßstab

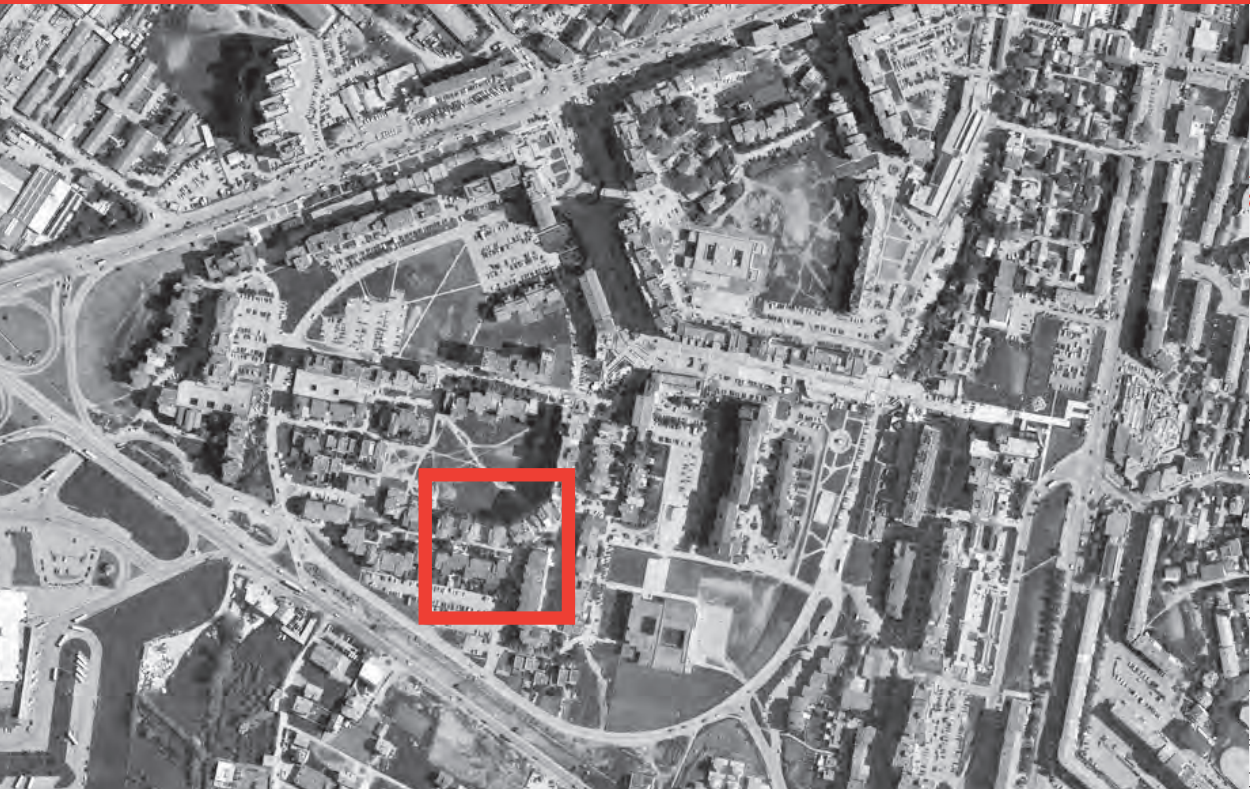
Verbesserungen Beseitigung von Treppenhäusern und Zugängen auf öffentlichen Wegen.

Umsetzung Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die Verbesserung von Dach-landschaften im nachbarschaftlichen Kontext.



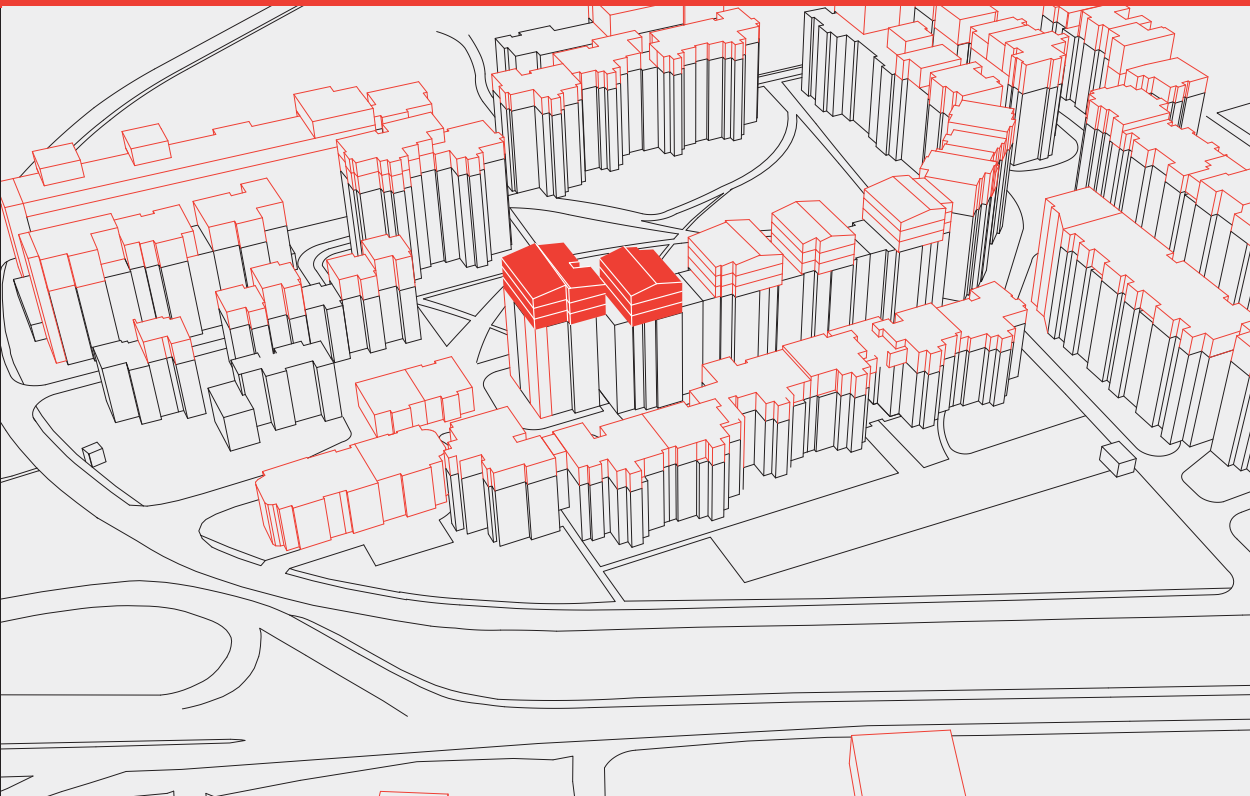
Bebauungsplan aus dem Jahr 1978

- maximale Anzahl der Geschosse: 8 bis 12. Tatsächlich bis zu 15 Geschosse






- Ungeprüfte Statik der Konstruktion
- Besetzung des Freiraums der Bewohner mit kommerziellen Nutzungen



Die im Workshop erarbeiteten Strategien vereinen unterschiedliche Ansätze, um das öffentliche Bewusstsein für die Umgebungsqualität und die Sensibilität für architektonische Qualität zu schärfen. Sie sprechen sowohl lokale als auch internationale, staatliche wie private Akteure an und sollen zwischen ihnen vermitteln.

Kommunikationsstrategie

Über verschiedene Kommunikationsmedien soll das öffentliche Bewusstsein im Bezug auf illegale Bauten geschärft werden. Neben den Betroffenen, Eigentümern und Nutzern, wird auch versucht die Aufmerksamkeit von kompetenten Personen, wie Fachkräften und Politikern, zu erregen. Die öffentliche Diskussion ist ein wichtiges Mittel, um die kommunalen Behörden ebenso wie die Einwohner zu motivieren, sich in den Gestaltungsprozess für bessere Lebensbedingungen in Prishtina einzubringen.

 **TV-Show** Von Visar Geci, einem der Gründer von Archis Interventions/Prishtina, der auch für seine saisonale TV-Show bekannt ist, werden wöchentliche TV-Sendungen zum Thema illegaler Bauten in Prishtina organisiert. Entscheidende Sicherheitsprobleme und infrastrukturelle Notwendigkeiten werden mit Animationen auch für Laien verständlich erklärt. Interviews mit Eigentümern und Nachbarn dokumentieren die soziale Dimension. Fragen der Legalisierung und die Qualität der Bauten werden mit Behörden und lokalen Bauunternehmern diskutiert. Die TV-Show richtet sich an die privaten Nutzer illegaler Bauten. Außerdem sollen auch positive Beispiele für eine gute Umsetzung und der Lösung wesentlicher Probleme vorgestellt werden. Auch wird darüber informiert, wie private Bauherren zum Beratungsausschuss von Archis Interventions/Prishtina Kontakt aufnehmen können, um fachkundige Hilfe zu bekommen. Eine Broschüre mit Informationen zur Verbesserung

von Gebäuden wird zusätzlich beworben. Die wichtigsten kosovarischen TV-Sender haben bereits ihr Interesse bekundet, dieses Programm auszustrahlen.



Zeitungskampagne

Die »Karte städtischer Problemzonen« soll Tageszeitungen beigelegt werden, um die Ausbreitung illegaler Bauten im städtischen Maßstab zu erläutern. Anhand der Analyse von Beispielen hochproblematischer Situationen wird den Lesern ermöglicht, die Probleme, denen Wohnviertel gegenüberstehen, besser zu verstehen.



Gewinnspiele in Tageszeitungen

»Wer findet die besten Beispiele schlechter Architektur in Prishtina?« Durch wöchentliche Gewinnspiele soll das öffentliche Problembewusstsein für illegale Bauten verstärkt werden. Gewinner ist derjenige, der die schlimmsten Beispiele findet. Die Festlegung der Gewinner wird öffentlich diskutiert, so dass jeder Teilnehmer für die aus dem illegalen Bauen resultierenden Probleme sensibilisiert wird.



Broschüre Broschüren können mit einfachen Zeichnungen z.B. die Notwendigkeit von Schutzimpfungen erklären – eine in Prishtina gebräuchliche Kommunikationsform. Diese Art der Kommunikation soll genutzt werden, um wesentliche Probleme, wie beispielsweise das Blockieren von Rettungswegen, zu erläutern.



Architekturwettbewerb

Durch Architekturwettbewerbe, die sich der Aufgabe stellen, die problematischen Situationen im Stadtgebiet zu verbessern, sollen Architekten und Planer motiviert werden, ihre Fachkenntnisse einzubringen. Den ersten Preis sollte der Plan erhalten, der die größte Verbesserung der bestehenden Situation bei einem effektiven Kostenmanagement erreicht und dabei die öffentlichen Belange ausreichend berücksichtigt.



Architekturausstellung

Die Resultate des Wettbewerbs werden ausgestellt und von einer öffentlichen Medienkampagne begleitet, die die unterschiedlichen Lösungsansätze diskutiert und der Öffentlichkeit vermittelt.

Architektonische Strategie

Unterschiedliche strategische Maßnahmen sollen die Sensibilität für die architektonische Qualität befördern und zeigen, wie architektonische Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen können. Auf diese Weise soll auch ein besseres Verständnis von Baukultur erreicht werden.



Gebrauchsanleitung

»Wie man es besser macht«

Anhand der definierten Prototypen illegaler Bauten werden den privaten Bauherren mit Hilfe einer leicht verständlichen Gebrauchsanleitung die Probleme und deren Lösungen aufgezeigt.



Beratungsausschuss

Durch einen Beratungsausschuss ortsansässiger Experten können Bewohner illegaler Bauten sich bei der Legalisierung und bei der notwendigen Qualifizierung der Gebäude beraten lassen.



Prototypische Kleinprojekte

Anhand kleiner Einzelprojekte sollen Verbesserungsmöglichkeiten demonstriert werden. Dadurch soll das Vertrauen in die Kompetenz von Architekten bei der Entwicklung von Lösungsstrategien verstärkt werden.



Modellprojekt Auf nachbarschaftlicher Ebene werden Probleme, die über die privaten Bedürfnisse hinausgehen, wie z. B. die fehlende (technische als auch soziale) Infrastruktur und soziale Probleme (z. B. verbaute Aussichten), angesprochen. Das Modellprojekt soll der Nachbarschaft helfen, gemeinsame Lösungen zusammen mit den Planern zu finden und Unterstützung bei der notwendigen Verbesserung der Gebäude zu bekommen.

Partizipatorische Strategie

Alle von der illegalen Bautätigkeit betroffenen Bevölkerungsgruppen sollen mit unterschiedlichen partizipatorischen Strategien angesprochen werden, um die tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen in den Planungs- und Legalisierungsprozess zu integrieren und damit eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren.



Stimulierung

von Interessengruppen

Mit öffentlichen Kampagnen und dem Angebot professioneller Unterstützung bei der Legalisierung und Qualifizierung werden die verschiedensten Bevölkerungsgruppen animiert, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse zu formulieren. Durch die Bildung von Interessengruppen erhöht sich ihre öffentliche Präsenz, was ihnen wiederum hilft, Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme zu finden. Auch die öffentliche Verwaltung erlangt auf diese Weise ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Bewohner unterschiedlicher Wohnviertel.



Aktivierung lokalen

Fachwissens

Die intellektuelle Elite der Stadt soll direkt durch öffentliche Kampagnen bestärkt werden, Verantwortung zu übernehmen und ihre Kenntnis der lokalen Verhältnisse und ihr Fachwissen einzubringen, um den Verbesserungsprozess nachhaltig zu gestalten.

Netzwerk Strategie

Das im Workshop erarbeitete Strategiekonzept lässt sich auch auf ähnliche Situationen andernorts übertragen und kann dort von Nutzen sein. Es wird im internationalen urbanistischen Diskurs, vertreten durch das Archis-Netzwerk, zur Diskussion gestellt.



Archis Themenheft:

Integration in das internationale Archis Netzwerk

Durch die Veröffentlichung der Ergebnisse in einer Ausgabe des Architekturmagazins »Volume« (Archis 1/2007) wird das Archis-

Netzwerk aufgefordert, auf die im Workshop erarbeiteten Ergebnisse zu reagieren und Archis Interventions in Prishtina mit professionellem Know-how zu unterstützen.



Workshop und Konferenz

Nach dem Workshop im Dezember 2006 ist ein zweiter Workshop in Form eines Arbeitstreffens im Jahr 2007 geplant. Ideen und Ergebnisse des ersten Workshops werden mit internationalen Experten diskutiert und mit Erfahrungen in anderen Regionen und Städten verglichen.



Förderung des Balkanexperten-Netzwerks

Mit der Einladung von Vertretern lokaler urbanistischer Initiativen aus Südosteuropa zur Kooperation kann sich ein praxisbezogenes Netzwerk bilden, das Archis Interventions/ Prishtina unterstützen kann.

Bildungsstrategie

Die Strategie konzentriert sich auf die Vermittlung von architektonischem Fachwissen.



Studentenprojekte

Von großer Wichtigkeit ist die Ausbildung zukünftiger Architekten und Planer. Anhand eigener Projekte, die in den Prozess des illegalen Bauens eingreifen und den Bewohnern bei der Verbesserung der Situation helfen, können praktische Erfahrungen gesammelt werden. In Zusammenarbeit mit der Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur der Universität Prishtina sollen daher Studenten in Kleinprojekte integriert werden.



Vorlesungen/Workshops

Experten des internationalen Archis-Netzwerks halten Vorlesungen und Workshops ab, um ihre Arbeitsweise in der Architektur und Stadtplanung zu vermitteln. Der spezielle Aspekt der »kommunikativen Planung«, die partizipatorische mit kommunikativen Strategien verbindet, zeigt Architekturstudenten,

wie soziale Aspekte in die Planung integriert werden können. Damit soll einer jungen Generation gezeigt werden, wie sie mit ihrer beruflichen Tätigkeit zum Gemeinwohl beitragen kann.

Unterstützungsstrategie

Die Unterstützung der verschiedenen Akteure und die Vermittlung zwischen ihnen kann neue Entwicklungsperspektiven für die Stadt ermöglichen.



Vermittlung zwischen

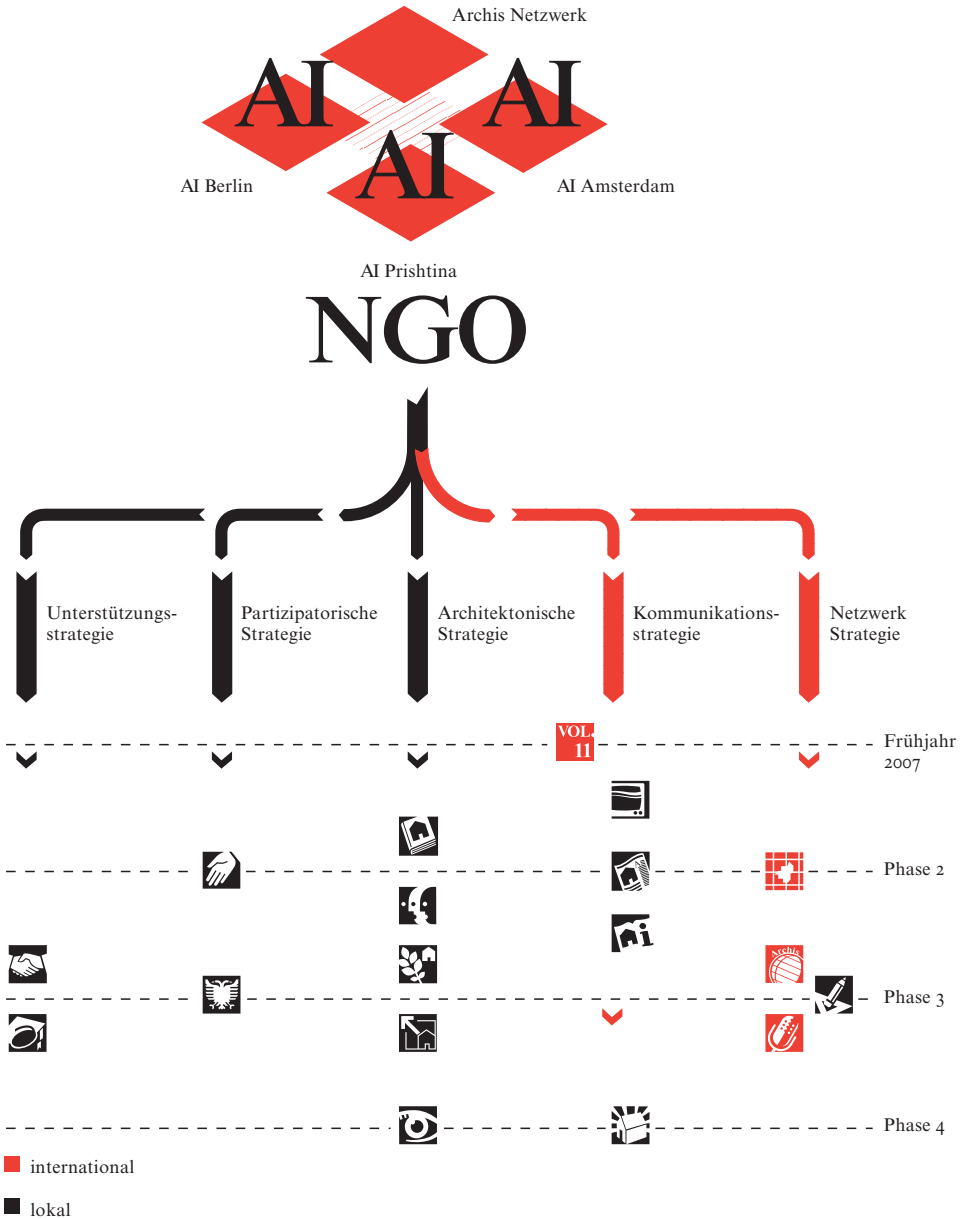
Akteuren In der derzeitigen Situation stehen die Interessen der privaten Investoren im Konflikt mit den Planungszielen der kommunalen Behörde. Als unabhängige Nichtregierungsorganisation kann Archis Interventions hier vermittelnd eingreifen und einen Dialog zwischen allen Seiten herstellen, um einen Konsens über die weitere Entwicklung mit allseits akzeptablen Lösungen herbeizuführen.



Kommunikative Planung

Die derzeitige Planung sollte flexibilisiert werden und von einer umfassenden, rein administrativ ausgerichteten zu einer »kommunikativen« Planung wechseln, um durch die Integration unterschiedlicher Akteure und Interessengruppen in den Planungsprozess die öffentlichen Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Archis Interventions wird dabei als ein »advocacy planner« arbeiten und mit professionelle Know-How zur Entwicklung der Stadt beitragen.

Strategiekonzept



Das Strategiekonzept beinhaltet die Beratung und Hilfe bei der Planung, die bereits begonnenen Projekten angeboten werden soll. Den Eigentümern wird architektonisches Fachwissen zur Verfügung gestellt, um die größten Konstruktionsprobleme zu vermeiden. Diese Aktivitäten werden von einer Medienkampagne in Zusammenarbeit mit dem kosovarischen Fernsehen und verschiedenen Tageszeitungen und Wochenmagazinen begleitet. Beabsichtigt ist, eine öffentliche Diskussion über die Probleme im Zusammenhang mit den illegalen Baukonstruktionen zu bewirken. Das Ziel ist, Strategien zu entwickeln, die zwischen der kommunalen Verwaltung, Investoren und Hauseigentümern vermitteln.

Diskurs

mit

Caroline Arnulf

Lilet Breddels

Thilo Fuchs

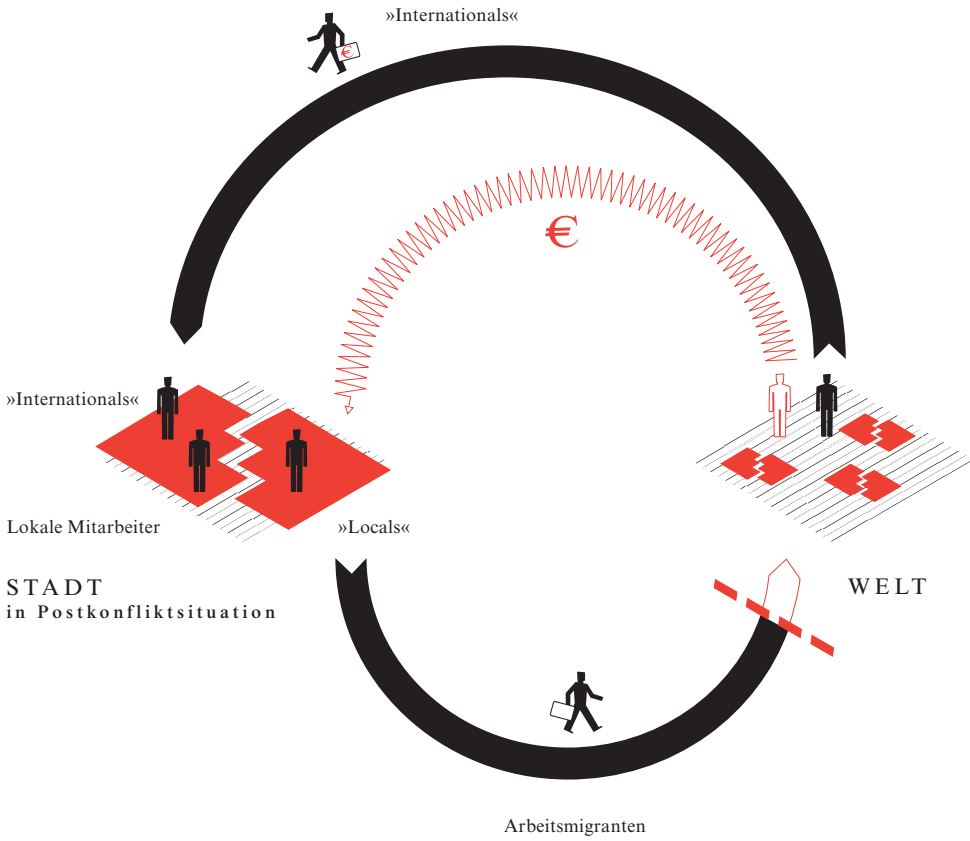
Wilfried Hackenbroich

Arjen Oosterman

Srdjan Jovanović Weiss

Irmgard Zerr

»Wir« und »Die« – Die neue Teilung



Staatsloser Urbanismus und »Gutes Regieren«

Architektur und Städtebau finden heute ihr Arbeitsfeld in einem politischen und ökonomischen Gefüge, das in immer stärkerem Maße internationalisiert ist. Den raumgestaltenden Disziplinen kommt dabei die Aufgabe zu, neue Planungsformen zu entwickeln, die in diesem neu entstandenen Raum- und Machtgefüge eine über die Gestaltung von Räumen hinausweisende Perspektive eines »besseren Lebens« bieten können. Das verlangt eine Neupositionierung der Planung.

Die zahlreichen Weltkonferenzen seit den 1990er Jahren, die »Welt-Umwelt-Konferenz« in Rio de Janeiro 1992, HABITAT II in Istanbul 1996 und URBAN 21 in Berlin 1999 haben Planung im Sinne der Beeinflussung und Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen wieder rehabilitiert. Nachdem sich die in den 1980er Jahren weitgehend von globalen Akteuren wie der Weltbank durchgesetzte neoliberale Ideologie mit ihrem Ansatz der Minimierung des staatlichen Einflusses als krisenanfällig erwies, wurde wieder stärker auf eine Rekonfiguration staatlicher Strukturen und auf neue Formen der Planung gesetzt. Diese als »Good Governance« titulierte Strategie adressierte direkt die städtischen Agglomerationsräume als die eigentlichen Drehpunkte gesellschaftlicher Transformation und trugen damit einer Entwicklung Rechnung, die in den letzten zwei Jahrzehnten immer deutlicher sichtbar wurde: mit der signifikanten Ausweitung von grenzüberschreitenden Austauschprozessen entstanden transnationale Strukturen, die Ausdruck der neuartigen Beziehungen des Lokalen zum Globalen sind.

Dabei hat sich oberhalb des Nationalstaats ein dichtes Geflecht von internationalen Institutionen und transnationaler Nichtregierungsorganisationen gebildet, zwischen denen und durch die vorrangig die Formulierung von Politiken erfolgt – die allerdings immer noch durch die Nationalstaaten umgesetzt werden. Obwohl das nationalstaatliche Konzept offensichtlich an seine Grenzen stößt, da sich die

gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge nicht mehr auf einen Raum beschränken, der mit dem nationalstaatlichen Territorium zusammenfällt, bedarf es doch immer noch des »efficient state«, um Politik umzusetzen. Aber gerade auf lokaler Ebene manifestiert sich ein zentraler Widerspruch dieses neuen Raumregimes – die Bedeutung städtischer Politik nimmt zu, andererseits wird deren Spielraum wesentlich von globalen Mechanismen dominiert, auf die sie wenig Einfluss hat.

D a m i t ist ein tief greifender Wandel von Staatlichkeit und damit auch von Planung einhergegangen. Es ist nicht mehr der hierarchische und zentralistische Staat, der das Zentrum der Politik bildet und der im Sinne des »comprehensive planning« (also einer umfassenden Gesamtplanung) Entwicklungen steuert. Stattdessen differenziert sich staatliches Handeln auf verschiedenen räumlichen Ebenen aus. Dabei werden zunehmend nichtstaatliche Akteure in Entscheidungs- und Implementierungsprozesse involviert. »Good Governance« versteht sich als die Summe aller möglichen Wege, wie öffentliche und private Institutionen und Organisationen in einem kontinuierlichen Prozess ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln, um zu einem Interessenausgleich zu kommen und kooperatives Handeln zu ermöglichen.¹ In diesem Gefüge sind Machtverhältnisse wirksam, denen besondere Aufmerksamkeit gilt. Wenn die staatliche Steuerungsfähigkeit, wie in Prishtina, stark eingeschränkt ist, sind zunächst die Gründe dafür zu suchen, das heißt zuerst die institutionellen Rahmenbedingungen in Augenschein zu nehmen – auch die internationalen politischen Kräfte und deren Einfluss –, bevor die bestehende Situation und das gesellschaftliche Problem analysiert wird. Erst aus dieser Analyse kann die Problemlösung und das damit verbundene Verfahren entwickelt werden, wobei sich durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte neue institutionelle Strukturen ausbilden, in denen die Aushandlungsprozesse formalisiert werden und die wiederum einer verbindlichen politischen Bestätigung bedürfen. In diesem Sinne kann eine entsprechende Strategie nicht den gesamtstaatlichen Raum umfassen. Ihre Bezugsgröße spannt sich vom Stadtquartier bis maximal in die Region (obwohl sie durchaus auch abwesende Akteure zu adressieren hat, wie beispielsweise die Diaspora im Fall der Stadtentwicklung in Prishtina)². Auch sind die Verhandlungsprozesse zu moderieren, wobei entscheidend ist, wem diese Rolle von beiden Seiten zugestanden wird. Diese Strategie ist nicht ohne die Einbeziehung der staatlichen Institutionen

1 Ulrich Brand, Stadt als runder Tisch. Zum neuen Leitbild »global« oder »good governance«, www.bmgev.de/themen/urban21/brand. Vgl. Michael Zürn, »Regieren im Zeitalter der Denationalisierung«, in: Claus Leggewie, Richard Münch (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2001.

2 Vgl. den Beitrag des Autors mit Irmgard Zerr zu diesem Thema.

169 möglich. Das bedeutet, dass verbindliche, rechtlich abgesicherte und wirksame staatliche Regelungen mit den netzwerkartigen, lokal begrenzten Regulierungsformen verbunden werden müssen.³ Dabei besteht die Gefahr einer Verselbstständigung dieser Strukturen und das Entstehen einer Klientelwirtschaft, dementsprechend sind die Vorgänge transparent und für alle nachvollziehbar zu halten. Die Flexibilität eines solchen Verfahrens und seine Anpassung an die jeweilige Situation bedarf einer öffentlichen Kontrolle. Eine entsprechende öffentliche Kommunikation trägt daher wesentlich zum Erfolg bei.

Architektur, Städtebau und Stadtplanung haben als Disziplinen nur eine Perspektive, wenn sie sich als Teil dieser übergreifenden Politik, also von »Governance«, begreifen und neue Planungsstrategien entwickeln, die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen kontextualisieren und zugleich neue Kontexte für gesellschaftliche Akteure bereitstellen, wie Anh-Linh Ngo und Nikolaus Kuhnert feststellen.⁴ Greift man den Gedanken der Kontextualisierung auf, der für eine Planung (die sich auch als ein politisches Projekt begreift) notwendig ist, dann ergeben sich daraus grundlegende Prinzipien. Sie ist strategisch in dem Sinne, dass sie auf unterschiedliche gesellschaftliche und kulturelle Kontexte reagieren muss und hier zwischen den besonderen Bedürfnissen einzelner gesellschaftlicher Gruppen sowie dem staatlichen aber auch internationalen Machtgefüge und seinen Wirkungsmechanismen vermittelt. Sie muss aber auch kooperativ sein, indem sie wiederum unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren neue Kontexte bereitstellt, diesen Handlungsräume eröffnet, die über lokale (und nationale) Zusammenhänge hinaus wirksam sind. In diesem Sinne müssen Planungen kommunikativ sein, weil sich nur über dialogische Strukturen Akteure mobilisieren lassen. Dieser Dialog ist aber nicht nur lokal, sondern auch international zu führen. Planung ist in dem neuen »Governance«-Gefüge »advocacy planning«, sie tritt für die Interessen der von den Planungs- und Entscheidungsprozessen Ausgeschlossenen ein und bedient sich »Empowerment«-Strategien, um Entwicklungen zu ermöglichen oder zu beeinflussen. In dem konfliktreichen Gefüge von international formulierter Politik, die sich in den lokalen Verwaltungsstrukturen niederschlägt, einem globalisierten Marktgeschehen und der Zivilgesellschaft (die durch die hohe Auswanderung in Teilen transnationalisiert ist) kann »advocacy planning« neue Formen kooperativer und kommunikativer Planung entwickeln, die insbesondere die zumeist schwachen zivilgesellschaftlichen Kräfte durch bessere Einbindung in die internationalen Kontexte unterstützt. Dabei ist die Positionierung innerhalb dieses Gefüges von entscheidender Bedeutung, denn eine Planung als politisches Projekt hat nach beiden Seiten,

3 Vgl. Julia von Blumenthal, Stephan Bröchler (Hg.), Von Government zu Governance. Analysen zum Regieren im modernen Staat, Hamburg 2006.

4 Vgl. Nikolaus Kuhnert, Anh-Linh Ngo, »Governance«, in: archplus 173/Mai 2005.

zu den staatlichen Institutionen und zur Zivilgesellschaft hin, Beziehungen zu entwickeln, zugleich aber auch unterschiedliche räumliche, internationale wie lokale, Ebenen einzubeziehen.

Da s s die Beziehungen zwischen internationalen Organisationen, staatlichen Institutionen und lokaler Bevölkerung konfliktreich sind, wird besonders in Postkonfliktsituationen deutlich, wie die Beispiele Prishtina und Kabul zeigen.⁵ Kabul ist der Tummelplatz von über 1200 registrierten internationalen und nationalen NGOs. Es gibt keine Koordination der zahlreichen Projekte internationaler Hilfsorganisationen. Zudem stehen diese unter hohem Zeitdruck um Vorzeigeprojekte fertigzustellen, die ihre Arbeit rechtfertigen – in einem völlig rechtsfreien Raum, ohne dass überhaupt in Betracht gezogen wird, die im Aufbau befindlichen zuständigen staatlichen Organe zu konsultieren. Allenfalls vermeidet man tunlichst mit den Interessen der Baumafia, zu der auch Regierungsvertreter und ehemalige Warlords gerechnet werden, zu kollidieren. Zehntausende von UN-Mitarbeitern, NGO-Vertretern und mehrheitlich ausländischen Unternehmensangestellten sind an den Wiederaufbauprojekten in Kabul beteiligt.⁶ Die Stadt ist geteilt in »wir« und »die«, wobei nicht mehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation darüber bestimmt, wer wohin gehört: »wir« ist die kosmopolitische Gemeinschaft gleich gesinnter, gut ausgebildeter Experten, die für die Vereinten Nationen, eine der internationalen Organisationen oder für ausländische Investoren arbeiten (und zu denen selbstverständlich auch Afghanen mit entsprechenden Fähigkeiten gehören); »die« bezeichnet umgekehrt die davon Ausgeschlossenen, die sich aber weniger einer nationalen afghanischen Identität verpflichtet fühlen, sondern sich vielmehr als Teil einer bestimmten ethnischen Gemeinschaft sehen – die Stadt separiert sich auch entlang der unterschiedlichen afghanischen Ethnien. Auch diese sind dank der neuen Kommunikationsmöglichkeiten internationalisiert in dem Maße, in dem sie mit den in der Diaspora, in Europa, Nordamerika oder den Golfstaaten lebenden und arbeitenden Verwandten verbunden sind, von deren Geldüberweisungen sie in erheblichem Maße abhängen.⁷ In Kabul findet sich, wie auch in anderen Städten unter ähnlichen Umständen, eine neue Form globaler Herrschaftsverhältnisse, die Mary Kaldor als neue Spaltung, als »New Divide«, beschrieben hat: auf der einen Seite mittellose Migranten, die

5 Vgl. Regina Bittner, Wilfried Hackenbroich, Kai Vöckler, »NGO-Stadt Kabul«, in: Stadtbauwelt 172/Bauwelt 48/2006.

6 Vgl. Ajmal Maiwandi, Anthony Fontenot, »Wer baut denn nun Kabul. Akteure der Rekonstruktion«, in: Sandra Schäfer, Jochen Becker, Madeleine Bernstorff (Hg.), Kabul/Teheran 1979 ff., Berlin 2006.

7 Siehe dazu den Text von Caroline Arnulf.

171 ihren Platz in ethnischen Gemeinschaften finden, die sich wiederum auf der Suche nach einem besseren Leben in der Welt verteilen, und auf der anderen Seite die Weltbürger und die mit ihnen verbundene nationale, zumeist im Ausland ausgebildete Elite mit ihren Sicherheitskräften.⁸

Was in Kabul aufgrund der schwierigen politischen und ökonomischen Lage besonders deutlich wird, findet sich ebenfalls in Prishtina und anderen Städten Südosteuropas. Auch hier sind nach wie vor eine Fülle von Nichtregierungsorganisationen, lokale wie internationale, tätig. Darunter befinden sich internationale politische Stiftungen, die eng mit den politischen Parteien ihrer Herkunftsländer verbunden sind, sowie lokale Bürgerinitiativen, private Einrichtungen und suprastaatliche Hilfsorganisationen. Es gibt allerdings keine Koordination dieser vielfältigen Aktivitäten, auch bleiben die Schnittstellen zu den lokalen staatlichen Institutionen wie auch zu den internationalen Organisationen unklar.⁹ Zugleich findet eine intensive grenzüberschreitende Interaktion auf der zivilgesellschaftlichen Ebene statt, der hohe Anteil der sich im Ausland aufhaltenden Arbeitsmigranten ist deren deutlichster Beleg. Offensichtlich müssen neue institutionelle Strukturen auf internationaler Ebene geschaffen werden, die sich den neuen räumlichen und sachlichen Problemzusammenhängen stellen, die über eine nationalstaatliche Regulierung hinausgehen. Denn die betroffenen Gruppen werden berechtigterweise Ansprüche an das Regieren jenseits des Nationalstaats richten.¹⁰ Kurz gesagt, der Kreis der Betroffenen und jener der Entscheidungsträger müssen neu aufeinander abgestimmt werden.¹¹ Hier zeigen sich auch die Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeit, schließlich ist es die lokale Verwaltung, die sich diesen neuen Zusammenhängen stellen muss, denn in der Stadt materialisiert sich das neue Raumgefüge.¹² An ihr liegt es, um beim Beispiel zu bleiben, die Ressourcen an Geld und Wissen der Arbeitsmigranten zu mobilisieren bzw. diesen Kooperationsangebote zu machen, um so die Diasporanetzwerke in die Stadtentwicklung einzubinden. Der Zusammenhang von Arbeitsmigration, Geldüberweisungen und lokaler Stadtentwicklung ist nur eines von vielen Beispielen, die auf die Notwendigkeit verweisen, über neue Formen politischer Gestaltung im transnationalen Raum nachzudenken.

8 Vgl. Mary Kaldor, »Cosmopolitanism Versus Nationalism: The New Divide?«, in: Richard Caplan, John Feffer (Hg.), *Europe's New Nationalism: States and Minorities in Conflict*. New York, Oxford 1996. »While the new divide between non-territorial cosmopolitan communities and various territorial and non-territorial types of particularistic and parochial communities is global, the forms of particularism vary. ... they may take the form of religious communalism, tribalism, clanism, and so forth.«

9 Der EU-Koordinator des Stabilitätspakts für den Balkan (Stability Pact For South Eastern Europe), Erhard Busek, fordert für Krisen-zonen einen Masterplan zur Koordinierung des zivilen Bereichs. Vgl. Erhard Busek, *Zu wenig, zu spät*. Europa braucht ein besseres Krisenmanagement, Hamburg 2007.

10 Vgl. Steffen Mau, *Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten*, Frankfurt/Main 2007.

11 So auch Mary Kaldor, die eine kosmopolitische Agenda (Cosmopolitan Agenda) fordert. Vgl. dazu auch: David Held, *Soziale Demokratie im globalen Zeitalter*, Frankfurt/Main 2007.

12 Vgl. Gerd Held, *Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne*, Wiesbaden 2005.

In diesem neuen Raumgefüge ist eine Neupositionierung der Planung urbaner Räume als politisches Projekt erforderlich, die sich der beschriebenen globalen Aufspaltung bewusst ist und sie strategisch überwinden muss, wenn sie erfolgreich (im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der lokalen Verhältnisse) sein will. Dazu bedarf es einer kooperativen, zwischen der lokalen und der internationalen Ebene vermittelnden Strategie, die einen neuen Kontext zur Reflexion lokaler Probleme bietet und diese wiederum in unterschiedlichen Orten rekontextualisiert, um auf diese Weise neue Planungsstrategien zu entwickeln – als translokale Planung, die sich der transnationalen Steuerungsmechanismen vergewissert und auf diese einwirkt. Nicht zuletzt, indem sie einen internationalen Kommunikationsraum bereitstellt.¹³ Diesen Versuch unternimmt Archis Interventions.

¹³ »When the rulers of this planet do no longer come to public forums, we will come to them«. Ole Bouman, »The architecture of destruction (editorial)«, in: Volume 11: »Cities Unbuilt« (Archis 1/2007), S. 5.

Überarbeitete Fassung des unter dem Titel »*Stateless Urbanism*« in Volume 11, »*Cities Unbuilt*«, Archis 1/2007 veröffentlichten Textes.

Planen in verunsicherten Städten – Ausblick auf eine urbanistische Postkonfliktstrategie

Städte, die sich in der Umbruchphase nach einem Konflikt befinden, haben immer wiederkehrende, vergleichbare Probleme. Im staatlichen Machtvakuum und durch fehlende zivilgesellschaftliche Selbstregulation entfalten sich unkontrolliert Kräfte, die das urbane Gefüge der Städte nachhaltig schädigen. Es ist daher notwendig, die bisher angewandten Hilfs- und Planungsstrategien zu hinterfragen und die Diskussion über mögliche Alternativen zu intensivieren.¹ Einige wesentliche Fragestellungen sollen hier skizziert werden.

Das ist auch vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung der Stadt als Transformator der politischen und sozialen Veränderungen zu sehen, die in Post-Konflikt-Situationen besonders konfliktreich verlaufen. In der Stadt materialisieren sich die gesellschaftlichen und politischen Probleme, und in der Auseinandersetzung mit und durch die Gestaltung ihrer Entwicklung bietet sich die Möglichkeit, die Zukunftsperspektiven der in ihr lebenden Menschen positiv über die reine Grundfürsorge hinaus zu beeinflussen.² Dies lässt sich am Beispiel der Wohnbebauung zeigen: sie ist die Basis zum Überleben in Kriegs- oder Katastrophensituationen, sie garantiert ein Mindestmaß an Sicherheit und Schutz. Und sie ist der Dreh- und Angelpunkt der Stadtentwicklung, sie hat nicht nur eine herausragende ökonomische Bedeutung, sondern konstituiert neue Formen gesellschaftlicher Interaktion, die unmittelbar auf die Wiederherstellung funktionsfähiger Institutionen

1 Einen Überblick über unterschiedliche Planungsstrategien, wie sie zwischen internationalen Hilfsorganisationen und Planungsbüros einerseits und lokalen Architekten und Planern andererseits diskutiert werden, bietet am Beispiel Kabul: Babar Mumtaz, Kaj Noschis (Hg.), *Development of Kabul. Reconstruction and Planning Issues*. Lausanne 2004. Zu den Herausforderungen von Planung in Krisensituationen vgl. Sultan Barakat (Hg.), *After the Conflict. Reconstruction and Development in the Aftermath of War*. London, New York 2005; Gerd Junne, Willemijn Verkoren (Hg.), *Postconflict Development. Meeting New Challenge*. Boulder, London 2005.

2 Vgl. Roger Zetter, Land, Housing and Reconstruction of the Built Environment. In: Sultan Barakat, a. a. O.

Einfluss nehmen. In ihr ist nicht nur ökonomisches, sondern auch soziales und politisches Kapital inkorporiert. Am Wiederaufbau der Stadt lässt sich unmittelbar das Verhältnis seiner Bewohner zu ihrer Zukunftsperspektive ablesen. Dies wird bei den Entwicklungsprogrammen zu wenig berücksichtigt, die zumeist stark formalisiert sind und in der Form ihrer Durchführung oft hierarchisierte Planungsverfahren verfolgen. Vernachlässigt wird außerdem, dass über die eigentliche Bewältigung eines stadtplanerischen Problems hinaus übergeordnete Ziele zu berücksichtigen sind: die grundlegenden Bedürfnisse der Bewohner. Deren (auch ökonomischen) Bedürfnisse sind mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen zu vermitteln. Ein Prozess, der Teil der Planung sein muss und entsprechend zu gestalten ist.

Strategische Rahmenbedingungen Eine Intervention in Postkonfliktsituationen steht vor dem Problem, sich innerhalb kürzester Zeit an eine spezifische Situation anzupassen, die durch ein hohes Maß an Unbestimmtheit und Verunsicherung gekennzeichnet ist. Die meisten Hilfs- und Entwicklungsprogramme zielen wesentlich auf die Etablierung neuer Formen von »Good Governance«, die oftmals nur die politischen Strukturen der Gebernationen reproduzieren und meistens unhinterfragte Vorstellungen von »Zivilgesellschaft« auf die vorgefundenen Situation übertragen.³ Dabei werden die besonderen Umstände der politischen Situation zu wenig berücksichtigt und oftmals fehlt eine ausreichende Kenntnis der lokalen Kultur und Gesellschaft. Mit dem Ergebnis eines »donor-speak«, der alles den politischen Zielen der Geldgeber (»donors«) anpasst – eine Sprache, die alle in den lokalen Initiativen wie auch in den internationalen Organisationen Beschäftigten sprechen. Dies ist bedauerlicherweise keine Phantasmagorie, sondern politische Realität, auf die sich jede Planung in Krisensituationen einzustellen hat. Die Geldgeber sind in ihren Heimatländern rechenschaftspflichtig und müssen auch auf die dortige politische Situation Rücksicht nehmen. Umso mehr ist es notwendig, Planungen in Krisensituationen zu kontextualisieren und die Planungsziele auf die lokale Situation hin zu reflektieren und anzupassen. Dabei sind unbedingt die politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen einzubeziehen. Über die Planung der Stadt können übergreifende Probleme der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung thematisiert und modellhafte Lösungen entwickelt werden. Damit steht aber auch die

³ Vgl. dazu den Beitrag von Kai Vöckler, »Staatsloser Urbanismus und ›Gutes Regieren‹«. Vgl. John E. Trent, *Modernizing the United Nations System. Civil Society's Role in Moving from International Relations to Global Governance*. Opladen, Farmington Hills 2007.

- 175 Frage der Koordination der unterschiedlichen Wiederaufbaustrategien und die Abstimmung langfristiger Ziele an zentraler Stelle, insbesondere zwischen den zahlreichen internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen und den lokalen Behörden.

Urbane Vision Planung in Krisensituationen geht weit über die Herstellung sicherer und guter Lebensbedingungen hinaus, sie beinhaltet auch ein Versprechen auf eine bessere Zukunft. Aber diese urbane Vision scheint offensichtlich zu fehlen. Die internationale Hilfsgemeinschaft konzentriert sich – wie die Beispiele Afghanistan und Bosnien-Herzegowina zeigen – auf die Rekonstruktion wichtiger historischer Gebäude und Stadtteile. Nichts spricht dagegen, diese für die Stadtidentität außerordentlich wichtigen und symbolisch zumeist hochbedeutenden Gebäude wieder zu errichten. Mit der Konzentration auf die »Cultural Heritage«-Strategie wird aber zumeist die Zukunftsperspektive der Stadt und der Menschen, die in ihr leben, außer Acht gelassen. In diese symbolische Lücke stoßen die Investorenarchitekturen der Büro- und Geschäftsgebäude mit ihren blauen Spiegelglasfassaden im »Dubai-Stil« vor, die das Versprechen auf Wohlstand und Fortschritt verkörpern. Nun kann eine urbane Vision nicht als modernistische Tabula Rasa-Phantasie allerorten implementiert werden (wie sie auch heute immer noch gerne als kaum realisierbares Megaprojekt in den lokalen Stadtverwaltungen entwickelt wird), vielmehr muss sie sich an die unterschiedlichen kulturellen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen anpassen. Und sie wird die Gegensätze und Widersprüche, die das Raumgefüge prägen, berücksichtigen müssen. Es braucht daher Leitbilder (»visions«), die auf verlässlichen Fakten basieren und die unter Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen entwickelt und öffentlich diskutiert werden und auf diese Weise einen Konsens stiften und handlungsleitend sein können. Dies sind keine utopischen Planungen, sondern realistische Ziele, die langfristig erreicht werden können. Dementsprechend sollten diese Leitbilder an Schlüsselprojekte gekoppelt werden, die umsetzbar sind. Diese Form der Planung ist dem spezifischen gesellschaftlich-politischen Kontext anzupassen.⁴

Planung ohne Plan In den ersten Jahren nach dem Ende eines Konfliktes konzentrieren sich lokale und internationale Organisationen auf die notwendigen Hilfsmaßnahmen wie medizinische Versorgung, die Bereitstellung einfacher Unterkünfte und Nahrung sowie wichtiger Infrastrukturen (beispielsweise der Wasserversorgung). In dieser Zeit werden die städtischen Entwicklungspläne immer wieder zurückgestellt, da es zumeist auch keine funktionsfähige Stadtverwaltung gibt. Zwangsläufig gibt es keine Planung, die die Stadtentwicklung

4 Vgl. die Ausführungen im Zusammenhang mit dem Prishtina-Projekt.

koordiniert. Damit einher geht ein Bauboom im informellen Sektor aufgrund des hohen Wohnraumbedarfs, der zudem von Investorenarchitekturen (Büro- und Geschäftsgebäuden) begleitet ist. Diese Entwicklung kann weder durch traditionelle Planungswerkzeuge (Masterplan), die bewährten Regularien (Bauordnung) oder durch die sonst übliche Bauüberwachung sinnvoll strukturiert werden, da in der Postkonfliktära für all diese Maßnahmen keine Kapazitäten bzw. institutionelle Strukturen vorhanden sind. Immer wieder entstehen in dieser Zeit Eingriffe in die urbane Struktur, welche nach Jahren nur mit erheblichem Aufwand in eine kohärente Stadtstruktur zurückzuführen sind.

Eine urbane Postkonfliktstrategie sollte daher nach Wegen suchen, wie parallel zu den wichtigen und notwendigen Hilfsmaßnahmen die Stadtentwicklung strukturiert und koordiniert werden kann. Dabei sind die verschiedenen Maßstäbe und die damit zusammenhängenden Probleme zu adressieren. Im städtischen Maßstab fehlt oft ein Masterplan, der die neue Postkonfliktsituation berücksichtigt. Da es meist keine Planungsinstitutionen mehr gibt und auch wesentliche Unterlagen, beispielsweise statistische Bevölkerungsdaten (Zensus), nicht vorhanden sind, ist es kurzfristig nicht möglich eine adäquate oder sogar vorausschauende Planung durchzuführen. Hier stellt sich die Frage, wie eine Planung ohne Masterplan praktikabel ist. Anstelle des üblichen, hochkomplexen Planungsverfahrens müsste ein System entwickelt werden, welches Areale für grundsätzliche Nutzungen frei gibt, ohne diese schon genau zu determinieren. Eine Möglichkeit ist der Projekt- und Erschließungsplan (Project and Access Plan), wie er von Eberhard Knapp anlässlich einer Planungskonferenz über Kabul vorgestellt wurde. Dabei handelt es sich um ein Prinzip, welches in Ostdeutschland nach der Wende eingesetzt wurde und das von den Investoren verlangte, zusätzlich zu ihren Bauvorhaben eine stadtbezogene Planung im direkten Grundstücksumfeld mitzuliefern. Dadurch wurde eine abgestimmte Gesamtbebauung auch ohne Flächennutzungsplan oder Masterplan ermöglicht. Diese Mini-Masterpläne wurden nach 5–7 Jahren in einem kohärenten Flächennutzungsplanung (formal guide plan) zusammengeführt.⁵ Diese an Investoren adressierte Planungsform müsste für private, familienbasierte Bauaktivitäten entsprechend modifiziert werden. Beispielsweise indem über die Unterstützung bei der Bildung von Nachbarschaftsinitiativen übergreifende Interessen, wie die Anbindung an die Infrastruktur, in die Stadtplanung eingebracht werden.

5 Eberhard Knapp, The need for one »Urban Vision« and many »Masterplans«. In: Babar Mumtaz, Kaj Noschis (Hg.), Development of Kabul. Reconstruction and planning issues. Lausanne 2004.

177 Planung ohne Nachbarschaft Typisch für Postkonflikt-situationen ist die stark ansteigende Bevölkerungszahl durch den Zuzug von Landmigranten und der Rückkehr von Flüchtlingen; oftmals findet sogar ein hoher Bevölkerungsaustausch statt. Durch die Wirren des Konfliktes wurde zumeist das nachbarschaftliche Gefüge in den einzelnen Quartieren zerstört, beziehungsweise es entstanden völlig neue Nachbarschaften. Es entsteht eine rege, individuelle und informelle Bautätigkeit, die sich allen Fragen kollektiver Notwendigkeiten entzieht. Es gibt keine gemeinschaftlichen Lösungsansätze für Probleme der (technischen und sozialen) Infrastruktur, zur Gestaltung von Stadträumen und deren Nutzung. Das Ziel einer Strategie für diese neuentstandenen Nachbarschaften müsste es daher sein, schon in einer frühen Entwicklungsphase einen Gemeinschaftssinn herzustellen und individuelle Kräfte zu motivieren, über das persönliche Grundstück hinaus aktiv zu werden. Zu diesem frühen Zeitpunkt könnten die oft erst viel später eingesetzten Nachbarschaftsprogramme der internationalen Hilfsgemeinschaft (wie beispielsweise die »urban community upgrading«-Strategie von UN-Habitat) sehr viel wirkungsvoller sein.

Planung ohne Eigentum Baugrundstücke wurden häufig illegal genutzt und basieren auf einer ungeklärten Rechtslage: Entweder ist der Eigentümer nicht bekannt, oder es sind öffentliche Freiflächen, die privat angeeignet wurden. Hier müsste schon sehr früh über eine legitime Möglichkeit des Bauens nachgedacht werden, die sich auch ohne Masterplan realisieren ließe und die eine Nutzung ermöglicht, ohne dass die eigentlichen Eigentümer ihr Land verlieren. Zu diskutieren wäre, welche Möglichkeiten ein vereinfachtes Pachtsystem, das grundsätzliche Rechte und Pflichten regelt, bieten könnte.

Legalität ohne Baugesetz Die einzelnen Bauprojekte entstehen in der Regel ohne Baugenehmigung, da der Entwicklungsdruck hoch ist und die lokale Verwaltung diesen Service oft gar nicht leisten kann, oder weil die Korruption Genehmigungen unerschwinglich macht. Die entstehenden informellen Gebäude sind zumeist in herkömmlichen Bautechniken realisiert, und da dieses Wissen nicht verloren gegangen ist, sind diese Gebäude grundsätzlich funktionsfähig. Die dennoch auftretenden Probleme aufgrund der mangelnden Baukontrolle liegen zum einen in der Bauform an sich, die häufig Abstandsflächen, Rettungswege, Belichtung und andere Notwendigkeiten außer Acht lässt, und zum anderen in der Ausführungsqualität und der Statik, die überwiegend keine dauerhafte Qualität haben. Für diese Problemkonstellation müsste man über ein Postkonfliktbaugesetz nachdenken, das ein vereinfachtes Anforderungsprofil hat und nur die minimalen Notwendigkeiten herausstellt, aber auch unbürokratisch zu vermitteln ist. Für ein solches Baugesetz muss sowohl der Inhalt als auch das Format neu entwickelt

werden, da eine abstrakte Gesetzesregelung nicht durchsetzbar wäre. Vorstellbar wäre eine Art Handbuch, das mit einfachen Beschreibungen und grafischen Darstellungen die wichtigsten Grundprinzipien aufzeigt, und den Bauherren die Notwendigkeit in Bezug auf die Sicherheit und die Potentiale hinsichtlich einer wertbeständigen Immobilie vermittelt. Auch hier ist zu berücksichtigen, inwieweit sich Grundprinzipien auf unterschiedliche kulturelle Kontexte übertragen lassen.

Durchsetzbarkeit In den meisten Fällen existieren noch gültige Baugesetze aus der Zeit vor dem Konflikt. Diese kommen aber in der Regel nicht zur Anwendung, da keine oder keine ausreichend qualifizierten Kapazitäten zu deren Durchsetzung bestehen. Selbst wenn die Zuständigkeit zwischen den internationalen und lokalen Autoritäten geklärt wurde, ist aufgrund der ungenügenden Kapazitäten die Durchsetzung komplexer Gesetze mit zahlreichen Einzelfallentscheidungen nicht zu leisten. Ziel einer vereinfachten Baugesetzgebung ist es daher auch, von autorisierten, aber fachlich nicht speziell ausgebildeten Kräften kontrollierbar zu sein. Dies wäre vorrangig das internationale Militär, da dieses über das Gewaltmonopol in diesen Situationen verfügt – was allerdings politisch brisant ist. Daher ist nicht nur die Nachvollziehbarkeit in den Anforderungen, die Einfachheit in den Grundsätzen und Verständlichkeit in der Darstellung eine Grundvoraussetzung, sondern es bedarf neben einer Kommunikationsstrategie auch der Einbeziehung der Betroffenen selbst (wie beispielsweise durch die oben genannten Nachbarschaftsforen). Hier würde der Planung eine wesentliche Vermittlerrolle zukommen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine urbanistische Postkonfliktstrategie eine städtische Vision entwickeln sollte, die eine Entwicklungsperspektive aufzeigt, die neue Formen der Koordination und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen entwickelt und zwischen der internationalen und lokalen Ebene vermittelt und nicht zuletzt auf diese Weise architektonische Werte einbringt.

Überarbeitete Fassung des in *Volume 11*, »*Cities Unbuilt*«, Archis 1/2007 veröffentlichten Textes.

Verlassen und leben lassen

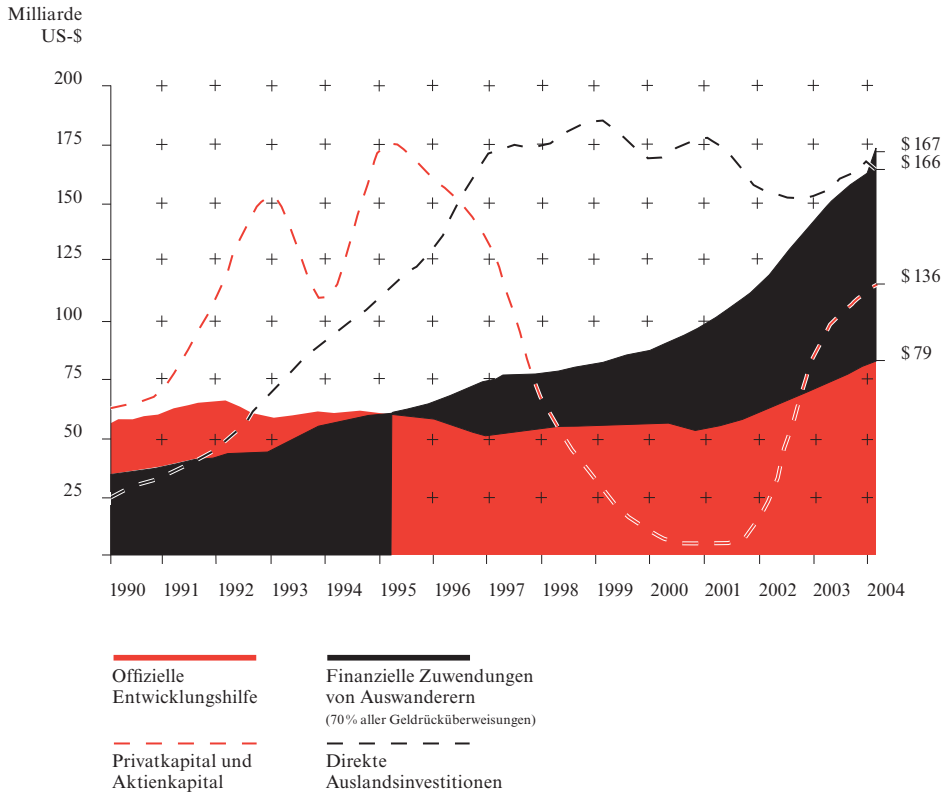
Auswirkungen der Migration und der finanziellen Transfers von Auswanderern auf kriegsgeschädigte Städte

Haben Sie je darüber nachgedacht, dass das Verlassen einer Stadt größere Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben könnte als dort zu leben?

Die Grundlage dieser Untersuchung sind die Konsequenzen der Migration und der finanziellen Transfers von Auswanderern auf kriegsgeschädigte Städte.

Nachdem Friedensvereinbarungen unterzeichnet sind, müssen alle kriegsgeschädigten Länder und Städte die gleichen entscheidenden Herausforderungen zum Wiederaufbau in Angriff nehmen. Sie müssen ihre Vorhaben mit den üblichen Entwicklungshilfe-Gemeinschaften, wie UN-Organisationen, Verwaltungen der Geberländer, Entwicklungsbanken und internationalen Nichtregierungsorganisationen, bündeln. Durch von der UN oder Weltbank organisierte, renommierte internationale Konferenzen werden den kriegsgeschädigten Ländern über Subventionen und Kredite Millionen Dollar zuerkannt. Ganze Heerscharen hoch anerkannter, internationaler Experten und Entwicklungshelfer werden aktiv, ein Großteil der Nichtregierungsorganisationen und Mitarbeiter der UN, die in Kabul, Kinshasa, Prishtina oder Juba ansässig sind, setzen sich in Bewegung. Vor neu oder frisch rekonstruierten Gebäuden in Mostar markieren hunderte Logos und Plakate der Geberorganisationen ihre unterstützende Funktion. All dies könnte den Anschein erwecken, dass die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen die treibende Kraft hinter jedem Nachkriegsaufbau ist. Dies ist aber nicht der Fall, wenn man die eher informellen und wenig präsenten Schlüsselfiguren dieser Entwicklung, die Migranten, berücksichtigt, die nicht nur beim Aufbau des Friedens, sondern auch beim Wiederaufbau der städtischen Struktur, der Gebäude sowie der heimischen Kultur und Wirtschaft einen starken und dauerhaften Einfluss haben.

Die Evolution der finanziellen Zuwendungen von Migranten gegenüber der offiziellen Entwicklungshilfe



181 **W ä h r e n d** Unfrieden herrscht, steigt die Zahl der gefährdeten Personen, deren Überleben von externen Ressourcen abhängt, dramatisch. Sind die Friedensabkommen unterzeichnet, verschwinden diese Bedürfnisse jedoch nicht. Im Gegenteil, während es dringlich wird, die vom Krieg betroffenen Bevölkerungsgruppen (speziell die Flüchtlinge) wieder zu integrieren, formiert sich ein neuer »Krieg« mit zusätzlichen Opfern – ein Wirtschaftskrieg, dessen Waffen die hohe Arbeitslosigkeit und Inflationsraten, geringfügige ausländische Investitionen, eine zerstörte Industrie und ein nicht existierendes Bankensystem sind. Ob aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, legal oder illegal, die Auswanderung in wohlhabendere und sicherere Städte während des Konflikts und danach ist für viele Menschen die einzige Überlebensstrategie, um mit dem Verlust der Sicherheit, dem Verlust der wirtschaftlichen Möglichkeiten und der eigenen Behausung in ihrer Stadt zurechtzukommen und eventuell die Aussicht auf ein zusätzliches Einkommen zu ermöglichen, das in der Regel an die verbleibende Familie zurückgeschickt wird.

D i e s e Einkünfte, die Finanztransfers der Migranten (Geldrücküberweisungen), stellen gewaltige Geldmengen dar und können eine bedeutende Hilfe für die heimischen, kriegsgeschädigten Kommunen sein, um Grundbedürfnisse sicherzustellen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern. Mit einem einzigen Klick im Internet können Auswanderer ihre Einkünfte auf die andere Seite des Planeten via Western Union überweisen – und dies sogar zu abgelegenen oder unsicheren Orten, die nicht einmal Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen erreichen können. Die Zurückgelassenen nutzen diese Gelder für Lebensmittel, Kleidung, Gesundheitsfürsorge oder Ausbildungskosten und sie finanzieren Obdach, Reparaturen am Hausstand und den Aufbau kleiner Geschäfte. Das Wachstum von illegalen Siedlungen in vielen kriegsgeschädigten Gebieten ist ein Symptom für diesen Prozess. Diese Geldrücküberweisungen der Auswanderer werden ausschließlich privat genutzt. Es gibt aber auch Initiativen transnationaler Auswanderer-Netzwerke, die ihre Ressourcen über heimische Gesellschaften in ihren Städten investieren, um Infrastrukturprojekte zu fördern, von denen die gesamte Gemeinschaft profitiert, wie z. B. Parks, Schulen und Krankenhäuser.

N a c h Aussagen der Weltbank belaufen sich die erfassten Überweisungen in Entwicklungsländer bis zu 200 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006 und überstiegen bei weitem die 107 Milliarden US-Dollar der Hilfeleistungen im Jahr 2005 (betrifft finanzielle Hilfeleistungen von allen Spendern an Entwicklungsländer, ausgewiesen als Entwicklungshilfe). Nach Angaben der OECD wurden 2006 von den 22 wichtigsten Geberländern 103,9 Milliarden US-Dollar für Entwicklungshilfe aufgewendet. Das bedeutet: Auswanderer tragen mit der doppelten Menge an Geldern zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer und -städte bei wie die gesamte Spender- bzw. Gebergemeinschaft. Der wahre Umfang an Zuwendungen wird

von einigen viel höher geschätzt, weil ein großer Teil über informelle Vermittler oder direkte Einfuhr offiziell unsichtbar bleibt. Beachtet man diese Zahlen, muss man sich wirklich fragen, wem der Wiederaufbauprozess zur Regenerierung der kriegsgeschädigten Städte und Gemeinden zuzuschreiben ist.

Wenn die finanziellen Hilfeleistungen als ein Teil des Bruttoinlandprodukts (BIP) kalkuliert, wird offenbar, wie extrem abhängig kleine Länder, speziell die Auswirkungen von Konflikten und Katastrophen betreffend, von den Geldern der Migranten sind. Diese Gelder entsprechen über 20% des Bruttoinlandprodukts in Bosnien-Herzegowina, Moldawien und Haiti und über 10% in Serbien und Montenegro, Libanon, Albanien und Tadjikistan. Die Migranten aus den kriegsgeschädigten Regionen überweisen ihre Einkünfte vor allem in Zeiten, wenn Investitionen aus dem privaten Sektor schon verschwunden sind und internationale Hilfe noch nicht zugesichert wurde oder unzureichend ist. Außerdem setzen Auswanderer die Zahlungen an ihre Familien fort, obwohl ständige Änderungen ihres politischen Status' aufgrund einer strengeren Einwanderungspolitik (Statusveränderung von Heimatvertrieben zum Flüchtling, zum Rückkehrer, zum Asylsuchenden bis hin zum Deportierten) ihre Situation erschweren. Migranten setzen sich legal oder illegal weiterhin in Bewegung, von einer Stadt zur anderen, und das auch Jahre nach der Beendigung der Kampfhandlungen. Dies ist ein andauernder Prozess, der den Zurückgebliebenen eine verlässliche Quelle eines minimalen Einkommens sichert. Diese Zahlungen sichern die Nachhaltigkeit der Entwicklungsaktivitäten in den Städten ihrer Herkunft aber auch ihr Eigentum, verglichen mit einigen internationalen Nichtregierungs- oder Entwicklungshilfeorganisationen, die ihre Zuwendungen nach der ersten Notsituation und der Stabilisierung der politischen Lage reduzieren und zugunsten anderer Konfliktgebiete das Land verlassen.

Die positiven Auswirkungen der Migranten auf ihre Heimatländer und -städte sind nicht nur auf Geldzahlungen beschränkt. Auch die gesellschaftlichen Folgen sind zu beachten. Der Austausch von Ideen und Informationen, geschäftlichen Kontakten, neuen Werten und Normen, Know-how und Qualifikationen können zusätzlich die heimische Kultur und Gesellschaft prägen. Die Auswanderung osteuropäischer Frauen hat zum Beispiel zur Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern beigetragen, da die Frauen im Westen ein höheres Einkommen erzielen und somit mehr zu aktiven Entscheidungen beitragen können. Internationale Institutionen und Entwicklungsexperten stimmen darin überein, dass Migranten einen bemerkenswert positiven Einfluss auf ihre

183 Heimatländer haben. Einige argumentieren sogar, dass die potentiellen Vorteile der Auswanderung gegenüber dem freien internationalen Handel mit Entwicklungsländern überwiegen. Bisher wurde viel Literatur dem Thema gewidmet, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Hilfeleistungen zu analysieren und zu dokumentieren. Jedoch befasste sich bisher kaum eine Analyse mit dem Einfluss der Hilfeleistungen von Migranten auf ihre Heimatstädte, ob kriegsgeschädigt oder nicht. Die wenigen Analysen in diesem Bereich konzentrieren sich hauptsächlich auf Europa und die USA.

Eine Analyse der Weltbank zu osteuropäischen Ländern hat gezeigt, dass Familien, die durch private Zuwendungen über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen, eher in Stadtgebiete ziehen, die als sicher und komfortabel gelten. Im Kaukasus gehen beispielsweise 70 % der Finanztransfers in Hauptstädte und Städte. Der direkte Zusammenhang zwischen den Geldrücküberweisungen von Migranten und dem Wiederaufbau von Städten in Krisengebieten lässt sich am Erfolg der Western Union- und den MoneyGram-Büros in diesen Städten überprüfen. Nicht weniger als 160 dieser Geldinstitute gibt es in Beirut, 32 in Kabul, 26 in Prishtina, 32 in Mostar und 70 in Kinshasa, verglichen mit 71 McDonald-Filialen in Manhattan laut den Branchenfernsprechbüchern (Yellow Pages).

Aber es sind nicht nur die Länder, sondern auch die Städte, die den Mittelpunkt für Finanzströme, Informationen, Verbesserungen und soziale Werte bilden, die von Migranten erzeugt werden. Die Städte haben aber auch mit den negativen Konsequenzen der Migration im Umfeld von Krisengebieten zu kämpfen, wie Wohnungsmangel, hohe Mieten, Auseinandersetzungen über das Eigentum an Grund und Boden, Wiederinbesitznahme, Infrastrukturprobleme, die Zunahme illegaler Ansiedlungen, soziale Zersplitterung und die Abwanderung der Menschen mit guter Ausbildung. Einerseits hat die Auswanderung große positive und negative Auswirkungen auf der kommunalen Ebene, andererseits haben die kommunalen Behörden weder den politischen Einfluss bzw. die Machtausstattung noch ausreichend Kapazitäten und Ausbildung, um sich den Problemen effektiv zu stellen. Auswanderungsangelegenheiten werden offiziell von den nationalen Regierungen und internationalen Organisationen betreut, deren Existenzberechtigung rein staatlich definiert ist. Dennoch, wenn diese eng genug mit den traditionellen Entwicklungshilfeorganisationen und Behörden zusammenarbeiten, könnten die von Auswanderungsströmen betroffenen Städte berechtigterweise die Schlüsselstellung einnehmen und das Management migrationsbedingter, städtischer Belange übernehmen. Der Umgang mit den derzeitigen Auswanderungsströmen fordert bestehende Institutionen in ihrer Machtausstattung – also ihren Vollmachten –, in ihren Ressourcen, ihrer Effizienz und in ihren Koordinationsmöglichkeiten heraus. Und es hinterfragt das Paradigma des Nationalstaates. Während die Vereinten Nationen über die Notwendigkeiten einer Erneuerung der

institutionellen Rahmenbedingungen für die Organisation internationaler Migration und ihre positive Bedeutung auf nationaler und globaler Ebene debattieren, wird den Auswirkungen auf kommunaler Ebene wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Migration mit städtischer Entwicklung und dem Wiederaufbau in Krisengebieten zu verbinden, fordert von kommunalen Verwaltungen und UN-Habitat, sich in aktuelle Debatten einzubringen, um den Einfluss von Auswanderern mit ihren finanziellen aber auch sozialen Zuwendungen auf die Stadtentwicklung deutlich zu machen.

Erstveröffentlichung in *Volume II »Cities Unbuilt«*, Archis 1/2007.

Quellen

Caroline Arnulf, Bauhaus Dessau Foundation, Bauhaus Kolleg, »UN-Urbanism« Research Studio on urban issues in post-conflict cities, 2005–2006«. <http://kolleg.bauhaus-dessau.de/un-urbanism> (Stand: 13. Juni 2008)

Weltbank-Report »Global Economic Prospects 2006: Economic Implications of Remittances and Migration (2006)« http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/GEPEXT/EXTGEP2006/0,,menuPK:1026834~pagePK:64167702~piPK:64167676~theSitePK:1026804_00.html (Stand: 13. Juni 2008)

Weltbank-Report »Migration and Remittances in Eastern Europe and the Former Soviet Union (2006)« http://siteresources.worldbank.org/INTECA/Resources/257896-1167856389505/Migration_FullReport.pdf (Stand: 13. Juni 2008)

OECD Statistiken über offizielle Entwicklungshilfe. http://www.oecd.org/document/3/0,2340,en_2649_201185_34700611_1_1_1_1,00.html (Stand: 13. Juni 2008)

Patricia Weiss Fagen und Micah Bump, International Peace Academy, »Remittances in Conflicts and Crisis: How Remittances Sustain Livelihoods in War, Crises and Transitions to Peace« (2006) www.ipinst.org/pdfs/Remittances_SRPT.pdf (Stand: 13. Juni 2008)

Translokaler Urbanismus – Die Diaspora als Stadtentwickler

Die hohe Bedeutung der Rücküberweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer hat Caroline Arnulf in ihrem Beitrag zu diesem Band bereits dargelegt. Im folgenden sollen diese Zusammenhänge noch vertieft werden mit dem besonderen Augenmerk auf Südosteuropa und den Kosovo. Dabei stellt sich die Frage, wie mit dem großen Einfluss der zumeist in Immobilien investierten Geldrücküberweisungen auf die Stadtentwicklung umgegangen werden kann.

Migration und Geldrücküberweisungen Die Globalisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte haben eine weltweite Integration der Finanz- und Warenmärkte und einen immer umfangreicheren Austausch von Waren und Informationen bewirkt – zugleich aber auch die Zahl der Arbeitsmigranten anwachsen lassen, die sich in den letzten dreißig Jahren verdoppelt hat. Immer kostengünstigere Transportmöglichkeiten haben Fernreisen selbst unter widrigsten Bedingungen für viele Menschen möglich gemacht. Und mit der Verbreitung der Massenkommunikationsmittel – weltweit gibt es mehr als 1 Milliarde Fernseher – findet ein globaler Austausch von Bildern und Informationen statt, der vielen Menschen Bilder des Wohlstands in den Ländern der sogenannten »1. Welt« vor Augen führt. Mit der Folge, dass immer mehr Menschen an diesem Wohlstand partizipieren wollen, zumeist um Notsituationen, Armut, Naturkatastrophen aber auch willkürlicher Ausbeutung durch staatliche und nicht-staatliche Organisationen zu entkommen – wenn nicht sogar Bürgerkriegen oder anderen gewaltsamen Konflikten. Für diese Menschen besteht allerdings das Problem, überhaupt Zugang zu den Industriestaaten zu bekommen, die ihre Arbeitsmärkte abschotten und mit aufwändigsten Mitteln versuchen, den Zustrom der Migranten zu unterbinden.

M i g r a n t e n stellen heute etwa drei Prozent der Weltbevölkerung. In allen Studien wird darauf verwiesen, dass es leider noch immer nicht gelungen ist, die Migrationsdaten exakt zu evaluieren, da sie aus unterschiedlich qualifizierten Datenerhebungen zusammengeführt werden. So kann bereits die Dauer des Aufenthalts die Angaben stark beeinflussen. In der Schweiz tauchen Migranten beispielsweise erst in der Migrationsstatistik auf, wenn sie mindestens ein gültiges zwölfmonatiges Aufenthaltsrecht haben, in Deutschland reicht bereits ein dreimonatiger Aufenthalt, um als Migrant erfasst zu werden. Auch haben die Zielländer eine unterschiedliche Einbürgerungspolitik und es wird auch nicht immer ausgewiesen, in welchem Umfang Einbürgerungen stattfanden. Ein weiteres Problem der Erfassung von Migranten ist ihre Kategorisierung nach Herkunftsländern: im Falle der Länder Ex-Jugoslawiens gibt es Studien, die infolge der Auflösung des jugoslawischen Staates Serbien und Montenegro zusammen, entweder inklusive des Kosovo oder eben auch exklusive des Kosovo, oder auch getrennt behandeln, wobei der Kosovo wieder als Teil Serbiens oder gesondert behandelt wird. Und nicht zuletzt geben die offiziellen Statistiken nur die legale Einwanderung wieder – über die zahlreichen illegalen Einwanderungen liegen nur Schätzungen vor, die zum Teil erheblich divergieren. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nach den neuesten Zahlen der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2007 weltweit 191 Millionen Menschen Auswanderer sind, davon leben etwa 64 Millionen innerhalb der EU, also etwa ein Drittel. Eine Untersuchung der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) schätzt die Anzahl der illegalen Einwanderer in West- und Südeuropa auf etwa zwei Millionen, der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) und die IOM (International Organisation for Migration) schätzen die Zahl der Illegalen in Europa auf über vier Millionen. Für die Auswanderer sind die wichtigsten Ziele Nordamerika, gefolgt von Westeuropa, Australien und den arabischen Golfstaaten. Infolge von Kriegswirren, Vertreibung und Zerstörung flüchteten Millionen aus den Balkanländern ebenfalls nach den oben genannten Zielländern, mit Ausnahme der arabischen Golfstaaten. Ganz wesentlich basiert die Entscheidung »wohin« auf einer bereits vorhandenen Diaspora, die ein bereits funktionierendes Netzwerk anbietet. Hier spielen die Netzwerke der bereits vorher aus Jugoslawien angeworbenen »Gastarbeiter« in den westeuropäischen Industrieländern eine wichtige Rolle. Entscheidend aber ist, dass in den anvisierten Ländern eine entsprechende Einwanderungspolitik dies auch zulässt. Die Flüchtlinge aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien waren aufgrund der kriegerischen

187 Auseinandersetzungen zumindest für eine Zeit lang innerhalb der EU, in Norwegen und der Schweiz zwar mit unterschiedlichem Status, aber dennoch recht unproblematisch aufgenommen worden. Dies gilt auch für Kanada, Australien und die USA (siehe die Informationsgrafik der Migrationsströme). Allerdings wurden nach Beendigung des Bosnienkriegs (1995) beziehungsweise dem Einmarsch der KFOR im Kosovo (1999) den Flüchtlingen der Duldungsstatus abgesprochen und diese wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Laut dem Statistischen Bundesamt in Deutschland wurden nach Beendigung des Kosovo-Konflikts insgesamt 96 000 Personen in den Kosovo zurückgeschickt, davon allein 11 000 Personen zwangsweise. 2003 hielten sich noch 87 126 Personen mit einer Duldung (überwiegend Kosovo-Albaner) und 46 841 mit einer Aufenthaltsbefugnis in Deutschland auf. Auch für diese Personen wurde auf der Innenministerkonferenz 2003 ein dauerhaftes Bleiberecht ausdrücklich ausgeschlossen. Diese Politik hat auch dazu geführt, dass zahlreiche Kosovaren in die Illegalität abgetaucht sind. Schätzungen gehen davon aus, dass sich in Deutschland, der Schweiz und Österreich insgesamt (legal und illegal) etwa 400 000 Kosovaren aufhalten – das ist mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Kosovo.

Der enorme Einfluss von Rücküberweisungen von Migranten auf die Entwicklung in ihren Heimatländern hat die Weltbank 2002 veranlasst eine eigene Forschungsgruppe einzurichten, die seitdem zahlreiche Studien zum Zusammenhang von Migration und Rücküberweisungen (»Remittances«) veröffentlicht hat. Alle Untersuchungen belegen den signifikanten Vermögensanstieg der Migrantenhaushalte gegenüber den Nichtmigrantenhaushalten. Mit Rücküberweisung ist generell eine Geldüberweisung gemeint, die von Migranten in ihr Herkunftsland transferiert wird. Dies umfasst aber nicht nur die finanzielle Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Familienhaushalte, sondern auch investive Transaktionen, die gewinnorientiert sind. Als Rücküberweisung gilt derjenige Anteil am Einkommen eines Migranten, den er vom Aufnahmeland an das Land seiner Herkunft überweist. Diese Definition findet aber in den nationalen Auswertungssystemen wiederum unterschiedliche Anwendung. Mal gehören Ersparnisse in einer ausländischen Bank dazu, mal nicht. Das gleiche gilt für Güter und Waren, mal sind sie eingerechnet, mal nicht. So ergeben sich schon aus »offiziellen Transferwegen« große Abweichungen. Diese führen dann zu reinen Schätzungen, wenn es sich um Bargeld handelt, das bei Besuchen in die Heimat mitgenommen oder über informelle Netzwerke weitergegeben wird (wie beispielsweise durch das im islamischen Kulturraum hervorragend funktionierende informelle »Hawalla«-System). Laut Weltbank flossen im Jahre 2006 216 Milliarden US Dollar weltweit in die Herkunftsländer, davon wiederum 150 Milliarden an Entwicklungsländer; eine Verdoppelung innerhalb der letzten 10 Jahre. Weltweit bilden sie neben den ausländischen Direktinvestitionen den zweitgrößten Geldfluss

(siehe auch den Beitrag von Caroline Arnulf). Mittlerweile haben die Rücküberweisungen die Migration überholt, d. h. in Zahlen halten die Zuwächse der Migration mit den Zahlen der Beträge, die von der Diaspora transferiert werden, nicht mehr mit, im Verhältnis findet ein enormes Wachstum der Rücküberweisungen statt.

Die Länder Ex-Jugoslawiens haben sich nach dem Ende der Bürgerkriege und der Neuordnung der Staaten sehr unterschiedlich weiterentwickelt. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass die Diaspora den Lebensstandard in der Heimat erhöht – aufgrund kontinuierlicher Geldüberweisungen oder dem Transfer von Gütern und Waren. Einige Länder haben durch die Zugehörigkeit zur EU (Slowenien) beziehungsweise durch den Kandidatenstatus (Kroatien) nicht nur einen leichteren Start in ihre Unabhängigkeit erhalten, sondern sich auch ökonomisch so gut entwickelt, dass der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandprodukt (BIP) nur noch geringfügig ist. Zum Vergleich: Anteil der Rücküberweisungen am BIP (2006) in Kroatien 2,9 %, in Slowenien 0,8 %, aber in Serbien/Montenegro 13,8 % (siehe dazu die Informationsgrafik). Die Weltbank hat in ihrem »Migration and Remittances Factbook« (2008) nicht nur die angegebenen Zahlen genannt, sondern auch die Auswanderer im Hinblick auf ihren Bildungshintergrund gemessen an der Gesamtzahl der Auswanderer untersucht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diejenigen, die mit den hohen Geldrücküberweisungen die Familien in der Heimat unterstützen, hauptsächlich Arbeiter sind. Die zahlreichen Studien über Migration und Geldrücküberweisung machen deutlich, dass der größte Nutzen dieser Gelderträge zuerst den einzelnen Haushalten zugute kommt, d. h. der Lebensstandard verbessert sich deutlich.

Ein weiterer wichtiger Effekt auf die Entwicklung im Herkunftsland ist die Langzeitwirkung der Migration und der mit ihr verbundenen Geldrücküberweisungen. Entgegen der in den Aufnahmeländern populären Auffassung, dass sich Osteuropäer »für immer« niederlassen wollen, sprechen die Zahlen beispielsweise von albanischen Migrant*innen von einem anderen Verhalten. Viele, die zurückgekehrt sind, haben ihre Rücküberweisungen investiv genutzt, kleine Unternehmen gegründet und damit etwas fortgesetzt, was auf dem Balkan schon lange Tradition ist: für einige Zeit ins Ausland gehen, um die Einkünfte und Ersparnisse im Heimatland zu investieren. So gibt es fundamentale Unterschiede zwischen dem östlichen und dem westlichen Europa, was die Sichtweise auf Arbeit und Auswanderung betrifft. Eine restriktive Einwanderungspolitik der westeuropäischen Länder hat nur zu größerer illegaler Migration geführt. Es ist nicht

189 nachvollziehbar, dass die Länder, die hohe Einwanderungsschranken aufgebaut haben, die gleichen sind, die Entwicklungshilfe leisten, ohne zu sehen, um wie viel größer der positive ökonomische Effekt in den Herkunftsländern ist, wenn man temporäre Arbeitsmigration zulassen würde.

Die meisten Migranten versuchen ein Problem »jetzt«, also in der Gegenwart zu lösen, die Migration ist also keine Langzeitentscheidung, sondern sie wird zu einem gegebenen Zeitpunkt wieder zurückgenommen. Der größte Anteil der temporären Auswanderer muss zwingend Geld verdienen, um ihre Familien zu ernähren. In Albanien ist es geradezu eine Familienstrategie, dass junge unverheiratete Männer vom Ausland aus ihre Familien ernähren und später zurückkehren, wie Beryl Nicholson gezeigt hat. Bei einer Volkszählung 2001 in Albanien waren die Hälfte aller Männer zwischen 25 und 35 gerade im Ausland beschäftigt. Meist kommen sie zur Hochsaison der Weizenernte zurück, oder sie bauen in den Ferien Häuser, dies sogar, wenn die gesamte Familie (noch) im Ausland lebt. So schien es, dass im Sommer 2000 halb Albanien Häuser baute, mittlerweile haben der Neubau oder die Verbesserung der alten Häuser dazu geführt, dass die Bauwirtschaft zum führenden Wirtschaftszweig gewachsen ist und zum Jobmotor für nicht ausgewanderte Arbeiter. Das Beispiel zeigt, dass die Verhinderung von Arbeitsmigration schwere wirtschaftliche Folgen in den Herkunftsländern haben kann. Dabei entsteht eine paradoxe Situation: So will der deutsche Staat durch Zuwanderungskontrolle seine Souveränität unter Beweis stellen, indem er seinen Herrschafts- und Einflussbereich als deckungsgleich mit dem Territorium behauptet, in dem sich eine (homogene) Nationalgesellschaft befindet und der selektiv für Fremde geöffnet oder geschlossen wird. Faktisch hat er aber die Kontrolle über die Bewegungen illegaler Migranten in seinen Grenzen verloren – nur ein totalitäres Überwachungssystem könnte die gewünschte Kontrolle ermöglichen. Zudem existieren in einer globalisierten Welt unzählige Formen der Vernetzungen (neben denen der Migrantennetzwerke), die den Nationalstaat überschreiten – nicht zuletzt die Wirtschaft fordert immer wieder explizit ein flexibles staatliches Vorgehen bei der Öffnung der Märkte, einschließlich des Arbeitsmarktes nicht nur für hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Schon die demonstrativen Abschiebeaktionen von Flüchtlingen (nicht zu verwechseln mit der Ausweisung von Personen, denen kriminelle Handlungen zur Last gelegt werden) mit ihren absurd hohen Kosten – so soll die Abschiebung der etwa 25 000 Flüchtlinge im Jahr 2000 sechs Millionen Euro gekostet haben – werfen die Frage nach dem Zweck und dem Nutzen auf. Offensichtlich soll hier die öffentliche Meinung davon überzeugt werden, dass die staatliche Souveränität unangetastet ist. Zugleich sollen potentielle Migranten abgeschreckt werden. Obwohl ein Wissen um die Notwendigkeit von Zuwanderung angesichts der Erfordernisse des Arbeitsmarkts und der demographischen Entwicklung in Deutschland besteht, zugleich aber globale

Migrationsbewegungen nicht repressiv unterbunden werden können, bleibt eine irrationale Angst um die nationale Identität, die es zu bewahren gilt. Dies verhindert eine offensive Auseinandersetzung mit den in Deutschland entstandenen Migrantenkulturen und ihrem Einfluss auf die Entwicklung in ihren Herkunftsländern. Die Entwicklung in den südosteuropäischen Ländern ist weitaus stärker mit Deutschland (und den anderen westeuropäischen Ländern) verknüpft, als offiziell eingestanden wird.

Sonderfall Kosovo Das Kosovo gehörte und gehört zu den ärmsten Ländern Europas, bezüglich des Altersdurchschnitt aber ist es das jüngste. 72 Prozent der etwa zwei Millionen Kosovaren sind jünger als 35 Jahre, etwa 50 Prozent sogar jünger als 25 Jahre – eine Folge der höchsten Geburtenrate Europas. Jedes Jahr drängen mit den Schulabgängern neue Arbeitskräfte auf den Markt, die die Wirtschaft nicht absorbieren kann. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent, die der Jüngeren sogar bei bis zu 75 Prozent. Nach Schätzungen der Weltbank leben über 45 Prozent der Kosovaren von weniger als drei Euro am Tag. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen sind etwa 60 Prozent des Viehbestands vernichtet worden, und über 50 Prozent der Agrarfläche wird ausschließlich für den Eigenbedarf bewirtschaftet. Es hat eine regelrechte Landflucht eingesetzt, mittlerweile lebt jeder sechste Kosovare in Prishtina. Die Wirtschaft wird auf absehbare Zeit nicht selbst tragfähig sein, sie ist nur durch internationale Hilfs- und Aufbauprogramme, öffentliche Spenden und durch die Rücküberweisungen der Migranten lebensfähig. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat für das Jahr 2002 geschätzt, dass 50% des gesamten Haushaltseinkommens durch Rücküberweisungen bestritten wird. Auch wenn diese Rate immer weiter zu sinken scheint, ist sie dennoch beträchtlich. Der Internationale Währungsfond schätzt den Anteil am Bruttoinlandprodukt auf 13 Prozent. Dass die Rücküberweisungen zurückgegangen sind, kann auch als Folge der restriktiven Politik der Aufnahmeländer wie Deutschland gesehen werden, die einen großen Teil der geduldeten Flüchtlinge in den Kosovo »repatriieren« ließ. Die politische Situation birgt nach wie vor große Unsicherheiten, trotz der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 und deren Anerkennung durch viele Staaten, auch der meisten EU Staaten. Daher bleiben die dringend benötigten ausländischen Investitionen aus, die Arbeitsplätze schaffen könnten – eine explosive Mischung, die bisher durch die Arbeitsmigration und die Rücküberweisungen ein Ventil gefunden hatte. Wenn alle Studien zeigen, dass Migration zum Wachstum und zur

191 ökonomischen (und politischen) Stabilisierung der Herkunftsländer beiträgt, warum verschließt man die Türen und wirft stattdessen Entwicklungshilfe in das Land? Immerhin sind in den vergangenen acht Jahren zwei Milliarden Euro für den wirtschaftlichen Aufbau in den Kosovo geflossen. In einer Studie der ESI (European Stability Initiative) wird genau auf diesen Widerspruch hingewiesen und dringend empfohlen, den Kosovaren Möglichkeiten zu verschaffen, zeitweise im Ausland arbeiten zu können. Der kosovarischen Regierung empfiehlt die ESI, eine nationale Behörde zur Regelung der wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Auswirkungen der Migration einzurichten, die nicht nur mit den traditionell bevorzugten Aufnahmeländern Deutschland, Österreich und Schweiz Verhandlungen aufnimmt, sondern den gesamten europäischen Arbeitsmarkt ins Auge fasst – auch um beispielhaft zu zeigen, wie sich durch gesteuerte und koordinierte Arbeitsmigration positive Effekte auf die Entwicklung des Herkunftslandes herstellen lassen und auf diese Weise neue, innovative Formen der Entwicklungshilfe entstehen können.

Translokaler Urbanismus Migration und die damit verbundenen ökonomischen, politischen und sozialen Einflüsse auf die Herkunftsländer verknüpfen diese mit den Aufnahmeländern immer stärker und in einer Weise, dass über neue Formen der politischen Gestaltung dieser Interaktion nachgedacht werden muss. Es geht hier nicht einfach nur um Finanzströme, die sich möglicherweise effizienter einsetzen ließen, sondern auch um soziale Beziehungen (Familiennetze) und Verflechtungen (der Gesellschaft des Aufnahmelandes mit den Migranten und durch diese mit der Gesellschaft des Herkunftslandes). Außerdem geht es um einen räumlichen Effekt, den die Migration bewirkt. Denn die individuellen Investitionen fließen insbesondere in den Erwerb von Immobilien im Herkunftsland, und dies vornehmlich in den Städten. Deshalb ist die Stadt der Transformator dieser Entwicklung, wie das Beispiel Prishtina zeigt. Dementsprechend ist zwischen der staatlichen und der städtischen Ebene zu differenzieren, denn beide haben in diesem Gefüge unterschiedliche Aufgabenfelder. Der Nationalstaat gründet auf dem Prinzip der Ausschließung beziehungsweise der Selbstabschließung in der Zusammenfügung von territorialer Herrschaft und der Eingrenzung eines Staatsvolks, was es ihm möglich macht, ökonomische und politische Strukturen in einem relativ großen Raum zu kombinieren; die Stadt dagegen basiert auf dem Prinzip der Einschließung, der Verdichtung ökonomischer Transaktionen und sozialer Interaktion in einem relativ offenen Rahmen. In der Entwicklung der Stadt und in ihrer materiellen Ausbildung bilden sich daher auch die ordnungspolitischen Probleme des Staatswesens ab, wie Gerd Held gezeigt hat. Beide Mechanismen ergänzen sich, sind aber genauer auf ihre Wirkweise hin zu untersuchen. Der Kosovo bietet hierfür ein gutes Beispiel. Dort findet zur Zeit ein Prozess der Nationalisierung

(Eingrenzung eines Territoriums und der Versuch der Definition eines dazugehörigen Staatsvolks als Teil der Staatengemeinschaft) und gleichzeitig der Denationalisierung statt (große Teile des Staatsvolks befinden sich außerhalb des Staatsgebietes, die Intensität grenzüberschreitender ökonomischer und sozialer Austauschprozesse ist so hoch, dass der Kosovo faktisch europäisiert ist, trotz des Ausschlusses aus der EU). Dementsprechend ist auf der staatlichen Ebene nach einer Lösung zu suchen, die eine Entwicklungsperspektive für das Kosovo innerhalb Europas bietet. Der Vorschlag von ESI, gezielt durch bilaterale aber auch internationale Abkommen Kosovaren den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen und diese Politik zu institutionalisieren, ist folgerichtig, denn so ließen sich die positiven Effekte der Arbeitsmigration in die Entwicklungshilfe integrieren. Deshalb sind die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland wie im Herkunftsland zu gestalten. Entscheidend aber ist, dass das Herkunftsland eine tragfähige Beziehung zur Diaspora aufbaut, sei es durch eine entsprechende Informationsstelle, die über die Aktivitäten berichtet, als auch durch eine Koordinationsstelle, die es möglich macht, individuelle Investitionen zu bündeln (beispielsweise als Investitionen in technische oder soziale Infrastruktur in Kooperation mit der staatlichen Verwaltung) und damit auch zur Professionalisierung von Diasporaprojekten beiträgt. Dies findet aber auf der städtischen Ebene statt. Deshalb ist, wie Caroline Arnulf vorschlägt, über Städtepartnerschaften neu nachzudenken. Denn die Diasporanetzwerke formieren sich in den Aufnahmeländern in erster Linie in den Städten, meistens sogar in ganz bestimmten – eine Besonderheit von Migrationsverläufen. Die Folge ist, dass die westeuropäischen Städte bestimmte Ethnien und Nationalitäten als legale oder illegale Migranten beherbergen (beispielsweise lebt der weitaus größte Teil der afghanischen Migranten in Deutschland in den beiden Großstädten Frankfurt/Main und Hamburg). Entsprechend sind die Verwaltungen der Städte in den Aufnahmeländern ebenso wie in den Herkunftsländern aufgefordert, über die Diasporanetzwerke miteinander zu kooperieren. Denn nicht nur die in die Städte hinein gewanderten Migranten transnationalisieren diese, sondern von diesen Städten gehen zahlreiche Verbindungen über die nationalen Grenzen hinaus, die sich direkt in der Stadtentwicklung in den Herkunftsländern ablesen lassen. Über die Migration und die Rückflüsse an Geld und Wissen teilen die Städte der Herkunftsländer mit den westeuropäischen Städten den gleichen Raum – Prishtina ist überall.

Quellen

- Richard Adams, International Remittances and Migration. Worldbank, 2006. http://www-wds.worldbank.org/servelet/WDSContentServer/WDS/IB/2004/01/21/000160016_20040121175547/Rendered/PDF/wps3179.pdf (Stand: 14. Juni 2008)
- Ole E. Andreassen, Massimo Cirasino, International Remittances – Issues for Action (working paper). World Bank, 2006. <http://newsletters.worldbank.org/external/default/main?menuPK=543563&theSitePK=543555&pagePK=64133601&contentMDK=21096821&piPK=64129599> (Stand: 16. Mai 2008)
- BAMF - Bundesamt für Migration (Deutschland), Integration in Zahlen, 2006. http://www.bamf.de/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Publikationen/broschuere-integration-in-zahlen-2006.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/broschuere-integration-in-zahlen-2006.pdf (Stand: 11. Februar 2008)
- Tatjana Baraulina, Michael Bommers, Tnja El-Cherkeh, Heike Daume, Florian Vadean, Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer. HWWI – Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, 2007. <http://www2.gtz.de/wbfi/doc/Diaspora-Studie-020806.pdf> (Stand: 26. Mai 2008)
- Natalia Catrinescu, Miguel Leon-Ledesma, Matloob Piracha, Bryce Quillin, Remittances, Institutions and Economic Growth, 2006. <http://www.kent.ac.uk/economics/staff/mep/Remittances.pdf> (Stand: 30. Mai 2008)
- Central Banking Authority of Kosovo, Annual Report 2006. http://www.cbak-kos.org/Publications/CBAK_Annual_Report_2006.pdf (Stand: 8. Mai 2008)
- EBRD – European Bank for Reconstruction and Development, Spotlight on south-eastern Europe, 2004. <http://www.ebrd.com/pubs/econo/see.pdf> (Stand: 13. Mai 2008)
- ESI - European Stability Initiative, Das gekappte Rettungsseil. Auswanderung, Familien und die Zukunft des Kosovos. 2006. http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_82.pdf (Stand: 14. Mai 2008)
- GASIM – Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration, Herausforderungen der illegalen Migration wirksam begegnen. GASIM, 2006. http://www.bmi.bund.de/nn_662928/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2006/07/Gemeinsames_Analyse_und_Strategiezentrum_20illegale_Migration_GASIM.html (Stand: 9. Juni 2008)
- Nikolai Genov, Soziale und Demographische Trends in Südosteuropa seit 1990. Balkan Forum, 2003. <http://www.bbaw.de/initiativen/balkan/21285.pdf> (Stand: 31. März 2008)
- Henri de Haas, International migration, remittances and development. IOM – International Organisation For Migration, 2005. [http://www.heindehaas.com/Publications/De%20Haas%202004%20\(MDR%201%20-%20No%201\)%20The%20need%20for%20more%20awareness.pdf](http://www.heindehaas.com/Publications/De%20Haas%202004%20(MDR%201%20-%20No%201)%20The%20need%20for%20more%20awareness.pdf) (Stand: 10. April 2008)
- Gerd Held, Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne. Wiesbaden 2005.
- Mushtay Hussain, Measuring Migrant Remittances: From the Perspective of the European Commission. International Technical Meeting on Measuring Migrant Remittances, United Nations Department of Economic and Social Affairs. European Commission, Eurostat, 2005. <http://siteresources.worldbank.org/DATAS/STATISTICS/Resources/2eHussain.pdf> (Stand: 5. April 2008)
- IMP – The International Migration Policy Program, Migrant Remittances – Country of Origin Experience (background paper), 2003. www.livelihoods.org/hot_topics/docs/REMITPA PER.doc (Stand: 13. Juni 2008)
- Institute for Spatial Planning (Kosovo), Spatial Development Profile (working document), 2004.
- IOM - International Organisation For Migration, Migration and Health, 2004. <http://www.iom.int/jahia/jahia/pid/1169> (Stand: 29. Mai 2008)
- Devesh Kapur, Remittances: The New Development Mantra. G24 Discussion Paper. United Nations Conference on Trade and Development, 2006. http://www.unctad.org/en/docs/gdsmdpbg2420045_en.pdf (Stand: 4. Mai 2008)

Miguel León-Ledesma, Matloob Piracha, International Migration and the Role of Remittances in Eastern Europe, 2001. <http://www.kent.ac.uk/economics/papers/papers-pdf/2001/0113.pdf> (Stand: 18. März 2008)

Ali Mansoor, Bryce Quillin (Hg.), Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union. World Bank, 2007.

Steffen Mau, Transnationale Vergesellschaftung. Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt/Main 2007.

Rainer Münz, Migration, Labor Markets, and Integration of Migrants: An Overview for Europe. HWWI – Hamburg Institute of International Economics, 2007. http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/HWWI_Policy_Paper_3-6_01.pdf (Stand: 11. April 2008)

National Bank Serbia, International Conference on Remittances in Belgrade, 2007. <http://www.nbs.yu/internet/latinica/scripts/showContent.html?id=2011&konverzija=yes> (Stand: 24. April 2008)

Beryl Nicholson, Migrants as Agents of Development – Albanian Return Migrants and Micro-enterprise. International Conference on Migrant and Remittances, London, 2004. <http://www.cenpo.ro/files/07%20Migration.pdf> (Stand: 31. März 2008)

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, Migrationsstatistiken 1995–2005. In: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, Auswirkung der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten, 2007. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/auswirkung-der-eu-erweiterung-auf-wachstum-und-bevoelkerung-endorbericht-juni-2007.pr.operty=pdf.bereich=bmwi.sprache=de.rwb=true.pdf> (Stand: 12. April 2008)

Çaglar Özden, Maurice Schiff (Hg.), International Migration, Economic Development & Policy. World Bank, 2007.

Çaglar Özden, Maurice Schiff (Hg.), International Migration, Remittances and the Brain Drain. World Bank, 2005. http://www.ime.gob.mx/investigaciones/2006/estudios/migracion/inter_migration_remittances.pdf (Stand: 9. Mai 2008)

PRIO – International Peace Research Institut, Remittance services in Norway: a market survey, 2007. www.prio.no/files/file37528_carling_cv_2008-02.pdf (Stand: 15. Februar 2008)

Dilip Ratha, Global Economic Prospects 2006. Economic Implications of Remittances and Migration. World Bank, 2006. http://www.old.iom.int/en/PDF_Files/benin/Ratha_EN.pdf (Stand: 19. April 2008)

Dilip Ratha, Sanket Mohapatra, K. M. Vijayalakshmi, Zhimei Xu, Remittances Trends 2007. World Bank, 2007. <http://siteresources.worldbank.org/EXTDECPROSPECTS/Resources/476882-1157133580628/BriefingNote3.pdf> (Stand 5. Juni 2008)

Corstin Sander, Migrant Remittances to Developing Countries, Prepared for the UK Department of International Development. Bannock Consulting Ltd. UK, 2003. http://www.dai.com/pdf/Migrant_Remittances_to_Developing_Countries.pdf (Stand 3. Mai 2008)

SECO – State Secretariat for Economic Affairs, Development Financing and the Remittance

Market in Serbia and Switzerland, 2007. <http://www.seco-cooperation.admin.ch/shop/00008/02002/index.html?lang=de> (Stand: 24. Februar 2008)

Statistical Office of Kosovo, World Bank, Kosovo Poverty Assessment Report, 2007. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21761678~menuPK:34482~pagePK:2524753~piPK:51421526~theSitePK:4607,0,0.html> (Stand: 18. Mai 2008)

Kai Vöckler, In der Wartezone – Flüchtlingsräume, Berlin / The Waiting Room – On Refugees and Space in Berlin. In: Regina Bittner, Wilfried Hackenbroich, Kai Vöckler (Hg.), Transnationale Räume / Transnational Spaces. Berlin 2007.

Jan Wimaladharmas, Douglas Pearce, David Stanton, Remittances – The New Development Finance? Small Enterprise Development Journal, 2004. <http://www2.gtz.de/migration-and-development/download/pearce-stanton-wimaladharmas.pdf> (Stand: 16. Mai 2008)

World Bank, The 2003 International Conference on Migrant Remittances, 2003. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTFINANCIALSECTOR/EXTTOPCONF3/0,,contentMDK:20987992~menuPK:2739101~pagePK:64168445~piPK:64168309~theSitePK:1587850,00.html> (Stand: 18. Mai 2008)

World Bank, World Development Indicators 2008, Washington 2008. <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,,contentMDK:21725423~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html> (Stand 12. Mai 2008)

Statistische Quellen

Australian Government, Department of Immigration and Citizenship, Immigration update 2006 – 2007. http://www.diac.gov.au/media/publications/statistics/immigration-update/update_june07.pdf (Stand 2. März 2008)

BMF – Bundesamt für Migration (Schweiz), Ausländische Bevölkerung: Staatsangehörigkeit, 2006. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html> (Stand 14. Juni 2008)

Steven A. Camarota, Immigrants in the United States, 2007. A Profile of America's Foreign-Born Population. Center for Immigration Studies, 2007. <http://www.cis.org/articles/2007/back1007.html> (Stand: 15. Februar 2008)

Center for Immigration Studies (USA), Population by Selected Ancestry Group and Region 2005. http://factfinder.census.gov/home/saff/main.html?_lang=en (Stand: 15. Februar 2008)

Citizenship and Immigration Canada, Facts and Figures 2006 – Immigration Overview. <http://www.cic.gc.ca/english/resources/menu-research-stats.asp> (Stand: 15. Februar 2008)

Eurostat, Erste Demografische Schätzwerte der EU für 2007. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996.45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&open=/&product=EU_population_social_conditions&depth=2&language=de (Stand: 24. Februar 2008)

IOM – International Organisation For Migration, South Eastern Europe. Migration issues. <http://www.iom.int/jahia/Jahia/pid/691> (Stand: 18. Februar 2008)

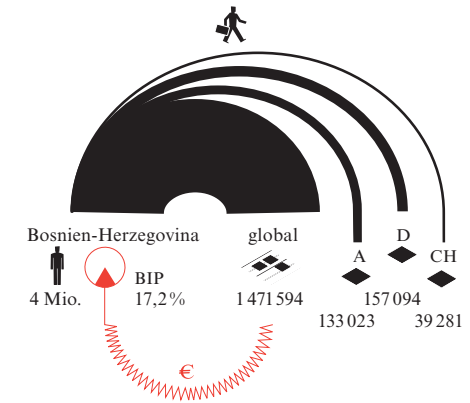
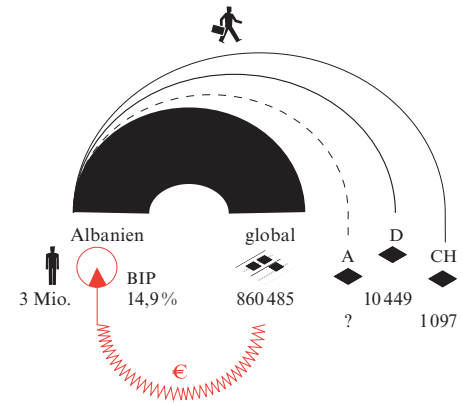
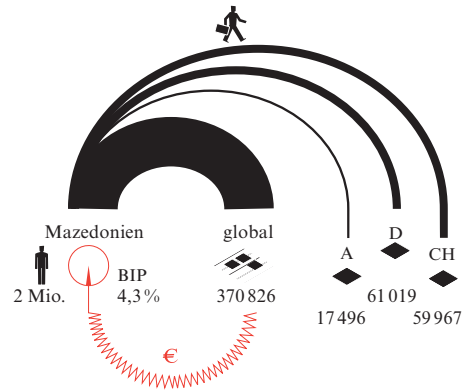
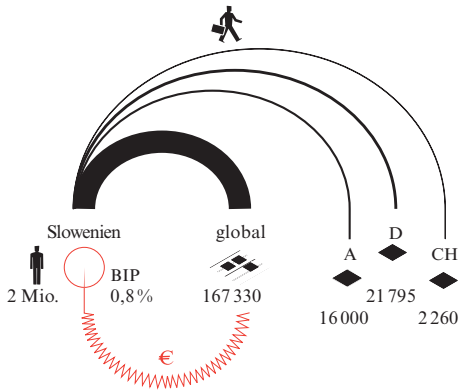
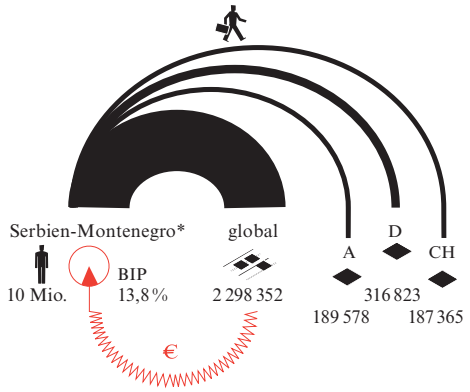
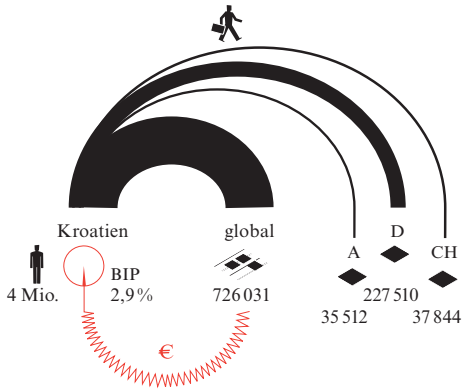
Dilip Ratha, Zhimei Xu, Migration and Remittances Factbook. World Bank, 2008. <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS0,,contentMDK:21352016~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html> (Stand: 2. Juni 2008)

Statistic Office Norway, Population Statistics Refugees, 2007. http://www.ssb.no/innvbef_en/arkiv/tab-2007-05-24-08-en.html (Stand: 24. Mai 2008)

Statistisches Bundesamt (Deutschland), Länderprofile, 2004. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikation/en/Fachveroeffentlichungen/Laenderprofile/Content75/Laenderprofile.templateId=renderPrint.psml> (Stand: 13. April 2008)

Statistisches Bundesamt (Deutschland), Mikrozensus Migration, 2005. http://www.ssb.no/innvbef_en/arkiv/tab-2007-05-24-08-en.html (Stand: 12. Juni 2008)

Migration und Geldrücküberweisungen

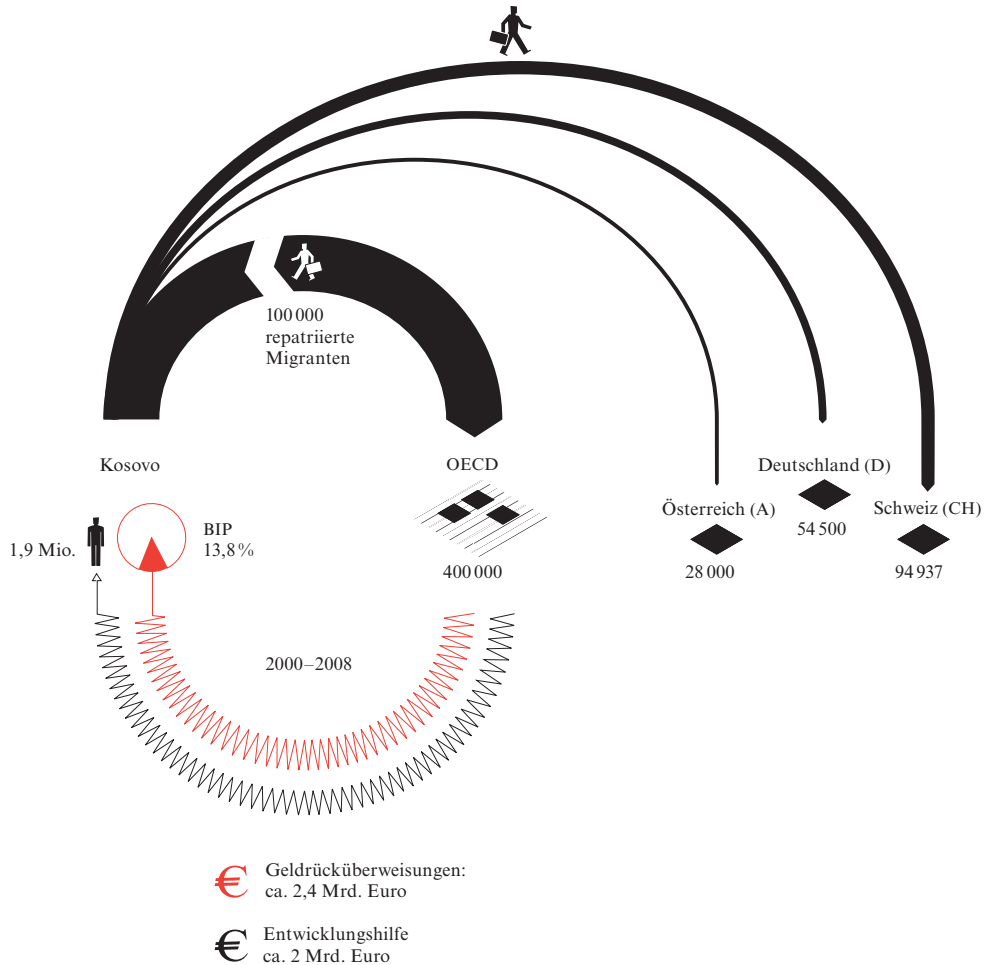


* Bevölkerung/Migranten inkl. Kosovo/BIP ohne Kosovo

Viele Familienhaushalte in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und in Albanien sind auf die Geldrücküberweisungen von Verwandten aus der Diaspora angewiesen. Im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes können diese Finanztransfers einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) haben

Quellen: World Bank, IMF

Entwicklungshilfe und Finanztransfers am Beispiel Kosovo



Nach dem Kriegsende 1999 wurden etwa 100 000 kosovarische Flüchtlinge zur Rückkehr aus der Diaspora gezwungen. Trotzdem halten sich legal schätzungsweise 400 000 Kosovaren in den OECD-Ländern auf – mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Kosovo. Rechnet man die zahlreichen illegalen Arbeitsmigranten aus dem Kosovo hinzu, wird deutlich in welchem hohem Maße der Kosovo mit Gesamteuropa verflochten ist. Vor dem Hintergrund einer Arbeitslosigkeit von mehr als 40 Prozent, der höchsten Geburtenrate Europas und den schlechtesten wirtschaftlichen Daten der Region ist der Kosovo nach wie vor auf die Finanztransfers von Arbeitsmigranten angewiesen. Die Politik der Europäischen Union, einerseits die Grenzen für kosovarische Migranten zu schließen und andererseits hohe Summen an Entwicklungshilfe zu überweisen, erscheint höchst fragwürdig, da diese Summen durchaus von Arbeitsmigranten erwirtschaftet werden könnten.

Quellen: World Bank, IMF, OECD, Statistik Austria, Focus Migration, Bundesamt für Statistik Schweiz, IHK Potsdam, Central Bank Authority of Kosovo

Mehr als eine störende Architektur

»Balkanisierung ist ein geopolitisches Schlagwort für die Aufsplitterung von Vielvölkerstaaten in mehrere kleine, einander oft feindlich gegenüberstehende Nationalstaaten. Der Begriff wird neuerdings benutzt, um den Entstehungsprozess für ›gated communities‹ (gesicherte Wohnanlagen) in der amerikanischen Stadtplanung zu beschreiben. Es gibt auch Versuche, den Begriff Balkanisierung positiv zu wenden, z.B. gleichbedeutend mit der Selbstversorgung einer Gruppe oder Gesellschaft. Der Begriff war bisher negativ besetzt, aber jüngste Anwendungen zeigen das Potenzial der ›Balkanisierung‹ im Zusammenhang mit demokratischen Prozessen.« (Eintrag im englischen Wikipedia (Stand 14. Mai 2008); keine Entsprechung im deutschen Wikipedia)

Im Folgenden soll die historische Bedeutung, bzw. das Sinnbild der Balkanisierung in seiner Entwicklung vom Negativen zum Positiven dargelegt werden. Es handelt sich nicht um eine Polemik, sondern es soll der Rahmen für einen Diskurs und für eine weitere Recherche zu der Entstehung einer Hauptstadt im westlichen Balkan geliefert werden. Eine Hauptstadt zu gründen, ist vielleicht einer der positivsten Aspekte der Balkanisierung. Balkanisierung ist ein unvollendetes Projekt, analog zum Modernismus an sich und sucht seinen Ausdruck im Gebauten. Doch während die Geschichte der Balkanisierung mit negativen Emotionen und Interpretationen beladen ist, kann die Realität und ihr Potential für die zukünftige Entwicklung positiv gesehen werden.

Außerdem ist der Begriff des »Turbo-Folk« (Turbo-Volkskultur) zu reflektieren. Wie im Titel dieser Publikation ausgesprochen, findet die Kultur letztendlich ihren Ausdruck im Urbanismus. Turbo-Folk und die daraus resultierende Turbo-Architektur sind ein sehr bekanntes Charakteristikum für den westlichen Balkan.¹ Es wird als Krisenarchitektur oder Architektur zum Ausweg aus

199 der zurückliegenden Krise verstanden. Die hauptsächlichlichen »Qualitätsmerkmale« der Turbo-Architektur sind Dringlichkeit, der Einfluss des Illegalen und die Geschwindigkeit der Verwirklichung im Stadtraum. Alle drei Aspekte eröffnen vielseitige Betrachtungsweisen jenseits moralischer Werte und kritischer Reflexionen der Politik im westlichen Balkan. Darüber hinaus zu schauen, bietet die Chance die glanzvollen, postmodernen architektonischen Resultate der zeitgenössischen Stadt in ihren Ursprüngen im liberalen Sozialismus des ehemaligen Jugoslawien zu erkennen. Ihre Kontinuität zeigt sich in der Staatspolitik Ex-Jugoslawiens, der »de-etatization« (der Prozess der Auflösung des Nationalstaates hin zu einem multinationalen Gefüge), die die lokalen Kräfte gegenüber der Zentralgewalt einer Hauptstadt stärkt.

A n d e r e r s e i t s hat das Präfix »Turbo« weder eine negative noch eine positive Bedeutung, und es ist weder wertend noch gibt es eine vorgeschriebene Bedeutung. In der Technologie, der Wirtschaft, der Autoindustrie und auf dem Weltmarkt, hat die generelle Bedeutung von »Turbo« einen positiven Klang. In der Autoindustrie bedeutet »Turbo« nicht nur die Leistungssteigerung des Motors, sondern auch die Formung der Außenhaut eines existierenden Fahrzeugmodells hin zur besseren und schnelleren Leistung, um im Wettbewerb bestehen zu können. Faktisch ist »Turbo« von Natur aus ein neutraler Begriff. Per Definitionem ist es ein situationspezifischer Begriff; er impliziert nicht einen besseren oder schlechteren Zustand, nur stärkere, verstärkte oder verbesserte Leistung. »Turbo« ist abhängig vom Kontext, es lebt von den geltenden Umständen, um etwas über Begrenzungen hinaus zu treiben. In Serbien, während des Öl-Embargos und einer durch internationale Sanktionen eingeschränkten Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit abnimmt, verdeutlichte »Turbo« den zunehmenden Verfall – eine perverse Beschleunigung hin zum bevorstehenden Crash. Heute jedoch, im Schatten einer sich langsam entwickelnden, aber bestehenden Demokratie, aktiviert »Turbo« mit seiner aufgestauten Energie schneller als jede andere kulturelle Nische die Entwicklung.

Z u r ü c k zur jüngsten Geschichte. Als sich in den 90er Jahren die Republiken in Ex-Jugoslawien voneinander lösten, bis hin zur Trennung des Kosovo von Serbien 2008, marschierten viele Heimatvertriebene in ihrer Verzweiflung aus den ungeschützten Enklaven in Richtung der neuen Heimatstaaten. Dort musste das Leben neu beginnen. Von Verwandten unterstützt (und von den Profiteuren des Kriegs ausgenutzt), fühlten sich viele angespornt, ihre eigenen Häuser und Geschäfte aufzubauen, was besser erschien als darauf zu warten, dass der Staat Hilfestellung leistet. Gebäude wurden auf Dächern gebaut, Räume überwölbten Gassen, gewaltige Terrassen suchten ihren Platz und Dächer erstreckten sich immer höher als erlaubt. Diese neue Architektur entwickelte sich, beliebig und frei, unerwartet, oft unvollendet, aber hoch innovativ.

Ein ungeplantes Ergebnis nach dem Fall Jugoslawiens war, dass plötzlich abgetrennte Städte im westlichen Balkan die Freiheit hatten, sich eine neue Identität zu geben. Prishtina¹ zum Beispiel, dessen Bevölkerung nach der Balkankrise in den 90er Jahren rasant gewachsen war, dekorierte seine Hauptstraße mit einer Miniaturlausgabe der Freiheitsstatue und benannte die Straße nach William Jefferson Clinton um, als ein Tribut an die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten gegen den jugoslawischen Präsidenten, Slobodan Milosevic. Währenddessen wurden in Belgrad großflächige Dacherweiterungen, ähnlich wie Pilze, gebaut sowie ein klotziges, neu-orthodoxes Heiligtum und ein glanzvolles Gebiet der Turbo-Architektur, mit einer Mischung aus High-Tech und neo-byzantinischem Stil. Die Stadt Mostar restaurierte ihre berühmte osmanische Brücke, die 1995 von bosnischen Kroaten zerstört wurde. Außerdem wurde eine Skulptur von Bruce Lee von einer lokalen Initiative errichtet, vielleicht die einzige Berühmtheit, die keiner der drei Seiten im jüngsten Krieg geschadet hat. Dank der Flüchtlinge aus Bosnien, Kroatien und dem Kosovo, konnte die Stadt Novi Sad ihre Einwohnerzahl verdoppeln und privatisierte die nun reiche Küstenlinie an der Donau, genannt »Tal der Diebe«. Skopjes neues, fluoreszierendes Kreuz über der Stadt ist ein weiteres Beispiel einer dynamischen Mixtur aus römischen, byzantinischen, osmanischen, kommunistischen und neu-orthodox-christlichen Monumenten. In Tirana bemalt der Künstler und Bürgermeister Edi Rama Gebäude in starken Farben und mit abstrakten Mustern, während in Ljubljana führende Architekturfirmen bei wichtigen Gebäudeprojekten, Tiranas lebendige Farbmuster in ihrer Fassadengestaltung imitieren. Ganz im Gegensatz dazu, wurde die von Europäern und Amerikanern restaurierte Stadt Sarajewo zu einer vergessenen Stadt, die durch die starke Abwanderung der geistigen Elite in Apathie verfallen ist. Trotz alledem hat sich die Stadt kürzlich an die Spitze der Filmindustrie und als Erprobungsgebiet für öffentlich-private Investitionen in kulturelle und religiös tolerante Projekte herangearbeitet.

Es ist schwer nachvollziehbar, wenn nicht sogar illusorisch, zu verstehen, trotzdem sollten wir dankbar sein, dass das Wesen der Balkanisierung gepaart mit den Kräften der Turbo-Kultur uns diese Überschwemmung kleiner, einfallreicher und witziger Architekturen beschert hat – übermütige neue Villen in zufälligen Stilrichtungen, diese Parade der »Traumhäuser«, die fragmentierten Städte, die die Innovationen vorantrieben und kreativ die Grenzen der Gesetzmäßigkeiten erweiterten. Man nehme nur das Beispiel der endlosen Variabilität der Zaungestaltung auf dem westlichen Balkan, die zur Abgrenzung legaler und auch

201 illegaler privater Grundstücke dient. Ihre Abfolge von Funktionalem und Absurdem zeigt die uneingeschränkte Freiheit persönlicher Abgrenzung und eine Identität, die jede vorherrschende Norm umgeht. Manche Zäune erreichen sogar das Niveau zeitgenössischer populärer, urbaner Kunst – Zäune, nur um der Zäune willen.

Wir lieben diese Beispiele, denn sie sind »schön scheußlich«, selbst gemacht, optimistisch und voller Energie. Wir respektieren sie, weil sie eine witzige Alternative zu dem systematischen, nationalistischen Pflichteifer der postsozialistischen Länder sind und ethische oder religiöse Identitäten als nationalstaatliche, zugleich aber auch als kulturelle Identität darstellen. Dieser Pflichteifer bezieht das orthodoxe sowie auch das katholische Christentum und den Islam mit ein. Die humorvollen Alternativen sind eingebettet in politische Systeme, die sich beeilen, die nationale Identität zu verfestigen und die haushoch überlegen sind, wenn es darum geht, die letzten Flecken in der postsozialistischen Landschaft zu gestalten.

Die postsozialistische Landschaft würde nicht so genannt werden, wenn es nicht um die systematische Opposition zu sozialistischer Architektur und Urbanismus ginge. Wie bei der Turbo-Architektur, die vehement gegen klare, moderne Formgebung anbaute, scheint sich der Turbo-Urbanismus gegen die Übersichtlichkeit städtischer Gebiete, im Gegensatz zu ländlichen Gebieten, zu steigern. Dementsprechend kann der Anstieg dieser radikalen Kräfte vorrangig im Ausdruck von Ambiguität (Mehrdeutigkeit) gesehen werden, in den beliebigen Bahnen der Formfindung der Architektur und der Form der Interventionen in die Stadt.

Wenn gleich der Ausdruck Balkanisierung eine relativ neue Ableitung ist, so reicht das Phänomen mehrere Jahrhunderte in die Vergangenheit zurück. Die Aufsplitterung des byzantinischen Reiches in neu entstehende ethnische Königreiche kennzeichnete das gesamte 14. Jahrhundert auf dem Balkan. Das nachfolgende osmanische Reich bemächtigte sich großer Teile der byzantinischen Gebiete, musste sich allerdings unter dem Druck seiner Auflösung zurückziehen. Während die Auswirkungen des vollständigen Rückzugs des Königreiches zu verspüren waren, verursachte es eine ständige Neuorientierung der sich abzeichnenden lokalen Grenzen. Die nächste, funktionierende Lösung zur Wiedervereinigung der Fragmente war das von der serbischen Aristokratie gegründete Reich, das Königreich Jugoslawien, das während des Zweiten Weltkriegs scheiterte. Die letzte politische Lösung zur Vereinigung der Gebiete war kommunistisch. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, gelenkt vom slowenischen Philosophen Edvard Kardelj, überlebte ein halbes Jahrhundert – etwas kürzer als die Lebensdauer seines Schöpfers. Dennoch zeigt der Fall des letzten Imperiums in den 1990er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts seine enge Beziehung und seinen

Ausdruck in der Modernisierung und dem Modernismus. Dementsprechend kann Balkanisierung als Fortbestand einer Eigenart im Modernismus und seiner ideologischen Aufsplitterung gesehen werden.

In den Geschichtsbüchern gibt es ein allgemeines Verständnis über den Balkan. Im ersten »Balkankrieg« 1912 kooperierten die kleinen Nationalstaaten bei einer »ethnischen Säuberung« slawischer Muslime im Gebiet des Balkan, nachdem sie sich gegen das osmanische Reich zusammengeschlossen hatten. Der »zweite Balkankrieg« fand nur ein Jahr später statt, als die Nationalstaaten sich gegenseitig im Wettlauf um Gebietsansprüche angriffen. Bosnien nahm wegen seiner früheren Angliederung an das sich zurückentwickelnde Kaiserreich Österreich-Ungarn nicht daran teil, da dieses den ersten sicheren Zufluchtsort für europäische Muslime bot. Erst nachdem die internationale Diplomatie nach dem Ersten Weltkrieg die kleinen Nationen des Balkan zu den miteinander verbundenen Königreichen von Rumänien und Jugoslawien zusammenlegte, wurde dieser Begriff zu Grabe getragen. Das Verb »balkanisieren« wurde dann abwertend benutzt, um die Politik des »nation building« (Staatenbildung) zu bezeichnen. Dies hatte eher die Collage nationaler Identitäten zum Ziel als ihre Verschmelzung in ein großes nationalstaatliches Ganzes. Diese Collage-Projekte Jugoslawiens, (ebenso wie die der Tschechoslowakei), obwohl sie die durch die internationale Gemeinschaft unterstützt wurden, wurden stark kritisiert als Projekte, die nur unvollständig zur Bildung einer einzigen, dominanten Nation mit umfassenden Rechten für Minoritäten beitragen. Nach einer langen, friedlichen Zeit kam der Begriff »Balkanisierung« während des »dritten Balkankrieges« und dem Fall Jugoslawiens in den 1990er Jahren wieder auf. Diesmal kam der Begriff mit mehr Kraft und Verfeinerung zurück, indem er in vielen Medien, über seine ursprüngliche Bedeutung hinausgehend, zur Beschreibung fast aller Prozesse der Aufspaltung und Auflösung, ob politisch, territorial oder kulturell, genutzt wurde.

Als Resultat fand der negativ besetzte Begriff im Bereich der spekulativen Philosophie und bei neuartigen Trends im liberalisierten Kapitalismus Aufnahme – im letzteren wurde er als ein Gegenmittel zur globalen Wirtschaftsplanung gesehen. Ayn Rand hielt 1977 einen Vortrag über »Globale Balkanisierung« und warb für eine extreme Form des Individualismus' als einzige Rettung aus der Balkanisierung:

»Bezüglich der Stagnation unter Stammesherrschaft, sollte man sich den Balkan ansehen. Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde der Balkan als Schande Europas betrachtet. Sechs oder acht Volksstämme, plus einer Anzahl von Unterstämmen mit unaussprechlichen Namen, drängten sich auf der

Balkanhalbinsel und waren in endlose Kriege untereinander verstrickt, wurden von stärkeren Nachbarn unterworfen oder übten Gewalt um der Gewalt willen aus, auf Grund winziger Sprachdifferenzen. »Balkanisierung« – die Aufspaltung größerer Nationen in ethnische Volksstämme – wurde von europäischen Intellektuellen dieser Zeit als abwertender Begriff verwendet. Die gleichen Intellektuellen waren auf rührende Weise stolz, als sie es nach dem Ersten Weltkrieg schafften, die meisten der Volksstämme auf dem Balkan in zwei größeren Ländern zu vereinigen: Die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Doch die Volksstämme verschwanden niemals – sie erscheinen immer wieder in kleineren »Explosionen«, eine größere ist jederzeit möglich.«²

Diese Zitat ist eine Abschrift eines Vortrags, die unter folgendem Motto verkauft wurde: Die globale Balkanisierung ist »eine Untersuchung moderner Stammessysteme im Westen. Sie identifiziert den Irrationalismus, aus dem das Anti-Konzept des Ethnitizismus entspringt.«³ Rechnet man der Balkanisierung ein modernes Attribut an, so ist der Begriff hier Teil des Prozesses der Aufklärung.

Die Interpretationen globaler Balkanisierung gehen so weit zu behaupten, dass der Kapitalismus als geschlossenem System auf individuellen Rechten gründet, und deswegen die einzige funktionierende Lösung gegen Rassismus ist.⁴ In einigen, schwer nachzuvollziehbaren Überlegungen innerhalb der »Objektivisten«, wird der Kapitalismus als eine sich selbst korrigierende Kraft angesehen, die die verfehlte Politik des Multikulturalismus revidiert.⁵ Vielfalt (multiplicity), nicht Einförmigkeit, ermöglicht ein Netzwerk kleiner differenzierter, ideologischer Knotenpunkte, die das »Empire« bekämpfen. Studien über die positiven Aspekte von neu entstehenden Gruppenidentitäten und der Balkanisierung von Städten existieren schon:

»Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Rahmendaten in den 85 größten Städten der USA, im Zeitraum von 1980 bis 1994, fand man heraus, dass die Städte mit großer Konzentration von Immigranten die Städte mit nur wenigen Immigranten übertrafen. Verglichen mit den Städten mit wenigen Immigranten, hatten die Städte mit vielen Immigranten eine doppelt so hohe Rate der Beschäftigungskonzentration, höhere Einkommen, geringere Armutsraten und 20 % weniger Kriminalität. Die Höhe der Arbeitslosigkeit hingegen war in Städten mit wenigen Immigranten ungewöhnlich hoch. Diese Erkenntnisse widerlegen die Behauptung, dass der wirtschaftliche Verfall der Städte durch

2 Ayn Rand, *Global Balkanization*. In: dies., *The Voice of Reason: Essays in Objectivist Thought*. New York 1999. [Posthume Publikation einer Vortragsabschrift vom 10. April 1977 in Hawaii]
3 Siehe die Verkaufsquote auf der vom Ayn Rand Institute – Center for Advancement of Objectivist Thought unterstützten Webseite. www.aynrandbookstore2.com/prodinfo.asp?number=AR17M (Stand: 25. Juni 2008)

4 Siehe <http://www.capitalism.org/faq/racism.htm> (Stand: 25. Juni 2008)

5 Siehe die Informationen zum Treffen der Studenten der Laurence Universität / Studenten des Objektivismus (21. Mai 1997). <http://www.lawrence.edu/sorg/objectivism/multic.html> (Stand: 25. Juni 2008)

Immigration hervorgerufen wird. Die Behauptung kann nicht wahr sein, weil die heutigen amerikanischen Städte mit den größten Problemen, die Städte Detroit, Saint Louis, Buffalo, Rochester und Gary, kaum Immigranten aufweisen können.«⁶

Eine andere Studie geht noch weiter in einer positiven Definition der Balkanisierung, allerdings im Rahmen eines konservativen Blicks auf die internationale Politik:

»Balkanisierung ist ein geopolitisches Erkennungszeichen, hervorgezaubert um unbestimmte Gefahren gegenüber dem Guten in der Welt abzuwenden. Der Begriff wurde häufig während der Nachkriegsjahre und von Anhängern des Kalten Krieges benutzt – weniger von Personen der politischen Linken. Nun scheint es, als ob Balkanisierung selten schlecht, aber häufig sehr gut ist. Der Menschheit wird durch die Harmonisierung der Nationen und Völker besser gedient, wenn gleichzeitig die Diffusion/Streuung der Macht unterstützt wird.«⁷

Schlusendlich gibt es Ansichten, die als »jenseits des Normativen« gebrandmarkt sind. Sie kritisieren gleichermaßen normative Defizite des Multikulturalismus als »den Preis, den Amerika für seine Unfähigkeit oder seinen Widerwillen, sich in die afroamerikanische Gesellschaft einzugliedern, bezahlen muss. Dies gilt im selben Ausmaß auch für viele andere Gruppen.«⁸

Der Diskurs der Balkanisierung friert die Beziehungen zwischen Lifestyle, sozialem Profil und Geltungsbereich ein. Hier sind Volkszugehörigkeit und Ethnie eine unsichtbare Teilmenge des sozialen Status, im Austausch für ein innenpolitisches Verlangen nach Staatsführung. Zum Beispiel argumentiert eine kritische Abhandlung über »gated communities« (Gesicherte Wohnanlagen) wie folgt:

»Die Sperren dienen einer doppelten Funktion – der sozialen *Einbeziehung* als auch der sozialen *Ausgrenzung*. Soziale Ungleichheit ist beides, die *Ursache von* und *verursacht von* der Zunahme gesicherter Wohnanlagen. Indem man einem Teil der Gesellschaft erlaubt sich räumlich auszuschließen, beginnt sich der Prozess der sozialen Aufsplitterung an den Bruchstellen zu zeigen und die soziale Ungleichheit wird in der Folge zur sozialen Ausgrenzung. Es ist

6 Hoover Institution, Immigration and the Rise and Decline of American Cities. <http://www.hoover.org/publications/epp/epp81.html> (Stand: 25. Juni 2008)

7 Bruce Walker, Three Cheers for Balkanization! (30. April 2001). <http://www.enterstageright.com/archive/articles/0501balkanization.htm> (Stand: 25. Juni 2008)

8 Jim Sleeper, In Fragments. (New York Times on the Web, 27. April 1997). <http://www.nytimes.com/books/97/04/27/reviews/970427.27sleepet.html> (Stand: 25. Juni 2008)

ein exzellentes Beispiel für einen ›doppelten Verschluss‹ ... Es gibt einige Beispiele in den USA, in denen sich aus Wohnanlagen heraus kleine Stadtgemeinden gegründet haben, etwas das in keinem europäischen Land möglich wäre. In Kalifornien und einigen anderen amerikanischen Bundesstaaten, bilden die Vereinigungen von Eigenheimbesitzern nicht nur ihre eigene soziale Mischung (oder dessen Mangel), sondern auch ihre eigene lokale Regierung. Die Anwohnerschaft ist nicht länger Bürgerschaft, sondern Anteilseigner einer privaten Gemeinde: ›Kaufe dir deine eigene Regierung.‹ Diese gesicherten Wohnanlagen höhlen die lokalen Gemeinden aus. Auf diese Weise werden gesicherte Wohnanlagen zu Stadtstaaten, oder noch besser, zu Inselstaaten der Zukunft.«⁹

Der Begriff »Balkanisierung der Software« beschreibt in ähnlicher Weise den Moment, in dem Komponenten der Software ihre Autonomie in komplexen Systemen erkennen. Wird dies kommerzialisiert, führt die Autonomie zu dem Phänomen, dass einzelne Module oder modulare Komponenten abgerufen werden, wenn ihre Dienste benötigt werden. Sie sind nicht nur billiger für den Markt, sie sind außerdem robuster, weil sie unabhängig sind und sich nicht auf eine komplexe und aufgeblähte Software stützen. Balkanisierung in der virtuellen Welt wird auch positiv genutzt und von Software-Managern als Strategie benutzt, wie auch schon von den veralteten Blogging-Software-Paketen wie Blogdesk oder Daypop. Unter diesen Umständen wird Balkanisierung als Strategie zur Verbesserung der Kommunikationssoftware verwendet:

»Ein Problem entsteht, wenn ›blogging aggregators‹ (Computerprogramme, mit denen sich dynamische RRS Feed-Lesezeichen einlesen und anzeigen lassen) keine ausreichende Feingliederung aufweisen ... Der praktikabelste Weg sich diesem Problem anzunähern ist es, den Mechanismus zu finden, der es uns erlaubt unsere ›aggregators‹ zu ›balkanisieren‹ – Aufschneiden der Antworten auf der Basis von Metadaten. Es gibt viele Wege Weblogs einem ›geo-coding‹ zu unterziehen, in dem die Aggregate deine Nationalität, Standort, Sprache, Zeitzone usw. wahrnehmen. Über und jenseits dieser Meta-Kennzeichnungen gibt es Dutzende Verzeichnisse, die Informationen, basierend auf gruppierten Weblogs um Interessengruppen und/oder Website-Standorte, beinhalten.«¹⁰

⁹ Maunel Albers, The Double Function of the Gate: Social inclusion and exclusion in gated communities and security zones. Vortragsmanuskript, 2003. [Konferenz »Gated Communities: Building Social Division or Safer Communities?«, Glasgow 18.–19. September 2003]

¹⁰ Tim Coates, The Balkanization of Blogdex... (29. Juli 2003) http://www.plasticbag.org/archives/2003/07/the_balkanisation_of_blogdex.shtml (Stand: 25. Juni 2008)

W ä h r e n d das Netzwerk für den öffentlichen Zugriff schrittweise von Unternehmens- und Regierungs-Intranets »abgesperrt« wird, hat die Zunahme der Open-Source-Balkanisierung im Internet dazu beigetragen, auch die Bedeutung des Begriffs »Balkanisierung« zu verändern. Entsprechend der gesamten Geschichte der Open-Source-Software, hat die Anwendung von gemeinsam benutzten Programmen unter den Usern eine mächtige Bewegung in Richtung der Entwicklung von so genannter »portabler« Software (Programme, die einfach auf unterschiedliche Computer-Plattformen geladen werden können) generiert. Die Entwicklung einer Gemeinschaft aus miteinander verbundenen Usern portabler Software regt weiterhin die Praxis des gemeinsamen Austausches von Software und Daten an.¹¹

Z u r ü c k in die Zukunft der harten Materie. Was an Demokratie im westlichen Balkan vor uns liegt, ist die Anstrengung, die positiven Aspekte der Demokratie mit den gegebenen Mitteln aufrechtzuerhalten. Die Frage ist nicht, wie viel *Turbo* sich vom demokratischen Fortschritt in den demokratischen Mainstream hinüberretten lässt. Es stellt sich die Frage, bis zu welchem Umfang die Demokratie aus der Turbo-Kultur Nutzen ziehen kann, bevor *Turbo-Kultur*, Architektur und Urbanismus von der Geschwindigkeit der neu entstehenden Demokratie profitieren? Prishtina wird vielleicht die erste Hauptstadt sein, die uns zeigt, wie das geht.

¹¹ Siehe Alessandro Nuvolari, »Open Source Software Development: Some historical Perspectives«, *First Mind (Peer-Review Internet Journal)*, 15. September 2005. http://www.firstmonday.dk/issues/issue10_10/nuvolari/index.html

Archis Interventions – Mehr als eine neue Vorgehensweise

Was intuitiv begann, entwickelte sich zu einer neuen Vorgehensweise. Es ist zu früh, es eine Methode zu nennen, und wir finden auch, dass es keine werden sollte – vielleicht wird es besser umschrieben mit »Format«. Archis begann 2004 mit einer weltweiten Serie von RSVP-Events¹, um neue Formate des Dialogs zu testen. Die Architekturdebatte schien in einem rituellen Austausch gefangen zu sein, der sich hauptsächlich darauf beschränkte, Erfolge zu präsentieren. Für das Magazin Archis/Volume war die Herausforderung, Auswege aus dieser Situation zu finden. Das Magazin ist bekannt für seine Themen und die kulturelle Vielfalt in deren Ansätzen. Der Wunsch, den nächsten Schritt zu tun, war nur die logische Konsequenz einer redaktionellen Strategie, die vor bereits zehn Jahren anging. Wäre es möglich mehr zu tun als nur zu reflektieren, zu präsentieren oder sogar mehr als nur Vorschläge zu unterbreiten? Wäre es möglich einen Dialog zu etablieren, einen wirklichen Austausch? Wäre es möglich die Leser zu aktivieren? Das Magazin bekam heraustrennbare Seiten, die beispielsweise als Faxformular, als Poster, als Stimmzettel, als Kurzmanifest oder als Wettbewerbsaufruf benutzt werden konnten. Diese Konzeption eines Magazins, das am Ende immer ein fixierter Monolog ist, forderte zum Dialog, zum wahrhaften Austausch, in Echtzeit, mit der realen Welt auf.

Das Schema der Archis-RSVP-Events erwies sich als sehr erfolgreich. Jeder Event begann mit der Ankündigung von Termin, Thema und Stadt im Magazin, auf der Webseite oder per E-Mail. Je nach der Anzahl und dem Input der interessierten Teilnehmer (und zwar nicht nur der Architekten) wurden Zeit, exakter Treffpunkt und Form festgelegt. Jeder Teilnehmer hatte die Möglichkeit, Unterthemen oder einen persönlichen Beitrag für den Event vorzuschlagen. Unter anderem gab es in Brüssel eine Stadterkundung mit Vortrag und Debatte (European Identities),

1 RSVP: Répondez s'il vous plaît, dt.: Um Antwort wird gebeten.

in Berlin eine rituelle Beerdigungs- und Flüsterkonferenz (Banning the Banners/ Single Issue Space), auf einem Boot von Athen nach Istanbul fand eine dreitägige Konferenz statt (Perversion), in Ramallah gab es eine Tour zu räumlichen Dimensionen der Furcht und der Geborgenheit (Paranoia). Die grenzüberschreitenden Events fanden statt in Wien/Bratislava, Ljubljana/Zagreb, Vilnius/Moskau (Going East).

Die Events brachten Menschen zueinander, die sich sonst nie begegnet wären, und es wurden Ideen und Erkenntnisse produziert, die die Grenzen der einzelnen Fachdisziplinen überschritten. Der Fokus auf ein Thema statt auf einen Redner, die Gleichstellung zwischen Vortragendem und Publikum (den Teilnehmern) und die Verbindung zwischen Thema und Ort der Veranstaltung – diese Charakteristika schufen eine ungewöhnliche, aber sehr produktive »Bühne«.

Es waren Meetings mit viel Inspiration, aber auch die lokalen Probleme und Themen, die dringender Aufmerksamkeit bedurften, wurden erörtert. Es wurden Netzwerke geknüpft, die zu kostbar und innovativ waren, um sie zu vergeuden. Daraus entstand die Idee für »Archis Interventions«. Von der Debatte zum Dialog, von der Entdeckung zur Aktion, von der Erkundung bis hin zur Implementierung verschob sich der Fokus der Events vom schnellen, kurzen Eingreifen zu langfristigerer Zusammenarbeit und schließlich zu Projekten.

Archis Interventions ist bereits in Beirut und Prishtina aktiv und beginnt derzeit seine Arbeit in Kabul. Die Kombination eines globalen Netzwerks mit lokalen Erfahrungen und mit lokalem Fachwissen erweist sich als fruchtbare Mischung, um wenig beachtete Probleme und ausweglose Situationen anzuprangern. Oft wenden wir uns Problemen zu, die keine klare »Eigentümerschaft« besitzen, wie z. B. der öffentliche Raum in Beirut oder Kabul oder die illegalen Bauten in Prishtina. Die Vorstellung vom öffentlichen Raum – wenn auch verschwommen und umstritten (und vielleicht genau deshalb) – ist ein wichtiges Thema, mit dem man sich beschäftigen muss. Der öffentliche Raum wird von allen benötigt und gewollt, und er berührt grundsätzliche politische, wirtschaftliche und soziale Themen, ohne dass diese dabei eindeutig zuzuordnen wären.

Die lokalen Partner nehmen eine Schlüsselstellung in den Projekten von Archis Interventions ein. Sie sind eine Mischung aus Interessengruppen und Institutionen, aus Individuen, Studenten mit unterschiedlichen Vorkenntnissen und aus unterschiedlichen Disziplinen; sie kreieren eine kurzfristige oder dauerhafte Zusammenarbeit, um altbekannte oder ausgediente Strukturen und Muster zu überwinden. Die informelle Struktur und – mit Unterstützung der RSVP-Events –

209 die Fokussierung auf ein Thema helfen neue und inspirierende Ideen zu entwickeln und neue Kollaborationen zu schließen. Der internationale Einfluss und der Zugriff auf ein internationales Netzwerk (zum Beispiel durch eine Publikation in »Volume«) erzeugt eine Hebelwirkung in der Auseinandersetzung mit den lokalen Behörden und liefert einen erkenntnisreichen Blick von außen.

Die Interventionen sind zwar lokal, aber die erworbenen Erkenntnisse sind auf verschiedenen Ebenen wichtig für die internationale Gemeinschaft. Die Projekte zeigen Entwicklungen von Städten und Gemeinden auf, die normalerweise nicht in den allgemeinen Medien thematisiert werden. Wer kontrolliert die Stadt wirklich? Was ist die Auswirkung der internationalen Präsenz in der Stadt Kabul – räumlich und mental? Was denken die Einwohner über ihre Stadt? Ebenso betrifft es Erkenntnisse aus unterschiedlichen Blickwinkeln, wie beispielsweise dem »illegalen Bauen«, der »Migration« und dem »öffentlichen Raum«. In den kommenden Jahren werden fünf Hauptthemen die Diskurse und Aktionen von Archis Interventions vorantreiben. Die größten Herausforderungen, denen sich die Städte in der Zukunft stellen werden, sind: Nachhaltigkeit, Unterkunft, Sicherheit, Gerechtigkeit und Dialog. Der »Blick von außen« funktioniert in beiden Richtungen. Das gesamte Unterfangen begann mit dem Streben nach wahrhaftem Austausch, in Echtzeit und mit der realen Welt; jener Welt, die bereits Einzug in unseren »Vorgarten« gehalten hat, aber sich nicht darauf beschränkt.









»...der Wille unseres Vaters«

Auszüge aus der Filmrecherche von Luise Donschen

Interview mit Ali Sekiraqa
am 16. 07. 2008

Mein Name ist Ali Sekiraqa und ich bin 39 Jahre alt. Ich wohne im mittleren von drei identischen Häusern. Auf der einen Seite wohnt mein älterer Bruder, auf der anderen mein jüngerer. Unsere Häuser sehen alle gleich aus. Das war der Wille unseres Vaters. Als wir anfangen zu bauen und damit unseren gemeinsamen Familienhaushalt auflösten, wurde das gesamte Vermögen auf uns vier Brüder verteilt. Jeder hat das gleiche Haus bekommen. So gibt es später keine Streitigkeiten oder Neid. Der jüngste Bruder wollte lieber eine Wohnung in Prishtina, also wurde er zum gleichen Anteil ausgezahlt. Da wir Kosovo-albaner immer unter Fremdherrschaft und Gewalt leben mussten, ist die Solidarität innerhalb der Familie und in der Nachbarschaft immer die einzig verlässliche Struktur gewesen. Diese Tradition pflegen wir auch heute noch.

Ich bin Bauarbeiter. Der Sohn meines Onkels ist Bauingenieur und hat den Bauplan für unsere Häuser entworfen. Mit ihm haben wir einen Familienbetrieb. Mein jüngerer Bruder hat über fünf Jahre lang in der Nähe von Ulm gelebt und dort auch als Bauarbeiter gearbeitet. Meine Frau arbeitet nicht. Wir haben es nicht nötig und es gibt genug für sie im Haus zu tun. Gemeinsam haben wir drei Söhne.

Das Grundstück in Obelice, auf dem unsere Häuser stehen, hat eine Größe von

einem Hektar. Wir haben es 1969 gekauft. Seit 1973 leben wir hier. Damals sind wir aus dem Dorf Kolish hierher gezogen. In der Nähe der Hauptstadt war es leichter, eine Arbeitsstelle zu finden. Von einem Lohn konnte die ganze Familie leben und man hatte eine betriebliche Krankenversicherung. Viele zogen in dieser Zeit vom Land in die Stadt. Erst hatten wir nur ein Haus für die ganze Familie.

Damals war Obelice ein ethnisch durchmischtes Gebiet. Als es dann in den Neunzigern zu den Gewaltausbrüchen kam, mussten wir als Albaner bei Einbruch der Dunkelheit in unseren Häusern sein. Als die ersten NATO-Bomben fielen, begannen sofort die Vergeltungsschläge der Serben. Noch am ersten Tag haben wir unser Haus verlassen und sind bei Verwandten in Prishtina untergekommen. Dort blieben wir fünf Wochen, dann flüchteten wir weiter nach Mazedonien. Als wir zurückkamen, sah es aus, als hätte hier in den letzten hundert Jahren niemand gewohnt. Wir haben dann erst das gemeinsame Haus wieder aufgebaut und 2002 haben wir mit unseren eigenen Häusern begonnen. Nach dem Krieg hat man als Bauarbeiter viel Geld verdient, weil überall gebaut wurde. In den drei Jahren nach dem Krieg haben wir mehr verdient, als wir in den ganzen zehn Jahren davor ansparen konnten.

Als wir anfangen zu bauen, hatten wir keine Baugenehmigung. Sie kostet 2400 Euro. Das ist im Vergleich zum Lebensstandard

215 im Kosovo viel zu teuer. Bisher hat niemand danach gefragt. Wir liegen hier außerhalb des städtischen Planungsgebiets. Aber wir hoffen, dass unsere Häuser eines Tages legalisiert werden. Es wäre schade, wenn die ganze Arbeit, die wir hier hereingesteckt haben, umsonst gewesen wäre.

2003 sind wir in unser neues Haus gezogen.

Schon seitdem wir hier wohnen, gibt es nur eine staatliche Stromleitung. Den ganzen Rest haben wir selbst ausgebaut und finanziert. Wir haben eine Wasserleitung und Kanalisation verlegt, die zum öffentlichen System an der Hauptstraße führen. Das Wichtigste, was uns noch fehlt ist eine Heizung. Am besten wäre natürlich eine Zentralheizung. Aber da wir nicht auf eine staatliche Initiative hoffen können, planen wir jetzt Kohleöfen. Auch einen Brunnen musste ich selbst bauen. Dennoch zahle ich einmal im Jahr 36 Euro Steuern für mein Haus. Die nächste Bushaltestelle ist etwas weiter als einen Kilometer von hier entfernt. Die Schule der Kinder liegt kurz davor, sie gehen jeden Morgen zu Fuß dorthin. Wir Brüder haben jeder ein Auto.

Für die Zukunft wünschen wir uns ein besseres Leben. Die Unabhängigkeit soll einen besseren Staat hervorbringen und wir wünschen uns offene Grenzen nach Europa.

Interview mit Bajram Bajrami
am 14. 07. 2008

Wir sind zwei Brüder und kommen aus dem Dorf Pogradj. Dieses Grundstück hier gehört uns seit 1971. Damals konnten wir hier nicht bauen, weil das ganze Gebiet als Wohnviertel für die Serben geplant war. 1995 sind wir hierher gezogen. Während des Kosovokrieges wurde unser Haus in Pogradj niedergebrannt. Als es dann darum ging, ein neues Haus aufzubauen, haben wir uns für die Nähe zur Hauptstadt entschieden. Es ist besser für die Kinder, für ihr Studium und ihre Perspektive.

Mein Vater hat bis zu seinem Tod 2001 in der Schweiz gelebt. Er hat dort als Gastarbeiter auf dem Bau gearbeitet. Dann ist ihm ein Hammer auf den Kopf gefallen und er hat Invalidenrente bekommen. Mit den Ersparnissen hat er beide Häuser finanziert. Er hat beide Häuser geplant und konnte sie dann nicht genießen. 2004 sind wir hier eingezogen.

Bei einem Gehalt von 200 Euro hätten meine Frau und ich uns selbst mit unserem doppelten Einkommen nie ein solches Haus leisten können. Es ist nur durch den Schweiß meines Vaters möglich geworden.

Mein Vater hat in einem anderen Ort, weit weg von hier, in der Nähe der serbischen Grenze ein Haus gesehen, das ihn inspiriert hat. Bei einer Baufirma hat er dann den Bauplan für genau dieses Haus gefunden und hat danach unsere Häuser gebaut.

Unter dem ehemaligen Regime habe ich als Landwirt mein eigenes Land bestellt. Ich habe keine andere Stelle gefunden. Erst seit 2002 arbeite ich für die kosovarische Stromversorgung KEK.

Als wir anfangen zu bauen, hat die Regierung keine Baugenehmigungen ausgestellt. Eine Legalisierung im Nachhinein kostet etwa 2400 Euro. Unser Haus ist nicht an die städtische Infrastruktur angeschlossen. Voriges Jahr hat die gesamte Nachbarschaft zusammengelegt, jeder 200 Euro und wir haben Wasserleitungen verlegen lassen. Dann wurden wir an die Wasserversorgung des nahe gelegenen international village angeschlossen. Aber da das dortige System nicht für so viele Bewohner geplant wurde, ist der Wasserdruck jetzt sehr schwach. Da das Gemeindeamt bisher nichts für uns getan hat, zahle ich auch keine Steuern. Nur über die Stromversorgung kann ich mich nicht beschweren. Wir sind an einen Trafo angeschlossen, der ein Geschenk aus Deutschland ist.

Die Mutter wohnt bei dem jüngeren Bruder.









Caroline Arnulf ist Ökonomin und Absolventin des Institut d' Études Politiques de Paris. Sie arbeitet zur Zeit als Beraterin für das Local Government Recovery Programme der Vereinten Nationen/UNDP (United Nations Development Programme) im Süd-Sudan. Sie arbeitete zuvor für die Weltbank (World Bank) und für die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Entwicklungshilfe- bzw. an Stadtentwicklungsprojekten. Sie war Kollegiatin am Bauhaus-Kolleg »UN-Urbanism« 2005–2006, Stiftung Bauhaus Dessau.

Lilet Breddels ist Kunsthistorikerin mit großer Erfahrung in der Durchführung von internationalen Projekten in den Bereichen Kunst und Architektur. Direktorin der Archis Stiftung.

Thilo Fuchs arbeitet an der Schnittstelle Raum, Grafik und Medien. Mit seinen Projekten in medienübergreifendem Informationsdesign, Video- und Medieninstallation sowie Messe- und Ausstellungsarchitektur hat er mehrere Preise gewonnen. Mitglied von Archis Interventions/Berlin.

Visar Geci ist Architekt und Mitbegründer von Archis Interventions/Prishtina.

Ilir Gjinolli ist Architekt und Stadtplaner. Gründer und Direktor des Instituts für Raumordnung des Kosovo von 2003–2006. Dozent für Stadtplanung an der Universität Prishtina im Fachbereich Bauingenieurwesen und Architektur. Geschäftsführer des Architektur- und Stadtplanungsbüros URBAN PLUS.

221 **Wilfried Hackenbroich** ist Architekt und Geschäftsführer von Hackenbroich Architekten, Berlin, und Mitglied von Archis Interventions/ Berlin. Er studierte an der SciArc in Los Angeles und arbeitete bei OMA in Rotterdam und Morphosis in Los Angeles. Er lehrte an der Stiftung Bauhaus Dessau, der Universität der Künste Berlin, der TU Graz und der Architectural Association in London.

Florina Jerliu ist Architektin und Mitbegründerin von Archis Interventions/ Prishtina. Sie unterrichtet an der Universität Prishtina im Fachbereich »Bauingenieurwesen und Architektur« und wurde 2008 zur Beraterin für Stadtentwicklung des Bürgermeisters von Prishtina ernannt.

Arjen Oosterman ist Kunsthistoriker, Autor und Kritiker. Er lehrte an verschiedenen Architekturfakultäten. Chefredakteur des Architekturmagazins Volume.

Kai Vöckler ist Stadtforscher und Publizist in Berlin. Mitbegründer von Archis Interventions und Programmleiter für Südosteuropa.

Srdjan Jovanović Weiss ist Architekt und gründete das Architekturbüro Normal Architecture Office und die School of Missing Studies. Publikationen zur Architektur als Ausdruck gesellschaftlicher Transformationsprozesse (Almost Architecture, 2006) und der rasanten Urbanisierung Südosteuropas (Lost Highway Expedition, 2008). Er promoviert am Goldsmith College, Universität London, über die Balkanisierung der Architektur.

Irmgard Zerr arbeitet als Wirtschaftsassistentin in Berlin. Sie studierte Sinologie, Ethnologie und Japanologie.

223 **Nachweis** Die auf den Seiten 210–219 abgebildeten Standfotos und Zitate sind Auszüge aus der Recherche von Luise Donschen für den Film »... der Wille unseres Vaters«, den sie gemeinsam mit dem Kameramann Felix-Sören Meyer für die Ausstellung »Balkanology. Neue Architektur und urbane Phänomene in Südosteuropa« im SAM / Schweizerischen Architekturmuseum produziert hat. Besonderer Dank gilt Ali Sekiraqa und Bajram Bajrami für ihre Mitwirkung und Haris Geci für seine Hilfe und Übersetzungen.

Der auf den Seiten 142–163 dokumentierte Workshop in Prishtina im Dezember 2006 wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung der



ERSTE Stiftung



European cultural foundation

Weitere Unterstützung erfolgte durch:

Elvida Pallaska
Institute for Spatial Planning Kosova

Agron Sallova
UN-HABITAT

Lazim Salihu
Anwalt, Berater von UN-HABITAT

Mejrushe Kastrati
Department of Urban Planning and
Construction, Municipality of Prishtina

Besa Shahini
IKS/ESI

Dritan Shutina
POLIS University, Tirana, Albania;
Direktor von Co-PLAN, Institute for
Habitat Development

Rudina Toto
POLIS University, Tirana, Albania;
Co-PLAN, Institute for Habitat Development

Arta Basha
Dozentin, Fakultät für Bauingenieurwesen und
Architektur, Universität Prishtina

Sibel Bucinca, Bardha Meka, Flutura Dedinja,
Studentinnen der Fakultät für Bauingenieur-
wesen und Architektur, Universität Prishtina
Gezim Kastrati, Student an der Fakultät
für Architektur, Technische Universität Graz

Postproduktion
Thilo Fuchs, Wilfried Hackenbroich,
Kai Vöckler

Die Publikation erfolgt anlässlich der Ausstellung »Balkanology. Neue Architektur und urbane Phänomene in Südosteuropa« im SAM / Schweizerisches Architekturmuseum, Basel, 4. Oktober 2008–4. Januar 2009.
K u r a t o r Kai Vöckler.

Die Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit dem Az W/Architekturzentrum Wien produziert. Unterstützt durch die ERSTE Stiftung.

Die englische Ausgabe erscheint bei Archis Publishers, Amsterdam.

Die Publikation wurde ermöglicht durch die Unterstützung der ERSTE Stiftung.



ERSTE Stiftung

G e s t a l t u n g
Heimann und Schwantes, Berlin
Mitarbeit Haig Walta

F o t o g r a f i e n
Kai Vöckler/VG Bild Kunst.
Mit Ausnahme S. 11: Mendim Rugova
und S. 12, 210–219: Luise Donschen, sowie
S. 139–141: unbekannt.

I l l u s t r a t i o n e n
Kai Vöckler mit Heimann und Schwantes.
Mit Ausnahme: S. 144–162: Thilo Fuchs,
Wilfried Hackenbroich, Kai Vöckler; S. 146/147:
Mentor Haziri; S. 180: Caroline Arnulf

Ü b e r s e t z u n g aus dem Englischen
Sylvia Robeck. Übersetzt wurden der Text mit
den Ergebnissen des Workshops vom Dezember
2006 in Prishtina, das Interview mit Florina
Jerliu und Ilir Gjinolli sowie die Texte
von Caroline Arnulf, Srdjan Jovanovic Weiss,
Lilet Breddels und Arjen Oosterman.

L e k t o r a t
Axel Meier / Parthas Verlag

B i l d b e a r b e i t u n g
max-color, Berlin

D r u c k u n d B i n d u n g
Messedruck Leipzig GmbH

Copyright © 2008 dieser Ausgabe bei
Parthas Verlag
Stresemannstr. 30
10963 Berlin
Kai Vöckler und den Autoren

ISBN 978-3-86601-904-1

Das Werk einschließlich aller Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede
Vervielfältigung, Verwertung und
Verarbeitung ist ohne Zustimmung des
Verlags und des Autors unzulässig.

www.kai.voeckler.de
www.archis.org
www.parthasverlag.de